





Verhandlungen

des

Parteitages

der

Österreichischen Sozialdemokratie

in

Hainfeld

(30./31. Dezember 1888 und 1. Januar 1889).

Nach dem stenographischen Protokoll herausgegeben

von

J. Popp und G. Häfner.

Wien 1889.

Verlag von L. A. Bretschneider, Redakteur der „Gleichheit"

VI. Gumpendorferstraße 79.

Vorbemerkung.

Schon in Hainfeld während der Verhandlungen des Parteitages kam bei den anwesenden Genossen der Wunsch zum Ausdruck, nicht nur die Beschlüsse, sondern auch die Debatten dieser für die Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei für immer denkwürdigen Versammlung allen Parteigenossen zugänglich zu machen. Da für eine stenographische Aufnahme von vorneherein gesorgt war, so konnte das Verlangen erfüllt werden. Das nunmehr vorliegende Protokoll kann auf Vollständigkeit Anspruch machen, da von der ursprünglichen Absicht, nur einen Auszug zu geben, abgegangen und die Kürzungen blos auf die Geschäftsordnungsdebatten und unwichtigen Wiederholungen beschränkt wurden. Insbesondere ist zu bemerken, daß die Reden zum ersten Punkt der Tagesordnung, betreffend die Prinzipienerklärung der Partei, ganz wörtlich und ungekürzt abgedruckt sind.

Der Umstand, daß die vorliegende Broschüre durch diese Aenderung des Planes derselben einen weit größeren Umfang bekam als ursprünglich beabsichtigt war, möge ihr leider allzulanges verzögertes Erscheinen erklären und entschuldigen.

Die Herausgeber.

In der ersten Novemberwoche des Jahres 1888 erschien in den Arbeiterblättern Oesterreichs ein Aufruf, in welchem von den Redaktionen zu einem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie eingeladen wurde.

Als Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

1. Prinzipienerklärung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.
2. Die politischen Rechte.
3. Arbeiterschutzgesetzgebung und „Sozialreform“.
4. Die Presse.
5. Unterstützungswesen.
6. Die gewerkschaftliche Organisation.
7. Die Arbeiterkammern.
8. Die Volksschule.

Um nicht der Gefahr eines Verbotes ausgesetzt zu sein, mußte die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und die Versammlung auf namentlich geladene Genossen beschränkt werden. Es bewarben sich nun um Einladungen in den nächsten Wochen etwa 130 Personen. Von diesen erschienen auch 110 in Hainfeld. An den Abstimmungen betheiligten sich 70 Genossen, welche aus folgenden Orten kamen: Wien, Pottendorf, Mödling, St. Pölten, Hainfeld, Wilhelmsburg, Edlach, Linz, Steyr, Gmunden, Wels, Ried, Graz, Marburg, Knittelfeld, Krieglach, Klagenfurt, Villach, Laibach, Innsbruck, Salzburg, Jägerndorf, Freudenthal, Römerstadt, Brünn, Neutitschein, Fulnek, Proßnitz, Mähr.-Schönberg, Wigstadtl, Prag, Warnsdorf, Rumburg, Rothau, Altrohlau, Kratzau, Lieben, Königsberg, Neustadtl, Neudeck, Schindlwald, Lemberg.

Samstag den 29. Dezember trafen schon die ersten Genossen in Hainfeld ein, doch erst am Nachmittag des Sonntag waren sie in Zehetner's Gasthof ziemlich vollzählig versammelt, so daß an die Vorbesprechung gegangen werden konnte, in welcher zunächst folgende Geschäftsordnung vorgelegt wurde:

1. Die Versammlung wählt drei Vorsitzende, welche sich in der Führung der Geschäfte ablösen.

2. Die Theilnehmer und Gäste haben sich beim Präsidium behufs Feststellung der Präsenzliste zu melden.

3. Die Gäste haben kein Stimmrecht, können sich aber an der Diskussion betheiligen.

4. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Antragsteller selbstständiger Anträge haben eine Redezeit von 20 Minuten. In der Diskussion erhält jeder Redner für 15 Minuten das Wort. Zu demselben Punkte kann einem Redner nicht öfter als zwei Mal das Wort ertheilt werden.

5. Die Meldungen zum Worte sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort. Sind mehrere Redner vorgemerkt, so kann der Vorsitzende die Redner „für“ und „gegen“ die Vorlage abwechselnd zum Worte kommen lassen.

6. Bei Meldungen zur Geschäftsordnung hat der Vorsitzende jederzeit das Wort außer der Reihenfolge der Redner zu ertheilen.

7. Alle Anträge, auch die Anträge auf Schluß der Rednerliste oder der Debatte oder auf Vertagung, müssen, bevor sie zur Diskussion gestellt werden, von mindestens zehn Theilnehmern des Parteitages unterstützt sein.

8. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

9. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner „für“ und einer „gegen“ den Antrag das Wort.

10. Ist Schluß der Rednerliste angenommen, so erhalten nur die eingezeichneten Redner das Wort, bei Schluß der Debatte nur der Antragsteller oder der Referent.

Hierauf wurde zur Wahl des Bureaus geschritten. Gewählt wurden als Vorsitzende: Popp (Wien), Bayer (Brünn), Hybes (Brünn); als Schriftführer: Häfner (Wien), Adenau (Klagenfurt), Körber (Prag). Nunmehr begann um 6 Uhr Abends die I. Sitzung.

I. Sitzung.

Gen. Popp. (Bei Uebernahme des Präsidiums). Werte Genossen! Die österreichische Arbeiterpartei hat in den letzten Jahren so viele Schläge erlitten, welche ihre Organisation zerstörten, sie hat so viel Unbill erleiden müssen, daß eine vollständige Deroute eingetreten ist.

Um diese Organisation wieder herzustellen, um sich zu gemeinsamen Zusammenwirken wiederzufinden, sind wir zusammengekommen. Sie schenkten mir das Vertrauen, den Vorsitz zu führen. Ich hoffe, daß die Genossen sich nicht von persönlichen leidenschaftlichen Gefühlen werden leiten lassen, und nur die Sache vor Augen haben, nicht zurück in die Vergangenheit, sondern nur in die Zukunft blicken werden, für welche wir heute ein Programm aufstellen wollen. Wenn wir dies einhalten, werden wir gewiß vorwärts schreiten und etwas Tüchtiges für unsere gemeinsame Sache leisten. Hiemit begrüße ich Sie freundschaftlich.

Werte Genossen! Wenn wir nun in die meritorische Verhandlung eintreten, so glaube ich nochmals hervorheben zu müssen, daß mit dem Momente, wo wir über die Organisation der Partei berathen, ein neues Blatt in die Geschichte der österr. Arbeiterpartei gelegt wird, welche hoffentlich von nun an nicht mehr jene zerrütteten Verhältnisse aufweisen wird, wie sie einst bestanden. Und hiemit erkläre ich die Sitzung für eröffnet. Zunächst konstatire ich, daß bisher über 70 Theilnehmer erschienen sind.

Debatte über die Prinzipien-Erklärung.

Vorsitzender: Wir gelangen zum ersten Punkte der Tagesordnung, das ist zu unserer Prinzipienerklärung, und ich ersuche den Gen. Pokorny hierüber zu referiren.

Referent Pokorny (Wien): Verehrte Anwesende, Freunde, Genossen! Es wurde heute schon vom Vorsitzenden gesagt, daß wir vor einem neuen Abschnitte der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung stehen, einer Geschichte, die ebenso ehrenvoll als bewegt ist. Eine lange Reihe von Jahren ist in dem Strome der Zeit dahingeflossen, seit dem letzten Male, wo Männer aus allen Theilen Oesterreichs beisammen waren, um über die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterschaft zu berathen. Seit dieser Zeit haben wir so Manches gelernt, wir haben so Manches erdulden müssen, wir haben so manchen Schlag erlitten. Wir haben aber auch in dieser Zeit gelernt, vorurtheilsfrei zu denken, und wir sind zur Erkenntnis gelangt, daß, wenn wir als Partei irgend etwas Festes und wirklich Gutes erreichen wollen, wir dies nur durch einmüthiges Zusammenwirken erreichen werden.

Im harten und schweren Kampfe ringt das Proletariat nach Erlangung seiner Menschenrechte, nach Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen wie politischen Knechtschaft, und in diesem Kampfe ist die Sozialdemokratie berufen, die Führung zu übernehmen. Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Herstellung eines Gesellschaftswesens, das nur beruht auf der vollsten Gleichheit und Freiheit Aller. Der Zweck der Sozialdemokratie ist, der Arbeit, jener segensreichsten und nutz-

bringendsten aller menschlichen Bethätigungen, zu ihrem Rechte zu verhelfen, und wenn wir wollen, daß dies geschehe, und daß statt des heute herrschenden Elendes und der Knechtschaft, unter der wir leiden, Wohlstand und Freiheit geschaffen werde, so ist es nöthig, daß wir in ernster vorurtheilsloser Weise berathen über die Mittel und Wege, die uns zu diesem Ziele führen können. Unsere heutige Zusammenkunft soll sich unterscheiden von ähnlichen Zusammenkünften anderer Parteien dadurch, daß wir nicht mit schwungvollen Reden, mit kunstvoll gedrechselten Phrasen uns die Zeit vertreiben wollen, sondern daß wir in männlicher, ernster und zielbewußter Weise etwas schaffen, was auf Jahre hinaus der Leitfaden für unser ganzes Verhalten, für unsere Thätigkeit sein könne. Wenn bei Zusammenkünften anderer Parteien viel gesprochen und vielleicht sehr viel Bier getrunken wird, so soll gerade uns charakterisiren unser männliches Auftreten, unser kalter, ruhiger Blick in die Zukunft. Unser letztes Ziel habe ich bereits kurz bezeichnet. Es ist aber auch nöthig einen Leitfaden zu haben, der den Genossen aller Orten dazu dienen möge, in der praktischsten, zweckdienlichsten Weise für unsere Ideen thätig zu sein. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, und es ist das gewiß eine edle und ehrenvolle Aufgabe, unsere Prinzipien in die Massen des indifferenten Volkes hineinzutragen, und ist deshalb gezwungen, mit all ihr zu Gebote stehender Energie, mit unerschütterlicher Thatkraft, mit unbeugsamer Entschlossenheit vorwärts zu gehen auf der Bahn, die sie sich einmal gewählt hat. Aufklärung in die Köpfe der Proletarier zu bringen, sie mit dem Bewußtsein ihrer Klassenlage zu erfüllen, sie vertraut zu machen mit der ihnen von der Geschichte zugewiesenen Aufgabe, ist unser nächstes und wichtigstes Ziel, und darauf müssen wir unsere ganze Kraft verwenden; denn das gesammte Proletariat wird es ja sein, das unsere Bestrebungen verwirklichen wird. Nicht wir als ein kleines Häuflein von Parteimännern sind es, die ausschlaggebend sein werden, sondern die große Masse des Volkes wird durch die Macht der Erkenntnis, die in sie gedrungen sein wird, Zuständen ein Ende machen, wie sie heute existiren, und die einfach unnatürlich und menschenunwürdig genannt zu werden verdienen. Um nun aber ein gemeinsames, einheitliches systematisches Vorgehen auf allen Linien zu ermöglichen, ist es nöthig, über das Programm schlüssig zu werden. Das Programm, das Ihnen zur Begutachtung und zur Annahme vorgelegt wird, unterscheidet sich wesentlich von den Programmen, wie sie bis auf den heutigen Tag in unserer Partei Geltung hatten. Die Rücksicht auf die politischen Verhältnisse, die Rücksicht auf die jeweilige Anwendung der Gesetze durch die verschiedenen Behörden, die Rücksicht endlich auf die ökonomische Lage der Arbeiter an den verschiedensten Orten hat uns bewogen, die Form des Programmes so zu halten, daß damit der Bewegungsfreiheit des Einzelnen der möglichst größte Spielraum gelassen wird, und der Einzelne, wenn er unter dem Drucke der Verhältnisse gezwungen ist, seine Handlungsweise etwas abweichend zu gestalten von der Handlungsweise der großen Mehrheit der Partei, nicht sofort Gefahr läuft, das Programm überschritten zu haben und etwa als der Partei nicht mehr angehörig betrachtet zu werden. (Bravo! Bravo!)

Die Form des Programmes unterscheidet sich weiters von den bisherigen Programmen dadurch, daß sie nur das feststehende, unabänderliche Ziel, die Prinzipien der Partei, enthält. Bei allen übrigen Fragen, die die Arbeiterschaft in ihrer Masse interessirt, glauben wir unser Auslangen damit zu finden, daß wir in Form von Resolutionen hiezu Stellung nehmen.

Es wird nun an Euch liegen, Genossen, die Vorlage, die ja doch nur ein Vorschlag ist, welcher geändert werden kann nach Euren Wünschen, die Vorlage ernst und gewissenhaft zu prüfen, mit vorurtheilslosem Blick zu betrachten und zu glauben, daß Diejenigen, die diesen Entwurf ausgearbeitet haben, nichts weiter wollten, als der klassenbewußten und sozialistischen Arbeiterschaft Oesterreichs eine Handhabe zu bieten, einen Leitfaden zu geben. Ich will mir erlauben, Ihnen diesen Entwurf zur Verlesung zu bringen.

Prinzipien-Erklärung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesonders nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken."

Das ist nun jene Vorlage, welche wir uns erlaubt haben, Euch zur Begutachtung vorzulegen und die wir Euch bitten, nach Möglichkeit unverändert anzunehmen.

Wenn wir unserer Aufgabe voll und ganz gerecht werden wollen, wenn wir wirklich als Diejenigen gelten wollen, die wir sind, dann dürfen wir uns nicht scheuen — und geradezu der heutige Tag beweist, daß wir uns nicht scheuen — offen und ehrlich einzugestehen, was wir wollen. Dies ist nicht nur nothwendig, um unseren Gegnern unsere Absichten entgegenzuhalten, sondern hauptsächlich darum ist es nothwendig, weil es gilt, die Masse des Volkes, die unter dem Drucke der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse Leidenden, mit ihrer Lage vertraut zu machen, ihr Klassenbewußtsein wach zu rufen und sie zu treuen, ausdauernden Kampfgenossen heranzuziehen.

Man hat gesagt: Ziel und Zweck der Sozialdemokratie ist die Erstrebung eines Gesellschaftswesens, welches auf der vollen Gleichheit und Freiheit Aller beruht. Dieses Gesellschaftswesen, wir werden es nur dann erstehen sehen, wenn die Arbeitsmittel verwandelt werden in das Gemeingut der Gesammtheit. Das ist in kurzen Worten unser Ziel.

Was wir aber zunächst zu thun haben, unsere nächste Aufgabe ist, was ich bereits wiederholt bemerkte, mit allen Mitteln — ich betone das besonders: mit allen Mitteln, welche zweckdienlich sind und geeignet uns Zutrauen und Achtung des Volkes zu verschaffen (Bravo!), mit allen diesen Mitteln für die Verbreitung unserer Idee thätig zu sein. (Bravo!) Sie haben nun in dieser Vorlage den Grundgedanken des Sozialismus ausgedrückt. Sie finden ferner ausgedrückt, daß die Art unserer Thätigkeit, die Art und Weise wie wir unsere Ideen propagiren werden, lediglich abhängen wird davon, welche Stellung die Gegner einnehmen werden. Wir haben in Wahl der Mittel auf zwei Dinge Rücksicht zu nehmen: auf die große Masse des Volkes, auf den Bildungsgrad derselben, dann aber auf unsere Gegner und auf die Waffen, welche sie gegen uns anwenden. Und nun, Genossen, wenn wir wirklich ehrlich und mit Zuversicht daran gehen wollen, aufs neue als geeinte und als selbstständige Partei einzugreifen in das Gesellschaftsleben, dann dürfen wir uns nicht durch irgendwelche theoretische Ideen irre machen lassen, sondern wir müssen einfach alle jene Mittel in Anwendung bringen, welche zweckentsprechend sind (richtig!) und welche, seien sie nun dieser oder jener Art, geeignet sind uns in irgend einer Weise um einen Schritt weiter nach vorwärts zu bringen (Bravo!), müssen lediglich den praktischen Standpunkt jederzeit im Auge behalten (richtig!). Mag theoretisch das Eine oder das Andere schön ausschauen, wenn wir aber die Zeit damit vertrödeln, wenn zu viel Opfer dadurch fallen, so ist uns dadurch nicht im Geringsten geholfen. Also nur das ist in Anwendung zu bringen, was praktisch ist und wirklich den Vortheil für uns hat, daß wir wirklich vorwärts schreiten.

Noch Eines ist es, was ich konstatiren wollte. Es ist schon lange her, seit zum letzten Male die Arbeiter, die klassenbewußten und denkenden Arbeiter, aus allen Gauen Oesterreichs sich zusammenfanden, um über gemeinsame Interessen zu berathen. Aber mit besonderem Nachdruck ist hervorzuheben, daß keine einzige der verschiedenen Richtungen der sozialistischen Arbeiterpartei Oesterreichs heute fern geblieben ist. Wir sehen sie heute hier alle versammelt (Bravo!) und das ist etwas, das wohl und mit besonderem Nachdruck hervorgehoben werden muß.

Ich habe nicht mehr viel zu sagen. Es liegt nun an Ihnen, etwas zu schaffen, welches für die österreichische Sozialdemokratie zum mindesten für eine Reihe von Jahren maßgebend sein wird, und ich möchte Euch hier nun bitten, zu diesen Fragen nicht in kleinlicher Weise Stellung zu nehmen, sondern vorurtheilslos mit Liebe und Interesse in die Verhandlungen einzutreten. Denn nur dann können wir sagen, wenn wir uns trennen, daß wir wirklich etwas Nützliches, wirklich etwas Ersprießliches geleistet haben werden.

Die Sache steht so und wir sind lange klar darüber: was wir durchsetzen und erreichen wollen, werden wir nur erreichen, wenn wir nur unserer eigenen Kraft, Energie und Thatkraft vertrauen. Von Seite der verschiedenen bürgerlichen Parteien — darüber sind wir längst im Klaren — haben wir einmal nichts zu erwarten. (Sehr richtig!) Wenn wir etwas verlangen, bietet man uns ganz gewiß immer das Gegentheil von dem, was wir wollen. Verlangen wir Brot, so bietet man uns Steine. Wollen wir Freiheit, so zeigt man uns die Spitzen der Bajonnete. Wollen wir nur das bestehende Gesetz voll und ganz ausnützen, schafft man Ausnahmsgesetze, die unsere Thätigkeit hemmen und hindern sollen. Aber so Vieles wir schon erlitten und erleiden mußten — so oft wir geschlagen wurden — besiegt wurden wir bis heute noch nie, das können wir ohne Ueberhebung sagen. (Bravo!)

Es kommt nur darauf an, daß jeder einzelne Genosse, jeder Mann auf seinem Posten voll und ganz seine Pflicht thue, daß keiner zurückbleibt, daß aber

auch keiner, etwa von der Leidenschaft übermannt, sich hinreißen läßt zu Dingen, die für die Entwicklung der Partei als solche nur schädlich sein könnten. (Richtig!)

Genossen! Wir stehen heute vor einem neuen Abschnitte in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und es kommt lediglich auf uns an, die wir uns doch, und das mit vollem Rechte, als die Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie bezeichnen können, es kommt lediglich auf uns an, für die nächste Zeit festzustellen, wie wir vorzugehen haben, um unser Bestreben, um unsere Ziele möglichst zu erreichen. Lassen wir alle Vorurtheile, vergessen wir das, was war. (Bravo! Sehr gut!) Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, sie ist sehr ehrenvoll, sie ist aber nicht nur das, sie ist auch bewegt und an manchen Punkten zeigt sich, wenn man sucht, eine Ueberschätzung einzelner Mittel der Propaganda, ein übermäßig betriebener Personenkultus, ein Kultus von Schlagwörtern, und dadurch wurde das erreicht, was den vereinten Anstrengungen unserer Gegner gewiß nie gelungen wäre, es wurde erreicht, daß die österreichische sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft, trotzdem sie nur *ein* gemeinsames Ziel besitzt und unter *einem und demselben* Drucke leidet, in verschiedene Fraktionen gespalten war. — Fehler wurden gemacht, aber Fehler hüben wie drüben, keine Seite hat sich etwa zu rühmen, daß sie keine Fehler gemacht hätte. Und das, Genossen, soll nunmehr etwas sein, was wir der Vergessenheit übergeben wollen. Wenn wir wirklich etwas Ersprießliches schaffen wollen, dann sind wir gezwungen, einen Schleier über all das zu decken, was bis nun geschehen ist, dann sind wir gezwungen zu sagen: Von heute an wollen wir, ob wir nun individuell dieser oder jener Meinung sind, ob wir nun glauben auf diesem oder jenem Wege unsere Ziele früher erreichen zu können, von heute an wollen wir uns als einen Bund von Brüdern betrachten, von denen jeder einzelne die ausgestreckte Bruderhand für jeden kampfbereiten Arbeitsmann bereit hält. Der Rahmen unseres Programms ist so groß, daß sowohl der Eine wie der Andere genügend Platz findet für seine Thätigkeit. Nie und nimmermehr sollen kleinliche Dinge dazu ausgebeutet werden uns zu spalten und uns zu gemeinsamem Kampfe unfähig zu machen; sondern von heute an soll in Oesterreich nur *eine einheitliche, organisirte, nur eine einige Arbeiterpartei* existiren, was sie durch die Annahme des Programmes heute konstatiren werden. Wir sind zu einer ernsten Arbeit hier versammelt, prüfen Sie das, was Ihnen vorgelegt wurde, prüfen Sie es nach bestem Wissen und Gewissen. Heute hat man hier Raum und Zeit dazu, um offen seine Anschauungen kund zu geben, es ist dem Einzelnen die Möglichkeit geboten zu erklären, was er denkt und will. Wir wollen vergessen und wir wollen auch vergeben. — Was geschehen ist, liegt hinter uns, und mit neuer Thatkraft, mit neuer Entschiedenheit wollen wir an's Werk gehen und thätig sein für die Interessen des Proletariats, bis der Tag gekommen ist, an welchem das Proletariat die Fahne der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zum Siege tragen wird. Bis zu diesem Tage wollen wir im gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner stehen, mag da kommen, was da wolle. Wir wollen nicht mehr dulden, daß Meinungsdifferenzen in einzelnen Fragen etwa dazu ausgebeutet werden, um die österreichische Arbeiterschaft zu spalten, wollen nicht mehr dulden, daß einzelne Personen, um etwa ihrer Selbstsucht, ihrer Popularitätshascherei zu genügen, etwa sich ergebende Meinungsdifferenzen ausnützen für ihre egoistischen Zwecke, sondern wollen erklären, daß das, was wir heute schaffen, bindend für uns sein soll. Es wird jedem Einzelnen die größtmögliche Redefreiheit zur Kundgebung seiner Anschauung gewährt sein und diese soll voll und ganz ausgenützt werden, denn wir sind beisammen, um etwas zu schaffen, aber auch um uns selbst gegenseitig kennen zu lernen, und gerade das Eine, daß Viele von uns, die wir uns im Leben noch nie gesehen haben, uns hier kennen lernen, gerade darin liegt ein Faktor, der für die Entwicklung unserer Partei von immensem Nutzen sein wird. Ich habe gesagt, daß wir als sozialdemokratische Partei alle bürgerlichen Parteien, insoferne sie in der Gesellschaft noch bestehen, als eine einige reaktionäre, uns feindlich gegenüberstehende Masse betrachten, und

weil wir zu diesem Ergebnisse gelangt sind, weil wir wissen, daß wir nur bauen und vertrauen dürfen auf unsere eigene Kraft und nur auf den gesunden Sinn des Volkes, deshalb möchte ich Euch bitten, Genossen, das Programm, wie es Euch vorgelegt wurde, möglichst unverändert anzunehmen; es ist in demselben allen Richtungen nach Möglichkeit entsprochen. Es gewährleistet in seiner Form dem Einzelnen möglichste Bewegungsfreiheit, Keiner wird sich zu beklagen haben, Keiner wird behaupten können, daß seine Meinung ihm verbietet, im Rahmen dieses Programmes thätig zu sein. Thun Sie Ihre Pflicht, machen Sie, was sie als das Beste finden, und ich hoffe wir werden, wenn wir uns trennen, zufrieden sein können. Wir werden für die österreichische Arbeiterpartei etwas geleistet haben, was ihr von ungeheurem Nutzen sein wird, wir werden etwas geleistet haben, was alle diese mißlichen Zustände in unserer eigenen Partei für alle Zukunft beseitigt haben wird.

Also darum, Genossen, nur noch das Eine: Mit dem Blicke nur nach vorwärts, wollen wir in die Verhandlungen eintreten und mit dem Blicke nur nach vorwärts wollen wir auch unsere Beschlüsse fassen, vergessen was geschehen ist und uns denken, daß mit dem heutigen Tage eine neue Zeit für unsere Partei und auch eine neue Zeit für unsere Gegner begonnen hat! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hanich. Werte Genossen! Offen gestanden, obgleich ich sehr häufig in Volksversammlungen gesprochen habe, heute trete ich mit einer gewissen Befangenheit vor Sie und doch auch mit ungewöhnlicher Freude, und zwar deshalb, weil ich heute wenigstens zum ersten Male, wenn ich mich so ausdrücken will und soll, vor der Elite der österreichischen Sozialdemokratie spreche, denn ich nehme an, daß heute die besten Kräfte, welche die österreichische Sozialdemokratie zählt, beisammen sind. Deshalb ist mir etwas bange; freudig gestimmt aber bin ich aus dem Grunde, weil endlich nach so langem Zwiste und Hader die Stunde gekommen ist, wo wir so weit einander entgegen gekommen sind, um endlich Frieden zu schließen und die Streitaxt begraben ist; ich glaube nur eine Pflicht zu erfüllen, wenn ich dies ausspreche. Ist nun auch die Streitaxt noch nicht endgiltig begraben, so ist es doch vorauszusehen, daß es dazu kommen wird, wie wir Alle es erstreben. Eben weil wir Alle es wollen, so müssen wir es auch erreichen. Und weshalb wollen wir die Einigkeit? Ganz einfach aus dem Grunde, weil sie für uns, für die Anhänger der sozialdemokratischen Richtung, eine absolute politische Nothwendigkeit ist; weil sie nothwendig ist, wollen wir sie, und deshalb stellen wir die Prinzipien auf, auf Grund deren wir fürderhin einig sein wollen. Es ist ja bekannt und ich brauche es ja nicht weiter auszuführen, daß die große Bewegung, die durch unser Jahrhundert geht, daß die sozialistische Bewegung ungewöhnlich viele Gegner hat und eben deswegen wäre es ein Unsinn und war es ein Unsinn, daß sich Jene bekämpfen, oft Kleinigkeiten wegen, geringfügiger Unterschiede halber, die ein ureigenstes Interesse daran haben, Hand in Hand zu gehen. Es war ein Unsinn, und es wäre ein solcher, wenn wir das Ziel, welches wir uns gesteckt haben, nicht erreichen könnten.

Sie wissen Alle, daß ja verschiedene Richtungen bestanden. Ich bin hüben und Andere sind drüben gestanden, demzufolge war — manche Menschen sind ja außergewöhnlich bockbeinig, wenn sie von einer ihnen liebgewordenen Meinung abgehen sollen — das Werk der Einigung durchaus kein leichtes. Um diese Einigung, das muß vor Allem konstatirt werden, hat sich Genosse Dr. Adler das größte Verdienst erworben. (Lebhafter Beifall.) Er hat hüben gesprochen, er hat drüben gesprochen. Endlich kamen wir zu gemeinsamen Berathungen behufs Feststellung des Programms. Die Arbeit ging keineswegs rasch von statten, es gab gewaltige Wortstreite, und ich bekenne offen, ich war selbst ein ziemlicher Kampfhahn. Es wird Ihnen einleuchten, daß, um die Einigung zu Stande zu bringen, beiden Richtungen Rechnung getragen werden mußte. Wer aber die Einigung will, mag wohl stylistische Aenderungen des Programms beantragen, prinzipielle

Aenderungen jedoch darf er nicht vorschlagen. (Sehr richtig!) Ich selbst hätte gewünscht, daß mancher Programmpunkt anders ausgefallen wäre, aber im Interesse der Sache habe ich manche liebgewordene Meinung abgestreift (Bravo!) und erwarte, daß Sie dasselbe thun werden. (Gewiß!)

Ueber unser Programm ließe sich unendlich viel sagen. In der Einleitung stellen wir uns vollkommen auf den Marxistischen Standpunkt. Wir anerkennen, daß eine ökonomische Entwicklung nöthig ist, ehe der Sozialismus zum Durchbruche gelangen kann, stehen also ganz auf dem materialistisch geschichtlichen Standpunkte.

Wir müssen anerkennen, daß sich die Dinge über Nacht nicht ändern lassen. Die Logik und die Macht der Thatsachen lassen sich aus der Welt nicht hinauskommandiren, und aus diesem Grunde müssen wir die Thatsachen, die sich vor unserem Willen allein nicht beugen, anerkennen. Dies ist in unserem Programme zum Ausdrucke gekommen, und es ist hier vollkommen der wissenschaftliche Standpunkt gewahrt.

Auf die einzelnen Punkte des Programms will ich auch etwas eingehen. Vor Allem heißt es in demselben: „Die sozialistische Partei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nation, ebenso wie der Geburt, des Besitzes, der Abstammung, und sie erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst." Wir stehen also, es ist das für uns wohl etwas Selbstverständliches, auf internationalem Standpunkte, und doch muß ich gestehen, daß das, was hier steht, mir eigentlich zu wenig ist. Der internationale Standpunkt, den wir einnehmen — und ich habe hiebei mir vor Augen gehalten, daß wir in dem vielsprachigen Oesterreich leben — sollte besser zum Ausdrucke kommen. Aber ich habe mich gefügt, denn man sagte mir: Wenn wir unseren Standpunkt speziell mit Rücksicht auf die Vielsprachigkeit Oesterreichs darlegen werden, so könnte man uns Arbeitern unterschieben, daß wir uns in den nationalen Kampf eingelassen hätten. Dieses Argument hat mich vollkommen überzeugt.

Nach Punkt 2 unseres Programmes soll die Vereins-, Preßfreiheit u. s. w. für unsere Zwecke ausgenützt werden. Obgleich es eine Zeit in Oesterreich gab, wo man sagte, daß uns all dies nichts nützen werde, so würden wir es doch jetzt als einen Fehler betrachten, wenn wir nicht Alles ausnützen würden, was sich irgendwie ausnützen läßt. (Sehr richtig!) Hier soll Jeder thun, was in seinen Kräften steht. (Bravo!)

Ich komme zu Punkt 3, der bisher ein viel bestrittener Punkt war, ich meine nämlich die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes. Dieses Recht besitzen wir allerdings noch nicht, und wenn ich mich auch bezüglich des Wertes desselben bei unserem heutigen Parlamentarismus keinen Illusionen hingebe, so müssen wir doch dieses Recht fordern, weil es das Fundament aller politischen Rechte ist. Nach meiner Ansicht soll also das allgemeine direkte Wahlrecht in einem sozialistischen Programm seinen Platz haben. Die übrigen Programmpunkte werden nicht bestritten. Was die Arbeiterschutzgesetzgebung anlangt, so wird ja über diesen Programmpunkt später noch besonders verhandelt werden.

Punkt 5, der von der Schule handelt, betrifft Forderungen, die wir schon lange stellen. Ich brauche darüber nur wenig zu sagen. Wir müssen dahin wirken, daß die Schule so frei als möglich wird, zumal in Oesterreich, wo uns so viele Leute Steine vor die Füße werfen möchten, damit wir stolpern, sowie anno dazumal. (Rufe: Liechtenstein-Antrag!)

Ich kann Ihnen zum Schlusse nur zurufen: Gedenken Sie der Vergangenheit, gedenken Sie, daß wir Arbeiter in Oesterreich so oft Schiffbruch gelitten haben. Allerdings sind wir noch nicht untergegangen, aber dem Ertrinken waren wir schon manchmal nahe. (Sehr gut!) Wenn Sie sich das vor Augen halten, dann werden Sie wissen, was Sie zu thun haben. Sie müssen sich die Hände reichen, Sie können nicht anders (Bravo! Bravo!) und Sie können sich nur die

Hand reichen auf Grund dieses Programms. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Adler: Werte Genossen! Es haben vor mir die beiden Genossen die Nothwendigkeit einer einheitlichen Organisation unserer Partei ausgeführt. Ich möchte mit wenigen Worten darauf hinweisen, daß sie auch möglich ist. Es handelt sich nur darum, wie ist jener breite Rahmen, von dem der eine meiner Vorredner sprach, möglich geworden und wie ist möglich geworden, daß, wie der andere sagte, viele oder vielleicht jeder unserer Parteigenossen auf irgend einen Lieblingsgedanken verzichtet hat. Ist hier etwa eine Verschwommenheit eingetreten in der Partei — ist hier etwa, wie man glauben könnte, eine Zusammenschmelzung in einen sozialistischen Urbrei geschehen, oder ist etwa von der anderen Seite ein Abfall von früher anerkannten und bethätigten Ideen vorgekommen? Wenn das nicht, wie ist die Einigkeit möglich geworden? Sie ist möglich geworden, wie unsere ganze Partei überhaupt möglich geworden, durch den ganzen sozialen Prozeß, dessen Produkt wir sind, wir, die Sozialdemokratie — durch ihn wurde auch die Vereinigung möglich. Die Spaltung entstand ebenso. Die Sozialdemokratie hat sich vor etwa 20 Jahren langsam losgeschält und getrennt von den bürgerlichen Parteien, wie sie das in allen Ländern gethan. Sie war zunächst mit den bürgerlichen Parteien durch gewisse Bande verknüpft. Ihre Wortführer gehörten ihnen theilweise an. Die Arbeiter selbst glaubten noch an die Ideale und vor allem an den Idealismus der bürgerlichen Parteien. Sie hatten noch Illusionen über die Ziele, von welchen die bürgerlichen Parteien vorgaben, als ob sie ihnen überhaupt nachgehen würden! Alles das ist anders geworden. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist aus den Kinderschuhen heraus. Sie wurde groß, weil das Proletariat groß wurde. Die ökonomische Entwicklung seit 20 Jahren ist es, welche aus einem Schweif der bürgerlichen Demokratie eine bewußte sozialdemokratische Partei in Oesterreich machte. Und in einem Entwicklungsprozeß, der aus dem Anhängsel der Demokratie und Liberalen eine klassenbewußte Partei macht, kommen natürlich Spaltungen und Meinungsverschiedenheiten verschiedener Natur vor. Das, glaube ich, läßt sich nachweisen.

Die Meisten wissen, daß ich ein in der Agitation und in der Partei aktiv befindlicher Genosse noch nicht seit Langem bin. Als ich vor einigen Jahren aktiv eintrat, mußte ich fragen: Worin besteht die Spaltung eigentlich? Was meinen die Einen und was die Andern? Worüber wird denn gestritten? Ich habe mich redlich bemüht zu erfahren, um was denn eigentlich gestritten wird und ich kann sagen, es war recht schwer zu erfahren. Es war nämlich so: Die Einen — wir wollen Punkt für Punkt hernehmen — haben z. B. gesagt: Das Wahlrecht — das war die Hauptsache — muß sein, das ist eine Forderung der Partei. Die Anderen sagten: Das Wahlrecht hilft nichts; das war ja auch richtig. Wenn man nun zu den Einen sagte: Das Wahlrecht befreit uns nicht, aber es ist doch ein ausgezeichnetes Agitationsmittel. Seht, wie Andere mit den Wahlrecht agitiren! Blicken wir nicht mit Neid nach Deutschland? Wo wären die ohne Wahlrecht! (Richtig!) Darauf sagte Jeder: Das ist richtig. Aber das Wahlrecht als Ziel ansehen, ist unrichtig. Dies war aber nur ein Ueberbleibsel von den Demokraten und Liberalen. Die Unterordnung des politischen Programms unter das soziale unterscheidet uns von ihnen. Es war sehr leicht möglich ein einheitliches Programm zu machen, wenn man nur zeigte, welches die Widersprüche sind und worauf sie beruhen. Wenn wir heute diese ganzen Punkte (fünf) aufstellen würden ohne die Einleitung, unterscheiden wir uns von einem ehrlichen Demokraten eigentlich blutwenig (sehr richtig!), darüber ist gar kein Zweifel. Internationalität — Oeffentlichkeit — Wahlrecht — alles, auch der Arbeiterschutz — ist eigentlich nichts, was nicht jeder Demokrat unterschreiben kann. Worin unterscheiden wir uns vom Demokraten? Nur dadurch, daß wir sagen, das ist unser Mittel — wofür? — das sagen wir ausdrücklich. Unser eigentliches Programm ist: „Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und Aufgabe zu erfüllen,

es geistig und physisch kampffähig zu machen." Diesem Zweck dienen alle diese Mittel, sie sind nicht das Ziel, sondern eben nur Mittel, wenn auch ausgezeichnete Mittel, daran zweifelte Niemand. Aber sie als letztes Ziel ausgeben zu wollen, war ein Mißverständnis aus der Zeit, wo die Sozialdemokratie in der Bildung begriffen war. Den Satz, daß es Mittel ist zur Bildung und Kampffähigmachung des Proletariats unterschreibt kein Demokrat (Heiterkeit, richtig!); denn im Gegentheil, sein eigenes Programm verräth und verläßt er in der feigsten, schmählichsten Weise alle Tage, nur weil er nicht das Proletariat kampffähig machen will. Das ist der Unterschied. (Sehr richtig! Beifall.)

Das ist der Boden, auf dem eine Einigung möglich war. Wir hätten viel mehr zu sagen, die wir am Programm gearbeitet haben. Daß Sie für die heilige Sache Mann für Mann ihr Aeußerstes leisten sollen, zeigen Sie durch Ihre heutige Anwesenheit hier. Wir wissen sehr gut, wie Jeder hieher kam — keiner ist hier, dessen Biographie wir nicht kennen würden — das genügt — und von dem wir nicht wissen würden, daß er seine bisherige Opferfähigkeit weiter beweisen wird. Daß Sie die Einigkeit also wollen, daran zweifelt ja Niemand. Die Schwierigkeit ist nur die: Das allgemeine Programm anzuerkennen ist freilich viel leichter als sich im Einzelnen zu verständigen. Dabei ist es nöthig eigene Lieblingsideen hintanzustellen. Und diese hat ja Jeder von uns. Denn das erste, angeborenste und Niemand je genommene Menschenrecht ist das, ein ganz spezielles, persönliches Programm zu haben. Jeder Mensch hat das Recht zum Parteiprogramm auch noch Anmerkungen zu machen. Das wird immer so bleiben. Diese Verschiedenheiten individueller Auffassung unterdrückt sehen, möchte ich nicht. Nicht nur ist es nicht nothwendig, sondern ich und auch Sie sind überzeugt, daß ihr Vorhandensein wünschenswert ist. Denn die sozialdemokratische Partei ist nicht eine Partei, die von einigen Leuten kommandirt wird, die hinten an der Leine ziehen. Die Drathzieher, wären sie bei uns vorhanden, so fänden sie die Puppen nicht. (Bravo!) Wir sind keine Partei aus Bleisoldaten in einer Schachtel, einer wie der andere (Stockfische!) — das selbstständige Denken ist der Punkt, der die Entwicklung unserer Partei außer den ökonomischen Verhältnissen am meisten begünstigt, und weil wir die Entwicklung wollen, wollen wir nicht durch ein Programm die selbstständige Denkthätigkeit ausrotten, auch nicht den Gedanken, daß im Programm manches höchst mangelhaft ist. Es ist möglich, daß noch manches darin bleibt, was vielleicht besser, gescheiter ausgedrückt wäre, und wenn sich einer dazu findet, wird er es thun.

Wenn der Rahmen weit ist, war das auch noch aus einem Grunde wirklich nothwendig, weil wir in Oesterreich leben, in einem Lande, das derartig verschiedene Volksschichtung, so individuell herausgearbeitete Volkscharaktere enthält, wie nicht leicht ein Land, in dem die sozialdemokratische Partei einheitlich thätig ist. Es ist ganz unmöglich und gerade nach unserer Anschauung unmöglich, daß in der Reichenberger hoch industriell entwickelten Gegend die Arbeiter genau dieselben Anschauungen haben über die Entwicklung der Partei, wie etwa in Villach und Klagenfurt unten, und es wäre nur möglich, daß sie dieselben Eigenschaften hätten, wenn man sie ihnen einimpfen würde, sie dazu abrichten würde. Wir wollen aber nicht abrichten zu gedankenlosen Nachsagern irgendwelcher festgestellten Dinge. Nein, wir wollen jene Breite im Programm, welche der Partei freie Entwicklung gewährt in ihren lokalen Verschiedenheiten.

Noch möchte ich sie darum bitten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß ja die meisten einzelnen Punkte speziell in Resolutionen behandelt sind, die später auf die Tagesordnung gelangen werden, und es ist wünschenswert, daß gerade das Programm möglichst frei sei von detaillirten Erörterungen. Ich bin überzeugt, wenn wir Hainfeld verlassen, so wird es eine einige sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich geben. (Bravo! Bravo! Händeklatschen.)

Burian (tschechisch): Genossen! Wir sind zusammengekommen, um ein großes Werk zu vollenden, um zwei sozialistische Fraktionen zu vereinigen, und um den herrschenden Parteien den Beweis zu erbringen, daß wir wirklich fähig

sind, den Kampf des Proletariats für seine Emanzipation zu führen und auch durchzuführen.

Es ist hier aber nicht der Ort, wo wir in klafterlangen Reden die Zeit verbrauchen dürfen, hier müssen wir mit tiefen Erwägungen und in kurzen Reden unsere Prinzipienerklärung, unser Programm durchberathen, und ihm eine Gestalt geben, die beide bisher getrennt stehenden sozialistischen Fraktionen zu einer starken, einheitlichen Partei vereinigt, welche im Stande sein soll, ihren Kampf gegen das heutige Wirtschafts-System, wenn auch mit Anwendung aller Kräfte, mit sicherem Erfolg zu führen.

Freunde! Das gesammte Proletariat blickt auf uns, und zwar mit einer großen Spannung und dem Wunsche, einmal den Hader abzulegen, und die Eintracht und den Frieden unter uns zu Stande zu bringen, damit unsere Gegner sehen lernen, daß wir nicht mehr politische Kinder sind, und wirklich die Fähigkeit haben, unser Schicksal und unsere Existenz als Partei selbst in die Hände zu nehmen.

Reichen wir uns die Brüderhände, jede Seite etwas nachgebend, und vereinigen wir uns auf Grund der gemeinsamen Prinzipienerklärung in ein Ganzes, damit wir mit wirklichem Erfolg in dem Kampfe gegen unsere Feinde operiren können.

Auf diese Art können wir uns die politische Großjährigkeit erringen, und damit das Recht, über das Volkswohl zu entscheiden, in unsere Hände bringen. Hinweg mit der Privatwirtschaft!

Reichen wir uns also die Hände, vereinigen wir uns, damit wir nach dem Auseinandergehen unseren Genossen zu Hause die freudige Nachricht überbringen können, daß das große Werk vollbracht ist, daß ein guter Anfang zu einer guten Organisation, welche uns zum Siege verhelfen wird, gemacht worden sei. (Bravo und langdauerndes Händeklatschen.)

Rißmann (Graz): Meine Herren! Als im heurigen Sommer, von den Wiener Genossen die Einigung angestrebt wurde, ist uns gleichzeitig eine gewisse Grundlage zu derselben eingesendet worden. Eine Zusammenkunft von Genossen aller Parteischattirungen hat diese Grundlage als zu einer Einigung ungenügend zurückzuweisen sich genöthigt gefunden; gleichzeitig aber waren wir auch der Ansicht, daß die Einigung nur dann von Nutzen sei, wenn sie von einer Arbeiterpartei ausgearbeitet ist und auf Grundlage eines derartigen Beschlusses dann in Wirklichkeit übersetzt würde.

Nun die Sache hat etwas lange auf sich warten lassen und das einberufende Komité hat uns ein Programm vorgelegt, welches einstimmig anzunehmen wir ersucht wurden. Der verehrte Herr Redner von der anderen Richtung — sie gestatten, daß ich ihn heute noch als solchen betrachte — hat seine Ansichten ausgesprochen, und auch ich glaube, das Recht zu haben, das Gleiche zu thun. In Anbetracht dessen, daß jeder Redner nur fünfzehn Minuten sprechen darf, werde ich mich möglichst kurz fassen. Das Programm, meine Herren, ist mit einer Anempfehlung des Herrn Referenten als ein bedeutender Fortschritt bezeichnet worden, und es wurde ein solches genannt, wie wir es in der österreichischen Arbeiterbewegung bisher nicht gehabt haben. Ich will es nicht bestreiten, daß es der Form nach allerdings ein solches ist; aber niemals kann ich zugeben, daß das Brünner Programm dem Wesen nach anders aussehe. Das, meine Herren, müssen wir offen gestehen, daß die Prinzipien-Erklärung, wie sie uns heute vorgelegt wurde, nur eine Umschreibung des Brünner Programmes ist. Und ich bedauere es, meine Herren, demselben auch heute nicht zustimmen zu können. Ich bin der Einladung folgend hieher gekommen, nicht in der Hoffnung, daß es mir gelingen werde, Sie von den Anschauungen, welche mich bei der Beurtheilung leiten, zu überzeugen, ich habe viel zu viel Ansehen und Achtung vor Ihnen, meine Herren, um Ihnen nicht eine selbstständige Meinung zuzumuthen, die sie sich schon vorher gebildet haben und die sich nie ändern wird; ebenso steht es aber auch mit mir. Nun, der Herr Dr. Adler hat uns verschiedene Auffassungen des Programmes in der Vergangen-

heit klar vor Augen geführt. Ich muß offen gestehen, daß ich mir, was speziell die Scheidepunkte beider Parteien anbelangt, sie niemals so vorgestellt, wie es Herr Dr. Adler zu erklären für nothwendig befunden hat. Was das Wahlrecht anbelangt, wurde gesagt, daß sein Wert von der einen Seite überschätzt, von der anderen unterschätzt wurde; daß es von der einen Seite als ein Mittel zum Zweck bezeichnet wurde, während die Anderen sagten, daß es überhaupt nichts tauge. Ich habe mir niemals eingebildet, daß die Herren von der Gegenseite durch das Wahlrecht ihr Endziel erreichen wollen, das kann nur Jemand glauben, der sich die beiden Richtungen nicht unparteiisch vor Augen geführt hat. Es thut mir leid, daß ich nicht von denselben Ansichten geleitet bin, wie meine Vorredner, aber seit dem sechzehnten Jahre, seitdem ich in der Bewegung stehe, habe ich die Sache immer in derselben Weise aufgefaßt, wie heute. Trotzdem ich aber auch die Bücher und verschiedene Autoritäten zu Rathe gezogen habe, finde ich, daß die Sache so steht, wie vor vier Jahren. Damals sind Sie ebenfalls auf dem Standpunkt gestanden, daß unser Endziel erreicht ist, wenn die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesammtheit übergegangen sind. Das ist überhaupt das Endziel der gesammten Sozialdemokratie. Das ist allgemein gefaßt; nun vermisse ich aber Eines in dem Programme und ich muß sagen, daß ich gerade in dieser Beziehung vollste Klarheit gewünscht hätte. Ich hätte ausgedrückt gewünscht, wie die Gemeinschaft dann aussehen wird. (Zuruf!)

Meine Herren! Ich habe das Recht zu verlangen, nicht durch höhnische Zwischenrufe unterbrochen zu werden. Es wurde weiter ausgeführt, daß man eben durch die Erlangung politischer Rechte die Proletarier als politische Partei organisiren könnte und auf diese Weise die Organisation der Massen durchführen könnte, während auf der anderen Seite auf die Organisation der Arbeiter als politische Partei nichts gegeben wird.

Auch heute bin ich der Ansicht, und auch heute vertrete ich dieselbe Richtung. Der Herr Referent sagte, es wäre eine Illusion, von den Machthabern der heutigen Gesellschaftsordnung zu glauben, daß sie uns helfen werden. Auch ich bin dieser Ansicht. Wenn sie aber blos politische Rechte erlangen wollen, dann ist es mir unbegreiflich, warum die Sozialdemokratie nicht bereits zu einer großen Partei herangewachsen ist, ebenso unklar ist mir, warum die Sozialisten in Frankreich nicht mehr ihre parlamentarischen Rechte ausnützen, und warum das nicht in England geschieht. (Rufe: Aber Deutschland!) Ja, die Auffassung über die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland, die Sie ja nicht mitgemacht haben, kann verschieden sein. Ich zum Beispiel glaube, daß die Bewegung in Deutschland im entscheidenden Augenblicke nicht so viel Anhänger haben wird, als die Herren vielleicht nach dem Wahlergebnisse annehmen. Es gibt, Sie werden mir das zugestehen, in Deutschland manche Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung, die für die Sozialdemokraten stimmen, aber den Letzteren wird es im entscheidenden Augenblicke so gehen, wie seinerzeit den Vertheidigern der Pariser Kommune, für die ich glaube, 200.000 Mann eintreten wollten, die aber im entscheidenden Momente blos ein Häuflein, einige Tausend Leute, gebildet haben. Sie sagen, man soll die politischen Rechte zur Organisirung der Massen ausnützen. Es wird auf Amerika hingewiesen. Auch dort haben die Arbeiter versucht, ihre gesetzlich gewährleisteten Rechte für sich zu beanspruchen, und unschuldig haben dafür sieben Männer ihr Leben büßen müssen. Jeder Unparteiische muß sich das Urtheil bilden, daß die Machthaber der heutigen Gesellschaftsordnung die Freiheiten zu schmälern suchen. Das gilt auch von England und Frankreich; und sobald man sieht, daß die Arbeiter die Freiheiten ausnützen, greift man zu Ausnahmsmaßregeln, die nun besonders Oesterreich in letzter Zeit kultivirt hat. Ich erinnere hier an die in Schwender's Kolosseum beschlossene Resolution, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Ausnahmsverfügungen sofort aufzuheben und die Preßfreiheit sofort einzuführen, und was hat die Regierung gethan? Sie hat mit dem Ausnahmszustande geantwortet.

So lange die heutigen ökonomischen Einrichtungen bestehen, werden unsere politischen Rechte eine Null sein, ein Spielball, mit dem die Machthaber umgehen können, wie sie wollen und die Massen ködern. Ich will mich nicht über das allgemeine Wahlrecht auslassen und nur so viel sagen, daß ich einem deutschen Sozialisten Recht geben muß, der da sagt, daß die bewährten Genossen, die im Parlamente mit den Gegnern unserer Bestrebungen in Verkehr gebracht werden und dort Reden halten, unserer Partei nur entzogen werden, weil die Reden, wenn sie auf der Gasse gehalten würden, mehr Wirkung üben würden, als wenn sie gedruckt auf dem Papiere unter die Massen geschleudert werden. (Heiterkeit.) Sie können lachen, aber mit Lachen oder Ironie beweist man in solchen ernsten Dingen nichts. Wie wollen Sie die Massen organisiren? Als politische Partei? Darüber wird die Zeit vergehen und viel Geld geht verloren. Statt Freiheit bekommen wir Steine. Solange die heutigen Verhältnisse bestehen, muß, und das sage auch ich, alles was uns zu Gebote steht, die Rede- und Preßfreiheit u. s. w., ausgenützt werden. Es ist nicht wahr, daß Männer unserer Richtung dies je negirt hätten, aber wir sind der Ansicht, daß, wenn wir von einem Feinde, den wir entschieden bekämpfen, etwas fordern werden, wir nichts kriegen, wenigstens für die Dauer nicht.

Streben wir dahin, die Massen als klassenbewußte Massen zu organisiren. Die Bourgeoispartei brauchen wir in ihrem Kampfe gegen die Feudalen — das sagt schon Karl Marx in seinem kommunistischen Manifest an die Arbeiterpartei — nicht zu unterstützen, sie soll sich ihre Sache selbst ausfechten. Unsere Pflicht ist es nun, die Massen über ihre Rechte aufzuklären, wenn wir die politischen Freiheiten auch nicht bekommen werden. Durch solche Forderungen wird aber nur die Zeit verschwendet, und werden bei der Masse Illusionen erweckt, in denen sie sich getäuscht fühlen werden.

Was schließlich Ihr wirtschaftliches Programm anlangt, so glauben Sie ja nicht, daß vielleicht einer von uns ein Gegner desselben wäre, wenn dasselbe ohne Klausel und Hintergedanken gegeben wird. Aber die Geschichte lehrt uns, daß die Machthaber nur dann etwas zum Wohle des Volkes bewilligt haben, wenn sie dazu durch die Noth der Selbsterhaltung gezwungen wurden. (Bravo!) In dem Momente, wo sie sich kräftig gefühlt haben, haben sie uns wieder alles weggenommen. Ich weise auf die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung hin.

Meine Herren, es würde zu weit führen, über diese Sache eingehend zu sprechen. Ich würde gewünscht haben, über die Reformbestrebungen speziell zu sprechen, weil man eben sagt: Was ihr vertretet, sind nur Schlagworte. Nein! als offene Gegner können Sie mir glauben: wenn ich mit Schlagworten kämpfen würde, würde ich mich schämen, vor Sie zu treten. Eben weil ein offener Gegensatz besteht, in der Form, daß er wirklich anerkannt werden muß, deshalb habe ich auch die Berechtigung, zu sagen: Es sind nicht Hirngespinnste, kein Personenkultus, nicht von meiner Seite; ich hasse und bekämpfe Jeden und werde ihn auch bekämpfen, in welcher Richtung und Partei immer. Sie werden sagen: was ihr anstrebt, ist kein sozialdemokratisches Programm. Nun sei es denn, wenn es das nicht ist, vielleicht in Ihrem Sinn — denn jede Partei hat eben ihr eigenes Programm, legt sich das Programm in ihrem Sinne aus. Aber mit vollster Ueberzeugung und vollstem ehrlichen Willen arbeiten wir wie Sie, wenn auch auf anderen Wegen, anderen Bahnen. Und wenn Sie unsere Bewegung mit der anarchistischen, mit der terroristischen in Verbindung bringen und sagen: Was Ihr wollt, ist Anarchismus, meine Herren! Ich werde vielleicht als einer den Anarchisten am nächsten Stehenden beschuldigt — aber in Oesterreich hier sucht man Anarchismus und Terrorismus zu vermengen, legt den Sachen falsche Bedeutung bei. Anarchisten und Terroristen sind etwas Verschiedenes. Theoretische Anarchisten gibt es in Oesterreich, aber daß es Terroristen gibt, das bezweifle ich. Terroristen gibt es nur solche, die durch den äußersten Druck zur Verzweiflung gedrängt sind; die Urheber der terroristischen Bewegung sitzen im Polizeibureau. (Sehr richtig!) Diese Bewegung, die mit der anarchistischen in Verbindung gebracht werden könnte, — sie

hat in Oesterreich vor dem Ausnahmezustand von 1884 bestanden, und wie sie damals mit dem Anarchismus verbunden wurde, darüber will ich kein Wort verlieren, denn Sie standen damals selbst in der Bewegung.

Ich glaube verpflichtet zu sein, am Schluß kurz zusammenzufassen, und mich und Sie zu fragen: Sie nehmen an, daß im Interesse der wahren und schnellen Zuendeführung des Kampfes, und damit möglichst wenig Opfer fallen, nothwendig ist, die Punkte des Programms als Agitationsmittel anzustreben. Sei es denn, ich muß mich und Sie fragen, ob Sie glauben, daß all diese Punkte rasch und ohne Opfer erledigt werden? Ich glaube, die Sache wird nicht sogleich von der Legislatur bewilligt werden und nicht ohne Opfer. Jede Sache fordert Opfer, auch diese, wenn vielleicht auch weniger, als eine andere.

Und ich muß hinzusetzen: Wenn ich dem Programme nicht zustimme, dürfen Sie nicht glauben, daß ich ein Hirngespinnst habe, mit dem Kopfe durch die Mauer rennen will und dadurch etwas zu erreichen glaube — das dürfen Sie nicht glauben. Wir wollen nicht mit dem Kopfe durch die Mauer rennen, nicht Gewaltthaten, die man uns in die Schuhe schiebt. In den letzten Jahren war die radikale Partei so schwach und hat sich in der Wirklichkeit mit den Gewaltthaten nicht für solidarisch erklärt. Was stattfand, waren unstreitig Verzweiflungsakte, durch die Handhabung der Gesetzordnung hervorgerufen, und Sie werden so viel Männer sein, diese verzweifelten Männer nicht zu verachten. (Zurufe: Nein! fällt Niemandem ein!) Die Partei aber war, meiner Ansicht nach, nie mit diesen Thaten identisch. Dies wollte ich mit kurzen Worten erklären.

Zum Schluß sage ich: daß — ob wir einig, wie Sie es wünschen, auseinandergehen oder nicht — es mein ernstes Streben sein wird, ohne uns zu verlassen auf die politische Freiheit als Agitationsmittel in Jahren oder in Monaten! — nein, mit dem zunächst Gegebenen werde ich rechnen, werde vor die Masse treten, sie über ihre Rechte und die heutigen Verhältnisse aufklären, versuchen, die klassenbewußte proletarische Bewegung zu organisiren, und Jeder möge zufrieden darauf zurückblicken, ohne zu sagen, „der will mit dem Kopfe durch die Mauer rennen, weil er unserem Programme nicht zustimmt". Sie müssen es als ganz natürlich betrachten, wenn ich sage: Ich kann Ihrem Programme in der vorgelegten Form nicht beistimmen. Ich habe versucht, es in anderer Weise zu formuliren und eine Prinzipienerklärung Ihnen vorzulegen. Aber ich bin überzeugt, daß die nothwendigen zehn Personen sich nicht finden werden, und so muß ich mich begnügen, die Verhandlung über den ersten Punkt abzuwarten, um daraus die für mich nothwendigen Konsequenzen zu ziehen: aber ich erwarte, daß die heutigen Ausführungen nicht als feindselig betrachtet werden, sondern als von einem ehrlichen, offenen Gegner kommend. Wir werden, wenn auch nicht vollständig vereinigt, doch als vereinte Brüder für unsere Ziele streben.

Kesel (St. Pölten): Genossen! Ich könnte mich getäuscht haben, aber ich glaube wohl, daß einige der Anwesenden ein gewisses Vorurtheil gegen Genossen Rißmann hatten. Gen. Rißmann hat Ihnen gesagt, daß gar nicht angeführt ist, wie der Zukunftsstaat ausschauen soll. Aber er hat auch gar nicht gesagt, auf welchem Wege wir diesen Zukunftsstaat erreichen sollen. (Ganz richtig!) Ich spreche nur darum dagegen, weil von meiner Person ihm (R.) am unparteiischsten entgegengetreten wird. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, mich auf alle möglichen politischen Rechte zu verlassen. Alle sind nur Mittel zum Zweck. Wir wollen damit die Massen gewinnen. Allein geht es nicht. Zur Propaganda müssen wir Mittel haben. Wenn ich dem Bauer oder dem Indifferenten sofort sage: Ich will die sozialistische Gesellschaft, wirft er mich hinaus. Aber wenn ich sage: Wir verlangen das und das, dann wird er zu denken anfangen, und dann wird er auf den Weg kommen, auf den wir gehen wollen. (Bravo!) Gerade so gut, wie Gen. Rißmann über das allgemeine Wahlrecht, gegen Illusionen sprach — wir geben uns keinen hin (Heiterkeit; richtig!) — denn, wenn wir es haben werden, brauchen wir es als

Agitationsmittel. Ich habe gleich im Anfange, ich war jung, kaum sechs Monate in der Partei, in St. Pölten gesagt: Wir verlangen das Wahlrecht, weil es ein Recht ist, hoffen thun wir nichts davon. (Zuruf: Das war gut gesagt!) Wir wissen nicht, ob es bei uns geht wie in Deutschland mit dem allgemeinen Wahlrecht. Wenn wir es haben, könnten wir über Nutzen und Schaden berathen, heute wissen wir das nicht. Nach Deutschland zu urtheilen wäre voreilig. In Oesterreich hat man mit Leuten zu rechnen, wo ein großer Theil nicht lesen und schreiben kann. Das ist in Deutschland eben nicht oder sehr wenig der Fall, und es ist im Programm der Prinzipienerklärung gesagt: die Taktik werde nach den jeweiligen Verhältnissen gerichtet. Wir sind heute nicht hier, für hundert Jahre auszumachen, sondern ein Parteitag auf's Jahr ist auch wieder möglich. Also braucht man sich nicht herumzustreiten. Mit allen Mitteln als allerersten Punkt das Wahlrecht erstreben, steht im Programme. (Zuruf: Das ist nicht wahr.) Wir gehen mit aller Kraft für das Wahlrecht und lassen darum alles Andere aus dem Auge — das können wir nicht thun. Also das Wahlrecht erstreben, aber nicht mit allen möglichen „Dings“, sondern nur darum, weil es ein Recht ist, was die österreichische Bourgeoisie, die kapitalistische Herrschaft uns, den Arbeitern, vorenthält. Auf diesem Standpunkte sollen wir uns stellen glaube ich: Wir brauchen nicht darüber zu streiten, sondern wir sind überzeugt hergegangen; wer sagt: Er sei radikal, soll das dadurch zeigen, daß er mit allen Kräften vorwärts arbeitet und für die Sammlung der Kräfte der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs kämpfe. (Bravo!)

Vors.: Genossen! Es kommen im Programme beim Wahlrecht die Worte „mit allen Mitteln“ es zu erstreben nicht vor, sondern es heißt dort nur: „als wichtigstes Agitationsmittel“.

Resel: Ich denke auch nicht, daß es ein so wichtiges Mittel ist; es ist ein Mittel, meine Herren!

Hybes (Brünn). Freunde, Parteigenossen! Ich sehe mich gezwungen auch einige Worte zu diesem strittigen Punkte zu verlieren, und ich muß sagen, daß es mir leid thut, denn es wäre mir viel lieber, wenn dieser Zwischenfall gar nicht vorgekommen wäre; nun er aber wirklich vorliegt, können wir ihn nicht aus der Welt schaffen und müssen mit ihm rechnen. Ich werde nur einige Worte an den Genossen Rißmann richten. Auch ich war einmal sein guter Parteigenosse, auch ich gehörte einmal zu jener Richtung, welche er heute noch vertritt, auch ich stünde vielleicht heute noch in Mitte Jener, wenn mir die nackten Thatsachen nicht die Belehrung beigebracht hätten, die auf mich einen derartigen Eindruck gemacht haben, daß ich mir nach langem Nachdenken ein anderes Urtheil gebildet habe. Genosse Rißmann hat ausgeführt, daß wir dem Volke die Wahrheit sagen müssen, wie die herrschenden Parteien mit ihm umgehen; das ist wohl richtig und wir thun es, so weit wir können; was mich aber dazu bewogen hat, daß ich von dieser Richtung abgewichen bin und mich der Majorität angeschlossen habe, ist die Erfahrung, die ich gemacht habe, daß gerade, wenn es zum Kampfe gekommen ist, die Meisten die Partei verlassen haben, so wie es Genosse Rißmann angeführt hat, daß es die deutschen Arbeiter thun würden, wenn es heißen würde in den Kampf zu gehen, so wie er auch von Paris angeführt hat, daß es dort im Jahre 1871 geschehen ist, daß nicht Alle die Kommune vertheidigt haben. Und gerade das ist es, was mich veranlaßt hat, mich dem herrschenden Strome anzuschließen, weil ich gesehen habe, daß gerade bei den „Radikalen“ von Tausenden nur Wenige geblieben sind, welche nicht im Stande wären, das Volk zu irgend etwas zu bewegen. Wir müssen trachten uns aus der Praxis, die wir durchgemacht haben, Belehrung zu schöpfen, es muß klar zu Tage liegen, was uns wirklich Nutzen gebracht hat und was nicht. Ich muß dem Genossen Rißmann sagen, er wird sich noch hundertmal täuschen, wenn er einige Genossen zusammengebracht hat, und wenn er dann glaubt, auf diese Leute bauen zu können.

Durch diese Täuschungen wird er zur Ueberzeugung kommen, daß er die Verhältnisse und die Leute nicht machen kann wie er will, sondern mit ihnen rechnen muß wie sie vorhanden sind. Nach einigen Jahren wird er sich vielleicht auch diese Ueberzeugung verschafft haben, daß ein Volk nicht lenkbar ist wie eine Maschine, mit der man machen kann, was man will. Das Volk ist wie es ist und man muß sich danach richten, nach seinem Charakter und nicht nach der Idee irgend einer Theorie. Ich schließe, ich will nur gesagt haben, daß ich mich wirklich und entschieden, und zwar bin ich hier als Vertreter der slavischen Genossen, für das vorgeschlagene Programm erkläre und Sie ersuche, im Interesse der Einigkeit der Partei und ihrer Entwicklung, dasselbe anzunehmen. Es ist mit in Betracht zu ziehen, daß wir uns bestreben müssen, eine große Partei zu sein, vor der unsere Gegner Respekt haben, und der gegenüber sie sich nicht das erlauben, was sie sich vielleicht erlauben würden, wenn wir gespalten wären. Ich schließe mich also vollkommen den Referenten an und glaube, daß die Arbeiterbewegung, wenn sie uns unseren Zielen zuführen soll, auf dieser Grundlage aufgebaut sein muß und sich nicht nach der Taktik des Genossen Rißmann richten darf. Er wird sich überzeugen, daß er, wenn er wirklich allein eine Fraktion organisiren will, nach einigen Jahren nur ein kleines Häuflein um sich haben wird, und daß es eine schwere Mühe ist, das Volk für eine Taktik zu gewinnen, welche ihm neu ist. Deshalb also habe ich mich dem heutigen Strome angeschlossen und weil ich mich schon so oft getäuscht habe. (Beifall.)

Indra (Gmunden). Genossen! Es sind lauter Genossen hier, welche die Arbeiterbewegung größtentheils seit langen Jahren aus Erfahrung kennen; mir, wie auch höchst wahrscheinlich den meisten von Ihnen ist es nicht entgangen, daß die Arbeiterbewegung Wellen geworfen hat, daß man sich bald mehr auf die eine, bald mehr auf die andere Seite geneigt hat. Wenn Anfangs der Achtziger Jahre Genosse Rißmann die heutigen Ausführungen in einer Versammlung vorgebracht hätte, so hätte die große Majorität der Anwesenden ihm zugestimmt. Die meisten von uns haben eben ihre Ansichten geändert und wir haben damals denselben Feuereifer für diese Meinungen gehabt, wie heute Genosse Rißmann; auch wir glaubten unfehlbar zu sein. Heute stehe ich aber auf dem Standpunkt, daß es so nicht weiter geht und ich unterschreibe diese Prinzipienerklärung vollinhaltlich. Ich will damit nicht sagen, daß nicht eine Zeit kommen könnte, in welcher ich erklären werde: „Ich habe damals eine Dummheit begangen." — Jeder kann seine Ueberzeugungen ändern und ich nehme es dem Genossen Rißmann gar nicht übel, daß er diese Ansichten hat; es ist eben noch Niemandem gelungen, ihn von Anderem zu überzeugen, doch ich glaube wohl, daß es einmal geschehen wird. Auf eine Aeußerung des Genossen Rißmann muß ich noch zurückkommen. Er hat gesagt, daß Jeder seine Meinung schon mitgebracht hat, die er nicht ändern wird, und daß auch er die seinige mitgebracht habe. Ich kann Genossen Rißmann versichern, daß ich keine Meinung mitgebracht habe, und wenn er mich überzeugt hätte, hätte ich nicht angestanden, gegen die Prinzipienerklärung zu stimmen. Um das Ueberzeugen handelt es sich eben, denn es wäre ja ein Unding, wenn man von etwas überzeugt wäre und dagegen handeln würde. Die ganze Streitfrage dreht sich um einen Punkt, um das allgemeine Wahlrecht, über welches schon so viel gesprochen wurde, ohne daß man zu einem erfreulichen Resultate gelangt wäre. Die Meisten betrachten es blos als Alarmmittel, um Bewegung ins Volk zu bringen. Zur Agitationsweise von Genossen Rißmann, der sagt, er werde unter das Volk gehen, muß ich sagen, seine Agitationsweise gleiche einer Flöte, die unsere einer großen Trommel. Wir bilden das Gros des Volkes und dennoch hört man so wenig von uns! Worin liegt das? Wir haben nicht die Mittel, unsere Wünsche bekannt zu geben, uns bemerkbar zu machen. Unsere Presse ist unbedeutend gegen die unserer Gegner, in unseren Versammlungen ist ein freies Wort nicht erlaubt. Unsere Gegner setzen alle Mittel in Bewegung, auch wenn ihrer nur wenige sind, sie rühren die Trommel. Es entsteht eine Bewegung, bei der es sich oft nur um eine

Kleinigkeit handelt, sie wissen aber die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Ich hoffe auch vom allgemeinen Wahlrecht nicht viel, aber es würde durch das ganze Land hin Alarm schlagen, es würden Versammlungen und Reden gehalten werden, der dümmste Bauer würde aufmerksam werden. Ich glaube die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes kann von Jedem unterschrieben werden. (Beifall.)

Genosse Ullrich (Wien). Es haben sich bisher alle Redner mit der Prinzipienerklärung, und das freut mich, einverstanden erklärt, nur Rißmann ist allein dagegen. Das kann ich nicht billigen. Auch er hat ja doch erklärt, er werde wissen, was er als Arbeiter und Sozialdemokrat zu thun habe, er werde bestrebt sein, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Das ist mir genug. Die Hauptsache bleibt die Einigkeit, und es hat gewiß einen jeden Genossen mit Befriedigung erfüllt, als er gehört hat, es werde nun das Werk der Einigkeit zu Stande kommen. Jeder wußte, daß er Fehler gemacht habe. Ich und manche Andere haben mit gefehlt, wenn wir auch nicht direkt als Urheber gegolten haben. Es wurde Manches ausgesprochen, was man nicht hätte aussprechen sollen, und es wurde Manches verschwiegen, was man hätte sagen sollen. Ich hoffe nun, daß der bisherige Zwiespalt in der Partei aufhören wird, so daß, wenn irgendwo der Ehrgeiz auftritt, um unsere Arbeit zu zerstören, wir gemeinsam gegen diese Verletzung der Interessen des Proletariats auftreten können. (Bravo!)

Genosse Adenau (Klagenfurt). Geehrte Genossen! Auch wir von den Alpenländern kennen, wie schon betont wurde, die soziale Frage und sehen Noth und Elend, wenn dasselbe auch nicht in dem Maße, wie in Nordböhmen und Schlesien bei uns herrscht, dennoch täglich vor unseren Augen. Die uns heute vorliegende Prinzipienerklärung ist nichts Neues, denn so viel ich mich erinnere, hat die sozialdemokratische Partei die in derselben enthaltenen Punkte schon vor mehreren Jahren aufgestellt. Wir sind Alle im Allgemeinen mit der Prinzipienerklärung einverstanden, eine Meinungsverschiedenheit herrscht jedoch bezüglich des allgemeinen direkten Wahlrechtes, das überhaupt schon in Oesterreich seit Jahren ein großer Zankapfel ist. Die Einen sagen: „Wir brauchen es als Agitationsmittel", und die Anderen sagen: „Es nützt uns nichts." Wenn das allgemeine Wahlrecht ein natürliches Recht ist, das das Proletariat zu fordern hat, so fordere man es direkt ohne Klausel, oder man fordere es gar nicht. Es kann wohl kein Zweifel darüber sein, daß, wenn wir die Gewalt an uns reißen wollen, auch das Parlament uns zu Gebote stehen muß, um das Volk in die richtige Bahn zu leiten. Aber wir dürfen uns keiner Illusion darüber hingeben, daß wir von den herrschenden Klassen ohne viele Opfer je etwas erlangen werden, denn die Geschichte beweist, daß nicht eine einzige Forderung des Proletariats ohne große Opfer durchgesetzt wurde. Die Genossen von Kärnten sind jedoch der Ansicht, daß, wenn die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechtes einen Zankapfel unter uns bilden sollte, wir diesen Programmpunkt lieber ganz weglassen sollten. Die Forderungen der sozialdemokratischen Partei sind radikale Forderungen, denn sie beziehen sich auf die Umgestaltung der modernen Gesellschaftsordnung von Grund auf. Genosse Rißmann geht noch etwas weiter als wir, aber eine große Anzahl unter uns ist mit ihm nicht einverstanden, denn wir wollen es dahin bringen, daß jene Genossen, die extremeren Anschauungen huldigen, sich im Interesse der Partei mit uns vereinigen.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, daß in den Provinzen nicht immer genügend Parteigenossen vorhanden sind, die aufklärend wirken könnten. Es wäre daher zu wünschen, daß sich tüchtige Genossen mehr als bisher in den Provinzstädten niederlassen möchten, um unsere Ansichten dort zu verbreiten. (Bravo!)

Richter (aus Mährisch-Schönberg): Ich werde gewiß nicht fehlgreifen, wenn ich ausspreche, daß Sie mit dem Bewußtsein hierherkamen, die Einigkeit der Arbeiterpartei zuwege zu bringen. Denn es waren schon mehrere Arbeitertage, aber kein so zahlreich besuchter wie der jetzige, wo auch allgemein das Hoffen für die Einigung da ist. Ich war ein ganz junger Genosse, als der Streit in Deutsch-

land noch existirte und war junger Zeitungsleser der sozialdemokratischen Blätter, so zu sagen, noch ein Laie. Wie ich aber hörte, daß sich die deutsche Partei 1875 einigte, war ich voll Freude; umsomehr bin ich es darüber, daß ein solcher österreichischer Parteitag einberufen wurde. Denn die Einigung ist doch die Hauptsache für uns. Man ist durch die ganze Zeit nicht mehr so in der richtigen Fühlung mit den Genossen, wie es vor dem Streite gewesen ist. Man war nicht so mit den Genossen vertraut wie vor der Zeit. Wenn also die Einigung zu Stande kommt, was außer Frage ist, werden sich die Genossen wieder in Fühlung halten können. In weiterer Beziehung können wir doch eben unseren Feinden keine zu große Freude bereiten, wenn wir uns eben einigen. Denn unsere Feinde, die verschiedenen Parteien, haben ja viel dazu beigetragen, damit sich die Partei nicht kräftigen könne, dadurch daß sie von verschiedenen Seiten verhetzten diese und jene Richtung verleumdeten. Wenn die Einigung erzielt wird, wird es bei unseren Gegnern verdutzte Mienen geben, denn sie haben nicht mehr so leichtes Spiel. Vereinigt sind wir Alles und einzeln Nichts. Zu diesem Behufe ist das Programm ganz richtig aufgestellt worden.

Wenn ich nach Hause nach Schönberg komme, so werden die Genossen von Freude erfaßt sein, wenn sie die Botschaft hören, daß die Einigung nicht mehr eine Phrase ist, und dasselbe wird auch in anderen Provinzorten der Fall sein. Unsere Feinde werden uns mehr achten, wie bis jetzt (Zuruf: fürchten!) wir werden unseren Gegnern keine Freude gemacht haben; wir werden schon in kurzer Zeit viel mehr leisten als einige Partei und das ist eben die Hauptsache, darauf müssen wir das Hauptgewicht legen und das ist eben der Hauptwunsch der Mähr.-Schönberger und ich glaube auch der andern Provinzorte und Städte.

Rieger (Kratzau): Genossen! Obwohl über diesen Punkt unserer Tagesordnung schon viel gesprochen wurde, theils für, theils gegen das Programm, so erlaube ich mir doch auch das Wort zu ergreifen, und ich glaube dazu um so mehr berechtigt und verpflichtet zu sein, als ich jenen Theil der österreichischen Arbeiterschaft zu vertreten die Ehre habe, welcher in politischer Beziehung der entwickeltste ist und auch in Zukunft bleiben dürfte, nämlich die Arbeiter von Kratzau, Reichenberg und Umgebung.

Die Ausführungen des Gen. Rißmann haben mich nicht überzeugt, das allgemeine Wahlrecht ist ein Punkt, über welchen in Oesterreich ja schon so viel gesprochen und geschrieben wurde und der zu Beleidigungen persönlicher Natur hüben wie drüben geführt hat. Es gab Theile in der österreichischen Arbeiterschaft, auch in Nordböhmen waren dieselben sehr stark, welche das allgemeine Wahlrecht verschmäht haben und welche sagten, daß die sozialistische Bewegung, die soziale Partei am Parlamentarismus zu Grunde gehen müsse, aber man hat vergessen, das zu begründen. Aber es kam auch die Zeit, wo jener Theil der Arbeiterpartei zur Einsicht gelangte, daß man so wichtige politische Forderungen nicht verwerfen und außer Acht lassen dürfe. Die Verhältnisse haben die österreichische Arbeiterpartei gespalten, nicht einzelne Personen allein waren es, welche eine große politische Partei in zwei Theile sprengen konnten. Der Druck der Verhältnisse war bereits so groß, daß ein Theil der Personen in der Bewegung so erbittert war, sein Rechtsgefühl so getroffen, daß sie, weil sie glaubten, es ginge zu langsam, diese Mittel bei Seite warfen. Aber man hat gar traurige Erfahrungen damit gemacht und man muß sagen, daß gerade diese Personen, welche den persönlichen Kultus in die Partei hineingetragen haben, in derselben nicht mehr vorhanden sind, überhaupt nicht mehr in Oesterreich leben. Es hat viele Mühe gekostet, diese Kluft, die immer weiter gemacht wurde, zu überbrücken. Die vorgelegte Prinzipienerklärung ist nicht eine Umschreibung des Brünner Programms, es hat, wie Sie gehört haben, gar hitzige Kämpfe gekostet, bis das Programm in die gegenwärtige Fassung gelangte, man mußte hüben und drüben arbeiten, damit endlich dieser unheilvolle Zwist, die größte Freude unserer Gegner, aufhörte. Und daß er wirklich aufhören soll, das beweist heute der zahlreiche Besuch dieses Parteitages. Dieses

Programm verlangt, ich komme noch einmal auf das allgemeine Wahlrecht zurück. Nun, meine Freunde, daß wir uns in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht keinen Illusionen hingeben, das haben wir schon so oft gesagt, daß wirklich Jedermann überzeugt sein kann, daß wir es klar wissen, aber wenn wir z. B. sehen wollen, wie wichtig dieses Recht ist, so können wir es am allerbesten, wenn wir Volksversammlungen einberufen, in denen wir die Lage der Arbeiter besprechen; da können wir sehen, was für ein wichtiges Agitationsmittel diese Forderung ist. Warum sollen wir diese Forderung bei Seite setzen, wir, die wir die Grundlage der Gesellschaft sind, wir haben das Recht, dort mitzusprechen, wir, die wir alle Werte schaffen, dort, wo man Gesetze für die Arbeiter erläßt. Es wurde in sämmtlichen Versammlungen Nordböhmens über das allgemeine Wahlrecht gesprochen und es wurden Resolutionen darüber angenommen. Und die Genossen Nordböhmens wollen kein Spiel damit treiben, wenn sie etwas fordern, sie wissen, warum sie es wollen, und auch bei Ihnen, meine Herren, steht es so, denn die Mitglieder der österreichischen Arbeiterpartei verstehen es, ihre Rechte zu wahren. Gen. Rißmann hat gesagt, wir hatten nicht ausgesprochen, wie der künftige Gesellschaftsstaat eigentlich aussehen wird. Nun wir sind der Ansicht, daß man das eben nicht gedruckt in der Tasche herumtragen kann; wir müssen den Zeitpunkt abwarten und es wird vielleicht manches nicht so ausfallen wie wir es uns vorstellen. Aber sonderbar ist es nur, daß Herr Rißmann uns nicht *seinen* Idealstaat vor Augen geführt hat, wir können das mit demselben Rechte zu erfahren wünschen. Meine Herren, nehmen Sie dieses Programm an! Durch Jahre hindurch gab es ein Hüben und Drüben. Reichen Sie sich die Bruderhand, damit dieser Zwist aufhöre, der ein Ergötzen für unsere Gegner ist. Seien Sie einig, einig für immer. (Beifall!)

Auf Antrag des Gen. *Resel* werden nunmehr Generalredner gewählt. *Gegner* ist nur *Rißmann*, die Genossen, welche *für* sprechen wollen, wählen K. *Kautsky*.

Rißmann: Meine Herren! Es würde mir wahrlich schwer fallen, auf alle Einzelheiten von so vielen Rednern gründlich zu antworten. Denn immerhin ist es leichter, für 10 oder 15 Personen gegen Einen als für Einen gegen eine solche Masse überzeugend aufzutreten. Ein Herr oder ein Genosse, ich habe mir den Namen nicht gemerkt — oder es waren auch mehrere, sagten, ich hätte Sie nicht überzeugt. Ich habe doch im Voraus gesagt, daß ich mir durchaus nicht zumuthe, Sie zu überzeugen. Dazu sind Sie viel zu erfahren, um nicht selbstständig und unparteiisch Ihre Meinung abzugeben. Mit ebenso viel Recht, wie die Genossen gegen mich, kann auch ich gegen Sie sagen: Sie, 15 Redner, haben mich nicht überzeugt — und wenn Sie wie bis jetzt sprechen, werden Sie mich nicht überzeugen, besonders wenn Sie so gehässige Polemik führen (Oho!) — bitte, ich war die Zielscheibe der Debatte die ganze Zeit, seit dem Ende meiner Rede. Ich war ruhig die ganze Zeit. Sie sind älter und ich glaube auch erfahrener. Ich habe diese Achtung für Sie, werde mir aber auch erlauben, eine kurze Kritik gegen das Material vorzubringen.

Ein Herr, ein Genosse, beschuldigt mich, ich hätte an der Prinzipienerklärung das auszustellen gewußt, daß man unterlassen habe, den Zukunftsstaat in präziser Weise zu beschreiben. Er setzte noch hinzu, ich hätte Ihnen auch nicht angegeben, wie die Gesellschaftsform ausschaut, die ich anstrebe oder mir denke. Ich glaube aber, daß ich doch ganz deutlich erklärt habe, daß ich mich in privaten Kreisen um Männer umsah, die mit mir eine diesbezügliche Prinzipienerklärung als Antrag unterstützen würden — mit 10 Stimmen. Ich würde dann doch Gelegenheit gehabt haben, meine Prinzipien zu präzisiren. Nachdem mir dies nicht möglich ist, erkläre ich hier kurz: ebenfalls mit eben so viel Recht könnte ich fordern, daß hier beschlossen wird, wie ja auch die deutsche Sozialdemokratie es im Programm hat: den Volksstaat als Endziel. Nun heute erklären Sie sich ebenso für einen Volks-

staat, oder eine Kommune, oder eine anarchistische Kommune, oder wie es Jemand da will. Das ist aber nichts Unrechtes, wenn ich das forderte.

Ich bin für die Gruppirung nach freier Neigung, mit freier Genossenschaftsbildung, indem ich annehme, daß man einen Menschen nicht mit einem andern in Harmonie bringen wird, wenn man ihn in eine Verbindung zwingt, für die die gegenseitigen Charaktere nicht passen.

Es würde das vielleicht genügen. Was schließlich den Ausspruch betrifft, den ein Genosse aus Nordböhmen gethan hat, wenn er sagte: Wir glauben ja auch nicht, daß das Wahlrecht rc. von einem größeren Wert sein wird, wir legen auch den Forderungen keine so große Wichtigkeit bei; er meinte aber, man muß sie als Agitationsmittel für die Masse aufnehmen; er sagte, man gewinnt eher einen indifferenten Arbeiter, wenn man ihm sagt: Du kriegst einen Normalarbeitstag u. s. w. Nun ich bin der Ansicht und wiederhole, daß ich niemals mir vielleicht die Gunst des Volkes dadurch erwerben will, daß ich speziell ein Ding als Agitationsmittel annehme, weil ich weiß, daß es der Masse gefällt, und daß sie dafür stimmen wird. (Wir auch nicht!)

Nein, ich bin anders. Ob die Masse zustimmt oder nicht, — ich bin für das der Sache Dienliche und Zweckdienlichste. Niemals werde ich Hoffnungen erwecken und demagogenhaft wirken. Auch ich war einmal demagogisch in meiner Agitation, aber nichts ist gefährlicher, als das. Sie erwecken Gefühle, versprechen Dinge, von denen das Volk nach Jahren, wenn es sie erhält, sehen wird, daß sie nichts nützen, und es wird dann selbst zur Erkenntnis kommen. Diese Taktik kann ich nicht gutheißen.

Gen. Hybes ertheilte den wohlmeinenden Rath, die Verhältnisse genau zu prüfen und zu demselben Resultate zu kommen, wie er. Auch ich habe die bitteren Erfahrungen wie Gen. Hybes durchgemacht. Wir waren seinerzeit Parteigenossen im engsten Sinne des Wortes, und es mag sein, daß die Umstände auf ihn mehr als auf mich wirkten. Auch ich bin überzeugt, daß die Radikalsten der Radikalen die Gemäßigtesten der Gemäßigten wurden, schließlich nicht einmal mehr Sozialisten, sondern Fahnenflüchtige im wahren Sinne des Wortes; sie haben die Meinungen gewechselt und sind in der Gesinnung nicht mehr verläßlich. Dies erkannte ich schon seinerzeit, als die radikale Bewegung noch in der Majorität war. Die meisten Radikalen gingen damals deshalb mit der Partei, weil sie eben in der Majorität war. Ich sage unumwunden, daß es immerhin viel einfacher ist, mit der Majorität zu gehen; da ist es immer leichter, deren Meinung zu verfechten. Solche Leute waren damals viele in der radikalen Bewegung. Es waren damals welche — ich sage es den Bewußten direkt ins Gesicht — einige weiß ich, sie sind leider nicht hier — die die ärgsten Anarchisten spielten, aber im Herzen waren sie es, wie ich überzeugt bin, nie. Das ist eine Thatsache, und auch ich habe damit gerechnet, auch ich bin von meinen eigenen Parteigenossen im Stiche gelassen worden. Auch ich bin überzeugt, daß man sich auf die Masse nicht verlassen darf.

Aber das alles überzeugt mich nicht, daß man die Gesinnungen ändern muß. Die Verhältnisse wurden eben anders, spitzten sich ein wenig zu — das ist ganz natürlich. Man sagte immer, man müsse sich nach den Verhältnissen richten; wenn die Regierung mit Ausnahmsmaßregeln kommt, müsse eine mildere Richtung eintreten. Wenn sie mit Galgen kommt, müssen wir dann noch milder kommen?! Wir müssen uns nicht in d i e s e m Sinne nach den Verhältnissen richten; ich habe die Umstände und Verhältnisse ganz anders bei der Beurtheilung dieser Frage aufgefaßt.

Was betrifft, daß ich das Wahlrecht als Angelpunkt meiner Agitation auffasse, so ist dies nicht r i ch t i g. Ich habe überhaupt die politische Organisation der Arbeiterpartei als etwas ganz Verfehltes betrachtet. Ich habe die ganzen Punkte bekämpft, nicht nur das allgemeine Wahlrecht. Ich habe gesagt, wie ich das allgemeine Wahlrecht seinerzeit mir vorstellte und so fasse ich es noch heute auf.

Sie berufen sich immer auf die reichsdeutschen Genossen. Ich nehme es nicht übel, erlaube mir aber meinerseits mich auf die englischen, amerikanischen und französischen Genossen zu berufen. Diese haben volle Preßfreiheit, dürfen in Amerika sogar Waffen tragen, aber sie haben noch nie gesagt: Der Parlamentarismus rettet uns und ist das wichtigste Agitationsmittel. Nur eine Minderzahl nimmt am parlamentarischen Leben theil. Betrachten Sie, wie schmählich die Amerikaner bei allen Wahlen betrogen werden. Stimmen werden gefälscht, gekauft ꝛc. So sind denn die meisten Sozialisten dort, wenn auch nicht gerade Anarchisten geworden, doch in eine anarchistische Stimmung gebracht. Wenn sie auch nicht in anderen Dingen den Anarchisten zustimmten, das Wahlrecht haben sie doch wenigstens ganz verworfen. Wenn ich auch nicht in anderen Dingen den Prinzipien der Anarchisten beigestimmt habe, in Bezug auf das Wahlrecht als solches, haben sie es auch als Hilfsmittel ganz und gar verworfen. Ein Genosse hat betont, daß oft in solchen Versammlungen schöne Reden gehalten werden und geradezu famos für die sozialdemokratische Idee agitirt werden könnte. Ich frage die Genossen im Reiche, wie großartig agitirt werden kann, wenn im Jahre einige Versammlungen gestattet werden, meist aber auch kurz nach der Eröffnung der Auflösung anheimfallen. Die Herren Regierenden wissen sich ja zu helfen, und Sie erinnern sich wohl der Aeußerung Minister Puttkamer's, daß er bestimmte Genossen, wie z. B. Bebel, in Berlin niemals werde sprechen lassen. Wenn ihnen also ein Genosse nicht paßt, der treffend für die Sache spricht, so wissen sie dem schon zu begegnen, und wenn wir daher Preß- und Redefreiheit hätten, dann brauchen wir das Wahlrecht gar nicht, wenn Sie sich aber darauf berufen, daß Sie auf diese Weise ihre Prinzipien in die Massen tragen wollen, nun dann scheint mir das nach beiden Richtungen nicht zu harmoniren.

Es wurde auch von Wünschen und Beschwerden gesprochen, die dann maßgebenden Ortes bekanntgegeben werden könnten. Meine Herren! Wir haben ja schon hinlänglich dazu Gelegenheit, und der Abg. Kronawetter hat sich zum Dolmetsch der Gefühle der Arbeiter gemacht; — das Volk war entrüstet über diese Zustände und darüber, was sich die Organe der Regierung gegen die Arbeiter herausnehmen. Aber die Sache ist immer beim Alten geblieben, so eine Rede ist schon gleichgiltig, sie wird gar nicht beachtet, die Herren lassen sich in ihrer Amtsführung durchaus nicht irritiren, die Amtshandlungen werden immer so bleiben, so lange diese Herren sich sicher fühlen in ihren Stellungen. Es wurde mir dann vorgeworfen, eine revolutionäre Tendenz hier vorgebracht zu haben, und ich weiß nicht, ob der Genosse, der mir dies zugemuthet hat, glaubt, daß ich so dumm bin, mich irgend mit revolutionären Plänen zu tragen, daß ich vielleicht beabsichtige, eine Revolution zu machen. Das wird man mir doch, glaube ich, nicht zumuthen dürfen, daß ich denke, Revolutionen können gemacht werden. Sie sind Ausbrüche eines fieberhaften Zustandes, und diesen zu verhindern, sind wir nicht in der Lage. Das sind, glaube ich, Dinge, die man einem verständigen Menschen nicht zumuthen darf. Aber Eines ist unsere Pflicht, daß wir das Volk über seine Verhältnisse und seine Stellung aufklären, alles Andere aber ruhig dem Volke überlassen. Wir sind keine Aufwiegler, das thut ja schon die Regierung und das kann uns nur mit Freude erfüllen. Nun, meine Herren, das aufzuklären, war meine Pflicht, auf alles Andere, auf die kleinlichen Dinge, die gegen mich vorgetragen wurden, ist nicht der Mühe wert einzugehen und hieße die Zeit verlieren.

Ich glaube, wenn ich auch nicht in allen Punkten mit Ihnen übereinstimme, ich bin bei dem Mißtrauen, welches man mir entgegenbringt, genöthigt zu erklären, als Mensch, welcher seine Prinzipien verficht, daß ich nichts verfechten werde, was unserer Sache schaden könnte, das können Sie mir glauben, und ich glaube, Sie alle werden dies auch thun. Bezüglich der Agitation und der Meinungen, welche hier ausgesprochen wurden und die schließlich von Ihnen, als einer einigen Partei angenommen werden, glaube ich, Sie sollen

meinen Widerspruch nicht weiter als Angelpunkt der Debatte betrachten, es ist, glaube ich, immer besser, wenn ich offen meine Sache ausführe, als Ihnen hinterlistig in den Rücken falle. (Beifall.)

Gen. Kautsky. Es wurde mir unerwartet die Ehre zu Theil, als Generalredner gewählt zu werden, um so unerwarteter, da ich seit längerer Zeit nicht Gelegenheit hatte, in die österreichische Arbeiterbewegung thätig einzugreifen. Dafür hatte ich Gelegenheit, die Stimmung unserer Genossen im Auslande kennen zu lernen, und es wird Ihnen nicht unerwünscht sein, zu hören, daß das Ausland mit größter Theilnahme Ihren Verhandlungen folgt, und daß namentlich die deutschen Sozialdemokraten in England wärmstens wünschen, daß in Oesterreich eine mächtige, geeinte, sozialdemokratische Partei wiedererstehen möge. (Bravo, Bravo!) Als ich Oesterreich verließ, da war noch die schöne Zeit, wo wir uns gegenseitig die Schädel eingehauen haben. (Heiterkeit.) Heute ist es besser geworden, denn ich kann konstatiren, daß wir alle hier wie zu einem Rütlibund uns vereinigt haben, um gegen Knechtschaft und Bedrückung anzukämpfen. (Beifall.) Ich bin nicht immer ein Schwärmer für die Einigkeit, ich glaube, es ist nicht immer gut, wenn man Gegensätze vereinigt, weil sie dadurch oft erst verschärft werden. Sie wissen ja, wie es in der modernen Zwangsehe geht, wo Mann und Frau nicht zusammenpassen. Deswegen, weil sie gezwungen sind, beisammen zu bleiben, raufen sie sich den ganzen Tag. (Heiterkeit.) Ich sehe mit Vergnügen, daß eine solche Einigung, wie die der modernen Zwangsehe, bei uns nicht angestrebt wird, ich sehe, daß wir fast alle die gleichen Ziele anstreben und die gleichen Mittel anwenden wollen, um dieses Ziel zu erreichen, wenn auch das eine oder andere Mittel mitunter bevorzugt wird. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben, aber im Großen und Ganzen sind wir einig, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, das kann ich nach den heute gehörten Reden konstatiren. (Lebhafte Zustimmung.) Die Hauptdifferenz bezieht sich auf die Forderung des allgemeinen, direkten Wahlrechtes. Das arme Wahlrecht! Ihm geht es immer schlimm. (Heiterkeit und Beifall.) Ich weiß nicht, warum ein Vorredner gerade das allgemeine Wahlrecht bekämpft, denn wenn er das Wahlrecht bekämpft, müßte er ja auch konsequent die anderen politischen Rechte bekämpfen. (Sehr gut!) Und mein unmittelbarer Vorredner hat mit Recht gesagt, daß es sich nicht darum handelt, ob wir das eine oder das andere politische Recht verlangen oder nicht, sondern darum, ob wir eine politische Partei sein wollen oder nicht. Und in der That, wenn wir auf das Wahlrecht verzichten, so verzichten wir auf unsere politischen Forderungen überhaupt, wir hören dann auf, eine Partei zu sein, und sind höchstens ein Konglomerat von Klubs, die unter Ausschließung der Oeffentlichkeit ihr Leben fristen. (Sehr gut!) Das allgemeine Wahlrecht dürfen wir nicht verwerfen, wir können uns nicht die politischen Rechte aussuchen, die wir haben wollen, wir können nicht sagen, wir brauchen nur die Preß- und Vereinsfreiheit; wir brauchen alle Freiheiten, um den Kampf mit unseren Gegnern aufnehmen zu können. Wir müssen uns auf den Boden stellen, wie er gegeben ist, wir dürfen uns nicht einen willkürlichen Boden für unsere Thätigkeit schaffen wollen. Ich sehe wirklich nicht ein, warum der Vorredner das Wahlrecht so stiefmütterlich behandelt und davon nichts wissen will, da er doch die Vereins- oder Preßfreiheit so vortheilhaft findet. Meines Erachtens ist das Wahlrecht das wichtigste, das mächtigste, das erfolgreichste aller politischen Rechte. Wenn wir Vereinsfreiheit haben, so können wir wohl Vereine gründen und Versammlungen halten, aber in dieselben werden nur solche Leute kommen, die Interesse für unsere Bestrebungen haben, beim Bestehen von Preßfreiheit werden Zeitungen unserer Richtung auch nur von unseren Leuten gelesen werden, aber durch das Wahlrecht kommen wir mit der großen indifferenten Masse in Kontakt, und gerade diese müssen wir gewinnen und ihr Interesse für unsere Thätigkeit und für unsere Ziele erwecken. So oft eine Wahl stattfindet auf Grund des direkten allgemeinen Wahlrechtes, so werden die Massen in eine gewisse Aufregung gerathen, es wird selbst der Indifferenteste manchmal geneigt sein, eine Wahlrede anzuhören, er wird

darüber nachdenken und so werden wir nach und nach mit den Massen in Berührung treten. Nun hat der Vorredner gesagt, das ist schön in der Theorie, aber in der Praxis werden die Versammlungen aufgelöst und verboten. Nun ist mir nicht bekannt, daß die Versammlungen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes verboten werden (Allgemeine Heiterkeit. Rufe: Sehr gut! Ausgezeichnet!), sie werden verboten auf Grund des Ausnahmszustandes, auf Grund des Sozialistengesetzes. (Sehr gut!) Herr Rißmann wird aber kaum behaupten wollen, daß wir in unserer Prinzipienerklärung das Sozialistengesetz verlangen. (Sehr gut und Heiterkeit.)

Aber nicht blos das Wählen allein ist von agitatorischem Wert. Ich glaube, daß man die parlamentarische Thätigkeit in unseren Kreisen etwas unterschätzt, auch sie hat eine große Bedeutung. Ich erinnere daran, daß die Arbeiter Oesterreichs es mit großer Genugthuung empfinden, daß im österreichischen Parlamente wenigstens zwei Männer sind, die, wenn auch nicht Sozialdemokraten, so doch Arbeiterfreunde und Ehrenmänner sind, und daß den Dr. Kronawetter und Pernerstorfer Gelegenheit gegeben ist, besonders große Infamien manchmal an's Tageslicht zu bringen. (Bravo! Bravo!) Wie anders wäre es erst, wenn wir Sozialdemokraten im Parlamente hätten! Wie würden erst die alle Infamien gegen die Arbeiter geißeln und gleichzeitig für unsere Prinzipien Propaganda machen, die dann überall dorthin dringen würden, wo überhaupt Zeitungen gelesen werden.

Der Herr Vorredner hat auf die Schweiz, auf Frankreich, England und Amerika hingewiesen. Mir ist nicht bekannt, daß in diesen Ländern die Arbeiter vom Wahlrecht nichts wissen wollen. Den Beweis dafür zu erbringen, dürfte ihm sehr schwer fallen. Wohl weiß ich, daß der Eine oder Andere dort gesagt hat, wir brauchen das Wahlrecht nicht, aber in den Massen herrscht ein solcher Wunsch nicht vor. Im Gegentheile, wenn es Jemand versuchen wollte, den englischen, französischen oder schweizerischen Arbeitern das Wahlrecht zu nehmen, er würde mit blutigem Kopfe heimgeschickt werden. (Bravo! Bravo!)

Rißmann wies darauf hin, daß in allen Ländern mit politischer Freiheit die Arbeiter noch nichts erreicht haben. Ich will nicht sagen nichts, aber nicht Alles, was sie wollen; noch nirgends besteht der sozialistische Staat. Aber es behauptet auch Niemand, daß das Wahlrecht der Sieg ist. Es ist nur eine Waffe. Eine Waffe allein ist nichts, man braucht auch Leute, die sie führen können, und die findet man nicht überall.

In der Schweiz ist die Mehrheit der Bevölkerung Bauern, und die gewinnt man schwer, auch unter dem Wahlrecht. Aber wenn die Verhältnisse die Agitation erschweren, so bietet trotzdem auch dort die politische Freiheit große Vortheile. Der Kampf erfordert viel weniger Opfer. Wie viel Opfer fallen in Oesterreich! — in der Schweiz dagegen gibt es keine Sammlungen für Inhaftirte und andere Opfer des Klassenkampfes, weil solche nicht vorkommen. Und wenn die politische Freiheit so zu verachten ist, warum erscheinen denn die „Autonomie“ und derartige Zeitungen gerade in England und gebrauchen die dortige Freiheit, und nicht in Oesterreich? Warum erscheinen sie nicht in einem Land ohne Freiheit? Rußland muß der anarchistische Idealstaat sein, weil da überhaupt keine politischen Rechte existiren.

Der Redner hat auf Amerika hingewiesen. Wie Jemand von seiner Richtung auf Amerika hinweisen kann, ist mir unbegreiflich. Gerade dort machte diese Richtung bankerott. In Chicago war noch vor wenigen Jahren eine große anarchistische Bewegung in der Richtung des Redners. Diese Bewegung hielt die Arbeiter von Chicago auf das energischeste ab, von den politischen Rechten Gebrauch zu machen. Man rieth auf das energischste davon ab, politische Rechte anzustreben, indem man auf den großen Tag der „allgemeinen Abrechnung“ hinwies, an dem man alles thun werde, was man bisher vernachlässigt hatte — früher sollte man nicht an der politischen Thätigkeit theilnehmen. Dieser Tag kam — aber in anderer Weise als erwartet wurde, mit einem Male brach die ganze Bewegung zusammen

und so konnte man es wagen, sieben unschuldige Leute an den Galgen zu bringen. Es stand keine politische Macht hinter ihnen, eine politische Bewegung, welche die Massen organisirt hätte, fehlte. Und was ist seitdem geschehen? Die Massen sind zur Einsicht gekommen, daß es auf diesem Wege nicht geht — wenn Sie heute nach Chicago kommen, so finden Sie fast keinen einzigen Anarchisten, die Artikel in den Arbeiterblättern sind in unserem Sinne gehalten und wenn ein anarchistisches Blättchen vegetirt, so ist es ganz zahm geworden. Allerdings gewisse Unannehmlichkeiten ergeben sich dort, wo das allgemeine Wahlrecht existirt. Es sagt uns nämlich die Wahrheit über unsere Stärke im Volk, und die ist mitunter bitter zu hören. Wo es fehlt, kann Jeder sagen: „hinter mir stehen Tausende, wir brauchen nur anzufangen und die Massen folgen uns", und wenn man anfängt, da sieht man, hinter ihm steht nichts. Das allgemeine Wahlrecht zeigt uns allerdings in manchen Ländern, daß wir nicht stark sind, aber daran ist nicht das allgemeine Wahlrecht Schuld; es behütet uns vor Illusionen, es ist also auch in dieser Beziehung von großem Wert. Mit dem allgemeinen Wahlrecht hört der Kampf nicht auf, im Gegentheil, wo es existirt, da beginnt er erst recht! Das Wahlrecht reiht erst die Massen in unsere Armee ein, und wenn es zum letzten großen Kampf kommt, werden wir ganz anders kämpfen können in Folge desselben, als ohne dasselbe, wo wir uns blindlings in den Kampf werfen, ohne zu wissen, wer hinter uns steht. (Lebhafter Beifall.)

Die drei Referenten einigen sich auf Dr. Adler als Schlußredner.

Dr. Adler (Wien): Es erübrigt nicht viel zu sprechen. Es hat sich in der ganzen Debatte gezeigt, daß die große Masse der Partei auf demselben Standpunkte steht und daß nur Einige, und von diesen hat hier einer gesprochen, anderer Ansicht sind — ich begrüße das mit Freuden. Ich würde es auf das allerhöchste bedauern, wenn diese abweichende Meinung hier nicht zum Ausdrucke gekommen wäre und ich halte dies für ein großes Glück, welches dieser Parteitag hat, denn dadurch wird er zur Klärung der Situation außerordentlich viel beitragen. Ich glaube, wir dürfen gerade darum dem Genossen Rißmann dafür dankbar sein, daß er seine Meinung offen geäußert hat. (Rißmann: „Deswegen sind Hundert gegen mich losgegangen".) Es ist meiner Meinung nach Niemand gegen Gen. Rißmann „losgegangen", sondern es hat nur Jeder seine Ansichten über den Gegenstand geäußert. Ich glaube aber, wir müssen auch sehr zufrieden sein über die Art und Weise, wie Gen. Rißmann seine Ansichten geäußert hat und ich zweifle nicht an seiner Aufrichtigkeit, daß er, nachdem er sieht, daß die Majorität der Partei nicht seiner Ansicht ist, dadurch sich nicht wird abhalten lassen, auf dem Boden der Partei ehrlich und entschieden mit uns weiter zu arbeiten — das ist eine Erklärung, die wir nur mit besonderer Genugthuung anerkennen können. Nachdem ich das konstatirt habe, möchte ich nur einen einzigen Punkt berühren — und ich bin da auch einer der Hundert, die gegen ihn losgegangen sind, indem ich meine Meinung sage — ich gehe aber nur auf seine Argumente los und nicht gegen ihn. Er sagt, wir wollen nicht eine politische Partei bilden, sondern die Massen organisiren. Die Massen organisiren, das wollen wir auch, das sagt unser Programm und wir haben in demselben gesagt, wie wir dies thun wollen und wir haben für diese Organisation eine Reihe von Mitteln angeführt, welche wir für geeignet halten, um die Massen zu organisiren. Aber nun erlaube ich mir die Frage an die Genossen, ob sie aus dem, was Gen. Rißmann uns mitgetheilt hat, haben entnehmen können, wie er die Massen organisiren will, mit welchen Mitteln er dies will. Entweder sind die Mittel diejenigen, die er und die Leute, welche seiner Ansicht sind, angewendet haben, dann sind es genau dieselben, welche wir immer anwenden, es ist die Presse, es sind die Versammlungen — daß sie das Wahlrecht nicht benützt haben, dazu haben sie gute Gründe, weil in den Ländern, in welchen Genossen dieser Ansicht in größerer Menge vorhanden sind, das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist. Dort aber, wo es existirt und nicht angewendet wurde, hat es sich gezeigt, daß die Außerachtlassung dieses Mittels nur sie selbst geschädigt hat.

Außer diesen Mitteln, die wir anführen, gibt es natürlich noch ein Mittel, das das allerwichtigste ist, das aber in der Prinzipien-Erklärung nicht besonders angeführt ist, weil es sich von selbst versteht. Wir agitiren natürlich nicht nur in Versammlungen, in Vereinen, in der Presse, nicht nur, wenn wir das Wahlrecht haben, sondern wir agitiren auf Schritt und Tritt, in Werkstätten und Fabriken. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder in seinem Kreise, und wenn Rißmann dieses Mittel der Organisation meint, dann können wir sagen, wir sind vollständig seiner Ansicht, aber er kann uns nicht den Vorwurf machen, daß dieses Mittel von uns außer Acht gelassen werde. Wenn wir in unserem Parteileben, in unserer Organisation nur Mittel anwenden würden, die uns die Staatsgrundgesetze an die Hand geben, so wären wir nicht hier, dann würde es eine sozialdemokratische Partei überhaupt nicht geben. Wir tragen die Agitation in die Massen, das ist gar kein Zweifel, ich muß mich aber gegen einen Ausdruck Rißmann's verwahren. Er hat nämlich direkt gesagt, wenn wir auf die Massen wirken, so nenne er das nicht agitiren, unsere Mittel sind nicht Agitationsmittel, das sind „Täuschungsmittel". Nun erkläre ich, und Sie werden damit wohl einverstanden sein, wir wollen ebensowenig wie Rißmann irgend Jemanden täuschen. (Bravo! Bravo!) Wir sagen nur die volle Wahrheit, indem wir ausdrücklich erklären: Das sind die Mittel, die wir anwenden, um unser Ziel zu erreichen. Wir sagen im Gegentheile oft viel zu sehr die Wahrheit, weil wir uns verpflichtet fühlen, dem Volke die Wahrheit zu sagen. Wir sagen z. B. in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetze, die Einführung des Normalarbeitstages u. s. w., wie sehr gerade all das dazu beiträgt, um die wirtschaftlichen Zustände noch mehr zuzuspitzen, zu verschärfen, wie alle diese Gesetze sich auf einen immer kleiner werdenden Kreis des Proletariates beziehen, weil sich hinter jenen Schichten des Proletariates, auf die sich z. B. die Arbeiterschutzgesetze beziehen, die große Masse der ungelernten Arbeiter befindet, und hinter diesen die Arbeitslosen, die von den Arbeiterschutzgesetzen gar nichts fühlen. Wir sagen das fortwährend, daher verdient die Sozialdemokratie diesen Vorwurf nicht. Aber es wäre, und ich bin überzeugt, daß es nur unbewußt geschieht, eine Methode, das Volk zu täuschen, wenn man sagen wollte, es sei möglich, aus dem Zustande der niederträchtigsten und brutalsten Niederhaltung, aus dem Zustande, wo die Menschen eines jeden freien Wortes beraubt sind, so daß die Massen absolut nicht in der Lage sind, über ihr Schicksal sich ein Urtheil zu bilden, aus solcher Versklavung, es sei möglich aus geradezu menschenunwürdigen Zuständen direkt zu Zuständen hinüber zu gelangen, die das Ideal der Menschheit sein sollen. (Sehr gut!)

Wir wissen ganz genau: das ist unser letztes Ziel; der Zeitpunkt des Umschlags hängt nicht von uns ab, sondern von den ökonomischen Verhältnissen. Wir haben nur das Volk auf diesen Zeitpunkt vorzubereiten. (Das ist das Richtige!) Das ist unsere große Aufgabe. Dieser Umschlag wird eintreten mit oder ohne Sozialdemokraten, er liegt in der ökonomischen Entwicklung. Nur wenn es nicht Sozialdemokraten gibt, die all diese politischen Mittel in bewußter Weise als organisirte Partei anwenden, dann wird der Umschlag in einen Zeitpunkt fallen, wo er das Volk in der vollkommensten Verthierung und Verblödung antrifft. Unsere Aufgabe ist es nur, das Volk physisch und geistig reif zu machen, um den Moment benützen zu können; etwas Anderes w o l l e n wir nicht; etwas Anderes k ö n n e n wir auch nicht wollen.

Nun wenn aber Jemand dann meint oder den Eindruck bekommen sollte, daß ja hier in dem Kreis, wo nicht einmal ein Regierungsvertreter anwesend ist, so eigentlich recht sanft und mäßig gesprochen wird — ich war bei vielen Versammlungen, wo viel schärfer gesprochen wurde unter den Augen der Polizei — wenn Jemand daraus schließt, daß wir nicht ganz genau wissen, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist (Bravo!), welche sich ganz klar ist, daß ihr Ziel zusammenhängt mit einer vollständigen Aenderung der Basis der heutigen Gesellschaftsordnung, die die Absicht hat, Alles zu dieser Aenderung beizutragen — hiezu möchte ich nur bemerken, daß gerade darin, daß hier n i c h t so gesprochen

wird, der beste Beweis liegt, wie es sich verhält. Unter uns, wie wir sind, haben wir es nicht nothwendig Selbstverständliches auszusprechen! (Sehr richtig!)

Ich bin nun überzeugt, daß die Prinzipienerklärung im Großen und Ganzen angenommen werden wird, wenn vielleicht auch Veränderungen vorkommen. Damit werden wir wirklich einen erheblichen Schritt gethan haben. Nämlich die Erfahrung der Partei in den letzten Jahren zeigte: uns fehlen die Prinzipien nicht, der Leitfaden für unsere Agitation und Organisation; aber es ist nothwendig, daß alle Genossen wissen, daß wir alle untereinander auch in dieser Weise vorgehen wollen. Es genügt nicht allein, daß der Einzelne wirklich so vorgeht, sondern er muß das Bewußtsein haben, daß die gesammte Partei Schritt für Schritt auf diese Weise einig einem gemeinsamen Ziel zugeht. Und dieses Bewußtsein innerhalb unserer Partei, das Bewußtsein unserer Einigkeit, wird unsere Abstimmung hoffentlich erzielen. (Bravo!)

Vorsitzender. Die Debatte wäre erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Von Liebisch wurde namentliche Abstimmung beantragt, der Antrag wurde unterstützt.

Wir werden nunmehr abstimmen über die namentliche Abstimmung. — 33 dafür, 26 dagegen; ist angenommen. Wer für die Prinzipienerklärung ist, sagt beim Verlesen der Liste: Ja.

Indra zur Geschäftsordnung: Gleich in der Einleitung der Prinzipienerklärung steht Nationalität, Geschlecht — es fehlt aber: Religion. Das ist bei uns selbstverständlich, aber ich wünsche es doch drinnen zu sehen.

Vorsitzender: Es kommt doch vor — Indra: Daß wir die konfessionslose Schule verlangen. — Vorsitzender: Vorne fehlt es. — Schriftführer Häfner: Also thun wir es hinein. — Vorsitzender: Es bleibt dabei, daß es als Privatsache ohnehin erklärt wird. Also, ich bitte die Namen zu verlesen. (Geschieht von Häfner und Hybes.) — Vorsitzender: Also es sind 69 dafür, 3 dagegen und 1 Stimme hat sich enthalten. Es ist somit mit überwiegender Majorität die Prinzipienerklärung angenommen. (Großer Beifall, Händeklatschen, Bravo!)

Rißmann zur Geschäftsordnung: Es war mein Vorsatz und der Auftrag meiner Gesinnungsgenossen, zum 1. Punkt Stellung zu nehmen. Nachdem Sie die Resolution angenommen haben, sehe ich jede Basis für weitere Verhandlungen mir entzogen und werde am weiteren Verlauf des Parteitages nicht theilnehmen.

Vorsitzender: Ich kann diese Erklärung nur bedauern und glaube, daß er dadurch seinen engeren Gesinnungsgenossen und Freunden nicht entspricht. Es kommen noch wichtige Dinge in den Resolutionen vor, wo er seine spezielle Meinung zum Ausdruck hätte bringen können. Wenn er den Parteitag verläßt, so ist es bedauerlich, aber wir können nichts dagegen thun.

II. Sitzung.

a) Einigung der Fraktionen zu einer Arbeiterpartei Oesterreichs.

Der Vorsitzende Bayer nimmt die Kontrole der Karten vor. — Werte Genossen! Indem ich Sie freundlich begrüße, hoffe ich, daß die heutige Debatte in derselben sachlichen Weise wie die gestrige geführt wird, eröffne ich die heutige Sitzung. Der Schriftführer wird die Präsenzliste verlesen. (Geschieht; 69 Theilnehmer anwesend, 4 abwesend, 1 entschuldigt [Holzhammer, wegen eines Fußleidens].)

Verlesen von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen. (Van Beveren [Belgische Arbeiterpartei] — Steck [Schweizerische Arbeiterpartei] — Lavrov [Russische Sozialdemokraten] — Tiroler in München — „Lond. Freie Presse" und Verlagsgenossenschaft und eine Anzahl tschechische Briefe.)

Vorsitzender: Ich kann weiter mittheilen, daß Genosse Auer, früher deutscher Reichstagsabgeordneter, in unserer Mitte weilt, jedoch nicht als Delegirter — das ist den deutschen Genossen nicht möglich — lediglich aus Interesse für unsere Sache ist Gen. Auer hierher gekommen. (Großer Beifall.)

Nachdem die Prinzipienerklärung gestern angenommen wurde, ist noch eine sich daran anschließende Resolution eingebracht worden. Genosse Pokorny hat hierzu das Wort.

Pokorny: Genossen! Das schönste und wertvollste Neujahrsgeschenk, das wir Arbeiter uns geben können, wir haben es uns gegeben. Mit der Annahme des Programms haben wir eine Partei geschaffen, die in Hinkunft einträchtig und gemeinsam wirken wird. Von 73 haben 69 dafür gestimmt, 3 haben sich bewogen gefühlt — ich will es betonen: vielleicht Einer darunter gegen seine bessere Ueberzeugung — dagegen zu stimmen, und nur ein Einziger, den ich durch die Zeit, die ich ihn kenne, als einen der thätigsten, opfermuthigsten schätzen gelernt habe, hat sich der Abstimmung enthalten. Dies legt Zeugnis dafür ab, daß die Einigkeit keine gemachte ist, daß es nicht das Werk eines Einzelnen und seiner Agenten ist, sondern daß es ein dringend gefühltes Bedürfnis der Gesammtheit war. Wir sind zur Erkenntnis gelangt, daß wir Alle unter demselben Druck leiden, im gleichen Maße der grenzenlosen Ausbeutung preisgegeben sind — und daß, wenn wir unsere Ideen bald verwirklichen wollen, wir unsere Kräfte konzentriren und Hand in Hand, Mann an Mann dem Feind gegenübertreten müssen und uns nicht durch uns selbst bekämpfen und so kampfunfähig machen lassen dürfen.

Das Volk, das in letzter Linie unsere Bestrebungen verwirklichen wird, ist so beschaffen, daß wir mit allen Mitteln dahinzuwirken haben, es klassenbewußt und mit seiner Aufgabe so vertraut wie möglich zu machen. Wir haben zunächst nur dies Eine zu thun; das Volk selbst wird den Kampf führen und ganz ausfechten und den Sieg erringen. Wir haben dafür zu sorgen bis zu jenem Tag, an dem die Würfel ins Rollen kommen, der Kampf entschieden wird; wir haben die Zeit bis dahin auszunützen, Vorbedingungen zum siegreichen Kampf zu schaffen. Das können wir nur, wenn wir gemeinsam in einheitlichem Sinne wirken.

Die Einigung wurde durch die Programmannahme konstatirt. Es dürfte nothwendig sein, mit trockenen Worten es noch einmal zu erklären. Es hat besondere Gründe, die Sie einsehen werden. Deshalb erlaube ich mir, Ihnen folgende Resolution vorzulegen.

Die gestrige Abstimmung zeigte, was wir wollen, und es ist nicht nöthig abermals über diese schon erledigten Dinge zu sprechen. (Verliest die Resolution. — Bravo!)

Einigungs-Resolution:

In Erwägung, daß der Zwist der Fraktionen die Interessen der Partei und somit der Arbeiterklasse schwer geschädigt hat, daß die Entwicklung der Partei jene wenigen Streitpunkte beseitigt hat, welche, durch die Ränke und den Druck der Feinde der Arbeiterklasse, sowie durch verwerfliche Pflege des Personenkultus in ihrer Wichtigkeit übertrieben, die Spaltung der Partei veranlaßt haben;

In Erwägung, daß die Einigung der Partei dem energisch geäußerten Willen der Genossen im ganzen Lande entspricht, beschließt der heutige Parteitag einstimmig in Anwesenheit von Mitgliedern beider ehemals bestandenen Fraktionen:

Der Parteitag erklärt den Parteizwist durch die Annahme des Programms für beendet und erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Eintreten für die Gesammtpartei, sowie energische und unerschrockene Arbeit auf dem gemeinsamen Boden unseres Programms zum Besten des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse.

Vorsitzender: Wer wünscht das Wort?

Hanich: Meine Freunde, ich könnte nur mich dahin aussprechen, keine Debatte zu eröffnen, sondern ein für allemal abzustimmen, denn die Abstimmung wird nur das besiegeln, was wir gestern thaten.

Vorsitzender: Ich glaube, daß die Genossen das annehmen könnten; denn Alles ist gestern besprochen worden — heute sollen Sie nur betonen, daß Sie das gestern Beschlossene auch durchführen wollen.

Resel: Wenn man sagte, daß ich der Einzige bin, der nicht stimmte. — Genossen! Es sind vielleicht kleine Gründe, aber ich kann nicht 99 Perzent zustimmen und zu 1 Perzent sagen, es ist nichts. Und zweitens kommt es nicht auf meine Stimme an. In Wirklichkeit, wie ich mir es denken kann, stimme ich auch nicht zu, weil ich jung in der Partei bin und erst erfahren will, was recht und nicht recht ist. Das Wahlrecht ist ja nicht von Belang. Aber ich gebe meine Versicherung, daß ich wie bis jetzt auch weiter arbeiten werde und noch stärker wie bis jetzt und daß ich mit Freude die Einigkeit der Partei begrüße.

Gans: Wir dürften also auch in Zukunft in Graz nicht die wünschenswerte Einigkeit aufzuweisen haben. Ich kann nur das Eine zur Beruhigung versichern, daß die Masse der Genossen in Graz mit dieser Prinzipienerklärung vollständig einverstanden ist. Ich fühle mich verpflichtet wegen der gestrigen Ereignisse darauf hinzuweisen und ich erinnere Sie in dieser Beziehung auf den Bericht in der „Gleichheit“ über die Beschlüsse, welche die Grazer Versammlung gefaßt, in der beide Richtungen vertreten waren. Die Einberufer der Versammlung, Genosse Pongratz und ich, haben dort eine Resolution vorgelegt mit der Begründung, daß wir auf den Parteitag gehen, und diese Resolution wurde einstimmig angenommen; Genosse Rißmann hat zwar gegen den Parteitag als solchen gesprochen, aber für die Resolution hat er gestimmt und in derselben hat es geheißen, daß wir den Parteitag begrüßen, weil er die Einigung begründen soll. Sie sehen daraus, daß er mit sich selbst in Widerspruch steht, denn für diese Resolution hat er zwar gestimmt, trotzdem aber gestern gegen die Einigung sein Votum abgegeben; die

bewußte Versammlung hat aber den Beweis geliefert, daß die Grazer Genossen für die Einigung sind. Sie bestand überwiegend aus Leuten, die früher der radikalen Richtung angehört haben und gerade die thätigsten von ihnen haben in letzter Zeit mit Genossen Rißmann und einigen seiner Freunde harte Kämpfe ausgefochten, dieselben haben bei jeder Gelegenheit betont, daß sie von der Nothwendigkeit einer Einigung, von der Nothwendigkeit aller dieser Punkte, wie sie in der Prinzipienerklärung enthalten sind, überzeugt sind, sie sehen ein, daß es eine verfehlte Taktik wäre, in solcher Weise fortzuarbeiten wie früher. Es wurde gerade so wie gestern hier, so auch in Graz, immer der Sturmbock des allgemeinen Wahlrechts vorgeschoben. Die Grazer Genossen haben erklärt, daß man mit den Prinzipien, wie sie von Genossen Rißmann vertreten werden, keine Partei gegründet hat, sondern nur eine Partei vernichtet, und gerade wir in Steiermark haben es erlebt, daß dadurch die einst so blühende Partei vernichtet wurde. Wir haben daraus die Lehre gezogen, daß man mit all dem nicht vorwärts kommen kann, sondern auf das Frühere zurückgreifen muß. Davon sind die Genossen in Graz überzeugt und Sie dürfen sich in Zukunft nicht durch andere Nachrichten aus Graz täuschen lassen. Sie entschuldigen, daß ich auf die Sache noch zurückgekommen bin, aber ich glaube den Grazer Genossen diese Erklärung schuldig gewesen zu sein.

Vorsitzender: Ich hoffe, daß Genosse Rißmann, nachdem er gestern die Erklärung abgegeben hat, im Sinne der Partei zu wirken, dieses sein Versprechen auch halten wird, und daß es den Grazer Genossen daher leicht sein wird, diese Prinzipien zu verfechten — thut er das nicht, so zeigt er sich eben inkonsequent und es muß ohne ihn gearbeitet werden.

Hanich (Brünn): Ich habe den Antrag gestellt, auf eine Debatte nicht einzugehen; für mich ist die Sache so selbstverständlich, daß ich die Nützlichkeit weiterer Reden nicht einsehe.

Vorsitzender: Der Antrag wird genügend unterstützt.

Grosse (Wien): So wünschenswert es auch wäre, daß wir nicht nur von den Grazer Genossen, sondern aus allen Orten, die hier vertreten sind, die Situation gekennzeichnet erhalten, so können wir doch mit Rücksicht auf die Situation des Parteitages heute darauf nicht eingehen, sondern es wird dies einem späteren Parteitage vorbehalten bleiben müssen, sich Berichte darüber erstatten zu lassen. Ich bitte Sie, die Resolution en bloc anzunehmen.

Vorsitzender: Genossen! Sie bekommen bei den weiteren Resolutionen noch Gelegenheit, Erklärungen abzugeben. — (Der Antrag auf Schluß der Debatten wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.) Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Es wäre noch gut, wenn von den slavischen Genossen ein Komité gewählt würde, welches diese Resolution in das Slavische übersetzen würde; es sind für dasselbe vorgeschlagen die Genossen Körber, Hybes und Burian.

Genosse Burian hat gesagt, daß er es für das Beste hält, wenn die Prinzipienerklärung in alle hier vertretenen Sprachen übertragen würde. Ich hoffe, daß eine ähnliche Zustimmungserklärung, wie sie Genosse Burian abgegeben hat, auch von polnischer Seite erfolgen wird, damit aus diesem Parteitage eine Verbrüderung im engsten Sinne hervorgehe.

Telz (Lemberg): Ich bin der einzige Vertreter der polnischen Genossen; wir haben uns schon in früheren Jahren sehr skeptisch gegen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei verhalten. Nun, da die Einigung zu Stande gekommen ist, freut uns das sehr und wir werden trachten in diesem Sinne zu wirken.

Es ist selbstverständlich, daß die polnischen Genossen nicht ganz dieselbe Taktik beobachten können, als der allgemeine österreichische Parteitag. Wir hängen sprachlich mit Kongreß-Polen zusammen und auch mit Rußland. Wir werden aber in dem uns gebotenen Rahmen alles Mögliche thun, und die Prinzipienerklärung zu verbreiten trachten. (Bravo!)

Sadnik (Laibach): Ich muß zu diesem Punkte das Wort ergreifen, weil hier zwei Genossen aus Krain sind, die die slovenischen Arbeiter vertreten. Ich erlaube mir die Erklärung abzugeben, daß wir trachten werden, die Prinzipienerklärung auch in slovenischer Sprache zu verbreiten und so für die Ideen der Sozialdemokratie zu wirken. (Bravo!)

Körber (Prag): In unserem Programm haben wir gesagt, daß wir in Bezug auf die Nationalität keinen Unterschied machen. Die slavische Partei will die Prinzipienerklärung in ihrer Sprache herausgeben. Die Sache ist an und für sich von keiner großen Bedeutung. Ich unterstütze den Antrag Burian, daß einem engeren Komité die Uebertragung unseres Programmes in's Böhmische überlassen werde. Ich bitte, daß man uns erlaubt, das zu proklamiren, Ihr werdet uns dadurch in unserer Agitation unterstützen .Wir werden entgegen anderen Parteien darauf hinweisen können, daß wir uns zwar international solidarisch erklärt haben, daß aber die gesammte internationale Arbeiterschaft dem Nationalitätsgefühle nicht entgegentritt, das im engeren Sinne nur eine Vaterlandsliebe ist; und ich mache darauf aufmerksam, daß wir uns hiedurch den Weg zu den unteren indifferenten Kreisen, die dem Nationalitätsgefühle bisher unzugänglich waren, bahnen werden. (Bravo!)

Krainer (Marburg): Eine Nationalität, die in Oesterreich eine große Rolle spielt, ist hier leider nicht vertreten, aber es ist, wie ich glaube, an uns von italienischen Genossen ein Zustimmungsschreiben eingelangt, das für uns sehr günstig gehalten ist.

Dr. Adler: Ich werde das Schreiben in der Mittagspause übersetzen, so daß es Nachmittag zur Verlesung gebracht werden kann.

Vorsitzender: Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Resolution in die verschiedenen Landessprachen übersetzt werde, um allen Genossen zugänglich zu sein. Ich frage nun, ob ein Komité aus jedem anderssprachigen Kronlande zur Uebersetzung gewählt werden, oder ob dem Präsidium die Heranziehung geeigneter Genossen zu diesem Zwecke überlassen bleiben soll? Für die böhmische Uebersetzung haben sich die Genossen Hybes, Körber und Burian bereit erklärt.

Kordelic (Laibach): Genossen! Es soll dem Präsidium überlassen werden, Sorge zu tragen, daß nicht nur die Resolutionen, sondern auch die Protokolle, so weit es möglich und überhaupt nothwendig ist, in die übrigen Sprachen übersetzt werden zur Agitation, und diesbezüglich stelle ich einen Antrag.

Indra (Gmunden): Der Vorsitzende hat das in seiner Erklärung erschöpft; ich wollte nur betonen: Die Uebersetzung des Programmes und der Resolutionen ist den lokalen Interessen anzupassen. Es bedeutet keine Umänderung des Programmes, wenn es auch nicht buchstabentreu, doch sinngetreu übersetzt wird. Die Resolutionen können eher lokal angepaßt werden, aber die Prinzipienerklärung muß genau so sein, sonst sind unsere Beschlüsse ungiltig und überhaupt nur ein leerer Schein.

Vorsitzender: Das war wohl nur eine ungenaue Ausdrucksweise, der Genosse meinte es wohl so.

Sadnik (Laibach, slovenisch): Ich glaube es ist genügend, daß der Parteitag diesen Beschluß der Uebersetzung faßt, daß ich im Sinne desselben die Uebersetzung ins Slovenische vornehmen kann, und ich habe erklärt, im Sinne des Parteitages in slovenischer Sprache zu wirken.

Telz: Ich muß gegen den Antrag sprechen, daß es dem Präsidium überlassen wird für die Verbreitung zu sorgen. Das ist in den polnischen Verhältnissen begründet, die ja andere sind als in den übrigen Ländern. Wir haben noch keine bündige Erklärung von den polnischen Genossen und ich hatte auch noch keine Gelegenheit die folgenden Resolutionen durchzulesen, daß ich ihnen beistimmen könnte. Ich bin in den deutschen Verhältnissen ziemlich bekannt und dasselbe ist bei Andern der Fall. In Galizien liegen aber die Verhältnisse anders. Die Verbreitung möge uns anheim gestellt werden. Wir sind eine schwache Partei und werden uns ohnehin in mancher Beziehung an das Präsidium wenden müssen. Also möge man keinen Beschluß fassen. Das möge einer Partei, die nicht nur unter andern sprachlichen,

sondern andern wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, anheimgestellt werden. Wesentliche Aenderungen werden nicht gemacht werden.

Dr. Adler: Die Uebersetzung muß vollständig so sein, wie es hier steht. Etwas anders ist es, wie hernach diese Erklärung den Genossen erklärt wird und wie die Taktik, die Organisation, den Bedürfnissen der einzelnen Nationen angepaßt wird; aber es ist unbedingt nothwendig, daß die übrigen Genossen wissen, was wir hier beschlossen haben, und sie werden das nur erfahren, wenn eine möglichst wörtliche Uebersetzung gegeben wird. Uebrigens haben es ja alle so aufgefaßt und wenn der Genosse aus Polen meint, daß, nachdem er allein als Pole hier ist, es das Präsidium nicht zu Wege bringen wird, so ist das selbstverständlich. Aber das Präsidium wird sich mit fremdsprachigen Genossen in Verbindung zu setzen wissen.

Vorsitzender fragt, ob man mit Adler übereinstimmt, es dem Präsidium zu überlassen, sich an fremdsprachige Genossen diesbezüglich zu wenden. (Einstimmige Zustimmung.)

---

b) Die politischen Rechte.

Vorsitzender: Wir kommen nun zum 2. Punkt unserer Tagesordnung, zu den **Politischen Rechten.**

Dr. Adler: Werte Genossen! Es scheint an und für sich nicht nothwendig zu sein, daß ich hier ein ausführliches Referat halte, denn der Gegenstand, über den wir heute zu sprechen haben, ist bei der Prinzipiendiskussion erörtert worden, so daß wenig zu sagen übrig bleibt.

Es ist aber nothwendig, daß wir hier konstatiren auf unserem Parteitag, welches die Situation der österreichischen Arbeiterpartei in Bezug auf die politischen Rechte ist und welches Urtheil über diese Situation die österreichische Arbeiterpartei hat. In diesem Sinn bitte ich das Nachfolgende aufzufassen.

Wir haben gestern konstatirt und werden das in einer Resolution, die ich einbringen werde, wiederholen: Die Aufklärung über den ökonomischen Prozeß und dessen Folgen, das ist unsere eigentliche Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, klare Einsicht zu verbreiten über die ökonomische und politische Lage. Wir wissen, daß davon allein unser Erfolg abhängt. Wir wissen noch mehr: Daß die Form des Kampfes nur davon abhängt, wie weit diese Aufklärung vorgeschritten ist. Wird der Kampf zu einer Zeit eintreten, in der die Aufklärung noch nicht genügend unter das Volk gedrungen ist, so mögen sich die Leute mit allen Mitteln, nicht nur wie wir mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden, sondern hauptsächlich mit diesem ins Gesicht schlagenden Mitteln die Verbreitung einer Aufklärung verhindern — dann mögen die sich die Folgen zuschreiben. In der Geschichte unserer Bewegung haben sich Anzeichen und Symptome genug gezeigt, die andeuten, wie es aussieht, zu welchen Exzessen Menschen mit Naturnothwendigkeit getrieben werden müssen, die vor sich das Elend haben und hinter sich ein Gesetz, ein unbarmherziges, willkürlich gehandhabtes unmenschliches Gesetz. Die Herrschenden — und ich werde mich im Verlauf hüten, diese Herrschenden zu analysiren und die Klassen und Funktionen derselben auseinanderzusetzen, wir haben das im Allgemeinen nicht nothwendig — die Herrschenden hindern, und wollen hindern, absolut jede Aufklärung. Sie thun das erstens aus dem Grund, weil sie selbst unwissend sind. Das wollen wir einmal konstatiren. Thatsache ist es, daß über die soziale Bewegung, ihre Ursachen und Ziele, die Regierung und die heute offizielle Politik Machenden außerordentlich unwissend sind.

Diese Unwissenheit verbreitet sich nicht nur auf die Kreise, wo das gewissermaßen berufsmäßig ist, Verwaltungsorgane, Beamte, Lehrer, Schriftsteller, Journalisten, deren einziger Beruf es wäre aufzuklären, bei denen aber diese Unwissenheit geradezu ein Befähigungsnachweis genannt werden muß — die Aufklärung wird auch gehindert dadurch in die Massen der Besitzenden einzudringen, das ist das Aergste. Wir wissen wohl, daß durch die Behinderungen unserer politischen Rechte, die Entwicklung nicht behindert werden wird. Die ist unbesiegbar, das wissen wir. Aber anderseits wird die Form und Art des Kampfes nur zugespitzt, erbittert und verschärft werden. Und mehr sagen wir den Leuten, welche heute Politik machen, auch nicht als: Ihr habt Euch die Folgen zuzuschreiben.

Nun wollen wir sehen, wie sieht es denn heute aus.

Eine kolossale Majorität des Volkes genießt heute ein politisches Recht überhaupt nicht. Diese kolossale Majorität besitzt das erste, heute im bürgerlichen Staate, im Bourgeoisstaat, einzige politische Recht von Wert, das Wahlrecht nicht. Das

einzige politische Recht, sage ich, welches nicht konfiszirt werden kann. Alle übrigen politischen Rechte aber, die wir dem Buchstaben des Gesetzes nach besitzen, die Staatsgrundgesetze — die sind nicht etwa blos durch Ausnahmsgesetze eingeschränkt, durch Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Gesetzen zweideutig gemacht — sondern — und das ist das spezifisch Oesterreichische unserer politischen Rechte: sie sind der Willkür und dem Belieben jedes Verwaltungs- oder Polizeiorganes auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. (Sehr richtig!) Das ist das spezifisch Oesterreichische. Das Sozialistengesetz in Deutschland ist in verschiedenen Beziehungen härter als unsere Gesetze. Trotzdem ist der politische Zustand in Deutschland ein viel leichter erträglicher für die Arbeiterklasse. Denn dort weiß man ungefähr was erlaubt ist und was nicht, und wie weit man gehen kann. In Oesterreich ist das absolut unmöglich. Wir haben so viele Gesetze als es Polizeikommissäre gibt (Heiterkeit), darüber ist kein Zweifel, und ich werde mich auf Einzelheiten hier nicht einlassen, alle Genossen haben Erfahrungen darüber gemacht. Ich brauche das nicht im Einzelnen zu beweisen.

Der Bezirkshauptmann von Lilienfeld kommt, geht zum Präsidententisch: Herr Vorsitzender, ich komme revidiren, ob alle Herren Einladungskarten haben. — Vorsitzender: Wünscht der Herr Bezirkshauptmann die Karten aller Personen einzeln zu sehen. — Bezirkshauptmann: Nein! — Vorsitzender: Also ich bitte die Karten aufzuheben. — Bezirkshauptmann sieht sich um: Ich danke (geht hinaus. — Verschiedene: Man hätte ihn einladen sollen ....); Dr. Adler und Pokorny gehen ihm nach und kommen nach zwei Minuten mit ihm zurück. — Vorsitzender: Ich zeige Ihnen an, daß der Herr Bezirkshauptmann als Gast unserer Versammlung anwohnen wird.

Dr. Adler (fortfahrend): Ich habe hier konstatirt, daß, was unsere politischen Rechte anbelangt, wie sie heute gehandhabt werden, von einer weiteren Ausführung abgesehen werden kann, da jeder einzelne Verwaltungs- oder Polizeibeamte sie in seinen Bereich nach Gutdünken handhabt. Wir haben so viele Gesetze, als es Polizeikommissäre gibt. Ich werde Beispiele hierüber nicht anführen, das ist nicht nothwendig. Es hat Jeder von Ihnen hinlänglich Erfahrungen darüber gemacht. Wir sind nicht nur in Bezug auf unser Vereins- und Versammlungsrecht dieser Willkür preisgegeben und ich sage Willkür, denn allerdings haben wir in unseren Gesetzen Remeduren, wir haben das Recht zu rekurriren und es kommt sogar vor, daß wir Entscheidungen bekommen, die für uns günstig ausfallen; aber ich frage Sie, welchen Wert hat es — und auch das ist etwas spezifisch Oesterreichisches — ich frage Sie, welchen Wert hat es, wenn ein Rekurs über ein Versammlungsverbot nach drei oder gar erst nach sechs Monaten günstig für uns erledigt wird, nach sechs Monaten, nachdem die Frage, über welche die Versammlung einberufen wurde, vielleicht überhaupt nicht mehr in öffentlicher Diskussion steht, oder wenn die Gelegenheit zur Versammlung überhaupt vorbei ist, was nützt es uns, wenn danach die Rekurserledigung lautet: „Jetzt ist es Euch erlaubt, die Versammlung abzuhalten.“ — Und um uns unsere in den Staatsgrundgesetzen und den Ausführungsgesetzen gewährleisteten Rechte zu nehmen, dazu ist ihnen ja jeder Vorwand gut genug: die Berufung auf das Versammlungsrecht, die Berufung auf das Vereinsrecht. Unsere Gesetze sind es, welche dazu dienen müssen, uns eben diese Rechte zu nehmen, welche sie garantiren sollen. Aber dieser Allgemeinzustand wird noch verschärft, durch spezielle Ausnahmsgesetze; es existirt ein Ausnahmszustand in Niederösterreich und ein Ausnahmszustand in Böhmen. In Niederösterreich haben wir einen Ausnahmszustand, welcher nun seit dem Jahre 1884, also am 30. Jänner 1889 werden es genau fünf Jahre, besteht. Dieser Ausnahmszustand wurde seiner Zeit mit der Motivirung eingeführt, von den Ausschreitungen, die geschehen sind, daß die Dinge, die ich Ihnen nicht glaube ins Gedächtnis zurück rufen zu müssen, daß diese Dinge nur zu bekämpfen sind durch ein Ausnahmegesetz. Dieses Ausnahmegesetz, diese Ausnahmsverfügungen für Niederösterreich, das heißt für Wien, Wiener-Neustadt und Korneuburg, enthält nun — und das wird viel

zu wenig in Betracht gezogen — enthält nun nicht etwa ein Verbot, Versammlungen abzuhalten, unsere Blätter herauszugeben, ein Verbot, Vereine zu gründen, sondern, und das ist wieder etwas spezifisch Oesterreichisches, etwas Charakteristisches für unsere ganze Gesetzgebung: sie erlaubt einfach der Polizei ohne Motivirung, weil sie es so will, dieses Recht mit einem Federzug wegzunehmen und beraubt uns zugleich des Rekursweges, denn es heißt in solchen Fällen, wenn auf Grund des Ausnahmsgesetzes etwas geschieht, in der Erledigung der Statthalterei und des Ministeriums, und das Reichsgericht ist für uns ganz illusorisch, ich werde das noch später begründen: auf Grund des Ausnahmsgesetzes hat die Polizei das Recht, das zu verbieten, ergo wurde es verboten. Die Gründe der Polizei zu prüfen, das geht die Statthalterei nichts an, weil die Ausnahmsverfügungen das formelle Recht dazu geben. Ebenso ist es mit dem Reichsgericht, welchem die Wahrung der politischen Rechte überhaupt zusteht. Wenn einmal Arbeiter in der Lage sind, so viel Mittel aufzubringen, um an das Reichsgericht zu gehen, dann erhalten sie ein wunderbar abgefaßtes Schriftstück, in welchem es heißt, daß die betreffende Behörde die formelle Kompetenz gehabt habe, die Versammlung oder den Verein zu verbieten — ob die Gründe auch wirklich richtig sind, ob die Versammlung z. B. wirklich in der Lage gewesen wäre, die öffentliche Ruhe zu stören, darum hat sich das Reichsgericht — und das hat es dutzendmal erklärt — nicht zu kümmern. Es existiren also alle diese Dinge, welche angeblich zum Schutze der politischen Rechte vorhanden sind, für uns nicht, sie nützen uns gar nichts, weil sie eben einfach dem persönlichen Belieben preisgegeben sind. Wir haben außerdem einen Ausnahmszustand in Böhmen, der nie verkündigt wurde und darum auch nie aufgehoben werden kann. In Böhmen haben sich eben die Behörden eine andere Auffassung gebildet und unsere Gesetze hindern sie daran nicht. Nach dieser anderen Auffassung werden Leute, welche eine bestimmte Zeitung abonniren in jenen Bezirken, wo es den Beamten eben so beliebt, einfach als Geheimbündler behandelt und dagegen nützen uns alle Gesetze nichts. Ein einziges Loch wurde in letzter Zeit in dieses Gewebe gerissen. Noch vor vier Wochen wurde ein Mann, bei dem die Haussuchung nichts ergeben hat, als ein Exemplar des „Sozialdemokrat" und eine Anzahl von erlaubten Zeitungen nach Prag geschickt, obwohl er in einen anderen Gerichtsbezirk gehörte und dort eingesperrt, und bis heute wissen die Genossen noch nicht, wessen er beschuldigt wird. Wir wissen es wohl, er wird vom Prager Gerichtshofe ganz einfach als Geheimbündler behandelt werden. Die Kompetenz zu diesem Vorgehen hat sich der Prager Gerichtshof selbst gemacht und eine Berufung dagegen nützt nichts. Nicht etwa, daß ich nicht glaube, ein solches Urtheil könnte nicht einmal kassirt werden, denn je höher die Richter sind, desto weniger haben sie vor sich (Zuruf: Avancement!) und desto eher sind sie einer menschlichen Regung zugänglich. Wir haben ja selbstverständlich die Unabhängigkeit der Richter, wie jeder Rechtsstaat; es ist aber auch möglich, Richter zu adeln, ihnen Orden zu geben, sie avanciren zu lassen oder nicht. Kurz, wir haben die Unabhängigkeit der Richter, eingeschränkt durch ihr Avancement. Also wenn sie rekurriren können, ist das ganz gut; für die betreffenden Leute ist es aber unmöglich, den Rekurs zu ergreifen. Wenn ihnen nach viermonatlicher Untersuchungshaft, wie dies z. B. unlängst geschah, eine vierwöchentliche Strafe zu Theil wurde, können sie nicht rekurriren, da sie wohl wissen, daß sie dann neuerlich drei Monate in Untersuchungshaft auf die Entscheidung warten müssen. Sie sehen also, daß diese Rechte für die Besitzlosen nicht bestehen, sie zerfließen in Nichts. Bisher wurden alle in Böhmen aufgegriffenen Arbeiter, bei denen man Zeitungen fand, nach Prag geschafft, da sich in Prag das einzige, unfehlbare Gericht in ganz Böhmen fand, welches genau gewußt hat, wie ein sozialistischer Geheimbund aussieht; demgemäß wurden seit den vielen Jahren, in welchen dieser Vorgang eingehalten wurde, unzählige Menschen dort verurtheilt; wir werden in den nächsten Monaten eine einigermaßen vollständige Zusammenstellung darüber zu veröffentlichen in der Lage sein. In der letzten Zeit aber wurde eine Lücke in dieses Ver-

fahren gerissen. In einem Geheimbundsprozesse, welcher noch schwebt und in welchem außer mir Genosse Pokorny verwickelt ist — sie sehen, es gehören zu einem Geheimbundsprozesse gar nicht viel Leute — haben wir versucht, bis zum obersten Gerichtshofe vorzudringen und der oberste Gerichtshof hat erklärt, daß ihm die Motivirung, daß, wenn wir in Reichenberg abgeurtheilt würden, dort die öffentliche Ruhe gestört werden würde, daß ihm diese Motivirung nicht genügend erscheint.

Wir werden also die Ehre haben, eventuell in Reichenberg zu sitzen anstatt in Prag. (Heiterkeit.) Es könnte das als etwas Unerhebliches erscheinen, aber alle böhmischen Genossen, die hier sind, werden zugeben, daß das etwas ungeheuer Wichtiges ist. (Sehr richtig!) Es ist darum wichtig, weil in Prag ein Gerichtshof existirt, dessen Urtheile, man könnte fast sagen, bereits hektographirt sind (Sehr richtig!), wenigstens haben sie dort ihre Vorstellungen und Urtheile im Gehirn hektographirt (Heiterkeit); ebenso wie wir in Wien für anarchistische Verbrechen einen Gerichtshof haben, der unter dem Vorsitze Holzinger's arbeitet, von dem man ruhig sagen kann, daß er Dinge, die Kleinigkeiten sind, die nicht einmal Vergehen, sondern reine Uebertretungen des Preßgesetzes, des Versammlungsrechtes u. dgl. sind, als anarchistische Verbrechen behandelt, und der Vorsitzende hat, genau so wie in Prag, eine feste Vorstellung davon: Was ist Anarchismus, wie schaut ein Anarchist aus (Heiterkeit) und was muß er machen, um ein Anarchist zu sein. Ob der Betreffende wirklich in Anarchist ist, wird nie einer anderen Behörde zur Entscheidung vorgelegt und der Gerichtshof prüft nie für den einzelnen Fall seine Kompetenz. Noch auf Eines möchte ich aber aufmerksam machen, daß nämlich die Judikatur über die anarchistischen Verbrechen den Geschwornen entzogen und einem eigenen Ausnahmsgerichte übertragen ist.

Nun frage ich Sie, wir verstehen doch auch etwas von Anarchismus? Wenn es Anarchisten in Oesterreich gibt, so sind ja wir diejenigen, die mit ihnen fortwährend in Berührung kommen. Wir sind diejenigen, die klar wissen, wie die Dinge liegen. Wollen wir einmal aufrichtig sein. Ich frage, ist es für die Entwicklung der anarchistischen Ideen ein Unterschied, ob die Leute von Geschwornen eingesperrt werden oder von einem Ausnahmsgerichte. (Rufe: Ganz dasselbe.)

Wir haben Gelegenheit, es zu beobachten, es resultirt daraus nur Eines, das Verhetzende, das Erbitternde, das Aufreizende, das in jeder Ausnahme liegt. Wir werden in Oesterreich so lange Anarchisten haben, als es Anarchistengerichtshöfe gibt. Das ist kein Zweifel. Gerade so wie diejenigen — und wir sind da ganz offen — die sich Anarchisten nennen, den Anarchismus künstlich erzeugen, gerade so erzeugen die anarchistischen Gerichtshöfe, die Ausnahmsgerichte den Anarchismus. (Sehr richtig!) Hier habe ich unter Anarchismus nicht etwa den wissenschaftlichen Anarchismus verstanden. Hier habe ich mich der erheblich niedrigeren Auffassung über den Anarchismus von Seite unserer Behörden anbequemt. Unter einem Anarchisten verstehen die Behörden einen Jeden, der einen Akt individueller Gewalt im vermeintlichen Interesse des Sozialismus vollzieht. Wie der Mann selbst über die Frage denkt, kümmert Behörden und Richter absolut nicht. Welche Auffassung er von der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft hat, was den Anarchismus eigentlich ausmacht, welche Auffassung er von der Organisation im Einzelnen hat, kümmert den Richter eben so wenig. Er ist Anarchist in dem Momente, wo er sagt, das gesellschaftliche Elend ist so fürchterlich, „daß Etwas geschehen muß“. Also nur deswegen und nicht etwa aus prinzipiellen, klaren Gründen und aus Ueberlegung wird ein solcher Mensch verurtheilt. Daß diese Handlungsweise nichts Anarchistisches ist, darüber brauche ich mich hier nicht weiter auszulassen.

Von allen Ausnahmsgesetzen, die aufreizen, verhetzen und verbittern, ist das Ausnahmsgesetz, von dem ich zuletzt gesprochen habe, eigentlich dasjenige, das uns am wenigsten schadet. Es ist ein Gesetz, das nicht einmal dem Einzelnen, der das Unglück hat, unter dasselbe zu fallen, besonders schadet, denn, wie ich unsere

Bourgeois-Geschwornen kenne, würden sie die Leute ebenso verurtheilen, wie Baron Holzinger. (Sehr richtig!)

Wir kennen unsere Gegner, nicht nur die Personen, sondern auch die Klassen. Die einzige Wirkung dieses Ausnahmsgesetzes ist also nur, daß es verhetzt. Uebrigens unterscheidet es sich noch in anderer Beziehung sehr merkwürdig von dem Ausnahmszustand, den ich früher berührt habe. Die Verfasser unserer Staatsgrundgesetze, sehr kluge Leute, die Träger der Fahne der Freiheit, die Liberalen, haben die Staatsgrundgesetze genau so gemacht, wie man sie braucht, um sie selbst benutzen zu können und allen Andern zu verweigern. (Bravo! Bravo!)

Sie haben es also in für uns unwichtigen Dingen, wie in Bezug auf die Judikatur der Geschwornen, möglich gemacht, daß die Aufhebung derselben vom Parlamente auf ein Jahr, und die Verlängerung einer solchen Ausnahmsverfügung von Jahr zu Jahr vom Parlamente begehrt werden kann. Anders verhält es sich aber mit dem Ausnahmszustande, der für uns viel ärger, viel drückender ist. Das ist der Ausnahmszustand, wie er für Wien, Korneuburg, Wr.-Neustadt und für ganz Böhmen gilt. Die Bewilligung für diesen Ausnahmszustand, wie er z. B. von der Regierung über Wien verhängt wurde, braucht nach unseren fein ausgedachten Staatsgrundgesetzen vom Parlamente nur einmal ertheilt werden. Diese Bewilligung wurde also für Wien nur einmal ertheilt, u. zw. im Jahre 1884 unter dem Eindrucke der Affairen Kammerer und Stellmacher. Da gibt es nun aber eine Zeitgrenze überhaupt nicht, weder im Staatsgrundgesetze, noch in dessen Ausführungsgesetzen steht eine Zeile davon, daß dieser Ausnahmszustand zeitlich beschränkt ist, und heute können die uns nahestehenden und für uns eintretenden Abgeordneten sich den Hals heiser schreien, der Abg. Kronawetter mag bei jeder Budgetdebatte eine Resolution des Inhaltes einbringen, die Regierung wird aufgefordert, den Ausnahmszustand aufzuheben, diese Resolution wird einfach in den Papierkorb nicht einmal des Abgeordnetenhauses, sondern des Budgetausschusses gelegt, und die Regierung findet es absolut nicht der Mühe wert, mit einem Worte zu begründen, warum sie auch heute noch den Ausnahmszustand aufrechthält. (Sehr richtig!) Die Regierung hat dies auch nicht nothwendig. Sie ist dem Parlamente in dieser Beziehung keine Aufklärung schuldig, und sie will sie nicht geben, und wie sollte sie auch? Wer wird die Machtbefugnis, die er in Händen hat, aus den Händen geben, wenn er nicht muß? Die Regierung sagt nur, wenn wir finden, daß die Leute durch den Ausnahmszustand aufgeregt werden, so lassen wir die Zügel nach. Wir erlauben den einzelnen Polizeikommissären, ein bischen gelinder zu sein. (Heiterkeit.) Da braucht man kein Gesetz. Ein Gefühl darf das österreichische Volk nie verlieren, das Gefühl, daß es der Willkür ausgeliefert ist, und um dieses Gefühl wach zu erhalten, ist es nothwendig, daß der Ausnahmszustand nicht aufgehoben wird. Das ist der eigentliche Grund, das wissen wir, alles Uebrige ist Firlefanz. Sie wissen, daß der Ausnahmszustand nicht etwa nöthig ist, um irgend etwas zu verhindern, was geschehen kann, geschieht mit und ohne Ausnahmszustand. (So ist es!)

Ich habe über diese Dinge etwas ausführlicher gesprochen, weil man über den Ausnahmszustand, der über Wien verhängt ist, in den Provinzen juristisch nicht so klar ist, wie bei uns in Wien. Was z. B. den Ausnahmszustand in Böhmen anbelangt, so läßt sich nichts machen, er ist durch ein Gesetz nicht eingeführt, läßt sich also durch ein Gesetz nicht abschaffen. (Heiterkeit.) Da gibt es nichts als Ordonanzen, deren Erlassung allerdings nicht von uns abhängt.

Wir haben nur zu erklären, welches ist unsere Stellung gegenüber diesen Zuständen? Es wurde uns wiederholt gesagt, ja man hat gegen die gesetzliche Agitation nichts; solange ihr auf dem Boden des Gesetzes bleibt, ist euch alles erlaubt. Ich glaube soeben an einigen Beispielen gezeigt zu haben, daß der Boden des Gesetzes, auf den wir uns stellen könnten, bei uns einfach fehlt.

Es ist einfach nicht ein Boden, ein ebener Boden in Oesterreich, der Boden des Gesetzes, auf dem stehend man weiß, was gesetzlich ist, sondern ein Verschiebbares, Nebuloses, fortwährend unter den Füßen Entweichendes, was Gesetz ist. Und da verlangt man, wir sollen auf dem Boden des Gesetzes bleiben! Da sagt uns doch zuerst, was hier Gesetz ist? Dann werden wir uns darnach richten. Das ist damit abgethan.

Wir kämpfen für die Verbreitung unserer Ideen nach Maßgabe der Möglichkeit mit aller Aufopferung, die jeder Einzelne aufzubieten im Stande ist und müssen uns dann gefallen lassen, welche Gesetze und Verordnungen und Verfügungen auf uns angewendet werden. Wir wissen das nicht im vorhinein.

Es liegt Ihnen nur eine Resolution vor, die sagt: Wir verlangen die Aufhebung jeder Einschränkung der freien Meinungsäußerung. Ich muß wohl die Resolution zuerst vorlesen:

Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit um so wenigeren Opfern verbunden, um so rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbots der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (u. zw. vom 20. Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornen-Gerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk. (Lebhafter Beifall!)

Sehen Sie! die Sache ist ja so. Ich habe nur einzelne Punkte daraus zu motiviren. Diese Resolution ist ja für die Oeffentlichkeit, d. h., mit anderen Worten bei uns, für den Staatsanwalt bestimmt. Sie werden zugeben, es ist nicht ein Wort darin, an das nach meiner Kenntnis der Herr Staatsanwalt irgend einen Anstoß nehmen könnte. Sie ist vollständig ruhig und sachlich (Körber: In Prag darf sie doch nicht erscheinen!) Sie hören das. In Wien hoffen wir sie durchzudrücken. (Heiterkeit.)

Ich möchte nur zu einzelnen Punkten ganz kurze Bemerkungen machen. Zunächst die Presse. Unsere Parteipresse ist auch der lokalen Willkür, oder wir wollen den Herren nicht Unrecht thun: sagen wir der lokalen Ansicht der Beamten preisgegeben. Wie der Staatsanwalt wünscht, so geschieht es. Das ist noch nicht alles: sondern es hängt davon ab, auch wie der einzelne Staatsanwalt in jedem einzelnen Augenblick seines Lebens es auffaßt. Ein Beispiel. Es gibt hunderte Dinge, die in Wien unter dem Ausnahmszustand gedruckt, in Brünn, Proßnitz, Prag konfiszirt wurden — das sind verschiedene Personen. Aber dieselben Dinge in Wien gedruckt, einige Zeit darauf wieder wurden konfiszirt — eines liegt mir sehr nahe: vor 4 Wochen war ein Fest im Arbeiter-Bildungsverein in Wien, ein Programm wurde gedruckt, darin ein Lied, das nicht beanstandet wurde. Dies wurde in der letzten Nummer der Beilage der „Gleichheit" von uns gedruckt und von demselben Staatsanwalt konfiszirt. Also nicht nur wie die verschiedenen Männer denken, sondern wie sie aufgelegt sind, ich möchte sagen, wie sie im entsprechenden Augenblick ihre Ansicht gebildet haben, ist entscheidend. Motive gibt es natürlich für Alles; es wird motivirt: Rücksicht auf das Publikum. Was für ein Fest erlaubt sein mag, kann noch nicht für alle Leser der „Gleichheit" erlaubt sein. Mein Gehirn sieht das nicht als Begründung ein, aber ich habe wahrscheinlich eben kein Talent zum Staatsanwalt. So steht es bei uns mit der Presse. Wir wollen nicht einzelne Abänderungen der Gesetze, sondern die Beseitigung derselben. Die Garantirung unserer Preßfreiheit ist nur eine Umschreibung der Einschränkung derselben, ebenso wie es beim Versammlungsgesetz der Fall ist: Das ist eine Auslieferung des Versammlungsgesetzes. Also wenn wir davon sprechen, können wir nur sagen: die Herstellung des Versammlungsgesetzes durch Aufhebung unserer Gesetze ist das einzig Logische.

Ueber das Wahlrecht wurde gestern soviel gesprochen, daß ich mich jedes Worts enthalte. Ein Genosse aus Klagenfurt (Adenau) sagte gestern: entweder — oder; entweder muß man es als Menschenrecht oder überhaupt nicht verlangen; „ohne Klausel" sagte er. Wenn wir sagen: „als wichtigstes Mittel der Agitation und Organisation" nannte er das eine Klausel. Dem widerspreche ich. Daß das politische Wahlrecht gleich allen anderen politischen Rechten etwas auch dem Staatsbürger — was eine ziemlich untergeordnete Klasse von Menschen ist — also nicht allen Menschen — ein Staatsbürger ist ein ganz unentwickelter Mensch — Gebührendes ist, und zwar von vornherein, ohne Begründung — das wurde stets gesagt und auch hier werden wir sagen: jede Einschränkung der Freiheit der Meinungen ..... ist verwerflich. Klarer können wir das nicht ausdrücken.

Aber auch über den Wert der Rechte ist ein Urtheil abzugeben nöthig und wie sie anzuwenden sind, umsomehr nothwendig, als gerade in diesem Punkt eine Unklarheit, die zu Streit und Zwiespalt führte, vorhanden war. Also wir müßten hier, während Niemand zweifelt, warum wir Preß- und Versammlungsfreiheit verlangen, vermeiden, glauben zu machen, daß wir noch in der Ueber-

schätzung des Wahlrechts befangen sind, wie es zu den Zeiten Lassalle's und Oberwinder's gewesen ist. Um klar zu sagen, daß wir das politische Wahlrecht nicht als ausschließliches Mittel politischer Taktik ansehen, daß wir außerdem über den Parlamentarismus uns durchaus keine Illusionen machen — darum ist das hier so gefaßt worden. Es ist also keine Klausel zum Recht, sondern zur Auffassung, die man sich etwa bilden könnte mit Rücksicht auf die Parteigeschichte. Das ist meine Antwort an Adenau.

Ueber die Rechtspflege sprach ich schon. Ein Passus ist noch hier:

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

Darüber sind wir ja alle einig. Welcher Mensch dem andern 10 kr. wegnimmt oder den unerheblichsten, unwichtigsten Besitz wird als gemeiner Verbrecher eingesperrt und genießt die Verachtung der ganzen Gesellschaft, und hätte er es unter der größten Noth gethan. Diejenigen aber, die nicht aus Noth, sondern entweder weil sie glauben, sich dadurch persönliche Vortheile zu erringen, weil sie etwa glauben, sich beliebt zu machen, nicht einzelne Menschen, sondern ganze Bevölkerungen wider Recht und Gesetz, ja selbst wider diese spezifisch österreichischen Gesetze, ihrer Rechte berauben — diejenigen sind jederzeit vollständig straflos und da mögen nun Gerichtshöfe und Instanzen kommen wie immer — ich habe noch nie gehört, daß ein Beamter wegen mißbräuchlicher Anwendung unserer Grundgesetze verurtheilt oder auch nur angeklagt wurde — das gibt es nicht. Ich habe gehört, daß Beamte, die zu „lax" waren, die das Versammlungsrecht ernst nahmen, versetzt werden, um andern Platz zu machen, die die Dinge besser verstehen im Sinne der Behörden. Daß aber dort, wo ausdrücklich durch die Rekurserledigung erklärt wurde, hier ist das Gesetz verletzt worden, daß der Beamte, welcher den Leuten einen irreparablen Schaden zugefügt hat, wofür eine Entschädigung überhaupt nicht mehr möglich ist, daß dieser Beamte irgendwie gestraft wurde, davon habe ich nichts gehört — im Gegentheile, er ist immer höher gestiegen. Ich glaube, ich brauche keinen Namen zu nennen, er schwebt Ihnen allen auf den Lippen (Zurufe: Frankl!).

Wir wissen sehr gut, daß diese Resolution nicht sofort ein Gesetz zur Folge haben wird, aber wir halten uns verpflichtet, unsere Meinung darüber auszusprechen, zu sagen, wie dieses Vorgehen zu beurtheilen ist. Wir stehen alle nicht auf dem Standpunkte der Parteien der Bourgeoisie, die auf der Welt nur das persönliche Eigenthum kennen; um dieses zu schützen sind alle Behörden und Gesetze, alle Beamten und Gendarmen noch zu wenig. Alles andere ist ihnen gleichgiltig, die Unabhängigkeit der Person, das Recht auf die freie Meinungsäußerung sind alle nicht so viel wert, als 10 Kreuzer oder ein Stück Brot, das einem weggenommen wird. Und daher werden die Besitzenden die Freiheiten, die sie selbst weggeworfen haben, nie höher taxiren und sie nie mit dem Schutze versehen, welchen wir verlangen. Unsere Absicht mit diesen Resolutionen ist eben nur, Klarheit zu verbreiten und die Sache so darzulegen, wie wir sie verstehen, die Folgen mögen kommen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Burian: Freunde! Die Politik, dieser Hauptfaktor und Herrscher im gesellschaftlichen Leben, hat auch für uns eine große Bedeutung. Mit der Politik erreichten die Klerikalen, Liberalen, sowie die Konservativen ihre privilegirten Stellungen und die Oberherrschaft über das Volk. Mit der Politik halten sie uns in wirtschaftlicher Knechtschaft und ausschließlich mit der Politik haben sie auf Kosten des Volkes ihr Wohlleben gegründet. Erwägen wir die Vortheile, welche ihnen das Wahlrecht bietet? Sie entscheiden über das Wohl und Wehe der Völker allein; sie bestimmen die Steuern, die wir zahlen müssen, wenn auch jemand Anderer sie in das Steueramt trägt, sie entscheiden, wieweit wir Soldaten sein

müssen, sie diktiren uns Pflichten, die Rechte behalten sie aber für sich. Dies ist ein Werk der politischen Organisation.

Das Wahlrecht, die Presse, die Ausnützung der Vereine und Versammlungen, diese Mittel werden uns auf die richtige Bahn führen, die aus der wirtschaftlichen Knechtschaft führt. Durch den politischen Kampf müssen wir ein Glied unserer Kette, mit der wir gefesselt sind, nach dem andern brechen, mit dem politischen Kampfe müssen wir alle Freiheiten auszudehnen trachten, mit dem politischen Kampfe müssen wir die Klassenvorrechte beseitigen, das heutige Wahlrecht ersetzen durch das allgemeine, die Fesseln der Presse, das objektive Verfahren, die Kaution, den Zeitungsstempel, die Beschränkung der Kolportage abschaffen, die Versammlungsfreiheit und das freie Wort erreichen. Dadurch wird die Kette der Privilegien der Herrschenden geschwächt, die Macht des Kapitals abnehmen; jeder Schritt in der politischen Errungenschaft wird einen Schritt wirtschaftlichen Erfolges nach sich führen oder ziehen und bis das letzte Glied der politischen Kette springt, dann ist auch der letzte Rest unseres wirtschaftlichen Elendes gefallen und wir werden bei unserem Ziele angelangt sein. (Bravo! und Händeklatschen.)

Krainer (Marburg): Ich will mich über die Prinzipienerklärung nicht weiter aussprechen, da die Ausführungen sämmtlicher Redner an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen, ich möchte nur einige Worte über die politischen Rechte bemerken. Wenn ich auch noch nicht sehr lange in der Arbeiterbewegung stehe, so habe ich doch ziemlich viel erfahren und mitgemacht, ich glaube, daß die betreffenden Ereignisse von allgemeinem Interesse sind. Gen. Adler hat uns die Handhabung der Ausnahmsgesetze in treffender Weise vorgeführt und unter Anderem auch auf einen Punkt hingewiesen, in welchem von der Unabhängigkeit der Richter die Rede ist; hierüber und über die Bestrafung von Beamten möchte ich einige Worte sprechen. Die Anwendung des Ausnahmsgesetzes an und für sich, ist schon als eine Einschränkung unserer politischen Rechte und als eine Verkürzung der Rechtspflege zu unseren Ungunsten zu betrachten.

Ich will Ihnen einen Fall aus der Rechtspflege vorführen. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß im Juni des Jahres 1884 ein Prozeß in Graz stattgefunden hat, der viel Aufsehen erregt hat. Ich hatte bisher noch nirgends Gelegenheit, diesen Prozeß ausführlich zu besprechen und will dies deshalb jetzt thun. Damals wurden 23 Personen der Absicht beschuldigt, ein Attentat auf den Kaiser ausüben zu wollen, es wurde behauptet, daß Gelder zur Anschaffung von Waffen, Flugschriften und Sprengmitteln gesammelt worden seien. Es hat damals ein Individuum, das erst kurze Zeit in der Partei stand, um sich zu retten, zu dem schändlichen Mittel der lügenhaften Denunziation gegriffen. Es wurden damals 23 Männer, nachdem sie eine fünfmonatliche Untersuchungshaft abgebüßt hatten, angeklagt. Von all' den Dingen, deren wir beschuldigt wurden, war kein Wort wahr, wir haben uns öfters im Vertrauen gegenseitig gefragt, ob denn jemals irgendwo von der Ausführung eines solchen Attentats gesprochen worden wäre, aber es war uns nicht möglich, etwas derartiges zu entdecken. Nur durch die Fragestellung eines Geschwornen ist der ganze Attentatsschwindel aufgedeckt worden, indem derselbe den Ankläger fragte, ob er denn nicht Bedenken getragen hätte, seine Eltern so nahe an die angebliche Attentatsstelle zu führen, dadurch kam der Denunziant ganz außer Fassung und verwickelte sich immer mehr in Widersprüche. Die Frechheit, mit welcher er uns alle diese Lügen ins Gesicht sagte, hatte mehrere von uns so abgestumpft, daß wir uns kaum vertheidigt haben. Es wurde damals auch ausgesagt, daß sich 6000 Arbeiter verpflichtet hätten, einen monatlichen Beitrag zu leisten und der Gerichtshof hat alle diese ungeheuerlichen Angaben geglaubt. Aber die Attentatsanklage wurde aufrecht erhalten, obwohl Alle, auch die Geschwornen einsahen, daß das Ganze ein Schwindel sei. Es ist eben schwer, da kein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Beamten und freiwilliger Spitzel existirt und es auch nicht leicht möglich ist, bestimmte Zeugen anzu-

führen, es ist deshalb schwer, Jemanden zu beschuldigen, da man sich dadurch selbst nur eine Verleumdungsanklage zuziehen könnte. Zehn von uns, darunter ich, wurden verurtheilt und die Betreffenden, die damals die Verurtheilung herbeigeführt haben, sind seitdem sehr schnell avanzirt. Zu dieser dreizehntägigen Verhandlung konnten wir einen Vertheidiger wegen Geldmangels kaum auftreiben, wir alle 23 mußten uns daher mit einem Vertheidiger begnügen. Sie werden einsehen, daß eine Vertheidigung gegen eine so ungeheure Anklage, wobei alles Mögliche herbeigeschafft wurde, sehr schwer ist. Wie ist es möglich, frage ich Sie, daß zehn Personen im Ganzen zu zwanzig Jahre verurtheilt werden und man nicht im Stande ist, ihre Unschuld, denn unschuldig waren wir Alle, zu beweisen?

Ich habe mehrere Jahre absitzen müssen, ohne ein Mittel finden zu können, meine Unschuld zu beweisen. Es kann mir dies nicht gleichgiltig sein, da ich an den Folgen zu tragen habe. Ich bin rathlos, wie das einmal aufgeklärt werden soll. Es waren Leute zusammen, die der extremen Richtung angehörten und mit ihnen waren wir angeklagt, die wir für die Vorschläge jener nicht zu gewinnen gewesen waren. Wir wurden Alle verurtheilt. Es wäre kein Wunder, wenn Leute, an denen ein solches Justizverbrechen verübt wird, selbst zu Verbrechern werden und die Gesetze, die gegen sie in solcher Weise gehandhabt werden, auch nicht mehr respektiren. Ich glaube, daß auch andere Genossen mein Schicksal getheilt haben werden und ich halte daher die zum Schlusse der Resolution beantragten Strafbestimmungen für sehr nothwendig. Ueber die übrigen Punkte der Resolution wurde schon genügend gesprochen und ich schließe daher meine Ausführungen. (Beifall.)

Gans (Graz). Werte Genossen! Die Ausnahmsgesetze gegen unsere Partei werden damit motivirt, daß unsere Bestrebungen gemeingefährlich sind und dagegen sollten wir entschieden Stellung nehmen. Ist das, was wir anstreben, wirklich gemeingefährlich? Wir wollen ja in erster Linie nur unsere Lage verbessern und Gesellschaftseinrichtungen herbeiführen, wodurch die heutigen Ungerechtigkeiten unmöglich wären, und wenn nun die Arbeiter, weil sie zu sehr gedrückt werden, dieses Ziel anstreben, so erklärt man sie als gemeingefährlich und ruft nach Polizei und Gendarmerie. Als gemeingefährlich kann ich nur das betrachten, was der Allgemeinheit gefährlich ist, und wenn dem Arbeiterstande, weil er, der von allen Kulturgenüssen ausgeschlossen ist, an diesen theilnehmen will, Gemeingefährlichkeit vorgeworfen wird und man infolge dessen gegen den Arbeiterstand Ausnahmsgesetze erläßt, so ist es unsere Pflicht, gegen den Vorwurf der Gemeingefährlichkeit heute entschieden Stellung zu nehmen. Warum erläßt man nicht gegen Bankerotteure und Defraudanten Ausnahmsgesetze? (Sehr gut!) Es handelt sich nur darum, uns unsere Agitation zu erschweren und uns bei der übrigen Bevölkerung zu verdächtigen. (Lebhafter Beifall.)

Hybeſch (Brünn): Genossen! Der Referent hat geschildert, wie unsere politischen Rechte gehandhabt werden, auch ich erlaube mir, aus der Praxis Einiges herauszugreifen, um zu beweisen, wie berechtigt seine Ausführungen sind. Ich will zunächst Fälle aus Böhmen anführen und werde dann auf Mähren zu sprechen kommen.

Sie werden staunen, wenn ich Ihnen sage, daß seit dem Jahre 1883 unseren slavischen Genossen in Böhmen, abgesehen von der Hauptstadt Prag, nur eine einzige öffentliche Versammlung bewilligt wurde. In Prag allerdings existirt ein politischer Arbeiterverein, der sich das Recht, Versammlungen einzuberufen, nicht so leicht wegnehmen läßt, der mehr Mittel und Jemanden hinter sich hat, und deshalb hat die Polizei sich nicht getraut, ihm alle Versammlungen zu verbieten, wie es in den anderen Orten Böhmens der Fall gewesen ist. Seit der letzten öffentlichen Arbeiterversammlung, die im Jahre 1883 in Jungbunzlau stattgefunden hat, hat blos die Bezirkshauptmannschaft Humpoletz unseren slavischen Genossen die Abhaltung einer Arbeiterversammlung bewilligt, vielleicht auch nur darum, weil sie von der Statthalterei nicht dieselben Instruktionen erhalten hat,

wie die übrigen Bezirkshauptmannschaften. Möglicherweise ist dies auch die letzte Versammlung, die in Humpoletz bewilligt wurde. (Heiterkeit.) Unsere deutschen Genossen in Böhmen sind in dieser Beziehung sozusagen etwas glücklicher, denn sie konnten während dieser Zeit 5—6 Versammlungen abhalten. So wird also in Böhmen das Versammlungsrecht gehandhabt, und es hat bereits der Herr Referent mit Recht ausgeführt, daß, wenn wir dieses Recht ausüben wollen, es hauptsächlich darauf ankommt, wie sich der betreffende Bezirkshauptmann die Sache zurechtlegt. Wenn uns innerhalb so vieler Jahre eine Versammlung bewilligt worden wäre, so wäre der Staat auch nicht aus den Fugen gegangen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

In Mähren scheint dieselbe Praxis einzureißen. Seit Mai heurigen Jahres wurden von unseren slavischen Genossen 11 Versammlungen angemeldet, aber keine einzige bewilligt. (Hört! Hört!) Unsere deutschen Genossen waren auch hier glücklicher, denn sie konnten während dieser Zeit wenigstens 2—3 Versammlungen abhalten.

Nun will ich einige Worte bezüglich der Handhabung unserer Gerichtsbarkeit sagen. Ich war auch Einer von Jenen, von denen der Herr Referent erwähnt hat, daß sie als Geheimbündler behandelt wurden. Am 1. Februar 1884 wurde ich von Wien ausgewiesen und kaum drei Tage in Brünn wurde ich wegen Geheimbündelei verhaftet. Ich war 17 Jahre ununterbrochen in Wien und ich wurde nun angeklagt mit Leuten, die in Pilsen und Elbe-Kostelet gewohnt haben, die ich nie gekannt und in meinem Leben nie gesehen habe, Geheimbündelei getrieben zu haben. Ich will noch ein anderes Beispiel anführen, das Ihnen die Handhabung unserer Gerichtsbarkeit in grellem Lichte erscheinen lassen wird. Als ich noch in Wien war, hatte ich im Jahre 1883 die Kasse für die Unterstützungen der Arbeiter geführt.

Als Kassier der Kasse für Unterstützungen habe ich nach Elbekostelet an die Schwester eines Inhaftirten 8 fl. mit der Bitte geschickt, sie möchte sie nach Prag schicken und zugleich dazu bemerken, daß sie von der Familie selbst aufgebracht worden seien. Ich wollte sie nicht direkt nach Prag schicken, weil dort die Gewohnheit war, daß jeder Angeklagte, der von uns Unterstützung bekam, thatsächlich damit schon als Geheimbündler verurtheilt war. Man sagte: Wäre er nicht Geheimbündler, hätte er keine Unterstützung bekommen. (Sehr logisch!) Dies war bei Jedem in der Anklageschrift enthalten. Um dem vorzubeugen, schickten wir das Geld an die Angehörigen. Die schickten es nach Prag. Man mußte zur Lüge greifen, sonst hätten sie es gar nicht bekommen, oder sie hätten, weil sie es von der Partei bekamen, als wirkliche Geheimbündler gegolten. Ich schickte also diese acht Gulden. Die Schwester that dies und schickte mir das Postrezepiß nach Wien, um mich von der Abschickung zu überzeugen. Ich schrieb einige Zeilen des Dankes dafür. Das unglückliche Geschöpf hat sich meine beiden Briefe aufgehoben, und während ihr Bruder beim Landesgerichte in Prag war, wurde bei ihr Haussuchung gehalten, die Briefe gefunden, sie verhaftet und angeklagt als — korrespondirendes Mitglied des Geheimbundes (großes Gelächter) und sie wurde auch v e r u r t h e i l t. (Hört!) Wenn Sie, meine Herren, diese Person sehen würden — sie war ein Krüppel, auf zwei Krücken ist sie gegangen. (Bewegung.)

Wenn man also das weiß — da ist nichts übertrieben, sondern es ist noch viel ärger — so muß man überzeugt sein, daß der Referent Recht hat, daß unsere Rechte in den Händen von einzelnen Polizeibeamten sind.

Ich will noch etwas mittheilen. Im Jahre 1883 wendeten sich zwei nordböhmische Genossen an die Redaktion des „Delnicky Listy“ mit dem Ersuchen an den Redakteur, ihnen das Vereinsgesetz und den Entwurf eines Vereinsstatuts zu verschaffen, sie baten zugleich um Auskunft, wie sie einen Arbeiterverein gründen könnten. Dieser Brief wurde leider erst abgeschickt, als in Wien schon der Ausnahmszustand proklamirt war, und fiel in die Hände der Polizei. Die schickte ihn an die Prager Polizei. Diese sagte: Das ist ganz anders. Sie wollten einen

Geheimbund gründen, aber benutzen den Brief als Deckmantel und müssen also angeklagt werden. Alle beide wurden angeklagt, verhaftet, in Ketten nach Prag geschleppt, in Untersuchungshaft gehalten und verurtheilt. (Bewegung.)

Damit habe ich geschildert, wie die Zustände in Böhmen sind.

Zimmermann (Neutitschein): Meine Herren! Wir wären heute nicht so zahlreich versammelt — ich will das nur formell erwähnen — wenn wir nicht bestimmte Gründe hätten, warum. Wir kamen, weil wir wissen, daß wir unter den bestehenden Verhältnissen rechtlos sind, daß unsere Existenz in jeder Beziehung auf dem Spiele ist, — wir wollen mit einem Worte eine Macht bilden, daß man uns mehr respektirt. Darum opferten wir unser mühsam erspartes Geld uns zu einigen, eine Macht zu werden. Leicht gesagt, schwer gethan. Ich bin nicht lange in der Bewegung, ich habe sie recht objektiv verfolgt, die Broschüren ꝛc., ich stand im Verkehre mit Leuten, und wie es schon geht — trotzdem habe ich noch niemals einen Anstand gehabt. Man muß die Verhältnisse sehr scharf ins Auge fassen, um nicht in ein schiefes Licht gestellt zu werden. Lassalle ist heute, unseren Ansichten gemäß, selbst ein Idealist gewesen; er war ein Mann der Wissenschaft und glaubte, daß Recht wirklich ein Recht sei. Das wurde damals in Oesterreich angenommen. Wir waren von Idealen erfüllt, forderten immerzu, aber erreichten nichts. Die Folge war, daß wir sahen, daß es die ökonomischen Verhältnisse sind, auf Grund deren überhaupt unsere Partei besteht; unser Vorkämpfer ist Marx, der uns erklärt hat, daß nur auf Grund der ökonomischen Verhältnisse die Partei besteht und bestehen muß. Auf Grund der ökonomischen Entwicklung weiß der Arbeiterstand, wo ihn der Schuh drückt. Wir haben keine Macht, keine Rechte, wir werden überall nur ausgenützt; wo das nicht geht, nimmt man uns einfach nicht. Jeder Fabrikant, jeder Arbeitgeber nimmt einen Arbeiter nur, um Vortheil aus ihm zu ziehen, das ist die kapitalistische Produktion. Ich brauche Ihnen das nicht zu sagen, Sie haben große Erfahrungen, wo Jeder den Kampf um's Dasein führen muß. Es gibt Stunden, in denen der Arbeiter nicht weiß, ob er noch existiren soll oder nicht. (So ist es!)

Meine Herren! Die Leute, welche heute die Macht in Händen haben, sind der Meinung, sie haben die beste der Welten geschaffen. Die Liberalen, noch heute im Fabrikantenthum maßgebend, glauben, sie sind die maßgebenden, alles ist am besten bestellt. Heute sind sie in der Opposition, aber das ist nur ein Streit um die Herrschaft. Sie wollen nur die guten Stellen haben. Deshalb sind wir solidarisch mit allen Nationalitäten. Wir haben nichts besonderes gegen das Regiment Taaffe, wir wissen, die bürgerlichen Parteien stehen alle auf demselben Standpunkt. Ich war in Deutschland, im Norden, Süden und in der Mitte. Ich bin Textilarbeiter; in Deutschland ist diese Industrie bedeutend mehr entwickelt als in Oesterreich, in Deutschland ist sie mehr den englischen Verhältnissen in manchen Gegenden angepaßt. Wir in Oesterreich sind da in vielen Beziehung zurück. In Deutschland hat man sehr mit den Arbeitern geliebäugelt, in Oesterreich auch, aber nicht in diesem Maße — ich will nur hervorheben, daß die Arbeiter vielfach von den herrschenden Parteien gehätschelt werden — darüber hatte man Illusionen, man werde dadurch etwas erreichen; aber wir täuschten uns. Zwar ich nicht, aber meine Gesinnungsgenossen, die damals am Ruder waren. Jeder muß gewisse Erfahrungen machen, was wir zu thun und zu lassen haben. In dieser Beziehung ist Deutschland musterbildend. Die Partei war so lange gut, respektive von der Regierung geduldet, so lange sie nicht die nöthige Macht hatte. Dann brachte man alles in Anwendung, die Partei zu verwässern, allerhand Schattirungen hineinzubringen, sie zu verschmelzen — — — wir aber sagten: Wir wollen mit eigenen Kräften unsere Befreiung erringen. Wie aber die herrschenden Parteien sahen, daß die Partei nicht auf ihre Pläne einging, — und die Partei wuchs mit den Verhältnissen — da ging sie gegen sie geschlossen vor — wie die zehn Jahre Sozialistengesetz genügend beweisen. Aber die Partei ging nicht zu Grunde, sondern sie besteht noch heute, weil sie aus den wirtschaftlichen Verhält-

nissen entwachsen ist. Daher schlossen wir uns auch in Oesterreich der Bewegung an. Wir haben keine Illusionen über das allgemeine Wahlrecht, aber wir wollen eine Handhabe haben. Die Bewegung in Deutschland wuchs dadurch, man hatte ein Mittel, das Alle verbunden hat. Man konnte sich ein Bischen aussprechen, obgleich in Deutschland auch Wählerversammlungen verboten werden, — aber trotz Ausnahmsgesetz, war eine ganz andere Bewegungsfreiheit, die Niemand, der nicht in Deutschland war, wie ich, sich vorstellen kann, sie ist mit Oesterreich gar nicht zu vergleichen. Ich habe das mitgemacht.

Ich kann das konstatiren, weil ich es selbst mitgemacht habe, also meine Herren, in Oesterreich war ja faktisch diese Gegenrichtung nur dadurch möglich, weil wir nie ein positives Recht hatten, weil wir zwar immer gefordert, aber nie etwas erreicht. Selbst die sozialreformatorischen Forderungen waren ja sehr gemäßigt, ich will sagen, sehr solid, wir waren damals Kinder, wir hätten uns in Alles gefügt, wären mit dem Kleinsten zufrieden gewesen, aber auch das haben wir nicht bekommen. Und wenn wirklich die Regierung seit einigen Jahren die Sozialreform in Angriff genommen, wie sie glauben machen will, so hat sie das aus eigener Initiative gethan, — wir haben auf unsere Bitten und Petitionen immer nur Fußtritte bekommen, und was wir erhalten haben, wurde uns auf dem Verwaltungswege wieder genommen, der Normalarbeitstag steht ja auf dem Papier. Für die Spinner wurde eine dreijährige Uebergangszeit bewilligt, das wäre eigentlich Zeit genug zum Anpassen, so viel Zeit läßt man uns nicht dazu, und doch wird jetzt von ½6 oder 6 Uhr Früh bis 12 Uhr ohne Pause gearbeitet, und von 1 Uhr bis ½7 Uhr ohne Pause, also 12 Stunden lang. Es sind meist nur Mädchen beschäftigt und es geht ja mit Maschinen, denen man folgen muß — da muß man flink sein, ob man dabei auch hin wird, was liegt daran! Ja, dieser Frieden fordert mehr Opfer, als mancher Krieg. Also, meine Herren, wir geben uns keinen Illusionen hin, gar keinen; was wir fordern, ist bisher nicht bewilligt worden; wir fordern es ja nicht, um uns emporzuschwingen, sondern nur, um ein menschliches Dasein zu haben. Die Gegenrichtung hat gesagt, daß wir mit all dem nichts ausrichten, aber wir wollen ja nur so viel, um leben zu können, denn, wenn es noch lange so fortgeht, wird der Arbeiterstand so herunterkommen, daß er einer besseren Meinung nicht fähig ist. Das allein hält uns ja aufrecht, wir müssen hoffen, um existiren zu können, ohne Hoffnung wäre unsere Lage eine verzweifelte. Wir wären sonst nichts als weiße Sklaven und müßten von der Welt verschwinden.

Winzig (Wien) stellt den Antrag auf Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Saska (Pradl bei Innsbruck): Werte Genossen! Ich ergreife das Wort nur, um zu dokumentiren, daß die Arbeiter von Pradl mit den in der Prinzipienerklärung und den Resolutionen ausgesprochenen Ansichten vollkommen übereinstimmen und jederzeit in diesem Sinne wirken werden. Damit von allen Seiten Klarheit herrschen könne, theile ich Ihnen mit, daß auch in den Alpenländern dieselben Meinungen, wie sie in der Prinzipienerklärung zum Ausdrucke gelangt sind, gelten. Wir werden das Möglichste thun, uns den angenommenen Beschlüssen anzupassen, und ich zweifle nicht, daß dieselben nach jeder Richtung hin entsprochen werde. Es ist hier schon öfter betont worden, welche Ausschreitungen sich die Behörden erlauben, und es steht bei uns ebenso wie in Böhmen und wie in ganz Oesterreich. Man will eben überall die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei hindern. Ich schließe mich diesbezüglich den Ausführungen des Genossen Gans an; unsere Bestrebungen werden als gemeingefährlich hingestellt, aber selbstverständlich existiren verschiedene Ansichten über den Begriff „gemeingefährlich", wir haben unsere Ansichten darüber und die Behörden die ihrigen. Wir wollen ja thatsächlich nur für die Gemeinschaft Nützliches schaffen und das ist es eben, was uns in den Augen der Behörden gemeingefährlich macht. Seien Sie versichert, daß die Genossen in den Alpenländern im Sinne der Resolutionen wirken werden.

Rieger (Kratzau): Meine Herren! Ich will bei diesem Punkte nur eines auseinandersetzen, wie nämlich die Behörden in Böhmen bei Volksversammlungen vorgehen. Es wurde hervorgehoben, daß den tschechischen Genossen in Böhmen Volksversammlungen nicht bewilligt werden, daß jedoch die Deutschen glücklicher sein sollen; ich kann Sie versichern, daß von dieser Glücklichkeit nicht viel die Rede sein kann, wir haben sie wenigstens nicht gefühlt. Werden einmal Versammlungen mit der Tagesordnung: „Lage der Arbeiter“ bewilligt, dann erklärt der Regierungsvertreter den Rednern einfach: „Sie sprechen nicht zur Tagesordnung“ — das sind die Rechtsbegriffe der Regierungsvertreter! Nach den Leuten, die als Redner auftreten, erkundigt sich die politische Behörde sehr genau, und sie können sich auf Maßregelungen gefaßt machen; es wird bei ihnen gehaussucht, und was man findet, mitgenommen, wenn es auch nicht bedenklich ist. Bei einem Genossen wurde ein freireligiöses Blatt, das „Menschenthum“, welches in Gotha erscheint, vorgefunden und vom Staatsanwalte in Prag als sozialistisches Organ bezeichnet. (Heiterkeit.) Also man wird gemaßregelt, wenn man in behördlich bewilligten Versammlungen seine Meinung äußert. Und wie wird man gemaßregelt! Man reißt die Leute aus der Familie heraus, schont nicht das Kind in der Wiege, das kranke Weib muß aus dem Bette heraus, damit man nach verbotenen Schriften suchen kann, und der Mann wird schließlich in Ketten nach Prag geführt, um dort nach monatelanger Untersuchungshaft endlich freigesprochen oder zu 14 Tagen Haft verurtheilt zu werden. Wenn man so einen Genossen verhaftet, dann ist in den Zeitungen zu lesen — ich habe speziell die noble „Reichenberger Zeitung“ im Auge — es sei wegen Majestätsbeleidigung, Hochverrath und Religionsstörung geschehen, und dann bekommt so ein Genosse 14 Tage Arrest, was mir bei solchen Vergehen nicht recht verständlich ist. Das sind die Zustände in Böhmen — die Ausnahmsverfügungen zeigen deutlich, wie reaktionär die Bourgeoisie geworden ist — es gab eine Zeit, wo sie selbst noch freiheitliche Ideale hatte, wo ihre Interessen mit denen des Volkes identisch waren. Diese Zeit ist vorbei, die Bourgeoisie ist feig geworden. Gerade für die Klasse, welche auf die Straße hinunterstieg, um für die Bourgeoisie zu kämpfen, gerade für diese werden Ausnahmsgesetze geschaffen. Die Bourgeoisie hat uns verrathen, wir können auf sie nicht mehr bauen, — wir sind eine gesonderte Klasse, wir werden für unsere Rechte einstehen und sie erkämpfen.

Dr. Adler (Wien): Genossen! Ich habe früher meine Redezeit ungebührlich ausgenützt, und ich werde darum sehr kurz sein müssen. Ich möchte an die letzten Worte des letzten Redners anschließen. Er hat gesagt, die Bourgeoisie ist feig geworden. Das ist richtig, aber die Sache hat noch eine andere Seite. Die Bourgeoisie hat die Freiheit und überhaupt die politischen Rechte, ohne es zu wissen, genau so angesehen wie wir, als Mittel des Kampfes, sie hat alle politischen Rechte gebraucht, um zur Herrschaft zu gelangen, und sie ist auch vermittelst der Ausübung der politischen Rechte zur Herrschaft gelangt. Heute hat sie die Herrschaft, nun zieht sie die Leiter weg, es soll Niemand mehr nach hinauf. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

So ist die Sache, und gerade weil es so ist, gibt uns die Bourgeoisie das Beispiel, wie wir vorgehen müssen. Wir brauchen die politischen Rechte für unseren Emanzipationskampf, genau so wie sie die Bourgeoisie gebraucht hat. Die politischen Rechte bedeuten aber für uns nicht das Ziel, ebensowenig wie für die Bourgeoisie. Diese hatte ein ökonomisches Ziel, und ein solches haben auch wir. (Bravo! Sehr richtig!) Nur ein Unterschied besteht, wir haben hinter uns die Leiter nicht mehr wegzuziehen, weil, wenn wir oben sind, es dann Niemanden mehr unten gibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun möchte ich aber noch Einiges, was in der Debatte vorgekommen ist, berühren. Es wurden Beispiele angeführt, die höchst belehrend sind, und eines Kommentars wohl nicht bedürfen. Nur Eines möchte ich hinzufügen. In Alt-Rohlau wurde ein Fachverein der Porzellanarbeiter gegründet. Die Gründer

wurden als Geheimbündler angeklagt, weil sie eine geheime Organisation (Gelächter) nach den föderalistischen Prinzipien des Most in Oesterreich gründen. (Lebhaftes Gelächter.) Der Gerichtshof hat darüber nicht gelacht, wie Sie lachen, die diesen furchtbaren Blödsinn ermessen, der Gerichtshof ist in diesen Dingen so unwissend, daß er solche Dinge glaubt. Wir haben nicht nur gegen die Absicht, unsere Bewegung zu unterdrücken, zu kämpfen, sondern gegen die furchtbare Macht der Unwissenheit. (Sehr gut!) Es wurde auch davon gesprochen, es soll konstatirt werden, daß es nicht Recht ist, wenn man unsere Bewegung als gemeingefährlich ansieht. Nun, das Wort gemeingefährlich ist ein ebenso zweideutiges Wort wie die Worte „Ruhe und Ordnung" (Heiterkeit), welche, wenn sie nicht gestört werden, am allerwenigsten existiren, wie verschiedene Ausdrücke unseres Strafgesetzes überhaupt. Ja was heißt denn gemeingefährlich? Wörtlich heißt es gefährlich für die Gemeinschaft. Nun frage ich, welches ist denn die Gemeinschaft, die wir gefährden wollen? Wir sind ja die Einzigen, die für die Gemeinschaft eintreten und für sie kämpfen (Lebhafter Beifall) und unsere Gegner sind Diejenigen, die die Gemeinschaft gefährden (Sehr gut!), die sie nicht nur gefährden, sondern heute in Fesseln halten, die sie ausbeuten in allen ökonomischen und politischen Einrichtungen, die nur zu dem Zwecke geschaffen sind, um die Gemeinschaft des Volkes in Ketten zu halten, nur um dieses zu gefährden, und wenn es nun eine Gefahr für die Gemeinschaft des Volkes gibt, so geht sie nur aus von den heutigen Einrichtungen und von Denjenigen, die sie halten. (Sehr richtig!) Gemeingefährlich aber in dem Sinne zu sein, daß wir Diejenigen, die diese Gemeinschaft des Volkes nicht leben und sich nicht entwickeln lassen, bekämpfen, werden wir nie aufhören. (Sehr gut!) Unsere ganze Existenzberechtigung beruht darauf. Wir wären unwürdig, Sozialdemokraten zu sein, wenn wir uns nicht selbst dafür halten würden. (Bravo!) Damit ist nicht gesagt, daß jeder einzelne Sozialdemokrat gemeingefährlich im Sinne des Strafgesetzes ist.

Es ist eine ganz merkwürdige Erscheinung nicht nur in unserem Lande, daß wir gerade Diejenigen sein müssen, die die Vertreter der Gesetze fortwährend auf ihre eigenen Gesetze verweisen müssen. Wir verlangen das Wohlwollen der Behörden nicht und wir verlangen das Wohlwollen der Regierung nicht. Ihre ganze Sozialreform schenken wir ihr in Bausch und Bogen. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!) Wir verlangen einzig, und das dürfen wir verlangen, daß sie ihre eigenen Gesetze hält. (Sehr richtig!) Wir verlangen nur, daß sie uns so behandelt, wie sie vorgibt, daß wir behandelt werden müssen. Weiter gar nichts. Man sollte glauben, das ist sehr bescheiden, aber es ist sehr unbescheiden, es ist zu viel. Warum? Weil unsere heutigen Machthaber sich nicht getrauen, prinzipiell und klar auszusprechen, wie sie uns eigentlich behandeln wollen. (Sehr gut!) Sie wollen uns ersticken, ohne es zu sagen, sie wollen uns mißhandeln, aber man soll nicht wissen, wer es gethan hat. (Bravo! Bravo! Sehr gut!) Es soll Alles im Namen des Gesetzes geschehen. (Sehr gut!) Gut, dann bitten wir aber, haltet Euch an dieses Gesetz. Das ist das Einzige, was wir wollen.

Es wurde hier gesagt, wir haben weder von den Liberalen noch von den Konservativen etwas zu erwarten. Ich glaube der heutige Parteitag zeigt am besten, wie wir über die Strömungen der Bourgeoisie denken. Wir wissen ganz genau, daß die besitzenden Klassen gegen die unteren Klassen eine abgeschlossene kompakte Masse bilden und, weil sie die Besitzenden sind, reaktionäre Massen sind. (Sehr richtig!) Die Parteiungen, die unter ihnen entstehen, sind, wie schon ein Vorredner richtig gesagt hat, entweder ein Streit um Aemter, oder der Streit um den politischen Einfluß, der zur Erwerbung ökonomischer Vortheile ausgenützt werden soll. (Sehr gut!) Aber im Uebrigen handelt es sich bei ihrem Streite nur darum, wer die Arbeiterklasse ausbeuten soll, sie wollen es beide. (Sehr richtig!) Wir können also gar keinen Grund haben, die Einen oder Andern zu bevorzugen. Wenn wir überhaupt eine Wahl zu treffen haben, so könnte es nur aus einem Grunde geschehen.

Die Besitzenden können sich eben gar nicht ausleben, sie können ihre Herrschaft nicht ausüben, ohne ihre eigenen Todtengräber zu erzeugen, ohne das Proletariat bis zu einem gewissen Grade aufzuklären und physisch zu erhalten. Insofern dieses Interesse parallel mit den Interessen der Bourgeoisie und des Grundbesitzes läuft, muß jede Partei in Bezug auf kleine Prinzipien mit uns dieselben Interessen haben. Nun wird von einer Seite innerhalb unserer Partei gesagt, wenn die Bourgeoisie für ihre Interessen die Arbeiterschutzgesetzgebung braucht, so ist das ein Zeichen dafür, daß diese Gesetzgebung für uns schlecht ist. Das ist ein Irrthum. Die Bourgeoisie thut das wider ihre Einsicht, so weit sie eine hat, sie thut es nothgedrungen, weil sie wirtschaftlich und politisch gar nicht leben kann, ohne es zu thun, und sie muß die Entwicklung der Arbeiterklasse fördern. Sie thut es widerwillig, und sie zieht Alles zurück, wo sie nur kann. Das beweist unsere heutige Debatte. Wir haben aber auch keine Ursache, dem gegenwärtigen Regime zuzujubeln. Es hat ein Redner gesagt: Wir haben gar nichts gegen das Regiment Taaffe. Damit wollte der Redner, ich bin davon überzeugt, nichts Anderes erklären, als daß uns das Regiment Taaffe genau so feindlich gegenübersteht, wie wir überzeugt sind, daß uns ein jedes andere Bourgeoisregiment gegenüberstehen würde. (Rufe: So haben wir das auch aufgefaßt!) Ich lege aber doch Wert darauf, das zu betonen, denn wir sind hier nicht allein, unsere Verhandlungen dringen in die Oeffentlichkeit und werden von Leuten gelesen, die nicht unsere Genossen, die unwissend sind, und daher ist es nöthig das klarzustellen. Wir kämpfen nicht gegen die Regierung Taaffe, weil uns gerade diese Regierung besonders unangenehm wäre, sondern weil wir gegen alle Bourgeoisregierungen kämpfen, wir nehmen die eine oder andere davon nicht aus. Wir hätten aber gar keine Ursache, gerade diesem Ministerium ein besonderes Wohlwollen zu widmen, denn die Zustände, die in Oesterreich heute uns gegenüber herrschen, sind, wenn sie auch von den liberalen Regierungen angebahnt und von denselben dafür die gesetzlichen und juristischen Formen und Vorbedingungen geschaffen wurden, durchgeführt, in allen Einzelnheiten ausgearbeitet und in ein feines systematisches Netz gebracht erst unter dem heute regierenden Ministerium. Ehre, wem Ehre gebührt! (Bravo! Bravo!)

Ich bin zu Ende. Unsere Verhandlungen haben klar gezeigt, was heute in Oesterreich politisch vorliegt, warum wir politische Rechte brauchen, und ich möchte das auch noch hinzufügen: daß wir nicht gewillt sind, etwas Weiteres zur Aufklärung der Regierungen zu thun. Wir sind nicht gewillt, noch wie in der Jugendzeit — wir waren Kinder, sagte ein Redner — unser Ministerium und Abgeordnetenhaus mit Petitionen zu behelligen, Resolutionen ins Haus zu schicken — — — diese Dinge sind vorbei. Wir wissen, was wir von einander gegenseitig zu halten haben, wir rechnen nicht auf Liebe und bringen ihnen keine Liebe entgegen. Wir verlassen uns im ganzen Kampf nur auf uns. Nur für uns, nur für die Entwicklung unserer Partei brauchen wir die politische Bewegungsfreiheit, und die Herren sollen nie sagen, daß wir sie irreführten. Wir sagen klar: wir wollen die Rechte, um die sozialdemokratische Propaganda ungehindert betreiben zu können. Daß wir von einem höheren Standpunkt erklären, die Bewegungsfreiheit und ungehinderte Propaganda liegt auch im Interesse der Herrschenden, das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl, wenn Sie wollen, aber beachtet wird er nicht werden. (Sehr gut!) Wenn diese Resolution, die wir hier gefaßt haben, in die Oeffentlichkeit dringen wird — das ist ihr Zweck, darum sind wir hier — dann soll unter den Parteigenossen das Bewußtsein entstehen, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich sich vollständig klar ist über die Tragweite dessen, was sie will; das ist unsere Absicht.

Vorsitzender: Nachdem die Rednerliste erschöpft ist, frage ich, ob eine Spezialdebatte stattfinden soll. (Viele: Nein! Nein! Nein!) Meiner Ansicht nach ist en bloc abzustimmen. (Richtig!) Ich ersuche mit den Karten abzustimmen. Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Schluß der 2. Sitzung (31. Dezember, 12 Uhr Mittags).

III. Sitzung.

a) Diskussion über Sozialreform und Arbeiterschutz.

Vorsitzender (Bayer): Ich eröffne die Nachmittagssitzung. Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung schreiten, wird der Schriftführer die Einläufe verlesen (Begrüßungsschreiben von Zuckmantl. Telegramme von Villach, Westl. Vororte Wien's, Steyr, Jägerndorf, Katharinenberg bei Reichenberg, Niemes).

Vorsitzender: Wir kommen zum 3. Punkt: **Soziale Reform und Arbeiterschutz-Gesetzgebung**. Der Referent, Gen. Weiguny aus Linz, hat das Wort.

Weiguny: Parteigenossen! So dankenswert es wäre, über diesen Programmpunkt ausführlich zu sprechen, da ja jeder einzelne Punkt genügend Redestoff bieten würde, werde ich mich doch auf das Prinzipielle beschränken und bitte auch jeden folgenden Redner denselben Gang einzuhalten.

Wir wissen, daß in der heutigen Gesellschaftsform sich das Streben kundgibt, innerhalb der politischen Parteien den Kampf um die Herrschaft auch gewissermaßen mit Hilfe der „unteren" Schichten des Volkes zu führen. Deshalb liebäugelt man von Zeit zu Zeit mit den produktiven Ständen und wirft ihnen einige Brocken hin, um eine gewisse Popularität zu erringen. Wir wissen auch, daß z. B. gerade jene Partei, die nicht hervorgegangen ist aus dem Industrialismus, der größtentheils liberal ist, für Arbeiterschutz-Gesetzgebung sehr eingenommen ist, nicht aber um vielleicht die Arbeiter zu befördern, sondern um einen Druck gegen das Fabrikantenthum auszuüben. Die Anderen, das liberale Fabrikantenthum, ist wieder von diesem Bestreben beseelt, die klerikale Partei mit sozialen Reformen zu bedrücken und sich gewissermaßen als eine Oppositionspartei im Interesse der unteren Schichten der Bevölkerung darzustellen. Da sehen wir auch, daß in Oesterreich und in anderen Staaten Gesetze geschaffen wurden, die bestimmt sein sollen, das Los der arbeitenden Bevölkerung zu fördern und ihre Lage zu verbessern. Wir wissen aber auch, indem wir in der Agitation unser stetes Augenmerk darauf werfen, daß diese Gesetze nicht angethan sind, das Los der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, so daß wirklich ihre Lage menschenwürdig werde, sondern bestenfalls nur die größten Mängel beseitigen könnten, wenn die Gesetze nicht so recht lückenhaft wären! Denn wenn wir heute die Gesetze betrachten — z. B. den Normalarbeitstag — so sehen wir zwar im Gesetze einen elfstündigen Normalarbeitstag vorgeschrieben, aber die Behörde erster Instanz kann ihn verlängern u. s. w. Der Arbeiter muß erst vom Pontius zu Pilatus laufen, um all die verschiedenen Verordnungen zu erlangen &c. So ist es auch mit der Kinderarbeit, der Einschränkung der Frauenarbeit — überall Lücken, Hinterthürchen in der Gesetzgebung, durch die der Listige immer schlüpft.

Noch eine Frage betreffs Einschränkung der Frauenarbeit ist es, die ich erwähnen will: Wir wissen, daß sich aus dem männlichen Theile der besser situirten Klassen, in Stellungen, wo die Frau eingedrungen ist, wie beim Eisenbahndienst, dem Post- und Telegraphendienst, dem Lehramt, laute Stimmen dagegen erheben, um die Frau hinauszudrängen, damit sie nicht als Konkurrentin auftreten könne.

Anders ist es bei der arbeitenden Bevölkerung. Haben Sie schon in jenen Kreisen die Stellungsnahme für die Zurückbannung der Frau in den Familien-

kreis angetroffen? Haben Sie aus diesen Kreisen eine Stimme gehört, daß die zu den schwersten physischen Arbeiten verwendeten Frauen — daß die Arbeit dieser beseitigt werden soll, selbst nur dort, wo sie gesundheitsschädlich ist —? Gewiß, keine Stimme! Das muß eben von uns aus geschehen. Wir sind nicht dagegen, daß die Frau arbeiten soll und sich, wenn sie selbstständig sein will, ihren Lebensbedarf erringen kann — aber wir wollen nicht, daß die Frau als Konkurrentin gegen die Männerarbeit benützt wird. Daher wollen wir im Namen der Humanität und im Interesse der ganzen arbeitenden Bevölkerung Einschränkung der Frauenarbeit.

Die Kinderarbeit kommt noch häufig vor, obgleich sie nach dem Gesetz verboten ist bis zum 14. Jahr — wir wissen, die Vertreter der Industriebezirke können so Manches erzählen, wie Kinderarbeit trotz des Gesetzes stattfindet, wie Kinder trotz des Gesetzes noch ausgebeutet werden.

Ein weiterer Faktor, der für die österreichischen Arbeiter von Nutzen wäre, ist die Sonntagsruhe. Die ist auch in Oesterreich gesetzlich festgesetzt, aber nicht Gesetz geworden, damit die Arbeiter wirklich einen Ruhetag in der Woche hätten, sondern nur aus dem Interesse der eine große Macht habenden Partei hervorgegangen, damit die Arbeiter in die Messe gehen. — Wir wollen einen Ruhetag von Samstag abends bis Montag früh. Das wäre ein der arbeitenden Bevölkerung entsprechender Ruhetag.

Auf dem Gebiete der Sozialreform sind in Oesterreich wie in anderen Staaten Gesetze gegeben worden. Wir leben nicht nur im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität, sondern auch der Sozialreform. Heute, wo wir versammelt sind, Agitationsargumente aufzustellen zur Aufklärung der Bevölkerung, müssen wir uns darüber auch klar werden. Was wir wollen, ist in der Prinzipienerklärung ausgedrückt. Diese Resolution, die ich vorlesen werde, wird das Nähere bestimmen. Wir wissen, daß wir von der Sozialreform und Arbeiterschutzgesetzgebung nicht das Heil zur dauernden Besserung unserer Lage erhalten werden, aber wir wissen, daß wir das arbeitende Volk nicht in geistiger Versumpfung versinken lassen können, so daß es dann zum einzigen Mittel greifen muß, zum Branntwein, um dann erst recht thierisch herunterzusinken.

Verliest die

Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform“:

Was heute vorzugsweise „Sozialreform“ genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiter-Versicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiter-Versicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Uebertwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der „Parteitag“:

Die Arbeiter-Versicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle den arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform“.

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirkliche soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungs-Behörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut, und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Ein großes Agitationsfeld ist gerade durch das sozialreformatorische Gesetz der Krankenkassengesetzgebung geöffnet worden. — Genossen! Es ist nicht gleich, ob die Gesetzgebung ein solches Gesetz den Arbeitern aufoktroyirt oder ob ein Institut der Krankenversicherung aus dem Innern der Arbeiter selbst hervorgewachsen ist. Wenn wir schon beim Zwang bleiben, und weil nicht alle Arbeiter freiwillig diesen Kassen beitreten wollen, da wäre es schon besser zu sagen: Jeder Arbeiter ist verpflichtet einer Kasse beizutreten, die von den Arbeitern gegründet werden müßte. Jetzt aber wird gewissermaßen der Zwang von der Behörde geübt, welche die Krankenkassen leiten wird. Die freie Leitung der Arbeiter wird verloren gehen. Auch hier müssen wir aufklärend wirken. Wir dürfen es nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen. Meine Ansicht ist: Jeder Sozialist sei auf einem Posten, wo er glaubt, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung fördern zu können, dort muß er sein Möglichstes leisten. Wir wissen aus der jüngsten Vergangenheit, daß z. B. im Jahre 1883 als die Genossenschaften gegründet wurden, das Schlagwort war: wir brauchen keine Genossenschaft, wir organisiren die Gehilfenschaft nicht, weil es uns doch nichts nützt. Dieser Vorschlag ging auch in den Provinzen durch.

Die Folge davon war, daß die Behörden zu diesen Funktionen willfährige Mameluken berufen haben, sie haben die Statuten ausgearbeitet, und dann war es wiederum Sache der intelligenteren Arbeiter, durch ihre Opposition die Mameluken hinauszubringen, und unsere Leute in die Gehilfenausschüsse zu bringen. Selbstverständlich ist auch, in Oesterreich die sozialreformatorische Thätigkeit noch nicht abgeschlossen, wahrscheinlich werden noch andere Gesetze folgen und zwar: die Alters- und Invalidenversicherung ähnlich wie in Deutschland. Wenn wir aber auf die Arbeiterschutzgesetze unser Augenmerk richten, so müssen wir besonders hervorheben, daß auch diese Gesetze, die von den heutigen Machthabern geschaffen wurden, streng ausgeführt werden. Wir haben auch das Institut der Fabriks-Inspektoren, ihre Funktionen sind unzählig, und die Kreise, die sie zu beaufsichtigen hatten, viel zu groß für einen einzelnen, und abgesehen davon, ist noch so mancher Fabriksinspektor noch dem ausgesetzt, daß manche Gewerbebehörden ihm, wenn er Anordnungen zum Schutze der Arbeiter trifft, sitzen lassen. Es wären daher für alle diese Uebertretungen von Fabrikanten, gegen die Arbeiterschutzgesetze statt der Geld-, Arreststrafen einzuführen, diese würden mehr schmerzen, als wenn einer zu 10 oder 20 Gulden verurtheilt wird, die er leicht zahlen kann. Wir wollen ja bei diesem Punkte uns nur darüber Klarheit verschaffen und darüber debattiren, in welchem Sinne wir die Arbeiterschutzgesetze zur Agitation verwenden sollen, was wir von der Sozialreform der heutigen Gesetzgeber überhaupt erwarten, darüber sind wir ja alle klar.

Besonders wichtig ist es heute, darauf hinzuweisen, daß zu diesem Wirkungskreis Vertreter aus dem Arbeiterstand selbst gewählt werden, oder wenn der heutige Vorgang beliebt wird, daß sie von der Regierung ernannt werden, daß den Inspektoren Arbeiter als Kontrolorgane beigegeben werden. Wir wissen ja heute, wie es durch die List der Fabrikanten unmöglich gemacht wird, daß der Inspektor alle Willkürlichkeiten und Uebertretungen bemerkt, da er ja meist gemeldet in die Fabrik kommt und Alles dort so vorfindet, wie es das Gesetz vorschreibt; wenn er aber fort ist, beginnt der alte Schlendrian wieder. Es ist dem nur dadurch abzuhelfen, daß die Arbeiter aus eigener Initiative ihre Wahr-

nehmungen über Ungesetzlichkeiten in den verschiedenen Betrieben den Inspektoren zur Anzeige bringen.

Wenn wir aber uns dies vor Augen haltend, die heutigen Gesetzgeber in dem Wahne befangen sehen, daß sie mit diesem Gnadenbrocken der arbeitenden Bevölkerung ein Zwinguri erbauen, so täuschen sie sich; unsere Aufgabe wird sein, durch Agitation und Organisation alle Mängel dieser Gesetzgebung aufzudecken und der großen Masse verständlich zu machen und ihnen zu sagen, wie ein Arbeiterschutzgesetz aussehen und wie die sozialreformatorische Thätigkeit beginnen und enden soll.

Dr. A. Braun (Wien): Geehrte Genossen! Die Resolution, welche Ihnen vorgelegt wurde, wird wohl allgemeine Zustimmung finden und eine Aenderung höchstens in einem einzigen Punkte finden, den ich gleich im Anfange besprechen will, ohne Ihnen damit zu rathen, dieselbe nicht einstimmig anzunehmen. Ich meine, es ist ein gemeinsames Klasseninteresse, der Bourgeoisie und der Arbeiter, daß Arbeiterschutzgesetze gegeben werden, der Bourgeoisie, weil es ihr Interesse ist, daß die Arbeiterschaft nicht ganz verelendet, weil sie mit einer geistig unfähigen Arbeiterschaft ihre Fabriken nicht fortführen kann und es ist auch ein Interesse des heutigen Staates, weil derselbe ohne Arbeiterschutzgesetze, schließlich keine Soldaten mehr bekommen wird, um seine Regimenter zu füllen und Krieg zu führen. Jeder welcher das militärstatistische Handbuch liest, wird merken, daß die Fähigkeit der österreichischen Arbeiterschaft, Soldaten zu stellen, immer geringer wird, der Brustumfang und das Höhenmaß kleiner werden, und daß, obwohl man immer strenger und strenger vorgeht, die Zahl der Tauglichen immer geringer wird. Ich verweise Sie nur darauf, daß in der letzten Wehrgesetz-Vorlage das Höhenmaß heruntergesetzt wurde. Das Proletariat hat aber auch ein starkes Interesse an Arbeiterschutzgesetzen, ein doppeltes, einmal für den heutigen Tag und dann ein Interesse für kommende Zeiten — es hat sicher jeder Proletarier das Interesse, nicht 14 Stunden des Tages arbeiten zu „dürfen", sondern Zeit frei zu behalten, um sich seinen Kindern, seiner Familie zu widmen und sich gleichzeitig auszubilden, um für die Interessen der Arbeiterschaft wirken zu können. Das Proletariat hat aber auch für die Zukunft ein Interesse daran, denn es will nicht, daß seine Kinder schon nach wenigen Jahren die Fabrik mit verkrüppeltem Körper verlassen und außer Stande sind, für die Interessen des Proletariats zu wirken. Trotzdem existirt eine Arbeiterpartei, die gegen die Arbeiterschutzgesetze auftritt und sagt: wenn die herrschenden Klassen uns Arbeiterschutzgesetze geben, so thuen sie das nur in ihrem Interesse und das muß uns daher schaden. Analysiren wir diesen Standpunkt etwas genauer. Denken Sie sich, wir hätten keine Arbeiterschutzgesetze, dann werden die Arbeiter immer mehr körperlich und geistig verelenden und naturgemäß auch moralisch. Wenn nun die kapitalistische Produktionsweise auf ihrem Höhepunkte angelangt sein wird, wenn der ganze Besitz der Menschheit in den Händen weniger Kapitalisten liegen wird, denen die große Masse der Proletarier gegenübersteht und zwischen ihnen eine unüberbrückbare Kluft gähnt — glauben Sie, daß dann diese geistig unfähige Masse im Stande sein wird, eine neue Gesellschaftsordnung zu begründen? Dann wird es nicht zum Anarchismus kommen, wie jene Herren wollen, sondern alles, wessen wir uns heute erfreuen, unsere ganze Kultur wird zugrunde gehen.

Die Arbeiter haben also ein lebhaftes Interesse an Arbeiterschutzgesetzen. Wie aber die Bourgeoisie alles halb thut, weil sie eben eine untergehende Klasse ist, so thut sie es auch mit den Arbeiterschutzgesetzen.

Sie gibt Arbeiterschutzgesetze, weil sie, wenn sie sie nicht gibt, zu Grunde geht. — Sie wehrt sich aber, solche Arbeiterschutzgesetze zu geben, die uns nützen sollen. Betrachten Sie Deutschland, wo die „Sozial-Reform" zum Schlagwort wurde, das so oft ausgesprochen wird, daß einem förmlich davor ekel wird. Diejenigen, die die deutschen Verhältnisse verfolgen, werden wissen, daß man in Deutschland den Normal-Arbeitstag für eine revolutionäre Forderung hält, daß man dort

Arbeiter-Versammlungen, als auf den Umsturz hinzielend, aufgelöst hat, weil in denselben der Normal-Arbeitstag gefordert wird.

In Deutschland hat man das Krankenkassen- und Unfallversicherungs-Gesetz geschaffen und hat dem Reichstag den Entwurf eines Alters-Invaliden-Gesetzes vorgelegt, und das nennt man dort die Sozialreform. Aber was ist denn eigentlich diese Sozial-Reform? Sie hat absolut keine soziale Bedeutung und ist höchstens eine Verschlechterung der in Deutschland bisher bestandenen Armenpflege (Sehr richtig), indem die Lasten derselben auf den Arbeiter selbst überwälzt werden, während früher die Armenverbände die Verpflichtung hatten, die Kranken und Siechen zu erhalten. Heute muß der Arbeiter selbst dafür zahlen und diese sogenannte Sozial-Reform bietet also dem Arbeiter weniger, als ihm die bisherige Armenpflege geboten hat. Wenn Sie den neuen Entwurf des deutschen Alters-Invalidengesetzes betrachten und z. B. finden, welche kolossalen Sätze daselbst normirt sind, indem z. B. ein Arbeiter nach der niedrigsten Klassenstufe jährlich 75 Mark, d. i. 45 Gulden erhält — damit soll ein Arbeiter im 71. Jahre leben — so werden Sie zugeben, daß dies höchstens ein Spott auf die Sozialreform und nichts als eine Verschlechterung der bisherigen Armenpflege ist. (Bravo! Bravo!)

Aber die deutsche Sozialreform hat noch einen anderen Zweck, als die Armenpflege zu reformiren, sie hat die Absicht, die bisherige Organisation der Arbeiter-Kranken-Unterstützung zu zerstören, sie unmöglich zu machen.

Sie sehen, daß diese Sozialreform, abgesehen von ihren sonstigen antisozialen Seiten, ein starkes Stück Reaktion in sich enthält. Wir in Oesterreich haben Deutschland nachgeahmt, und ich sage es offen und Sie werden mir dies wohl nicht übel nehmen, — daß es in Oesterreich in dieser Beziehung besser ist. In Oesterreich hat man es doch gewagt, eine Arbeiter-Schutzgesetzgebung zu beschließen, einen Normal-Arbeitstag einzuführen, und die Kinder- und Frauen-Arbeit einzuschränken.

Wie jedoch die Bourgeoisie alles nur halb macht, so ist auch hier nur Halbes geschaffen worden.

Man hat ein Arbeiter-Schutzgesetz gemacht, hat jedoch, wie man überhaupt in Oesterreich kein Gesetz ohne Ausnahme machen kann, jedem Paragraphen eine Ausnahms-Bestimmung angehängt. Man hat den Normal-Arbeitstag, wie der Herr Referent schon gesagt hat, allerdings auf elf Stunden beschränkt, hat jedoch bestimmt, daß die Gewerbe-Behörde erster Instanz denselben auf zwölf, und die Gewerbebehörde zweiter Instanz auf dreizehn Stunden zu verlängern berechtigt ist und man hat sogar dem Handelsminister das Recht eingeräumt, die Arbeitszeit für ganze Industriezweige noch weiter zu verlängern, von welcher Bestimmung der allerliberalste Gebrauch gemacht wurde. (Lebhafter Beifall.)

Was den Schutz der Frauen-Arbeit betrifft, so besteht eine gesetzliche Bestimmung, daß den Frauen die Nachtarbeit völlig verboten ist, aber gerade in Betrieben, die am gesundheitsschädlichsten sind, wie z. B. in Seiden-Filiaturen und in Zuckerfabriken, arbeiten die Frauen die ganze Nacht hindurch. (Rufe: Traurig!)

Von den Ausnahmsbestimmungen, die dem österreichischen Gewerbegesetze angehängt sind, hat man zu Gunsten der Fabrikanten stets einen ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Aber merkwürdig, eine einzige Ausnahms-Bestimmung besteht zu Gunsten der Arbeiterinnen, die nämlich, daß der Handelsminister das Recht hat, ein Verzeichnis derjenigen Betriebe aufzustellen, in denen die Frauenarbeit verboten ist, und von dieser Ausnahms-Bestimmung wurde bisher noch nie ein Gebrauch gemacht und die Frauen arbeiten, wie gesagt, in den gesundheitsschädlichsten Betrieben, sogar des Nachts.

In den Berichten der österreichischen Gewerbe-Inspektoren werden Sie weiter gelesen haben, daß Kinder unter 14 Jahren zur Nachtarbeit nicht verwendet werden.

Wer jedoch z. B. die jüngsten Buchdrucker-Streiks verfolgt hat, der wird wissen, daß während desselben Kinder unter 14 Jahren verwendet wurden. (Hört, Hört!)

Sie wissen, daß auch in Oesterreich ein Koalitions-Gesetz seit dem Jahre 1869 in Kraft ist. Wie jedoch dieses ausgeführt wurde, das wissen Genossen aus Böhmen und Mähren am allergenauesten.

Aber ein Streik, der in letzter Zeit stattgefunden, der Streik der Wiener Buchdruckergehilfen ist außerordentlich lehrreich.

Diese ruhigsten, sanftesten Arbeiter, die man sich überhaupt denken kann — ich muß das sagen, denn von allen Buchdruckern Oesterreichs ist kein einziger da, ein besseres Zeugnis kann man ihnen überhaupt nicht ausstellen. (Bravo! Bravo! Sehr gut!) — haben es gewagt, die Arbeit einzustellen und die denkbar mäßigsten Bedingungen aufzustellen, die niedriger waren, als die Bedingungen, die in 71 Städten des Deutschen Reiches für die Buchdruckergehilfen gelten. Die Gewerbebehörde erster Instanz, der Wiener Magistrat, hat mit allen Mitteln gegen den Streik gearbeitet. Der Fond von 30 000 Gulden, den die Buchdrucker gesammelt haben, sollte konfiszirt werden, die Wiener Polizei-Direktion hat eine Versammlung der Buchdrucker-Gehilfen, welche während des Streiks stattfinden sollte, verboten. So sieht es mit der Koalitionsfreiheit der Buchdrucker-Gehilfen aus, während man den Arbeitsgebern der Buchdrucker in Wien und Prag gestattet hat, ein Pönale auf jenen Arbeitsgeber zu setzen, der die Bedingungen der Arbeiter akzeptirt, was direkt dem Koalitions-Gesetze widerspricht. Meines Wissens ist kein Buchdruckerei-Besitzer zur Polizei gerufen worden.

Noch etwas Anderes ist außerordentlich interessant. Sie wissen, daß unsere im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, wie unser schönes Land noch schöner heißt (Heiterkeit), und Ungarn im Verhältnisse des Dualismus stehen, der mit darauf beruht, daß alle wirtschaftlichen Gesetze in Oesterreich und Ungarn vollkommen gleich sein müssen. Merkwürdiger Weise aber hat man, während man dieser Bestimmung bei allen übrigen Gesetzen, welche den Interessen der Steuer-Verwaltung und des Kapitalismus dienen, Rechnung getragen hat, vergessen, eine gleiche Arbeiterschutz-Gesetzgebung wie in Oesterreich in Ungarn einzuführen, so daß die österreichischen Fabrikanten in der Lage sind, in Ungarn Fabriken zu errichten, österreichische Arbeiter über die ungarische Grenze herbeizuziehen, auf den bei uns geltenden Normalarbeitstag zu pfeifen, noch mehr als sie auf ihn in Oesterreich pfeifen, und die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst auszubeuten, wie sie es in Ungarn nach dem dortigen Gewerbegesetz thun können.

Die Fabrikanten, die für eine internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung so begeistert eintreten, verlangen sie nur, um eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung im eigenen Lande auf die lange Bank zu schieben; sie fordern die internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Deutschland, weil sie behaupten, daß bei dem Mangel einer ähnlichen Gesetzgebung in Belgien in Deutschland ein Arbeiterschutz-Gesetz undurchführbar sei.

Bei der Verhandlung über den Ausgleich mit Ungarn haben die Vertreter im Reichsrath ganz darauf vergessen, ein gleiches Gewerbegesetz, wie das in Oesterreich geltende, für Ungarn zu fordern. Was die Resolution betrifft, so möchte ich Ihnen rathen, derselben vollinhaltlich zuzustimmen. Ich glaube, es ist nothwendig, daß Sie klar und offen sagen, was Sie in diesem Punkte wollen. Insbesondere möchte ich Ihnen die Annahme des letzten Punktes empfehlen, welcher lautet: „Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken."

Diese Forderung mag vielleicht Manchem kolossal scheinen, daß nämlich der ungebildete Arbeiter in den Fabriken inspiziren soll, ob der Fabrikant das thut, was ihm das Gesetz befiehlt, aber in einem anderen Lande, wo man weniger vorurtheilsvoll ist, in England, werden seit vielen Jahren aus den Kreisen der

Arbeiter Fabriks-Inspektoren ernannt, welche sich, wie ohne Widerspruch behauptet wird, sehr gut bewähren. So ist auch in dem letzten Gewerbe-Inspektoren-Bericht ein guter, eingehender Bericht von einem Arbeiter-Inspektor abgedruckt, und auch in Frankreich hat man in das jüngste Bergarbeiterschutz-Gesetz die Bestimmung aufgenommen, daß für jedes Bergwerk ein Arbeiter-Inspektor ernannt wird. Wir haben auch ein besonderes Interesse daran, daß solche Arbeiter-Inspektoren ernannt werden, weil die Arbeiter die Fabriken mit ganz anderen Augen inspiziren, als z. B. ein Techniker oder ein Arzt. Wenn ein Techniker in eine Fabrik kommt, so wird er, wenn er den guten Willen besitzt — und ich setze das voraus — vielleicht bemerken, daß an der Transmission eine Verschalung fehlt, daß an der Kreissäge eine Vorrichtung gemacht werden muß, damit der Arbeiter nicht in dieselbe hineinfalle. Es mag vielleicht sein, daß der Techniker all' das früher bemerkt als ein Anderer, aber der Arbeiter wird das auch bemerken, wenn er in einer solchen Fabrik gearbeitet hat. Der Arzt wird darauf achten, daß überall die entsprechenden Ventilationen angebracht werden, daß die Gebäude gehörig getüncht werden, daß die Abtritte in Ordnung seien, aber der Arbeiter ist in der Lage, sofort alle Schliche der Fabrikanten zu erkennen. (Lebhafter Beifall.) Er wird sofort wissen, wie die Fabrikanten den Inspektor zu täuschen pflegen, er wird ahnen, wo die noch nicht 14jährigen Kinder versteckt zu sein pflegen, wenn der Gewerbe-Inspektor kommt. (Lebhafte Heiterkeit.) Er wird sofort das betreffende Hinterthürchen öffnen und die Kinder finden. So wird er noch Manches entdecken, was der Gewerbe-Inspektor aus dem ärztlichen und Technikerstande nicht entdecken wird.

Wenn die Gewerbe-Inspektion das sein soll, was man von ihr verlangt, so müssen die Arbeiter zu dem Gewerbe-Inspektor Vertrauen haben. Dieses wird am größten sein, und das ist noch ein anderer großer Vortheil der beantragten Schlußbestimmung, wenn ein Gleicher unter Gleichen diese Inspektion vornimmt. (Sehr richtig.) Wir verlangen auch, daß eine Organisation der Fabriksarbeiter lokaler und fachlicher Natur diese Inspektion vornehmen soll, und das ist auch richtig. Ein Fehler unserer Gewerbe-Inspektion liegt darin, daß die Gewerbe-Inspektoren viel zu wenig Machtbefugnisse haben und daß auch viel zu wenige bestellt sind. Denken Sie doch nur, daß die Stadt Wien, eines der größten Industriezentren der Welt, ein Gewerbe-Inspektor beaufsichtigen soll. Das geht ja einfach nicht! Würden wir in jedem kleinen Orte Gewerbe-Inspektoren haben, mit den nöthigen Befugnissen ausgestattet, so wäre es undenkbar, daß so viele Uebertretungen des Gewerbe-Gesetzes vorkommen, besonders wenn die Oberbehörden den Willen zeigen, das Gewerbe-Gesetz zur Durchführung zu bringen, und da wäre es eben am richtigsten, wenn in jedem Orte die Arbeiter Denjenigen bestimmen, der die Inspektion vornehmen soll, weil die Arbeiter am besten wissen, wer die meiste Energie, das richtigste Auftreten hat und die Verhältnisse am genauesten kennt. Es würde ja nichts im Wege stehen, daß für einen größeren Distrikt ein Gewerbe-Inspektor bestellt wird, der die einzelnen Arbeiter-Inspektoren kontroliren soll, aber ein solcher lokaler Arbeiter-Inspektor ist nothwendig. Wenn zum Schutze der öffentlichen Sicherheit in jedem Orte ein Gendarm sein muß, so kann man füglich einen Arbeiter zum Schutze der Arbeiter in den Fabriken bestellen. (Lebhafter Beifall. Rufe: Sehr gut!) Das ginge ja sehr gut, es würde nicht so viel Kosten machen. Wenn ich zum Schlusse komme und Sie bitte, für die Resolution zu stimmen, so möchte ich auch dafür eintreten, daß die mäßigen Arbeiterschutz-Gesetze, die wir heute haben, wenigstens vollständig durchgeführt werden, daß Uebertretungen derselben sofort den Behörden angezeigt werden, um sie zu zwingen, zu sagen: Wir wollen uns um die Sache nicht kümmern oder wir wollen die Arbeiterschutz-Gesetze zur Durchführung bringen, und daß eine Statistik der Uebertretungen der Arbeiterschutz-Gesetze geschaffen werde. Alle Achtung vor den Gewerbe-Inspektoren, sie sind aber nur zum geringsten Theile in der Lage, diese Uebertretungen zu konstatiren. Vor Allem

müssen die Arbeiter selbst eine genaue Statistik darüber erheben in wieviel Hunderttausenden von Fällen Tag für Tag dem Gewerbe-Gesetz in das Gesicht geschlagen wird. Wenn wir all' das fordern, so glauben wir damit allerdings nichts Kolossales erreicht zu haben, aber wir dürfen nie vergessen, daß die Arbeiterschutz-Gesetzgebung allein uns nie zum Ziele führen kann, genau so, wie die politischen Rechte nur ein Mittel sind, um uns zum Ziele zu führen. (Bravo! Bravo!) Sie mögen die ausgezeichnetste Arbeiterschutz-Gesetzgebung der Welt haben, Sie werden es doch nicht verhindern können, daß mit jedem Tage eine größere industrielle Reserve-Armee heranwächst, daß mit jedem Fortschritte der Technik die kolossale Anzahl der Arbeitslosen sich vermehrt, die in Folge des die Nachfrage bei Weitem übersteigenden Angebotes den Arbeitslohn drücken und die allgemeinen Lebensbedingungen stets zum Sinken bringen. (Lebhafter Beifall.) Wir werden sagen müssen, wenn die Arbeiterschutz-Gesetzgebung genau so, wie wir sie in der Resolution verlangen, durchgeführt wird, so wird sich die Lage der Arbeiter in gesundheitlicher Beziehung unzweifelhaft bessern, die Arbeiter werden sich geistig mehr entwickeln können, aber ihr wirtschaftliches Wohlbefinden wird sich gar nicht oder nur wenig heben.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse kann nur dadurch bewirkt werden, daß die kapitalistische Produktionsweise verschwindet und in die gemeinwirtschaftliche übergeht; nur durch eine solche Umgestaltung, welche die Interessen der Arbeiter wahrt. nur dadurch werden wir die Lage des Proletariats so umwandeln, wie wir es wünschen.

Hybes. Freunde! Nach meinen 2 Vorrednern kann ich überhaupt zu diesem Punkte nicht viel sprechen, weil sie alles erschöpft haben.

Wenn ich trotzdem nicht auf's Wort verzichtete, geschah es, weil ich etwas Spezielles vorzubringen habe: Die Art und Weise, wie die heutigen Kapitalisten die Arbeiterschutzgesetzgebung zu mißachten verstehen, die Gewerbeordnung mit Füßen treten. Ich bin erst ein Jahr in Brünn und kann Ihnen sagen, daß sich kein einziger Spinner in Brünn um die Gewerbeordnung kümmert. Mit solcher Raffinirtheit, die uns nicht im Schlaf eingefallen wäre, verstehen sie, die Gesetze zu umgeben. Sie wissen z. B., daß der Gewerbe-Inspektor in Brünn um 2 Uhr in der Nacht noch schläft und zwingen die Arbeiter von 2 oder 3 Uhr Nacht an zu arbeiten, damit die Leute nicht wissen, wie die Arbeiter geschunden werden. Am Abend nach 15 oder 16 Stunden, wenn der Inspektor herumgeht, wird die Fabrik gesperrt. Ich hätte nie geglaubt, daß das möglich wäre, daß die Arbeit um 2 oder ½3 Uhr in der Früh beginnt. Aber ich habe mir die Ueberzeugung verschafft: Nicht etwa ein Viertel der Fabriken, sondern bereits die Mehrzahl derselben sind es. Der Verein der Manufaktur-Arbeiter, in dem die Tuchmacher und Spinner vereinigt sind, machte eine Statistik solcher Uebertretungen und ist auf dem besten Wege, der Welt zu zeigen, daß kein einziger Spinnereibesitzer das Gewerbegesetz achtet, daß fast alle ohne Ausnahme es übertreten, wie es ihnen beliebt. Nicht ein einziger von Ihnen würde geglaubt haben, daß man Leute um 2 Uhr Morgens zur Arbeit bringt. Aber noch etwas Aergeres kommt vor, nämlich daß man eine Anzahl der Arbeiter des Abends wechselt, vielleicht ein Drittel oder die Hälfte — die übrigen müssen über die Zeit arbeiten, vielleicht bis 9 oder 10 Uhr Nachts. Man sagt, wir haben zweierlei Leute, die einen arbeiten von der Früh bis Mittag, und fangen wieder am Abend an — so veranstaltet man einen theilweisen Wechsel der Arbeiter, so daß der Gewerbe-Inspektor sich nicht auskennt. Ich habe vor 8 Tagen mit dem Inspektor gesprochen und er sagte: „Ich müßte einen photographischen Apparat haben, um die Arbeiter in der Früh und des Abends zu photographiren, um wissen zu können, ob es dieselben Leute sind". (Sehr gut!)

Also auf diese Weise wird das Gesetz übertreten und wir sind machtlos. Was wir verlangen, ist in der Resolution enthalten, und in dem, was meine Vorredner sagten. Ich will nur sagen, daß wir auch selbst trachten müssen, solche

statistische Daten zusammenzutragen, um dann vielleicht von der gesammten österreichischen Arbeiterpartei eine Statistik herauszugeben, wie eben die Fabrikanten die gesetzlichen Vorschriften mißachten, und die Moral der heutigen Kapitalistenklasse zu zeigen. Manchem kann das gering erscheinen. Aber ich glaube, daß wir so viele Männer in der Partei haben, die vielleicht zur Agitation und zu Reden nicht so tauglich sind, aber die ganz gut ein Notizbuch in der Tasche haben können, um eine Rundschau am Abend von einer Fabrik zur andern zu halten, um Anklagematerial gegen die Fabrikanten zu sammeln. (Bravo!)

Ich erwähne noch etwas, um die Raffinirtheit der Kapitalisten zu zeigen: Es ist mir auch mitgetheilt worden, und ich habe mich selbst überzeugt, daß in manchen Fabriken um 6 Uhr wirklich die Dampfpfeife pfeift, als ob die Fabrik stehen bliebe, und wenn sie gepfiffen hat, arbeitet die Fabrik weiter. (Körber: die Kapitalisten pfeifen auch — auf das Gesetz!) Das Thor wird zugesperrt, die Fenster vermacht und weiter wird gearbeitet. Auch in Jägerndorf besteht eine Tuchfabrik, die dasselbe thut. Täglich wird um 6 Uhr gepfiffen aber bis 8 Uhr gearbeitet. (Kreutzer: Dann pfeifen's auf's Gesetz!)

Ich will also nur aufmerksam gemacht haben, daß eine solche Statistik uns're heiligste Pflicht ist und wir haben in Brünn schon ein derartiges Material gegen viele Fabrikanten, die im heurigen Jahre noch nicht an e i n e m einzigen Tage die Gewerbeordnung respektirt haben.

G r o ß e. Werte Genossen! Sie haben schon in vielfacher Beziehung vom Referenten und den zwei Vorrednern gehört, wie das Gewerbegesetz und die übrigen Gesetze gehandhabt werden, von den Fabrikanten zu ihrer Bereicherung benützt werden, um den lieben „Entbehrungslohn" einsacken zu können. Darauf komme ich nicht mehr zurück. Aber ich will noch eine andere Seite solcher Betriebe besprechen: das sind diejenigen, die durch das Gewerbegesetz getroffen werden, das aber noch heute nicht gehandhabt wird: die Kleingewerbetreibenden und das Sweating-System, welches es fertig brachte, aus dem fabrikmäßigen Betrieb eine gewisse Hausindustrie zu entwickeln. Das trifft gerade die Bekleidungsindustrie. Der Fabrikant wird in die Lage gesetzt, die Fabrik aufzulassen und doch eine Masse von Arbeitern anzuwerben, ihnen die Arbeit nach Hause zu geben. Dann sitzen diese Leute in einer kleinen Stube ohne Raum und Luft, mit verpesteter Atmosphäre, bei geringer Nahrung, 18 Stunden und mehr, einige Tage der Woche die Nächte hindurch; also sie arbeiten 10 Tage in der Woche um einen Lohn, der absolut anzureichend ist für 6 Tage. Die Gewerbe-Inspektion ist da ganz machtlos. Die Kleingewerbetreibenden sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Gewerbe-Inspektoren. Ich begreife das. Ich würde mich selbst wehren. Sie wollen eben leben. Sie sind auf den Aussterbe-Etat gesetzt. Die Mühlsteine von oben und unten zermalmen sie. Er will den längst verlorenen „goldenen Boden" des Handwerks noch finden! Das wissen wir. Aber was machen wir mit einem solchen Produktionszweig, der nur so sein Dasein fristen kann! Ich kann nicht beschreiben, wie tief die Ausbeutung da ist. Die Lehrlinge, oft werden 5 und 6 und noch mehr eingestellt, müssen den ganzen Tag und die halbe Nacht arbeiten, bei geringer Ernährung: ich selbst habe 16 und 18 Stunden als Lehrling gearbeitet. Das ist wohl nicht angenehm, und wir haben die Aufgabe, alle derartigen Mißstände auf das kräftigste zu geißeln und deren Abhilfe zu ermöglichen. Ich bin der Ansicht, wenn solche Betriebe überhaupt nicht anders existiren können, so haben sie auch keine Existenzberechtigung und mögen verschwinden.

Einmal hat ein enragirter Nationaler gesagt, ihm blute das Herz, wenn er für Ausnahmsgesetze stimmen soll, wenn ich nicht irre, war das der Abgeordnete Adamek. Wenn es sich darum handelt, dem Bruder Arbeiter die Hand zu drücken, da finden sich die verschiedenen Parteien zusammen, wir haben das ja in letzter Zeit, beim Arbeiterkammergesetz gesehen, wie diese Gesetzvorlage dazu dienen soll, die Arbeiter für ihre dunklen Zwecke auszunützen. Ich hoffe, es wird ihnen dies nicht gelingen, an uns ist es, derartiges zu verhindern. Der Vor-

redner Braun hat erwähnt, daß die Militärmaße heruntergehen, entsprechend, dem Sinken der Kraft der Arbeiter; ich glaube aber nicht, daß es unsere Aufgabe sein kann, uns für die Wehrfähigkeit der Leute zu interessiren. (Zuruf von Braun: So hab' ich es auch nicht gemeint!) Es konnte aber so verstanden werden, Unser Wunsch muß nur sein, die Individuen möglichst kräftig und kampffähig zu erhalten, dazu dienen die Arbeiterschutzgesetze, doch will ich mich nicht darauf einlassen, ich will nur noch von den Kranken- und Unfallsversicherungsgesetzen sprechen.

Genosse Braun hat auf Deutschland hingewiesen, auf die sogenannte Krönung des Gebäudes der Sozialreform, auf die Altersversicherung. Ich möchte der österreichischen Regierung nicht zumuthen, daß sie in dieselben Fußstapfen treten wird; den Meisten dürfte es ja nicht unbekannt sein, daß das Krankenversicherungsgesetz zu dem Zwecke geschaffen sein soll, um die Arbeiter zu entlasten, das ist gewiß nicht wahr, sondern ein solches Gesetz belastet die Arbeiterschaft in immenser Weise, sowohl materiell als in Bezug auf ihre Unabhängigkeit. Bezüglich der Krankenversicherung will ich noch erwähnen, daß die Arbeiter am meisten belastet werden, durch die Aufbringung des Reservefonds, der, wie man meinen sollte, doch blos für den Fall von Epidemien, und Aehnlichem geplant ist — dieser Fond beträgt z. B. in Wien mehrere Millionen. In Wirklichkeit hat aber dieser Fond eine politische Bedeutung, denn er setzt den Herrn Finanzminister in die Lage, seine Schuldtitel besser anzubringen, da nach den Bestimmungen des Gesetzes die zweifache Höhe der jährlichen Ausgabe der letzten 3 Jahre in pupillarsicheren Papieren angelegt sein muß.

Dabei macht natürlich der Finanzminister ein gutes Geschäft und man schlägt auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe: die Staatspapiere werden an den Mann gebracht und der Arbeiter belastet, was eigentlich nicht sein sollte. So sieht die Sozialreform in diesem Punkte aus, wobei ich gar nicht darauf zurückkommen will, welch' ungeheuere Entlastung diese Gesetze für die Armenpflege der Gemeinden und der Landesfonds bilden. Die Arbeiter sollen einfach gezwungen werden, sich nicht nur den Mehrwert der Produkte abziehen zu lassen, sondern auch die Lasten, welche sonst Gemeinde und Land zu tragen hätten, auf ihre Schultern zu nehmen, und damit soll der Zweck erreicht werden, die Arbeiter gefügig, ich möchte sagen, regierungsfreundlich zu machen.

Nur, wenn eine ehrliche Sozialreform durchgeführt würde, und ich glaube nicht, daß das geschehen wird, wäre sie für uns von Nutzen. Es muß daher unsere Aufgabe sein, eine solche anzubahnen, so wie wir sie brauchen.

Hybes (Brünn): Bezüglich die Fabrik-Inspektion möchte noch ich eine sachliche Bemerkung machen. In Brünn wurde vor einigen Monaten ein Fabrikant zu einer zweimonatlichen Arreststrafe verurtheilt, weil durch sein Verschulden ein Arbeiter getödtet wurde. Vor fünf Monaten kam der Inspektor in die Fabrik und befahl die Einfriedung einer Maschine. Der Fabrikant hat sich darum nicht gekümmert und die Maschine so stehen lassen, wie sie war, bis dadurch wirklich ein Mensch getödtet wurde. Was nützt es aber dem Arbeiter, welcher todtgeschlagen wurde, wenn der Fabrikant zwei Monate Arrest bekommt und was nützen die Anordnungen des Gewerbe-Inspektors, wenn der Fabrikant ihnen nicht folgen muß. Freilich kann ihn der Inspektor anzeigen, aber bis der Rechtsweg durchgeführt ist und der Fabrikant vielleicht zu einer Geldstrafe verurtheilt ist, können einige Arbeiter ihr Leben einbüßen.

Aufwiegen kann also der Fabrikant durch seine Strafe niemals den Schaden, den er anrichtet. Es ist ganz ungenügend, wenn der Inspektor, der eine Anordnung getroffen hat, durch die Ausrede, die vom Fabrikanten gemachte Bestellung sei noch nicht ausgeführt worden, hingehalten werden darf, wie das oft geschieht, wobei man nicht einmal kontrolirt, ob der Fabrikant die Schutzvorrichtung auch wirklich schon bestellt hat. Wie die Dinge heute liegen, hat eben der Inspektor nur Anordnungen zu treffen, der Fabrikant kann derselben Folge leisten

oder auch nicht, wie er will. — Das wollte ich nur aussprechen. — (Schluß der Rednerliste wird angenommen.)

Hanich (Brünn). Meine Freunde! Die Arbeiter-Schutzgesetzgebung ist einer der vielumstrittensten und vielumworbensten Punkte seit jeher gewesen. Und obwohl es vorgekommen ist, daß selbst Arbeiter sie für wertlos erklärt haben, wird heute ihr großer Nutzen wohl allgemein anerkannt und zwar schon aus rein praktischen Gründen. Wenn die Arbeiter unter der heutigen Wirtschaftsform überhaupt etwas erreichen wollen und können, so können sie es nur, wenn die Arbeitszeit eine möglichst kurze ist. Ein größeres Interesse haben die Arbeiter überhaupt nicht zu verfechten, als daß die Arbeitszeit die denkbar kürzeste sei, während die Herren wieder kein größeres Interesse als eine möglichste Verlängerung derselben kennen. Wir können nun aus eigener Machtvollkommenheit diese Verkürzung nicht durchführen und deshalb verlangen wir es vom Staate, so wie auch die übrigen Parteien die Verfechtung ihrer Interesse vom Staate verlangen.

Auch der Arbeiter kann eine Abkürzung der Arbeitszeit von rechtswegen verlangen, er kann verlangen, daß durch die Machtmittel des Staates sein Interesse gefördert werde, so wie die Interessen der besitzenden Klasse. Das ist der prinzipielle Standpunkt, der allgemein anerkannt wird, und das ist von außergewöhnlichem Vortheil. Wenn etwas zu erringen ist, ist es nur auf diesem Wege zu erringen. Es ist nicht gleichgiltig, ob der Arbeiter länger oder kürzer arbeitet. Wer das Fabriksleben kennt, in den Gestanklöchern drinsteckt, weiß genau, welchen Wert die Verkürzung der Arbeitszeit auch nur um eine Stunde hat. Die Arbeiter steifen sich daher mit Recht mit außergewöhnlicher Bockbeinigkeit dagegen, daß der Normalarbeitstag von 11 Stunden verlängert werde. (Beifall.)

Als in Reichenberg ein Fabrikant zu den Arbeitern sagte, Ihr müßt länger arbeiten, haben die Arbeiter geantwortet: „Wir arbeiten nicht länger, 11 Stunden sind vorgeschrieben, die wollen wir einhalten. Wenn Du nicht damit zufrieden bist, ziehen wir die Röcke an und gehen fort." Sie haben es auch gethan, und der Fabrikant hat nachgegeben. Wo es überzeugungstreue Arbeiter gibt, da wissen sie sich schon zu schützen. (Beifall.)

Die Arbeiterschutzgesetze sind ungenügend, besonders mit Bezug auf den Normalarbeitstag, da 11 Stunden viel zu viel sind. Abgesehen davon, gilt derselbe für das Kleingewerbe und die Hausindustrie nicht. In Oesterreich gibt es große Industriezweige, die wesentlich auf die Hausindustrie angewiesen sind. Es sind dies sehr erträgliche Industriezweige. In Böhmen wird z. B. die Glasindustrie zu Hause betrieben, und die Fabrikanten oder Exporteure arbeiten mit einem Riesengewinne. Das ist daraus ersichtlich, daß sie sich Paläste neben Palästen erbauen. Die Arbeiter, die die Hausindustrie betreiben, sind weniger energisch, ihre Löhne sind so herabgedrückt, daß sie Tag und Nacht schanzen müssen, und trotzdem haben sie Hunger zu leiden. Wenn der Normalarbeitstag nicht auch auf die Kleingewerbe und die Hausindustrie ausgedehnt wird, wird er immer lückenhaft bleiben. Wenn wir schon einen Normalarbeitstag haben, so soll er für Alle Geltung haben, für die Kleingewerbe sowohl als für die Hausindustrie. Das muß egal sein. Demzufolge ist hier ein Ausbau der Gesetzgebung dringend geboten, und wir erfüllen daher eine heilige Pflicht, und handeln in unserem ureigensten Interesse, wenn wir diese Resolution annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Telz (Lemberg) in polnischer Sprache: Genossen! Ich wurde von den Lemberger Genossen ersucht, Etwas über die Lage der galizischen Arbeiter den Genossen zu berichten und da glaube ich am richtigsten beim Punkt Arbeiterschutzgesetze das Wort ergreifen zu müssen. (In deutscher Sprache fortfahrend): Genosse Dr. Braun hat erwähnt, daß aus politischen Gründen die Arbeiterschutzgesetzgebung in Oesterreich eher durchgeführt wird als in Deutschland. Es ist wahr, daß die Feudalen jetzt ein gewisses Interesse daran haben, den Liberalen, die gegenwärtig nicht am Ruder sind, etwas aufs Zeug zu flicken. Ich bin aus einem Lande, wo die liberalen Wirtschaftsformen noch nicht zum Durch-

bruche gelangt sind, wo das Elend sehr groß ist, und die Herren Polen, die bei jeder Gelegenheit mit der Regierung gehen und mit ihr an demselben Strange ziehen, haben ein Interesse daran gehabt, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung keine Anwendung auf das ländliche Proletariat habe. Ich werde mir erlauben speziell über dieses Proletariat hier zu sprechen, denn dasselbe ist in der Resolution gar nicht erwähnt. Ich weiß nicht, ob wir damit unsern Muth gegen die Liberalen äußern. Ich glaube, wir haben kein Interesse daran, nur gegen diese politische Richtung Front zu machen, wir können es auch einmal gegen die Feudalen probiren. (Heiterkeit.) Um die ländliche Arbeiterbevölkerung hat der Gewerbe-Inspektor sich gar nicht zu kümmern, und wenn ein Arbeiter durch eine landwirtschaftliche Maschine todtgeschlagen wird, so heißt es immer nur: Es ist das in Folge seiner Ungeschicklichkeit geschehen. Ich möchte daher, daß wir dem Ausdruck geben, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung auch für die ländlichen Arbeiter gelte. (Bravo!)

Erlauben Sie mir, Einiges über die galizischen Zustände vorzubringen.

Wenn wir in Galizien reisen — Galizien ist ein armes Land, dort kann man nicht reisen, wenn man auf Schlafen und Essen reflektirt, so sehen wir vom Eisenbahnkoupé aus meistens nur elende Bauernhütten, einstöckige gibt es nirgends, manchmal ohne Rauchfang und selten finden wir Wirtschaftsgebäude dabei. Der Stall bildet gewöhnlich einen Theil der Hütte. Bei ganz armen Bauern, die nur ein paar Joch Feld haben, ist das Vieh sogar im Zimmer, und der Bauer athmet dann sein Leben lang Stallatmosphäre. Das ist sehr traurig, aber mit den Arbeiterschutzgesetzen läßt sich hier nichts machen. Während den galizischen Bauern vor dem Jahre 1848 die Peitsche aufs Feld getrieben hat, treibt ihn jetzt der Hunger dorthin.

Wenn der Bauer, der nicht genügend Feld hat, den Winter glücklich durchgebracht hat, und im Frühlinge das Feld säen soll, so muß er sich an den Gutsbesitzer wenden. Dieser schießt ihm Getreide oder Geld vor. Dafür muß er ihm Robottdienste leisten, und vernachläßigt dabei sein eigenes Feld.

Noch ein anderes Ausbeutungssystem finden wir hier. Es gibt in Galizien Bauern — in Deutschland nennt man solche Häusler — die nichts als eine Hütte ihr Eigen nennen. Da ein solcher Bauer nur selten Hausindustrie betreiben kann, denn er hat nichts gelernt, so muß er meistens vom Gutsbesitzer einzelne Beete zur Bearbeitung übernehmen. Ein solches Beet wird ihm mit 2 fl. berechnet, eventuell hat er dafür 4 Tage während der Schnittzeit zu arbeiten. Ein Joch hat 35 solche Beete, das macht also 70 fl. per Joch. Wenn der Gutsbesitzer 700 Joch hat, so stellt sich sein jährliches Einkommen auf zirka 50.000 fl. Da sein Gut höchstens mit 150.000 fl. bewertet werden kann, so bezieht er jährlich ein Drittel dieses Gutswertes. So werden die Bauern ausgebeutet. Außerdem müssen sich die Bauern zu Arbeitsleistungen verdingen. Ich will Ihnen vorlesen, wie es auf einem solchen Arbeitsmarkte, z. B. in Przezow, zugeht.

„. . . Jeden Sommer findet am Sonntag der Arbeitermarkt statt. Es ist dies eine in jeder Hinsicht interessante Erscheinung. Im vollsten Sinne des Wortes ist das nichts weniger als ein westeuropäischer Arbeitsmarkt, auf welchem die Arbeit, wie jede andere Ware vortritt und der Kapitalist kauft sie. Das Hauptkontingent von Arbeitern auf dem Markte von Przezow liefern die nördlich und am nördlichen Osten gelegenen Gemeinden, wie Rakszawa, Gniewczyna, Grzęczyska, Markowa ꝛc. Der Boden ist dort unfruchtbar, sandig; sogar die Besitzer von mehr als 10 Joch Feld können sich kaum ernähren. Infolge des sandigen Bodens reift dort das Getreide früher und schon Mitte Juli ist die Ernte vorbei. Dermalen können sie daheim am Gutshofe kaum 20—25 kr. täglich verdienen und da bis zur künftigen Ernte der Lohn nicht höher, sondern immer niedriger wird, müssen die besitzlosen Häusler Hungers sterben. Darum gehen nicht nur diese, sondern auch diejenigen Bauern, welche einige Morgen Feld besitzen, des Sonntags auf den Markt und arbeiten die ganze Woche bei trockenem Brot, um 3 fl. auf ein Hemd, Stiefel,

Salz und — die Steuern zu verdienen. Von allen umliegenden dichtbevölkerten Dörfern im Kreise von einigen Meilen kommen hier die Arbeiter, meistens Häusler, in der Zahl von 2—3000 auf dem Markt zusammen, wohin zirka ein Schock Großgrundbesitzer ihre Feldaufseher, Schaffer und Oekonomen entsenden. Der Markt findet statt."

„Aber zu einem Streik, wie im Auslande, ist es noch weit, obwohl alle Umstände für einen solchen günstig sind und alle Aussicht auf Erfolg vorhanden ist; man braucht der Masse nur Bewußtsein einzuflößen, in ihr das Gefühl der Einigkeit und der Solidarität wachzurufen und sie wird den Gegnern um so eher die Stirne bieten können, als sie alle Mittel dazu hat."

„Den Lohn bestimmt das Verhältnis der vorhandenen Arbeiter zur Nachfrage nach denselben, wobei der Arbeitgeber gewöhnlich den Lohn bestimmt. Umstände kleinlicher Natur haben darauf Einfluß: „dorthin gehen wir nicht, weil dort die Gnädige selbst auf's Feld kommt und die Garben nachsieht", „dorthin ist es weit und man treibt stark zur Arbeit an", „dort ist die Mittagspause kurz," etc. Durch Drohungen oder Schnaps zum Schweigen gebracht, flüchten sich die Verbreiter solcher Gerüchte. Die Arbeiter stellen gewöhnlich die Bedingung, daß man sie Samstag Abends nach Przezow zurückbringt. Sie werden allgemein für eine Woche gedungen. Der Arbeitstag dauert von Sonnenaufgang, d. i. von 4 Uhr Früh bis Abends $8^1/_2$ Uhr. Pausen sind folgende: Frühstück von 8—$8^1/_2$, Mittag von 12—$1^3/_4$, Jause von 6—$6^1/_4$, mithin dauert der Arbeitstag 14 Stunden. Wenn der Arbeitgeber diese Pausen sehr beschneidet, so wird ihm das nachgeredet und er wird dann schwerlich Arbeiter bekommen, außer er zahlt einen höheren Lohn. Wenn infolge des Regens oder einer anderen Ursache die Arbeit im Felde eingestellt werden muß, zahlt der Gutsbesitzer für die geleisteten Tage, führt aber trotz des Versprechens die Arbeiter nicht zurück, indem er sich ausredet, er hätte versprochen, sie am Samstage zurückzuführen". . . .

„ . . . Nehmen wir nun das Dorf N. mit dem Gutshof desselben Namens. Der Gutshof umfaßt 700 Joch Ackerfeld, welches ausgezeichnete Einkünfte bringt, der Boden ist sehr gut. Im Laufe dieses Sommers waren die Arbeitslöhne in diesem Gutshofe, wie überall bei uns, folgende: vom 16. bis 23. Juli 55 kr. für die von Przeworsk importirten Arbeiter, 50 kr. für die Einheimischen aus dem Dorfe; vom 23. bis 30. Juli für die Fremden 60 kr., für die Einheimischen 50 kr.; vom 31. Juli bis 4. August für die Fremden 65 kr., für die Einheimischen 55 kr. Freitag den 4. August ist die Ernte zu Ende, die fremden Arbeiter werden entlassen, den Einheimischen wurde gleich am Samstag der Lohn auf 45 kr. heruntergedrückt. Von Montag den 7. August die ganze Woche nur 40 kr. Der kleine Wuchs eines Arbeiters ist für denselben sehr gefährlich, hauptsächlich aber für die weiblichen Arbeiter. Die Kleinen erhalten alle um 3 bis 10 kr. täglich weniger, wenn sie auch in gleichem Alter, bei gleicher Gesundheit und Kraft mit Andern sind. Der höchste Lohn eines Viehtreibers ist 24 kr. Die Drescher erhalten per Schock 20 kr. Zur Drescharbeit ist der niedrigste Taglohn im Winter 15 kr. (aber auch nicht viel höher als 15 kr.) Die Zufuhr des Getreides von 1—$2^1/_2$ Km. entfernten Feldern wird mit 13 kr. per Schock entlohnt; 2 Leute mit Wagen und Pferden können auf diese Weise durchschnittlich $2^1/_2$ fl. im Tage verdienen, während der Taglohn eines Arbeiters 50 kr. beträgt. So viel von den im Taglohn Arbeitenden. Der Gehalt eines Knechtes beträgt 24—30 fl. jährlich. Hiezu an Naturalien: 1 Korez Korn, 1 Erbsen, 4 Weizen, 4 Gerste. Der Oekonom und der Schreiber erhalten 120 fl. und die Kost" . . . . . Soweit die Schilderung der «Praca».

Einen solchen Arbeitsmarkt wollte ich Ihnen schildern. Sie werden entschuldigen, wenn ich vielleicht etwas länger verweile, als die Redezeit mir bemessen ist. Ueber die gewerblichen Arbeiter habe ich mir wohl Ziffern gesammelt, aber ich will Sie nicht zu lange behelligen, es hat kein Interesse, alle vorzulesen. Die Taglöhne für nicht gelernte Arbeiter sind 30 bis 60 kr. per Tag. Mehr gibt

es nicht. Für einen gelernten Gehilfen 70 kr. bis 1 fl., sehr Wenige haben 1 fl. 50 kr.; das sind, glaube ich, blos die Buchdrucker, vielleicht auch die Mechaniker. Solche, die 2 fl. oder mehr verdienen, bilden blos 0·65 Perzent. Natürlich, ich habe das aus einer Bourgeoisstatistik, wahrscheinlich werden da auch noch die Ingenieure oder ähnliche Personen mitgerechnet. Solche hohe Taglöhne gibt es gar nicht.

Nun wäre noch zu berichten, wie die Arbeiter bei diesen Löhnen leben. Der Bauer ißt Runkelrübensuppe, Sauerkraut, hie und da Teig. Fleisch ißt er nie. Kaffee und Zichorie, wie in den armen Gegenden in Deutschland, kennt er nicht. Er ist eben nicht so zivilisirt oder er kennt den Kaffee nicht. (Sehr gut! Gelächter.)

Die ökonomische Entwicklung selbst ist sehr viel schuld und wurde bis unlängst durch die politische Entwicklung gefördert. In Galizien gibt es keine Großindustrie, aber Eisenbahnen. Diese führen die Produkte von entfernten Gegenden hin, und so werden die Löhne der Arbeiter und Kleingewerbetreibenden gedrückt.

Die Million städtischer und Gewerbebevölkerung ist allein auf sich angewiesen. Der Bauer hat kein Geld, er muß also nothwendigerweise auch keine Bedürfnisse haben. (Gelächter.) Die Stiefel reichen vielfach und meistentheils ein Paar für ein Jahr, es tragen sie der Mann, die Frau und die Kinder — nicht zugleich natürlich. (Gelächter.)

So sind eben die Arbeiter in Galizien unterdrückt, und in Folge dessen folgen wir mit sehr großem Interesse einem Arbeiterschutzgesetz, aber es müßte eben für uns auch Geltung haben. Der galizische Gewerbe-Inspektor ist ein sehr fleißiger Mann, aber er hat kein Feld für seine Thätigkeit.

Ich hätte sonst über die Lage der gewerblichen Arbeiter nichts zu sagen. Höchstens könnte ich die Lastträger erwähnen, die im Auslande gar nicht bekannt sind. Ich sah Deutschland und die Schweiz, noch nirgends aber solche Lastträger, wie in Galizien in den Städten. Er heißt „bedjar", d. h. Lump. Er ist ganz zerlumpt gekleidet und mit einem Stricke umgürtet, so fristet er eben sein Dasein. Ein Konek, ungefähr 2 Zentner Getreide, tragt er für 2 kr. einen Kilometer weit auf den Bahnhof. Er macht es billiger als der Spediteur. So ein Lastträger verdient im Tag 20 bis 80 kr. Wenn man ihn ausdingt zu einer gewerblichen Arbeit, bekommt er 40 kr. per Tag. Aber damit kann man keine großen Sprünge machen, er muß sich mit Schnaps und Brot begnügen. Im Sommer schläft er wo immer, im Winter für 4 kr. im Schwitzbad; sonst sieht man ihn im Sommer in einer Straße liegen und sich an der Sonne wärmen. Kein erfreuliches Bild! Von solchen Arbeitern kann man wenig hoffen, und wir würden es sehr gerne sehen — die Resolution ist ja nicht maßgebend — daß sie auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter Rücksicht genommen werde. Ich bin zu Ende. (Großer Beifall.)

Boček (Steyr): Meine Herren! Nach den Ausführungen aller Herren Vorredner ist es schwer, noch zu dieser Resolution Worte zu verlieren. Ich fühle mich jedoch dazu gezwungen, und zwar darum, weil ich einen Punkt in der Resolution vermisse. Es wurden Andeutungen gemacht vom Herrn Referenten und Genossen Große, die Krankenkassen betreffend, aber in der Resolution ist kein Punkt, in dem die heutige Versammlung ihre Stellung gegenüber den Krankenkassen bekanntgibt. Wäre es nicht am Platz, auch einen Punkt über Krankenkassen zur Abstimmung gelangen zu lassen und in die Resolution aufzunehmen?

Ich will darauf zurückkommen, wie die Regierung bei Schaffung des Krankenkassengesetzes, speziell bei den Vorschriften in der Gewerbe-Ordnung, mit gleichem Rechte vorging. Der Kleingewerbetreibende ist verpflichtet, dem Gehilfen 50 Perzent als Krankenkassebeitrag zu leisten. Dagegen will ich nichts einwenden, weil der Arbeiter bei ihm in seinem Interesse krank wurde, also soll er auch beitragen. Anders mit den Beiträgen der Fabrikanten. Da ist nichts fixirt, wieviel sie beitragen sollen. (Zwischenrufe.) Ich habe gelesen, daß das dem Privatunternehmer überlassen wird (Bei Privatkassen! Bei freien Krankenkassen!); er muß sich bei einer Versicherungskasse einschreiben lassen, wo eine Krankenkasse

besteht. In Steyr werden 10 Perzent gezahlt als Zuschuß zur Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse — ich spreche dies nur aus der Praxis, weil ich es weiß — also 10 Perzent, Einer 20 Perzent, Einer 30 Perzent, oder ich bin der Meinung, daß es nicht im Gesetz fixirt ist — ob da nicht dagegen Stellung zu nehmen wäre. Ferner erlaube ich mir, auf das allgemein Besprochene: Es sei gut, wenn alle Arbeiter gezwungen werden, einer Kasse anzugehören — die Regierung aber, nach den Ausführungen von Große, verfolge andere Zwecke dabei als wir, daß der Arbeiter versichert werde. Meine persönliche Meinung ist, daß die Regierung sich die Aufsicht über die Kassa erlauben will. (Das thut uns nicht weh!)

Präsident: Da viele der Anwesenden schon heute Abends, spätestens morgen Früh abreisen müssen, ersuche ich die Redner, sich möglichst kurz zu fassen.

Boček (Steyr). Genossen! Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, weil ich in der Resolution einen Punkt vermisse. In der Gewerbeordnung ist bezüglich der Krankenkassen ein Passus enthalten, wornach die Gewerbetreibenden verpflichtet sind, den Krankenkassen 50 Perzent der Beiträge der Arbeiter zuzusteuern, was auch ganz berechtigt ist, da der Arbeiter im Dienste, während er im Interesse des Arbeitgebers thätig war, an seiner Gesundheit Schaden gelitten hat und derselbe demnach auch zur Wiederherstellung des Arbeiters beizutragen hat. Ueber die Beiträge der Fabrikanten findet sich jedoch keine Bestimmung, die Einen zahlen 10 Perzent, Manche 20 Perzent, Manche 30 Perzent; ich glaube deshalb, wir sollten dazu Stellung nehmen. — Bezüglich der Aeußerung des Referenten, daß alle Arbeiter gezwungen werden sollen, Krankenkassen beizutreten, glaube ich auch, daß die Regierung andere Zwecke verfolgt, als nur den, daß die Arbeiter versichert werden sollen. Die Regierung maßt sich auch die Aufsicht über die Kassen an — ich glaube aber, wer nichts zahlt, hat auch nichts d'reinzureden — wollte die Regierung mitreden, dann hätte sie eben die Kassen zu subventioniren. Es ist jedoch eher unser Interesse, für die freie Entwicklung der Kassen einzutreten.

Resel (St. Pölten). Genossen! Nach alledem, was schon vorgebracht wurde, möchte ich meine Bemerkungen auf einen Punkt beschränken. Die Gendarmen unterstehen meines Wissens der politischen Behörde — es wäre daher ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß die Gewerbegesetze respektirt werden, z. B. nachzuforschen, ob irgendwo gegen das Gesetz die Nacht hindurch gearbeitet wird, nicht aber sofort bei der Hand zu sein, Leute zu verhaften, die in ihren Versammlungen für die Ausführung der Gewerbegesetze sprechen. — Wenn der Gewerbe-Inspektor die Fabrik besucht, geht der Chef, der Buchhalter und alle möglichen Beamten mit ihm — hat dann ein Arbeiter etwas dem Fabrikanten Unangenehmes ausgesagt, so weist er ihn aus der Fabrik, kaum daß der Inspektor ihr den Rücken gekehrt hat. Der Inspektor sollte daher die Fabrik ganz allein betreten, besonders auch ohne jeden Werkführer — es gibt Arbeiter genug, die alle Lokalitäten kennen und ihn herumführen können. — Die Schutzvorrichtungen sind dem Fabrikanten meist unbequem, manche Maschinen gehen dann weniger schnell; da sind sie auf die gescheite Idee gekommen, dieselben anzubringen, wenn der Inspektor kommt — wie er aber weg ist, hängen sie sie wieder aus; kommt der Inspektor, da werden die Fenster eingeglast, abgestaubt, die Schutzvorrichtungen eingehängt — kurz es ist Alles in schönster Ordnung, so lange der Inspektor anwesend ist.

Ich begreife nur das Eine nicht, wie die Fabrikanten es früher erfahren, daß der Inspektor kommt — sie haben doch auch nicht bessere Nasen als wir Arbeiter und doch riechen sie es, wir aber nicht. Viele Fabrikanten berufen sich darauf, daß der Inspector ihr guter Freund sei, und die Arbeiter fürchten sich daher ihm zu schreiben aus Angst, daß er dem Fabrikanten ihre Namen mittheilt. (Zuruf: Das geschieht nicht!) Veröffentlichen die Arbeiter aber etwas über die Lage in den Fabriken, so werden sie von den Fabrikanten gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, daß das Mitgetheilte nicht wahr ist. Gar oft,

wenn der Inspektor von den Arbeitern angerufen wird, erklärt er nichts machen zu können, wie in dem Falle der Waffenfabrik von Gasser, so daß man nicht weiß, untersteht die Behörde dem Inspektor oder der Inspektor den Behörden. — Schlägt aber wirklich eine Maschine Jemandem den Schädel ein, dann wird schnell bis der Inspektor erscheint, eine Schutzvorrichtung angebracht und man kann den Schuldigen nicht strafen — das nachträgliche Anbringen derselben sollte aber nicht straffrei machen.

Bezüglich der ländlichen Arbeiter möchte ich schließlich noch einige Worte sprechen. Sie wissen, Genossen, wir sträuben uns dagegen, 11 Stunden arbeiten zu müssen, die Landarbeiter müssen aber zu gewissen Zeiten von 3 Uhr früh bis 9 Uhr abends arbeiten. Für die gehörten auch Schutzgesetze; wenn sie krank werden, kümmert sich Niemand darum, ob sie Mittel zu leben haben oder nicht. Und dabei liegen diese Verhältnisse bei uns noch viel besser als in Galizien. Ich glaube also, wir sollten einen Passus bezüglich der ländlichen Arbeiter in die Resolution aufnehmen, ferner einen Passus, daß wir freie Krankenkassen haben wollen — wir brauchen keinen Zuschuß vom Fabrikanten, den bringt er sich doch wieder zwanzigmal vom Lohne herein.

Dr. Braun (Wien). Werte Genossen! Man hat uns vorgeworfen, daß wir aufreizen und mehr sagen, als wir verantworten können. Das ist nicht unsere Sache. Wir sind im Gegentheile eine der objektivsten Parteien, und deswegen habe ich mich zum Worte gemeldet, um zum Theile gegen Gen. Resel zu polemisiren. Er behauptete, daß die Gewerbe-Inspektoren die Fabrikanten, bevor sie in ihre Fabriken kommen, benachrichtigen. (Resel: Ich habe das nicht behauptet!) Er hat es aber jedenfalls angedeutet. Wir haben jedoch keine Beweise dafür und können es daher absolut nicht behaupten. Als Beweis wurde der einzige Fall angeführt, der in der „Gleichheit“ mitgetheilt wurde, wonach der Gewerbe-Inspektor Pogatschnigg einen steierischen Fabrikanten vorher benachrichtigt habe. Gewerbe-Inspektor Pogatschnigg hat jedoch nach vielen Monaten, wo eine Berichtigung seitens der Redaktion nicht mehr am Platze war, erklärt, daß er den Fabrikanten von seinem Erscheinen nicht vorher benachrichtigt habe, und der Zentral-Gewerbe-Inspektor hat das Gleiche bestätigt. Er hat sich mit einem sozialdemokratischen Blatt in keine Diskussion einlassen wollen, ich glaube, wir können den Herrn Gewerbe-Inspektor von einer solchen Idiosynkrasie nicht heilen. (Heiterkeit.) Sonst ist mir kein Fall von einer vorherigen Benachrichtigung bekannt. Würde dies ein Gewerbe-Inspektor thun, so würde er eine sehr strafbare Handlung begehen und kein Gewerbe-Inspektor, wäre er ein noch so großer Freund eines Fabrikanten, könnte diesem gegenüber so vorgehen. Da jedoch unsere Gewerbe-Inspektoren ein sehr großes Gebiet zu beaufsichtigen haben — so kann man nicht verlangen, daß der Gewerbe-Inspektor von Nieder-Oesterreich heute eine Fabrik in Lilienfeld, morgen eine Fabrik in Bruck an der Leitha und übermorgen eine Fabrik an der mährischen Grenze besichtigt — da haben die Fabrikanten jedenfalls genügend Zeit, sich gegenseitig zu telegraphiren oder telephoniren: Der Gewerbe-Inspektor ist in der Nähe, schnell Ordnung machen, es ist die höchste Eisenbahn. (Lebh. Heiterkeit.) Ferner hat Gen. Resel gesagt, die Gewerbe-Inspektoren machen nichts, wenn sich die Arbeiter bei ihnen beschweren. Die Gewerbe-Inspektoren können eben leider nichts machen, weil ihnen das Gesetz keine genügende Handhabe bietet, um bei Beschwerden, und seien sie auch noch so berechtigt, immer einzuschreiten, daher ist das Gesetz anzugreifen, die Gewerbe-Inspektion als solche, aber nicht ein einzelner Gewerbe-Inspektor.

Noch gegen einen anderen Redner muß ich mich wenden, nämlich gegen den polnischen Genossen. Er hat verlangt, daß die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auch auf die ländlichen Arbeiter in der Resolution verlangt werden soll.

Sicher bedürfen auch diese Arbeiter eines kräftigen Schutzes, aber der Schutz, den wir für die gewerblichen Arbeiter verlangen, kann nicht der nämliche

sein, der für die ländlichen Arbeiter zu fordern wäre. Wir können da nicht schablonenhaft verfahren, denn der Arbeiterschutz muß sich je nach der Beschäftigung der Arbeiter richten. Für die gesammte Industrie lassen sich wohl gleiche Schutzbestimmungen einführen, dieselben können wir jedoch nicht ohne weiters auf die Landwirtschaft ausdehnen. Ich bin für die möglichste Verkürzung der Arbeitszeit, aber ich weiß, daß es unmöglich wäre, für die landwirtschaftlichen Arbeiter z. B. zur Zeit der Ernte einen Normalarbeitstag von 8 Stunden zu verlangen, wie für die Industriearbeiter. Dies ginge höchstens dann, wenn die Arbeiter schichtenweise verwendet werden würden. Aber im Allgemeinen müssen für die landwirtschaftlichen Arbeiter eigene Schutzgesetze erlassen werden, und ich glaube daher, vorläufig noch diese Frage dem Studium der Genossen empfehlen zu sollen. (Bravo! Bravo!). Daß die Lage der ländlichen Arbeiter noch unvergleichlich schlechter ist als die des städtischen Arbeiters brauche ich nicht auszuführen; der Umstand, daß die ländlichen Arbeiter Haus und Hof verlassen und in die Städte ziehen, um dort in den Fabriken zu arbeiten, ist der beste Beweis dafür, in welcher elenden Lage sich die ländlichen Arbeiter befinden. (Sehr richtig!)

In Folge des steten Sinkens der Getreidepreise durch die von Jahr zu Jahr wachsende Konkurrenz des amerikanischen Getreides sind die kleineren Grundbesitzer immer weniger in der Lage, ihren Arbeitern Löhne zu zahlen, die für das Existenzminimum unbedingt nöthig sind; und so bildet sich ein ländliches Proletariat, das ganz sicher in Zukunft eine ganz bedeutende Rolle spielen wird. Dieses Proletariat zu organisiren, es mit dem Klassenbewußtsein zu erfüllen, und die Solidarität zwischen gewerblichen und ländlichen Arbeitern herzustellen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie aller Länder. (Bravo!) Wir müssen die ländlichen Arbeiter unserer vollsten Sympathie versichern, und ihnen klar machen, daß keine einzige Partei ein Interesse hat, sich ihrer anzunehmen, mit Ausnahme der Partei der Lohnarbeiter. (Lebhafter Beifall.) Auf einem nächsten Arbeiterkongresse, wird die Lage des ländlichen Proletariates jedenfalls einen Hauptpunkt der Tagesordnung bilden. Heute aber ist es undenkbar, diese wichtige Frage in unser Programm einzuschieben. Es ist gleichzeitig eine der schwierigsten Fragen, zu der Stellung zu nehmen, eine große Vorbereitung erfordert. Wir können nichts anders, als verlangen, daß diese Frage bei nächster Gelegenheit verhandelt, und in offizieller Weise die Solidarität der Lohnarbeiter mit den ländlichen Arbeitern proklamirt werde. (Lebhafter Beifall.)

Perlonigg (Villach): Es hat bereits ein Herr Vorredner gesagt, daß die Bourgeoisie die Arbeiterschutzgesetzgebung als eine Nothwendigkeit erachtet, weil sie sich sagen muß, daß dieselbe bestehen muß, um einen physisch und geistig gesunden Arbeiterstand zu erhalten. Aber die Bourgeoisie meint es damit nicht ehrlich, sonst würde sie auf eine genaue Beobachtung dieser Gesetzgebung nach den vielen Ueberschreitungen, die seit ihrem kurzen Bestande zu Tage getreten sind, dringen müssen. Dies kann jedoch nur von der zielbewußten Arbeiterschaft ausgehen.

Wenn wir energisch einen Maximalarbeitstag von 8 Stunden fordern, wenn wir selbst im Geheimen als Gewerbe-Inspektoren fungiren und die Uebelstände in unseren Fabriken unseren Parteigenossen anzeigen werden, so wird die Arbeiterschutzgesetzgebung in kurzer Zeit von Erfolgen begleitet sein, und wir werden sagen können: Wir waren Diejenigen, die eine ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung durchgeführt haben, denn von den bürgerlichen Parteien haben wir nichts zu erwarten. Sie würden sich ja, wenn sie wirklich etwas für die Interessen der Arbeiterschaft thun wollten, selbst in den Hals schneiden, und sie sehen mit Bangen das Anwachsen der proletarischen Bewegung. Wir sind bei dem Streben nach Verbesserung unserer geistigen und physischen Lage nur auf uns selbst angewiesen. (Bravo!) Im Uebrigen glaube ich, daß es unsere Gesinnungsgenossen als ihre heilige Aufgabe betrachten werden, die ländliche Arbeiterfrage zu studiren. so daß auf einem nächsten Parteitag die Sozialdemokratie gegenüber der Agrarpartei wird Stellung nehmen können. (Bravo!)

Holzhammer (Innsbruck): Werte Genossen! Ich will, es liegt mir das am Herzen, sagen, daß in dem glaubensfreien oder glaubenstreuen Lande Tirol dieselben Uebelstände, wenn vielleicht auch nicht so ausgebreitet, unter der Arbeiterschaft herrschen, daß auch bei uns die Herren Fabrikanten mit allen Mitteln trachten, die Arbeiterschutzgesetze zu umgehen, und sich den Anordnungen der Fabriks-Inspektoren, wo nur immer möglich, zu widersetzen. Ein Fall, der sich vor Kurzem zugetragen hat, ist mittheilenswert. Die Arbeiter eines Marktes in Tirol, genannt Telfs, haben es sich herausgenommen, einen Normalarbeitstag, wie er gesetzlich vorgeschrieben ist, zu fordern, nämlich einen 11stündigen Normalarbeitstag. Nachdem sie durch ihre eigenen Vorstellungen beim Fabrikanten nichts ausgerichtet hatten, wandten sie sich an den Gewerbe-Inspektor. Dieser hat dem Fabrikanten gesagt, er müsse, wenn er den gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkomme, weitere Schritte gegen ihn machen. Das hat nichts genützt, und erst als die Arbeiter 2, 3 Mal beim Gewerbe-Inspektor angeklopft hatten, mußte endlich der Fabrikant über Aufforderung der Bezirkshauptmannschaft die Arbeitszeit verkürzen. Was that nun der Fabrikant? Er denunzirte den Gewerbe-Inspektor, daß derselbe in Verbindung mit den sozialdemokratischen Elementen in Innsbruck sei. (Hört! Hört!) Es scheint, daß die Herren Fabrikanten Jeden als Sozialdemokraten betrachten, der es sich herausnimmt, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu fordern. (Sehr gut!) Es ist unsere Pflicht, nach den Wirkungen jener Bestimmungen zu forschen, die wir seinerzeit gefordert haben. Um die Arbeiterschutzgesetzgebung wurde schon viel gestritten. Man hat schon vor mehr als 10 Jahren davon gesprochen. Ich erinnere mich, daß in einer sozialwissenschaftlichen Abhandlung damals von einem unserer hervorragendsten Genossen die Arbeiterschutzgesetzgebung besprochen wurde, und darin heißt es, daß Graf Belcredi eine Arbeiterschutzgesetzgebung ausgearbeitet habe, die besser ist, als die deutsche, ja in gewisser Beziehung besser als die englische, und am Schlusse finden wir die Bemerkung: freilich dürfen wir nicht denken, daß die österreichische Regierung die Arbeiterschutzgesetzgebung durchführen wird, denn von unserem Abgeordnetenhause haben wir noch nie etwas Gutes erhalten.

Diese Bemerkung steht am Schluß dieser Abhandlung. Aber, Genossen, durch die Thätigkeit der Genossen und durch die unaufhaltsam und zielbewußt, unerschütterlich stets sich wiederholenden Forderungen der Arbeiter, verbunden mit den verschiedenen anderen Gründen und Ursachen, haben wir dennoch eine Arbeiterschutzgesetzgebung zuwege gebracht, von der damals selbst der sehr begabte Genosse glaubte, daß wir sie von dieser Regierung nicht bekämen. So kann es eintreffen, daß man etwas bekommt, das man nicht erwartet. (Richtig!)

Nun, wie ist die Wirkung dieser Schutzgesetzgebung, von der man sagte, sie werde nichts nützen, sondern schaden, weil sie die Arbeiter von der richtigen Bahn ablenkt. Bei uns ist die Wirkung eine ausgezeichnete. Die Arbeiter, die damals glaubten, unsere Forderungen seien Null und nichtig und werden nie gehört werden, sind jetzt anderer Ansicht. 10 Stunden arbeiten ist leichter als 12, 14 und noch mehr und noch keiner hat jetzt weniger Lohn verdient als früher.

Aber auch noch ein anderer Grund ist, weshalb eine gute Wirkung sich zeigt. Die Arbeiter versumpfen nicht, sondern gerade durch den Erfolg angespornt, kommen sie noch mehr in unsere Vereine und bekümmern sich mehr um ihre Klassenlage als früher. Das ist bestimmt eine gute Wirkung von dem in den letzten Jahren Geleisteten in Bezug auf die Schutzgesetzgebung.

Ueber Krankenkassen scheint es nicht gut, etwas in die Resolution aufzunehmen — es wird nichts schaden und nichts nützen; wir wissen ja, die Mitglieder der freien Kassen haben sich große Mühe gegeben, das neue Gesetz abzuändern, aber beinahe gar keine Rücksicht wurde darauf genommen. Was wird es jetzt hinterher nützen, nachdem das Gesetz kaum in Kraft ist, noch Forderungen zu stellen. Uebrigens werden sich die Mitglieder der Krankenkassen auch selbst zu wehren suchen gegen die schlimmen Bestimmungen des Gesetzes.

Aber da steht ein Wort, das nicht gut ist. Wir haben nicht nöthig etwas zu übertreiben, weil die Zustände schlimm genug sind. Hier heißt es, daß der Arbeiter ein von ihm selbst bezahltes Almosen erhält. — In Verhältnis zur Größe der Unterstützung bei den Krankenkassen, in Bezug auf die Höhe, dürfte man freilich beinahe sagen: Ein Almosen, aber nachdem man ja selbst seinen Beitrag leisten muß, nachdem man sein eigenes Geld erhält, ist es kein Almosen, sondern eine Unterstützung. (Zwischenruf: Gerade deshalb ist es Almosen!) Man soll „Unterstützung" schreiben.

Mit Rücksichtnahme auf das, was mehrere Genossen erwähnt haben und daß die Einführung des Normalarbeitstages in Ungarn nicht geschieht, daß dort gar kein Gesetz über den Normalarbeitstag ist, und mit Rücksicht darauf, daß es ganz selbstverständlich ist, daß ein Normalarbeitstag nur dann möglich ist, wenn er international durchgeführt wird, weil nicht ein Land allein damit vorangehen kann, daß z. B. das Reich Bismarck's dort sich nicht dazu bequemen will, denn Bismarck hat bekanntlich gesagt, daß Deutschland dermalen keinen Maximalarbeitstag einführen will, beantrage ich eine Einschaltung.

Ferner mit Rücksicht auf die ländliche Bevölkerung empfehle ich zwei oder drei Worte einzuschalten: „Die Arbeiterschutzgesetzgebung wird ihren Zweck nur erreichen, wenn dieselbe international angebahnt und in geeigneter Weise auch auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt wird". — Ich weiß wohl, daß es nicht gut ist, diese Bestimmungen für die Landarbeiter anzuwenden, aber man soll sagen: „In geeigneter Weise" Ausdehnung von Schutzbestimmungen auf die Landarbeiter.

Ich empfehle daher, wenn Zeit ist — ich bestehe nicht gerade darauf, weil es so spät ist — aber ich glaube, man sollte dem Präsidium das Recht einräumen, in geeigneter Weise diese Worte noch in Verbindung mit der Resolution zu bringen, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung international sein soll und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werde.

Referent Weiguny (Schlußwort): Parteigenossen! Vor allem andern muß ich bemerken, daß der hier zitirte Gesetzentwurf von Belcredi nicht Gesetz wurde. Dies wäre viel besser gewesen, und man fand natürlich auch Gelegenheit, diesen Entwurf zu verschlimmern und Belcredi wurde von seinen Parteigenossen im Stich gelassen.

Betreffs der Krankenkassen wissen wir, daß unseren freien Krankenkassen kein Hindernis im Weg steht (aber wie!), aber das ist selbstverständlich, wie! Unsere Aufgabe ist es natürlich, daß wir selbst danach trachten, weiterhin wie bis jetzt unsere Krankenkassen selbst zur vollsten Blüte zu bringen, und so auch alle übeln Seiten des Krankenversicherungsgesetzes dadurch zu vermeiden. Wir können also nicht einen eigenen Passus für „nur freie Kassen" aufnehmen. Denn erstens ist das schon Gesetz und wir haben das Gesetz auszunützen, die Sozialreform als Mittel zu benützen — folglich können wir einen solchen Passus wie der Genosse aus Steyr wünscht, nicht aufnehmen. Wir treten selbstverständlich, wie es die Pflicht jedes Parteigenossen ist, für die freien Kassen ein. Ueberall ist das möglichst Gute aus den Bezirkskassen herauszuziehen. Wo in der Provinz von der Behörde Kassen errichtet werden, da muß man trachten, daß der Anschluß an die freien Vereinigungen erfolgt; das ist auch möglich. (Das geschieht auch schon!)

In meinem Land (Oberösterreich) ist die ackerbauende Bevölkerung auch vorherrschend, aber die Landarbeiter sind heute noch Hausgesinde, noch in patriarchalischem Verhältnis mit dem Bauer — sie sanken noch nicht herab zum Taglöhnerthume. Wenn es schon so weit wäre, dann wäre es am Platz, eine diesbezügliche Resolution zu fassen, aber so ist es noch nicht so weit, und also heute noch nicht am Platz. Wenn wir zu den Bauernknechten kommen mit dem Achtstundentag, so würden sie uns auslachen. Wir müssen diese Frage noch genau studiren. Daß Noth und Elend unter der Landbevölkerung ist, das wissen wir

Alle, und Niemand bestreitet es, aber heute in die Resolution das, was verlangt wird, aufzunehmen, können wir nicht, weil die Frage für uns noch nicht spruchreif ist.

Betreffs des Amendements des Gen. Holzhammer: Die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung zu fordern, würde ich meine Zustimmung gewiß geben, und es könnte an die Resolution angefügt werden an der betreffenden Stelle oder am Schluß „auf internationaler Basis". Ich würde das akzeptiren.

Im weiteren habe ich gesagt, man sollte sich auf das rein Sachliche beschränken und es ist so viel erörtert worden, daß ich ganz von allen übrigen Punkten der verschiedenen Redner absehe, da Jeder selbst ein klares Bild über die ganze Sache hat. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Resolution mit der Klausel, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung „auf internationaler Basis" angestrebt wird. (Abstimmen!)

Vorsitzender: Wünschen die Gen. Holzhammer und Weigunn betreffs der „Internationalität der Arbeiterschutzgesetzgebung" Anträge zu stellen?

Holzhammer: Ich beantrage, daß beide Punkte: international und Ausdehnung in geeigneter Weise auf Landarbeiter am Schluß angehängt werden, wonach man klar sieht, daß man nicht einen Achtstundentag für die Landarbeiter meint, sondern daß man sagen will, daß ein Arbeiterschutzgesetz auch für die Landarbeiter geschaffen werden muß. (Der Antrag wird unterstützt.)

Abstimmung über die Resolution allein — einstimmig angenommen.

Abstimmung über den Antrag Holzhammer.

Vorsitzender: Holzhammer stellt den Antrag, daß bezüglich der ländlichen Arbeiter auch ein Passus aufgenommen werden soll: „und weiter ausgedehnt im internationalen Wege".

Es wird abgestimmt — angenommen.

Verlesung von Briefen und Telegrammen (Tschechisch: Prager Umgegend aus Liebau — Felixdorf — Umgegend von Kojetin in Mähren — Prag, Tischler — Uebersetzung eines italienischen Briefes aus Triest — Brief von A. Costa, Imola, sozialistischer Deputirter im italienischen Parlament — Telegramm aus Klagenfurt — von F. Domela Nieuvenhuis aus dem Haag).

---

b) Diskussion über die Presse.

Präsident: Der vierte Punkt unserer heutigen Tagesordnung ist die Presse; Genosse Leißner als Referent hat das Wort.

Leißner (Wien): Geehrte Parteigenossen! Sie haben bis jetzt in Ihren Verhandlungen drei Gegenstände erledigt, welche sich dadurch auszeichnen, daß sie nicht allein die innere Organisation und die Taktik der Partei berühren, sondern daß sie auch gleichzeitig von öffentlichem Interesse sind. Es wird aber im Gegensatze dazu bei der Verhandlung dieses Punktes die Diskussion ein Thema berühren, welches nur für engere Kreise von Interesse ist, nämlich die Bedeutung der sozialistischen Presse für die Partei. Erwarten Sie nicht von mir, daß ich Ihnen etwa meine Ideen und Meinungen über die Presse im Allgemeinen darlegen werde — dies ist nicht nöthig, weil einerseits die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse für die Partei Allen klar ist, ich andererseits die außerhalb der Partei stehende Presse vollständig übergehen werde, stillschweigend übergehen werde, denn das ist die einzig würdige Art, diese Presse zu behandeln. Genossen! Es handelt sich bei diesem Punkte darum, die Zweckmäßigkeit unserer Presse und die Mittel zu ihrer Erhaltung zu besprechen. So wie die mündliche Agitation beschränkt ist durch das Vereins- und Versammlungsgesetz, so ist die Agitation durch die Presse beschränkt durch die Zensur und die Preßgesetze. Es wurden zwar zu wiederholten Malen von einzelnen Parlamentariern Versuche gemacht, den Reichstag zur Lösung der Fesseln der Presse zu bestimmen, besonders zur Aufhebung der Stempelpflicht und des Verbotes der Kolportage, aber dennoch werden, obwohl ich an der ehrlichen Absicht der Antragsteller nicht zweifle, alle solchen Versuche so lange aussichtslos sein, als ein Wink von Oben genügt, um Alle, auch die Liberalen, zur Stellungnahme gegen solche Anträge zu veranlassen. Offenbar war die Befürchtung, es könnte auch der sozialdemokratischen Partei aus der Freigebung der Presse Vortheil erwachsen, das ausschlaggebende Moment für diese Haltung. Ich glaube jedoch, daß wir trotz dieser Beschränkungen eine Agitation durch die Presse entfalten können, trotz der Konfiskationen und der Unterdrückungen, die stattgefunden haben und stattfinden werden. Wir haben seit dem Beginne der österreichischen Arbeiterbewegung 18 sozialdemokratische Blätter gehabt und besitzen gegenwärtig 12. Die früheren Blätter kennen Sie, Sie wissen, daß dieselben nicht zu Grunde gegangen sind durch die Unmöglichkeit, ihnen Verbreitung zu verschaffen, sondern sie sind zu Grunde gerichtet worden durch den Druck von oben, durch die zahlreichen Prozesse, welche zum großen Theile mit einer Verurtheilung zu Kautionsverlusten endeten, sie sind also systematisch finanziell ruinirt worden. Die zwölf bestehenden Blätter haben nach meiner Berechnung eine Auflage von 20.000 Stück, dabei ist allerdings die Fachpresse, insoferne sie auf unserem Standpunkte steht, inbegriffen. 20.000 Abnehmer sind bei der großen Masse von Arbeitern in Oesterreich eine sehr geringe Zahl, aber wir dürfen die gesetzlichen Hindernisse, die uns im Wege stehen, nicht vergessen, und die Verhältnisse der Partei, welche die Verbreitung unserer Blätter sehr gehemmt haben.

Der Zweck unserer Presse ist in erster Linie darauf gerichtet, einen Ersatz für die mündliche Propaganda, die uns unmöglich gemacht wurde, zu bieten. Wie

politische Erscheinungen sich zeigen, die in keiner Weise auf die nothwendige Einsicht und Verständnis schließen lassen, in ähnlicher Weise ist man gegen unsere Presse vorgegangen, aber wir hoffen, daß, wenn Sie die vorgeschlagene Resolution annehmen, wir nächstes Jahr nicht 20.000 Leser, wie heuer, sondern bereits 40.000 Leser zu verzeichnen haben werden. (Bravo!) Eine Partei, die im politischen Leben eine Bedeutung haben will, wie die sozialistische, hat dafür zu sorgen, daß ihre Presse nicht etwa persönlichen Interessen diene, sondern daß deren moralischer Wert nicht nur von den Parteigenossen respektirt, sondern auch nach außen hin als ein imponirender Faktor hervortritt. (Bravo!) Darum finde ich mich auch veranlaßt, hier zu erklären, daß mit dem Momente der Vereinigung der Partei auch in der Presse die gegenseitige Bekämpfung aufhören möge. Daß wir vielmehr gegen die Hemmung unseres Wirkungskreises, gegen die Unterdrückung unserer Agitation und die Schädigung unserer Propaganda gemeinsam Front machen sollen. Im gegenwärtigen Momente, wo die Vereinigung unserer Partei stattgefunden hat, müssen wir auch anerkennen, daß diese Vereinigung erst durch unsere Presse ermöglicht wurde. Allerdings waren schon, bevor unser Organ, die „Gleichheit", erschienen ist, Anzeichen dafür vorhanden, daß die Zersplitterung der österreichischen Arbeiterpartei unmöglich länger anhalten könne, und schon damals zeigte sich eine Strömung, um eine Verständigung herbeizuführen, aber erst die Gründung der „Gleichheit" ermöglichte es, unsere Vereinigung so herzustellen, wie sie heute beschlossen wurde. Die „Gleichheit" wurde gewiß nicht aus persönlichen Motiven gegründet, und insbesonders die Wiener Parteigenossen werden es wissen, daß der Herausgeber, erst nachdem er sich mit beiden Fraktionen auseinandergesetzt hatte und mit ihrer Zustimmung die „Gleichheit" erscheinen ließ. Die nächste Folge davon war, daß die Tendenz dieses Parteiorganes dahin ging, die bestehenden Differenzen auszugleichen, und das Resultat war, wie Sie sehen, ein glückliches. Aber auch die übrige Parteipresse, insbesondere die Brünner Blätter, war bemüht, die Differenzen beizulegen und hat auf diese Weise einen gemeinsamen Boden geschaffen, auf dem die sozialistische Partei in Oesterreich ihren politischen Kampf auskämpfen kann. Unsere Presse muß nicht nur die sozialistischen Ideen verbreiten, sondern muß auch dafür sorgen, daß ihre Leser alle jene moralischen Grundsätze sich aneignen, die zur Durchführung unserer Ideen dienen.

Zum Schlusse muß ich Sie bitten, alle jene Parteiblätter, sowohl die bisher erscheinenden, als auch die zukünftig zu gründenden möglichst zu unterstützen, weil wir, nachdem wir die Vereinigung der Partei beschlossen haben, von der Ansicht ausgehen, daß ein Parteiunterschied auch in der Presse nicht mehr besteht. Sie wissen, die Staatsanwälte sind nicht an jedem Orte in ihren persönlichen Anschauungen gleichgesinnt, und davon hängt es ab, ob eines unserer Parteiblätter konfiszirt wird oder nicht. Aber in dem Momente, wo eine geeinigte Sozialistenpartei besteht, wird eine jede Konfiskation von einer solcher Bedeutung sein, daß jeder unserer Leser sich wird gleich denken können, in dem konfiszirten Blatte muß etwas gestanden haben, was den Arbeiterinteressen entsprach, für die Partei durchaus nothwendig war. Die Staatsanwälte werden aber nicht im Stande sein, unsere Meinungen zu unterdrücken, und unsere Presse wird bei dem Umstande, als eine organisirte Partei hinter ihr steht, auf die Dauer unmöglich geknebelt werden können.

Was die Fachpresse betrifft, so möchte ich hinzufügen, daß, wenn auch ihr Einfluß im Allgemeinen kein so großer ist, sie doch für die einzelnen Korporationen von besonderer Wichtigkeit ist. Diese Presse aber, die sich bisher meistens blos auf die betreffenden Berufszweige beschränkt, die sie vertritt, wird, wenn in derselben etwas sozialistisch angehauchte Artikel erscheinen werden, auch für die Arbeiterpartei von Wert sein und wenigstens den Einfluß haben, die bisher indifferenten Arbeiter uns als Parteigenossen zuzuführen.

Ich glaube deshalb im Großen und Ganzen Ihre Zustimmung zu einer Resolution zu finden, die ich einbringen werde, in Bezug auf die Erklärung aller Blätter als Parteiblätter, und bitte Sie, daß Sie zum dritten Punkte noch Einiges in Erwägung ziehen.

Wir haben, außer der bis jetzt bestehenden Presse, den Wunsch auszusprechen, daß ein monatlich erscheinendes Journal gegründet werden soll. Ich bitte Sie, im Interesse unserer Sache dafür einzutreten. Ich glaube, ein Blatt, das monatlich erscheint, werden wir auch noch im Stande sein zu verbreiten, und umsomehr, wenn es so gemacht wird, wie es die Wiener Genossen wünschen.

Ich bitte also, in der Diskussion sich auszusprechen, ob Sie einverstanden sind und es zweckmäßig finden.

Am Schlusse meiner Ausführungen lege ich Folgendes vor:

„Der heutige Parteitag beschließt, alle bereits erscheinenden Blätter der sozialdemokratischen Partei, sowie die bestehenden Fachblätter als Parteiorgane anzuerkennen.

Ebenso sind auch neuzugründende Blätter, welche auf dem Standpunkte des am 30. und 31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889 beschlossenen Programmes des sozialdemokratischen Arbeitertages stehen, als solche anzuerkennen.

Der Parteitag wolle ferner den Wunsch zur Gründung eines monatlich erscheinenden Parteiblattes aussprechen."

Ich glaube vorderhand mit meinem Referat schließen zu können, nachdem ich ja als Referent vielleicht noch die Gelegenheit habe, einzugreifen.

Steska (Prag) tschechisch; Körber übersetzt: Der Genosse Steska stellt den Antrag, es mögen die Blätter, die jetzt erscheinen, der Reihe nach Rechenschaft abgeben, wie sie stehen und wie sie weiter wirken werden, und daß mit den slavischen Blättern angefangen werde. — Ich ersuche um Unterstützung des Antrags.

Dieser Antrag wird, nachdem die Gen. Bayer (Brünn), Adler (Wien) auseinandergesetzt haben, daß seine Durchführung einer längeren Vorbereitung bedürfe, abgelehnt.

Steska spricht tschechich; Körber übersetzt: Steska beklagte sich — und ich kann ihm nur beipflichten, daß, als dieser Parteitag einberufen wurde, die Unterschrift der Redaktion von „Vek Svobody" in Prag umgangen wurde. Es wurde nachträglich erklärt, daß es mit Hinsicht auf die speziellen Prager Verhältnisse geschah. Ich kann wirklich sagen, es ist in Prag sehr schwer, sich bei etwas zu betheiligen, wenn man berichten kann, daß man beispielsweise in einem Monat 17 strafpolizeiliche und bezirksgerichtliche Vorladungen durchmachen muß — und das ist nicht nur so in dem einen Monat — im vorhergehenden Monat bekam ich 7 Vorladungen, und in den letzten drei Tagen vor der Abfahrt hatte ich nicht weniger als dreimal täglich einen Hausbesuch von Polizisten. Wenn man unter solchen Verhältnissen kämpft, bedarf es kalten Blutes.

Der kleine Umstand, daß die Unterschrift der Redaktion nicht gefordert wurde, hat für uns viel größere Wichtigkeit, als vielleicht die Einberufer des Parteitages es meinten. Erstens hat die ganze Geschichte den Hintergrund, daß die Polizei größeren Muth gegen die Redaktion hatte, weil sie sich eben dachte, daß das Blatt nicht von der Partei unterstützt werde, und zufälligerweise wurden in der letzten Zeit in den anderen Parteiblättern die gewöhnlichen gegenseitigen Empfehlungen unterlassen.

Als noch dazu die gewöhnlichen Prager Korrespondenzen wegen Raummangel zufällig nicht abgedruckt wurden, hielt die Polizei uns nun für verlassen dastehend, und hatte desto größere Lust, dem Blatte den Garaus zu machen.

In zweiter Reihe, und das war eigentlich die Hauptsache bei den Genossen, daß das unklare Verhältnis auffiel und sie stutzig wurden, warum ein Parteiblatt, von dem man wußte, daß es auf dem Brünner Arbeitertag anerkannt wurde, in der letzten Zeit so umgangen wurde, und die nachträgliche Entschuldigung oder Erklärung hat nicht viel genützt, denn man hat sie glauben müssen, aber man hat sie nicht geglaubt.

Gen. Steska meint daher, daß, wenn etwas anderes nicht geschehen kann, wenigstens eine einfache Konstatirung hier geschehen kann, daß das Parteiblatt das Vertrauen, insoweit es auf seiner Thätigkeit beruht, besitzt, und daß die Partei es fortan, wenn es auf dem Standpunkte dieser Beschlüsse steht, weiterhin als Parteiblatt anerkennen und seine Interessen auch weiterhin fördern wird durch ihre Mithilfe. Ich spreche nicht von pekuniärer Unterstützung. Wir kommen so armselig schon durch. Wir sind es gewohnt. Aber ich erbitte die moralische Unterstützung im vollständigsten Maße. (Großer Beifall.)

Dr. Adler (Wien): Genossen! Was hier vom Gen. Steska vorgebracht wurde, richtet sich an alle Diejenigen, welche die Einladung zum Parteitage unterzeichnet haben; es war absolut nicht unsere Absicht, die „Vek Svobody“ aus dem Rahmen der Partei auszuschließen. Wir glaubten, wie dies ja Gen. Hybes als Redakteur und die Anderen bestätigen werden, daß wir das Blatt geradezu in Gefahr dadurch bringen würden, wenn wir es mitunterzeichnen hätten lassen, weil gerade für Böhmen die Gefahr eines Geheimbundprozesses eine ganz andere ist, als anderswo. Nun hören wir hier von den Prager Genossen, daß wir die Prager Polizei und Gerichte noch immer nicht begreifen, daß wir noch immer nicht geübt genug sind, allen Windungen eines Polizeigehirnes nachzuspüren. Wenn nun gesagt wurde, daß die Empfehlung des Blattes überall gefehlt hätte, so wissen Sie ja, wie alle unsere Blätter vor dem Parteitage mit Stoff überfüllt waren, so daß keine Möglichkeit zur Anbringung der Annonce da war. Ich sehe hier auf dem Tische zufällig eine alte Nummer der „Gleichheit“ liegen und hier findet sich auch die Empfehlung der „Novy Vek Svobody“, wie die aller anderen Blätter. Ich möchte demgemäß den Antrag einbringen, in der Resolution die heute bestehenden Blätter in Klammern anzuführen; damit braucht dann für die „Novy Vek Svobody“ keine Ausnahme gemacht werden. Wir haben den guten Willen gehabt, daß unser Vorhaben ungeschickt ausfiel, dafür bitten wir um Entschuldigung. (Zuruf: Wir sind damit zufriedengestellt.)

Pokorny (Wien): Gen. Adler hat Ihnen deutlich erklärt, von welchen Intentionen sich die Einberufer des Parteitages leiten ließen, als sie die „Vek Svobody“ nicht zur Unterzeichnung einluden. Dafür, daß wir die Vorsicht etwas allzuweit getrieben haben und dadurch das Gegentheil von dem erreichten, was wir erreichen wollten, dafür kann gewiß Niemandem ein Vorwurf gemacht werden und wir Alle werden gewiß nicht anstehen, zu erklären, daß auch die „Vek Svobody“ ein Parteiblatt ist. Wenn Sie die gegenwärtige Strömung in der Partei scharf ins Auge fassen, so werden Sie sehen, daß dieselbe den einzelnen Genossen möglichste Selbstständigkeit zu gewährleisten bestrebt ist. Diesem Gedanken, welcher im Programme zum Ausdrucke gelangt ist, muß auch in der Presse Ausdruck verliehen werden. Politische Verhältnisse, die verschiedenartig vorgeschrittene wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Distrikten, verschiedenartige Handhabung der Gesetze von verschiedenen Behörden erfordern es, daß wir die Bewegungsfreiheit der Einzelnen möglichst auszudehnen suchen. Wenn nun der Antrag eingebracht wurde, alle Blätter, welche auf dem Boden des Programmes stehen, als Parteiblätter anzuerkennen, so wollen wir damit das Eine erreichen, daß keinem Blatte vor dem andern ein Vorrang eingeräumt würde, daß nicht irgend eines, wie es bis nun in der Partei Usus war, als das einzig unfehlbare, als das einzig richtige zu gelten hätte. Wir wollen damit dem vorbeugen, daß eine einzelne Meinung, die sich etwa in der Partei bemerkbar macht, im Keime erstickt, majorisirt werde, es soll ihr vielmehr Gelegenheit geboten werden, sich Geltung zu ver-

schaffen, alle Blätter sollen darüber diskutiren. Und weil wir eine möglichst kräftige Entwicklung der Partei wünschen, wollen wir kein unfehlbares Amtsblatt, sondern Blätter, die völlig gleichgestellt sind, mögen sie auch heute oder in Zukunft in manchen Fragen nicht eines Sinnes sein. Gerade dadurch, daß man bestrebt ist, eine gegentheilige Meinung zu ersticken, wird die friedliche Entwicklung der Partei durch uns selbst gehindert. Es sollen durch diesen Antrag nicht etwa einzelnen bestehenden Blättern Prügel zwischen die Füße geworfen werden; ganz gewiß nicht! Wir wollen durch die Gleichstellung der Blätter nur die wirklich freie Diskussion ermöglichen und dadurch überflüssigen Zwist vermeiden. Wir wollen nicht selbst Staatsanwalt spielen. So wie wir jedem einzelnen Genossen das Recht wahren, seiner Meinung frei und offen Ausdruck zu geben, so müssen wir dieses Recht auch den Blättern zugestehen. Wenn Sie, werte Genossen, diesen Antrag annehmen, so haben Sie etwas gethan, was für die weitere Entwicklung der Partei von immensem Vortheile sein wird. (Beifall.)

Hanich (Brünn): Genossen! Sie werden es für selbstverständlich halten, daß ich zu diesem Punkte auch einige Worte spreche. Daß alle jetzt in Oesterreich erscheinenden, der sozialistischen Richtung angehörenden Blätter als Parteiblätter zu gelten haben, das ist eigentlich nach den bisherigen Verhandlungen und nach meiner subjektiven Auffassung etwas sich von selbst Ergebendes. Wenn das aber etwas Selbstverständliches ist, so folgt auch daraus, daß sich diese Blätter, die sich ja in Bezug auf den Inhalt nicht Konkurrenz machen werden, sich auch in Bezug auf die Ausstattung und den Preis nicht Konkurrenz machen sollen. Unter vollständiger Gleichstellung der Blätter verstehe ich aber auch eine gewisse gegenseitige Rücksichtnahme. — Nun ist aber in der Resolution auch ein Passus enthalten, der sich auf die künftigen Blätter bezieht und dieselben als Parteiorgane erklärt, falls sie auf dem Boden der Prinzipienerklärung stehen. Das kann ich nicht unterschreiben, es ist viel zu weit gegangen, wenn wir uns heute schon für die Zukunft die Hände binden sollen. Es dreht sich auch um die Person, es könnte ja jeder X-Beliebige kommen und sagen: Ich will ein sozialdemokratisches Blatt herausgeben. Das würde sich keine andere Partei gefallen lassen. Wenn Jemand zu den Deutschnationalen käme und sagte: Ich will für die Deutschnationalen schreiben, mein Blatt muß Parteiblatt sein, so würde man ihm vielleicht sagen: Du gefällst uns nicht, dein Blatt wird nicht Parteiblatt sein. — Also den Passus für die Zukunft möchte ich abgelehnt wissen. Der Parteitag kann kein Blatt gründen, sondern es müssen dies versirte Personen thun. Ich unterstütze die Resolution im allgemeinen, möchte aber nicht, daß wir uns bezüglich der in Zukunft erscheinenden Blätter die Hände binden. (Bravo!)

Kordelitsch (Laibach): Im Auftrage meiner Parteigenossen habe ich heute an den Parteitag eine Bitte zu stellen. Es freut uns zu sehen, daß die Tschechen eine Presse besitzen, die für die Ideen der Sozialdemokratie wirbt. Aber auch für uns Slovenen wäre die Gründung einer slovenischen Parteipresse eine große Nothwendigkeit, indem viele indifferente Arbeiter der liberalen oder nationalen Partei sich angeschlossen haben. Von letzterer Partei werden wir, weil wir für die Ideen der Sozialdemokratie eintreten, als Deutsche denunzirt. Die nationalen Arbeiter bei uns haben — manchem der Genossen werden die Vorgänge bekannt sein, die sich in Klagenfurt abgespielt haben — viel zu Verhetzungen und Spaltungen unter der Arbeiterpartei Anlaß gegeben, und es ist zu bedauern, daß sie bisher noch nicht zur Einsicht gekommen sind, daß alle Arbeiter Oesterreichs ohne Rücksicht auf Nationalität sich brüderlich die Hände reichen müssen. Für Krain, Istrien und Görz wäre aber die Gründung eines slovenischen Parteiblattes umso wichtiger, als dort viele unserer Genossen ein deutsches sozialistisches Parteiblatt nicht verstehen; obwohl es auch einzelne gibt, die es nicht verstehen wollen, was sehr zu bedauern ist. Es ist meine Pflicht Ihnen bekanntzugeben, daß wir ein slovenisches Parteiblatt für Untersteiermark, Kärnten, Krain, Görz und Triest gründen wollen. In Triest gibt es einen sozialdemokratischen Verein, der in eine

deutsche, italienische und slovenische Fraktion zerfällt. Dem Vereine haben sich 15 unserer Genossen angeschlossen. In Görz steht der Arbeiterbildungsverein auf nationalem Standpunkte. Diese Leute müssen wir gewinnen. Hoffen wir, daß der Parteitag uns die Genehmigung gibt. Es ist nothwendig, daß wir Arbeiter uns vereinen und so der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen. (Bravo! Bravo!)

Kreutzer (Wien): Nachdem heute die Vereinigung der Partei zu Stande gekommen ist, wäre es von Wichtigkeit, zu wissen, welche Blätter auf unserem Parteistandpunkt stehen. Es gibt viele Blätter, die sich nur als Arbeiterblätter geriren. Ich weiß nicht, was ich z. B. von dem südslavischen, kroatischen Blatte „Radnicki glasnik“ und von dem Blatte „l'Operaio“ in Fiume zu halten habe. Da nicht Jeder diese Blätter lesen und übersetzen kann, so wäre es am Platze, daß Einer, der die Verhältnisse kennt, sich darüber aussprechen würde, ob auch diese Blätter als unsere Parteiblätter zu betrachten sind.

Körber (Prag): Bezüglich des Blattes „Radnicki glasnik“ kann ich die Aufklärung dahingeben, daß dieses Blatt so ziemlich unserem Programme beigetreten ist und sich bisher auch danach gehalten hat.

Dr. Adler (Wien): Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, daß wir uns auf die in Fiume und Agram erscheinenden Arbeiterblätter nicht einlassen können, da dieselben in der jenseitigen Reichshälfte erscheinen und wir heute nur die in unserem Reiche erscheinenden Arbeiterblätter in Betracht zu ziehen haben.

Richter (Mähr.-Schönberg) wünscht, daß vorerst die bestehenden Blätter auf eine gesunde Basis gestellt werden, schließt sich übrigens der Resolution an.

Dr. Adler (Wien): Genossen! Ich will nur ganz kurz die Punkte berühren, um die es sich hier handelt, und ich knüpfe gleich an den letzten Redner an. Wir wünschen ein neues Monatsblatt, und wir Genossen aus Wien wollen Ihnen dasselbe empfehlen. So viel ich weiß, sind die Genossen aus Brünn und auch sonst viele Genossen damit einverstanden. Es handelt sich hiebei um ein gemeinschaftliches Bedürfnis. Unsere Blätter, die nur einen beschränkten Umfang haben, weil sie nur einmal in einer Woche oder gar nur in 14 Tagen erscheinen, sind mit Veröffentlichungen, die sie bringen müssen, bedeutend überlastet. Sie müssen die für uns interessanten Reden, die im Abgeordnetenhaus gehalten werden, außerdem die Reden deutscher Genossen, Mittheilungen über Versammlungen, Feste u. dergl. bringen. Das sind lauter Dinge, die sehr wichtig und interessant sind, aber in unseren Blättern unverhältnismäßig viel Platz einnehmen. Außerdem wünschen wir in diesem Monatsblatt längere Aufsätze über die Arbeiterunfallversicherungs-Gesetzgebung, das Krankenkassengesetz und ähnliche Gegenstände zu bringen.

Das sind die Hauptintentionen dieses Blattes und wir möchten es Ihnen empfehlen. Die Gefahr, daß es sich nicht halten würde oder andere Blätter schädigen wird, besteht absolut nicht. Ein solches Blatt ist ungemein billig herzustellen und wird doch so nothwendige Dinge enthalten für jeden Parteigenossen, daß jeder gezwungen sein wird, es zu abonniren. Und wir möchten eben, daß das auch geschieht. Deshalb empfehlen wir die Gründung eines solchen Blattes.

Wir sagen blos: wir meinen, der Parteitag soll uns auch sagen, ob er auch dieser Ansicht ist. Denn nachdem wir einmal beisammen sind, sollen wir alle Fragen hier diskutiren. Der Parteitag als solcher kann kein Blatt gründen. Das Uebrige würde sich dann finden, wenn die Nothwendigkeit einmal da wäre. Der Anregung des Genossen Hanich muß ich ein Wort hinzufügen: darin, uns mit den bestehenden Blättern zu beschäftigen und die Anerkennung nicht auf alle zukünftigen auszudehnen, die wir nicht kennen — da hat er unbedingt Recht und ich würde nur dem Referenten eine Abänderung seines Antrages empfehlen, obwohl ich früher anderer Ansicht war. Hanich hat mich vollständig überzeugt.

Eine andere Frage ist es betreffs der Solidarität unserer Blätter. Die muß sich vor Allem in dem Punkt äußern, daß eine freundliche Diskussion der Partei-

prinzipien nun erst möglich wird und viel unbefangener möglich wird, als das vor der Vereinigung überhaupt möglich war. Wir wollen nicht schon die Diskussion und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Programms unterdrücken — damit sind sie Alle einverstanden — sondern eben durch diese Diskussionen unsere Meinung klären. Nur ist diese Diskussion erst möglich, wenn der gemeinsame Boden der Freundschaft und Solidarität hergestellt ist, wie heute geschehen ist.

Im Uebrigen meine ich, daß etwa über das, was hier zu sagen ist, nicht mehr viel Worte zu verlieren sind. Wir wissen ganz gut, was mit dieser Debatte gesagt sein sollte: Die bereits errungene Einigkeit sollte in praktischer Form ihren Ausdruck finden. Das ist durch die Erklärung geschehen und damit ist die Sache also erledigt.

Noch ein Punkt. „L'Operaio" in Fiume ist ein ganz gewöhnliches kleinbürgerlich blödsinniges Blatt — Sie entschuldigen, es gibt keine andere Kritik — es nennt sich „Der Arbeiter", aber das ist Alles, was es mit uns gemeinsam hat.

Nachdem die Genossen S t e š k a und K l o f a č betont haben, daß neue Blätter nur mit Zustimmung der Partei zu gründen sind, wird S c h l u ß d e r R e d n e r l i s t e a n g e n o m m e n.

K r a i n e r: Meine Herren, Sie haben von einem neuen Blatt in Laibach gehört. Warum soll der Parteitag dagegen sein, wenn die Genossen dort dafür eingetreten sind. (Wir sind nicht dagegen!)

Die Resolution stellt zwar der Gründung von Parteiblättern kein Hindernis entgegen; nachdem aber der Sinn später etwas eingeschränkt wurde und sich fast nur auf das beabsichtigte Monatsblatt bezieht, so erlaube ich mir eben, damit man dem slovenischen Blatt kein Hindernis entgegenstelle, die folgende Resolution vorzulegen:

„Der Parteitag begrüßt die Absicht der südslavischen Genossen, ein slovenisches Parteiblatt herauszugeben, und gibt dazu gerne seine Zustimmung und Unterstützung."

Genosse S t e š k a (Prag, böhmisch): Die Schwierigkeiten der Herausgabe des Arbeiterblattes «Nový Věk Svobody» sind wegen der überaus strengen Handhabung der Preßvorschriften in Betreff des Verbots der Kolportage, anderntheils der sehr ungleichen Handhabung des objektiven Verfahrens sehr große. Aber dies würde doch noch zu bestehen sein. Anders aber gestaltete sich der unvorhergesehene Uebergang der Redaktion des «Nový Věk Svobody» bei Mitfertigung des Aufrufes zum Parteitag. Dieser Umstand wirkte deprimirend auf unsere besten Genossen und konnte die Wirkung kaum noch das nachträgliche Schreiben der Arrangeure auswetzen, in welchem erklärt wurde, es wäre einzig und allein maßgebend gewesen, der Redaktion des «Nový Věk Svobody» behördliche Unannehmlichkeiten zu ersparen. Trotz dieses Schreibens konnten sich die Genossen des Eindruckes nicht erwehren, umsomehr als die Mitfertigung auch fernerhin unterblieb. Ich verlange, daß der Parteitag hierüber schlüssig werde und eine Solidaritätserklärung der Redaktion ertheile.

Z i m m e r m a n n (Neutitschein): Die geringe Anzahl von Abonnenten, welche unsere Blätter haben, ist für die österreichische Arbeiterschaft, die doch schon eine lange Vergangenheit in der Bewegung hinter sich hat, wirklich beschämend, wenn man ihre lange Thätigkeit und die große Arbeit, die aufgewendet wurde, in Betracht zieht. Doch ist Hoffnung auf Besserung vorhanden, nur müssen wir für Ausführung der Resolution sorgen, müssen thätig sein, die Phrasen beseitigen und nur mit den Thatsachen rechnen. Bezüglich der Monatsschrift wäre es wünschenswert, daß darin recht häufig ganz populäre ökonomische Artikel, aber nicht in Fortsetzungen, was immer schädlich ist, erscheinen.

Von böhmischen Genossen bin ich beauftragt, zu erklären, daß es sehr nothwendig wäre, wenn böhmische Broschüren vom Parteistandpunkte geschrieben würden, denn die böhmische Literatur ist sehr zurück und wenn auch viele die deutsche Sprache lernen, mehr als Deutsche die tschechische, so fehlt ihnen doch das Verständnis dafür, das sie für Werke in ihrer Muttersprache haben. Darüber sollten sich also die böhmischen Redakteure ins Einvernehmen setzen.

Perlonigg (Villach): Ich und meine Gesinnungsgenossen halten die Herausgabe einer Monatsschrift für ein sehr praktisches Agitationsmittel, besonders wenn in diesem Blatte verschiedene uns nahe berührende Fragen, wie Arbeiterversicherung u. s. w. besprochen werden. Ebenso nothwendig ist aber, wie bereits erwähnt wurde, die Gründung eines Parteiblattes in slovenischer Sprache. Wird in Zukunft ein Blatt gegründet werden, das auf unserem Parteistandpunkt steht, und dessen Redakteur unser Vertrauen verdient, so werden wir ein solches Blatt akzeptiren und anempfehlen können. Im gegentheiligen Falle brauchen wir ja dasselbe nicht als Parteiorgan anerkennen. (Sehr richtig!) Die großen Maßregelungen aber, denen unsere Parteiblätter ausgesetzt sind, hätten zur Folge, daß wenn dieselben von uns nicht unterstützt werden, es ihnen unmöglich wäre, weiter zu erscheinen. Wir haben ja ein Beispiel an einem unserer früheren Parteiblätter, das bereits eingegangen ist, als die Erlassung eines Sozialistengesetzes in Aussicht war.

Pokorny (Wien): Ich betrachte es als etwas Selbstverständliches, daß der Antrag Krainer in Bezug auf die Herausgabe eines slovenischen Parteiblattes unsere vollste Unterstützung findet. (Bravo!)

Referent Leißner (Wien): Ich habe, als ich mein Referat erstattet habe, erwartet, daß eine Debatte über unsere Parteipresse sich entspinnen werde. Was nun meine Stellung selbst betrifft, so ist die Absicht, daß wir alle in Zukunft zu gründenden Blätter, welche auf dem Standpunkt des von uns gestern beschlossenen Programms stehen, als Parteiorgane anerkennen, bekämpft worden. Meine Herren und Genossen, ich frage Sie: erstens, sind Sie in der Lage, die Gründung eines Blattes überhaupt zu verhindern? Sie müssen gestehen: nein. Aber Sie sind — und das ist mir der Beweis der Richtigkeit meiner Ansicht — bewußt, daß mit dem Moment, wo selbst von irgend einer Privatperson ein Blatt gegründet werden sollte, es nicht früher anerkannt werden kann, bevor die Stellung desselben auf Grundlage des Programms festgestellt ist. Wenn Sie von diesem Standpunkt ausgehen, dann trifft die Befürchtung von Hybes nicht zu, daß irgend eine Person ein sozialdemokratisches Blatt gründen könnte, die nicht das Interesse der Partei vertrete. Wenn Sie aber den Beschluß nicht fassen und ein scheinbar die Interessen der Partei vertretendes Blatt gegründet wird, aber unser Programm nicht an die Spitze gestellt wird — haben Sie so viel Einfluß, zu hindern, daß es nicht verbreitet wird. Andererseits besteht ja die Nothwendigkeit, Blätter zu gründen; Sie wird anerkannt für die Alpenländer und wir setzen dem nichts in den Weg, so bald wir überzeugt sind, daß in irgendeiner Weise das Unternehmen gesichert ist.

Was die Stellung der Wiener Genossen betrifft: den letzten Passus zurückzuziehen — ich habe kein persönliches Interesse daran und will Ihnen kein Zugeständnis zumuthen. Es ist, um kurz zu sein, nothwendig, daß die Verbreitung der sozialistischen Ideen eine möglichst große Schichte des Volks umfaßt, möglichst bedeutend betrieben wird, mit allen vorhandenen Mitteln, unter allen Umständen. Ich bin daher der Ueberzeugung, daß im Moment, wo eine organisirte Partei vorhanden ist, die Kontrole über die Parteiblätter eine ausgiebige und maßgebende sein wird.

Wenn Sie den Beschluß fassen, wie er vorliegt, wird eine moralische Kontrole den bestehenden Blättern aufgezwungen, und ich bin überzeugt, daß auch, wenn man betreffs der zukünftigen Blätter in der in der Resolution vorgeschriebenen Art vorgeht, die Unterstützung allen Blättern entzogen wird, die unser Parteiprogramm nicht anerkennen.

Burian (spricht tschechisch). Hybeš übersetzt: Burian hat erwähnt, daß es eben ausgesprochen werden soll, es sei nicht zuzugeben, wenn einzelne Personen zwar nicht aus egoistischen Gründen ein Blatt gründen, sondern wirklich für die Partei etwas thun wollen, aber ohne sich mit andern Genossen ins Einverständnis zu setzen, und dann Schulden machen, welche die Partei decken muß. Burian will also, daß gesagt wird, daß die Partei eine Art Entscheidung zu treffen hat, wenn ein Blatt herausgegeben wird, ob sie es fördern wird oder nicht. Ich glaube, das ist so selbstverständlich, wie nur etwas.

Bei der Abstimmung wird die Resolution des Gen. Leißner mit allen gegen eine Stimme, der Zusatz des Gen. Krainer einstimmig angenommen.

———

IV. Sitzung.

1. Unterstützungswesen.

Präsident Hybes: Freunde und Genossen! Bevor ich die Sitzung eröffne, wünsche ich Euch Allen ein glückliches neues Jahr. — Ich erkläre hiemit die Sitzung für eröffnet und theile mit, daß gestern abends noch ein Theilnehmer angekommen ist, und zwar ein Genosse, der dem Buchdruckergewerbe angehört. Ich glaube, wir können dies mit Freuden begrüßen, daß aus dem Kreise der Buchdrucker, wenigstens aus Wien, ein Genosse zum Parteitage erschienen ist. — Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt das Unterstützungswesen, als Referent hat Gen. Große aus Wien das Wort.

Große (Wien): Freunde! Das Unterstützungswesen, wie wir es von jeher pflegen, ist Ihnen ja bekannt — wir können dasselbe leider gegenwärtig nicht so in ein System bringen, wie wir es wünschten und wie es z. B. von Seite der Gewerkschaften für den Fall von Streiks geschieht. Die Unterstützung, die wir üben, bezieht sich hauptsächlich auf jene Genossen, welche im Kampfe auf dem politischen Schlachtfelde fallen, welche wegen der Vertretung unserer Ideen in den Kerker wandern müssen. Der größte Theil dieser Genossen hinterläßt eine hilflose Familie und es ist eine nicht wegzuleugnende Pflicht, alle unsere Kräfte anzustrengen, um deren Noth zu lindern. Ist das doch ein Humanitätsakt, der selbst bei gemeinen Verbrechern geübt wird, um so mehr müssen wir allen Denjenigen Hilfe zu Theil werden lassen, die Vergehen verübt haben, die wir als politische betrachten, mögen sie, ich betone das ausdrücklich, nach außen hin, was immer für Namen tragen. Ich lege es Ihnen, Freunde, sehr nahe, daß Sie, wenn Sie nach Hause kommen in Ihren Kreise, allen Genossen diese Pflicht an's Herz legen, die Familien Derjenigen zu unterstützen, die für ihre Ideale büßen müssen und unter deren Angehörigen nach der Verhaftung oft ein schreckliches Elend herrscht. Wir können dies, wie gesagt, in kein System bringen, es muß jedem Einzelnen überlassen werden, hier eine Pflicht zu thun und die einzige Form ist die, wie es bis jetzt unsere Blätter freiwillig gethan haben, daß die eingesandten Beträge der Einzelnen nach Recht und Gerechtigkeit und nach einem gewissen Maßstabe zur Vertheilung gebracht werden. Das ist das Wesentliche, was ich Ihnen diesbezüglich zu empfehlen habe und ich glaube, daß Sie sich dem akkommodiren werden. (Allgemeine Zustimmung.)

Präsident: Nachdem sich Niemand zum Worte gemeldet hat, ersuche ich die Genossen durch Handaufheben kundzugeben, ob sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sind. Das ist der Fall. (Es folgt Verlesung von Einläufen.) Wir schreiten zum Punkte: „Die Organisation der Gewerkvereine", vorher ertheile ich noch das Wort an Gen. Müller.

Müller (Warnsdorf): Genossen! Wir hatten gehofft, daß die Verhandlungen jetzt schon beendet sein werden — da wir schon abreisen müssen, ich und einige Freunde aus Jägerndorf mit uns, erlaube ich mir, Sie noch beim Ab-

schiede zu versichern, daß wir mit den angenommenen Prinzipien völlig einverstanden sind, und rufen Ihnen ein Lebewohl zu.

Liebisch (Rumburg): Gestatten Sie auch mir, Genossen, Sie zu versichern, daß wir mit allen unseren Kräften für das Programm eintreten werden. Ich hoffe, daß wir in Zukunft immer vorwärts kommen werden, nie zurückbleiben.

Burian: Ich erlaube mir zu bemerken, daß wir von der slavischen Partei auch schon abreisen müssen. Auch wir versprechen, nach Kräften für unsere Partei einzutreten.

2. Gewerkschaftliche Organisation.

Referent Schwarz (Jägerndorf): Werte Freunde! Wenn wir uns heute einen Rückblick über die gewerkschaftliche Organisation gestatten, so können wir bis ins graue Mittelalter zurückgehen. Was damals schon nothwendig war, ist heute noch viel nothwendiger, denn damals konnte noch derjenige, welcher in die Lehre eintrat, hoffen, in Zukunft einmal einen selbstständigen Erwerb zu erhalten — heute ist all das abgeschnitten, wenn er kein Kapital hat, kann er sich nicht emporarbeiten, er ist einmal dazu bestimmt, von der Geburt bis zum Grabe Arbeiter zu sein. Früher gab es allerdings für das ganze Verhältnis zwischen Meister und Gesellen von der Wiege bis zur Bahre eine Organisation mit gewissen Abstufungen. Das können wir heute nicht mehr sagen, denn heute ist die Stellung eines Arbeiters und eines Gewerbetreibenden faktisch getrennt, kein Gewerbetreibender hat ein Interesse daran, daß sein Gehilfe einmal selbstständig werde, jeder hat nur das Interesse, sich zu behaupten und im Kampfe möglichst wenig Konkurrenten zu haben. Daher soll heute nicht für das Gewerbe im Großen und Ganzen, sondern für den Arbeiter allein eine Organisation geschaffen werden. Wir müssen heute auf gewerblichem Gebiete vorerst das Unterstützungswesen regeln und den Arbeitern die Kenntnis der Gewerbegesetze beibringen, in zweiter Linie die Kenntnis alles dessen, was von Seite des Staates für das gewerbliche Unterstützungswesen geschaffen wird, damit er, wenn er in irgend eine Verlegenheit kommt, gleich orientirt ist. Wenn die Arbeiter die Gesetze nicht kennen, so lassen sie sich schuhriegeln und ziehen oft selbst, wenn sie klagen, den Kürzeren, falls sie den Gewerbebehörden gegenüber nicht die richtigen Ausdrücke gebrauchen. Heute ist es nicht mehr gestattet von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf zu wandern wie früher, wo man als Handwerker überall, in jeder Herberge ehrenvoll aufgenommen wurde. Heute läuft man schon nach drei Tagen Gefahr, dem Vagabundengesetze anheimzufallen; auch hier muß das Unterstützungswesen eingreifen.

In dieser Beziehung soll die gewerkschaftliche Organisation wenigstens das erreichen, daß die Arbeitslosen vor Hunger geschützt sind. Wenn der Arbeiter reist, so glaubt ihn jeder anhalten und schuhriegeln zu können, und ist er der Mittel entblößt, so läuft er sogar Gefahr verhaftet zu werden. Diese Uebelstände werden wesentlich gemildert werden können, wenn sich Arbeitervereine der Arbeiter annehmen.

Was die Arbeiterschutzgesetzgebung anlangt, so sind die Maßregeln für dieselbe weniger politischer als gewerblicher Natur. Auch hier müssen gewerbliche Vereinigungen trachten, daß die Gesetze korrekt durchgeführt werden. Man glaubt allerdings, es sei nicht nothwendig, die Arbeiter über diese oder jene Bestimmung aufzuklären, aber ich sage, es ist sehr nothwendig. Wenn die Arbeiter die Gesetze kennen, so werden sie schließlich doch ihr Recht erlangen. Es wäre nothwendig, daß in dieser Beziehung gewerkschaftliche Organisationen auf die Arbeiter aufklärend wirken. (Bravo!)

Große (Wien): Ich will nur feststellen, daß die Regierung, sowie in politischen auch in ökonomischen Fragen sich in der Regel veranlaßt fühlt, eine gewisse Stellung einzunehmen. In mancher Frage, welche in das soziale Gebiet

einschlägt, scheint jedoch die Regierung einen anderen Standpunkt einzunehmen, als wir. In Wien besteht so mancher Gewerkschaftsverein, der den Zweck hat, die Arbeiter im Falle von Arbeitslosigkeit oder Krankheit zu unterstützen und das Bildungsniveau der Arbeiter zu heben. Wie jedem Unbefangenen einleuchten wird, hat der Bestand eines solchen Vereines keine Gefahr, im Gegentheil es sollte der Regierung nur angenehm sein, wenn derartige Vereine bestehen, die ihre Mitglieder unterstützen, wodurch theilweise dem Vagabundenwesen der Boden entzogen wird und die Gemeinden entlastet werden. Trotzdem werden sie chikanirt. Ich möchte hauptsächlich die Genossen aus der Provinz darauf aufmerksam machen, daß in allen Industriezentren, wo dies möglich ist, Arbeitervereine mit dem ausgesprochenen Zwecke, die Arbeiter im Reisefall zu unterstützen und ihre Bildungszwecke zu fördern, organisirt werden sollen. (Bravo!)

Chwala (Wien). Ich bin einer derjenigen, die gestern in ihrer Abwesenheit, wie ich gehört habe, gründlich vermoppelt wurden. Ich will durchaus nicht die Buchdruckergehilfen in Schutz nehmen. Der Vorwurf, der sie trifft, ist einigermaßen gerechtfertigt, nur soll man auch die Verhältnisse in Berücksichtigung ziehen, die es unmöglich machten, daß zur Zeit ein Genosse hieher gekommen. Wie Sie wissen, stehen wir in einer allgemeinen Bewegung, bei der noch gegenwärtig 600—700 Personen ausgesperrt sind, die Verrechnung der Unterstützungen macht uns viel zu schaffen und in Folge dessen waren wir nicht in der Lage, daß alle jene Genossen kommen konnten, die hieher geladen waren. Gen. Dr. Braun hat gestern gesagt, es sei hier kein Buchdrucker anwesend, es waren aber zwei Buchdrucker anwesend, die durch Braun's Rede bewogen wurden, das Maul zu halten. (Widerspruch seitens Braun.) Es wurde der Vorwurf erhoben, daß wir uns nicht so rege an der politischen Bewegung betheiligen. Es wäre auch erklärlich, daß jene Leute, die durch die gewerkschaftliche Organisation physisch und geistig vollkommen in Anspruch genommen sind, nicht die Zeit haben, um sich auch an politischen Bewegungen zu betheiligen, möglicher Weise wäre das auch zum Schaden der betreffenden gewerkschaftlichen Organisation. Was speziell die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker Großartiges geleistet hat, werden Sie wissen. Für die Bewegung im Jahre 1882 haben wir 80.000 fl. gebraucht. In der heurigen Bewegung, die uns 45.000 fl. gekostet hat, haben wir theilweise einen Erfolg errungen, wir haben eine 9½stündige Arbeitszeit, den Wegfall der Feiertagsarbeit, ferner einen Lohn von 12 fl. per Woche erzielt. Die Opfer, die uns diese Bewegung gekostet haben, stammen aus den Unterstützungen der Gewerkvereine und aus den minimalen Mitteln, die die Einzelnen sich vom Munde absparen. Daß man, wenn wir so engagirt sind, nicht auf anderweitige ausgiebige Unterstützung von uns rechnen kann, ist begreiflich. Der Vorwurf gegen die Buchdruckergehilfen ist auch insoferne nicht gerechtfertigt, als er naturgemäß auch die anderen Gewerkschaften treffen müßte, und wenn Herr Dr. Braun, wie ich glaube, Fachblätter liest, so wird er gefunden haben, daß die Fachblätter der Schuhmacher, Bäcker, Hutmacher u. s. w alle den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten. Er wird eben so gut wissen, daß der Redakteur des Blattes „Vorwärts" ein tüchtiger Parteimann ist. (Bravo!) Ich begreife daher nicht, warum er die ganze Organisation in solcher Weise angreift. Man soll nicht über eine ganze Korporation den Stab brechen, sondern nur über Diejenigen, die es angeht. Es ist anerkannt, daß die Gewerkschaft der Buchdruckergehilfen als solche Großartiges zu leisten im Stande ist. Dieselbe weist im Jahre 1887 6000 Mitglieder auf und verausgabte für Unterstützungen in Krankheitsfällen, im Falle von Arbeitslosigkeit, für die Unterstützung von Witwen und Waisen und Invaliden zirka 6000 fl. Das ist jedenfalls eine sehr namhafte Unterstützung, die tausenden Familien zu Gute kommt, und daß unsere Gewerkschaft nicht hoch genug angeschlagen wird, haben wir schon oft gehört. In der gegenwärtigen Bewegung erachten wir besonders die Heranziehung von Frauen als wichtig. Wir wären heute noch nicht auf dem Standpunkte, auf dem wir sind, wenn wir es nicht mit den

Frauen versucht hätten (Bravo!) und wir haben gefunden, daß gerade die Frauen, auf welche die männlichen Arbeiter bisher herablassend herabgeschaut haben, berufen sind, in allen Arbeiterorganisationen eine hervorragende Rolle zu spielen. Das weibliche Geschlecht beschämt das männliche, denn eine solche Vehemenz und einen solchen Feuereifer, wie die Frauen, haben die männlichen Arbeiter bisher noch nie entwickelt. (Bravo!)

Wir haben neuerdings bei den Schriftgießern eine Bewegung in Sicht, wo das ganze Hilfspersonal, vier Mal so stark an Zahl wie die Gießer, einig für die Sache einstehen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Frauen wie wir Lohnsklaven bleiben, und wir haben die Verpflichtung sie als Mitkämpfer, nicht als Konkurrenten zu betrachten. Ich möchte daher anempfehlen, ein diesbezügliches Amendement anzunehmen, daß auch Betracht genommen werden soll darauf, so viel als möglich die Frauen zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, Gewerkvereine zu gründen, um mit uns gemeinsam den Kampf führen zu können.

Ich hoffe, daß der Parteitag diesbezüglich beschließen wird.

Vorsitzender Hybes: Die Angelegenheit bezüglich des gestrigen Ausspruches vom Genossen Dr. Braun hatte ich als Zwischenfall aufgefaßt und will ihn erledigen, bevor wir in der Tagesordnung weiter gehen; es wurde gesagt, es sei nicht gerecht, aber ich dachte, es sei zweckentsprechend es jetzt zu erledigen.

Dr. Braun (zur persönlichen Richtigstellung): (Kurz! Kurz!)

Gen. Chwala hat mir zugemuthet, meine Behauptung wider besseres Wissen gemacht zu haben. Ich weise das zurück. Ich sah nur einen Buchdrucker, nur Telz, den die Lemberger Genossen um Vertretung ihrer Interessen ersucht hatten; er konnte hier nicht als Buchdrucker betrachtet werden. Und der Redakteur des „Vorwärts" hat mir selbst gesagt, wenn kein Buchdrucker auf den Parteitag kommt, dann leeren Sie sich nur den Mund gehörig darüber aus. Ich arbeite am „Vorwärts" mit, umsonst wie an allen übrigen Blättern und ich habe gegen die Buchdrucker sicher nichts. Die Buchdrucker sind in gewerkschaftlicher Beziehung musterhaft und nachahmungswert. Von Böswilligkeit kann durchaus keine Rede sein, und vom Sprechen wider besseres Wissen sicher gewiß auch nicht.

Vorsitzender: Es wurde kein Antrag und keine Resolution eingebracht, in welcher Weise die Vereine organisirt werden sollten, und Chwala hat auch keinen geschriebenen Antrag eingebracht, und ich fasse es daher so auf, daß er nur eine Direktive hat geben wollen und ersuche Sie auf seine Empfehlung Rücksicht zu nehmen, und die Frauen recht zahlreich in die Organisationen einzubeziehen.

Nachtrag zu Gewerkvereine.

Präsident: Zum sechsten Punkte, „Gewerkvereine", ist ein Zusatzantrag von Gen. Chwala gestellt, der die Sammlung von Widerstandsfonds für den Lohnkampf fordert.

Das Wort hat Herr Chwala.

Chwala (Wien). Meine Herren! Ich empfehle ihnen, den von mir gestellten Zusatzantrag; derselbe ist nothwendig, weil wir nur mächtig sind, wenn wir Geld haben, die Koalition nützt uns so lange nichts, so lange wir keine Mittel haben. Da die Gelder, welche durch die Redaktionen gesammelt werden, nicht einmal für die Inhaftirten ausreichen, so genügen sie natürlich schon gar nicht für die Lohnbewegungen. Verboten können uns diese Sammlungen so lange nicht werden, so lange wir die Koalitionsgesetze haben, welche zwar sonst einen problematischen Wert haben, aber wenigstens gestatten, für Streiks zu sammeln. Ich bitte sie daher, diesen Antrag anzunehmen, welcher uns die Ansammlung eines größeren Kapitals ermöglichen soll, um der Ausbeutung der männlichen und weiblichen Arbeiter ein Paroli zu bieten.

Pokorny (Wien). Es steht Ihnen frei, Genossen, diesen Antrag anzunehmen oder nicht; ich meine daß er für uns allerdings nicht schädlich, aber auch von keinem Werte ist. Wir müssen da eigentlich unsere Meinung über den Wert von Streiks abgeben und meine Ansicht und diejenige der in der Wiener Bewegung stehenden Genossen geht dahin, daß wir Streiks von Parteiwegen ablehnen und nur in einzelnen besonders günstigen Fällen dazu rathen.

Adler (Wien). Ich möchte mich auch gegen den Antrag des Gen. Chwala wenden, und zwar deswegen, weil ich nicht für Anträge bin, die rein nur den Wert des Papiers haben, auf dem sie stehen. In dieser Weise gemacht, ist das ein frommer Wunsch: wo Gewerksvereine unmöglich sind, sind auch diese Widerstandsfonds unmöglich, und wo sie vorhanden sind, da brauchen wir ihnen nicht erst zu erzählen, wie sie die Sachen zu machen haben.

Auf die Streiks überhaupt einzugehen, würde uns zu weit führen. Ich möchte nur erwähnen, daß wir Streiks als letztes Auskunftsmittel in ganz speziellen Fällen des Lohnkampfes ansehen, aber durchaus nicht als Hebel der Agitation. (Sehr richtig!) Mit unsern Parteiprinzipien haben die Streiks als solche nichts zu thun, und die Erfahrung zeigt, daß sie oft mehr kosten, als sie einbringen. Ich meine daher, der Antrag sei abzulehnen.

Chwala: Ich ziehe mein Amendement zurück.

Präsident verliest die eingebrachte

Resolution über die gewerkschaftliche Organisation.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen allerorts, besonders aber in den Industriezentren die Gründung von Gewerkvereinen mit möglichster Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter.

Ich ersuche jene Herren, welche für die vorgeschlagene Resolution stimmen, die Karten zu erheben. (Geschieht.) Er ist einstimmig angenommen.

Wir gehen über zum 7. Punkt: Arbeiterkammern.

3. Arbeiterkammern.

Referent Gehrke (Wien): Freunde! Wenn wir heute einen Punkt betreffs der Arbeiterkammern auf der Tagesordnung haben, so ist es deshalb, weil diese für uns eine brennende, eine Tagesfrage geworden sind. Sie wissen, daß vor zwei Jahren ein Gesetzentwurf von den Liberalen eingebracht worden ist über die Errichtung von Arbeiterkammern. Wir müssen uns in erster Linie die Frage vorlegen: Wollen wir Arbeiterkammern oder nicht? Sind sie für uns von Nutzen oder nicht? Die Frage müssen wir mit ja beantworten, weil in wirtschaftlicher Beziehung die Arbeiterkammern als solche für uns eine Nothwendigkeit sind. Wenn wir nun heute, und ich glaube es ist geradezu Zufall oder bringen es die Verhältnisse mit sich — ich stehe als Referent vor Ihnen, der ich vor 16 Jahren eine Petition unterschrieben habe betreffs der Arbeiterkammern und wenn ich diese und den jetzigen Gesetzentwurf vor Augen halte — und der Zufall will es auch, daß derselbe Referent über die Petition im Abgeordnetenhause berichtete, der jetzt den Gesetzentwurf für Arbeiterkammern dort einbringt — so ist zweifellos, daß der Mann (Plener), der diesen Gesetzentwurf gemacht hat, sehr gut wußte, was die Arbeiter wollen und wie die Arbeiterkammern ausschauen müssen. Ich werde die Grundzüge der Petition von 1872, in einer großen Volksversammlung beim Schwender verlangt, mittheilen, zum Beweis, daß er es gewiß wußte. Es war am 26. August 1872. Es ist einfach ein Spiel mit Worten, wenn man vorgibt, daß die von den Arbeitern geforderten und die Plener'schen Arbeiterkammern dieselben sind. Ich entnehme aus dem Beschluß jener großen Volksversammlung die folgenden Stellen:

In Erwägung des Umstandes, daß die durchschnittliche Lebensdauer des Fabriksarbeiters etwa 33 Jahre beträgt, muß das Wahlrecht im Alter von 21 Jahren ausgeübt werden können.

Die Arbeiterkammer hat Wünsche und Vorschläge über sämmtliche Arbeiter-Angelegenheiten in Berathung zu nehmen, hat ihre Wahrnehmungen und Vorschläge über Bedürfnisse der Arbeiter zur Kenntnis der Behörden zu bringen — entweder auf Verlangen der Letzteren oder aus eigenem Antriebe.

Ehe die Regierung einen Gesetzentwurf, welcher Interessen der Arbeiter berührt, dem Reichsrathe oder den Landtagen vorlegt, werden die Arbeiterkammern um ihr Gutachten befragt.

Die Arbeiterkammer begutachtet die Errichtung öffentlicher Anstalten zur Förderung des Arbeiterwohles und jede wesentliche Aenderung solcher Anstalten.

Ueber Gegenstände, welche die Regierung bezeichnet, haben die Arbeiterkammern miteinander in gemeinsame Berathung zu treten.

Die Arbeiterkammer führt ein genaues Verzeichnis aller Fabriken und Werkstätten im Kammerbezirke, ein genaues Verzeichnis der Arbeiter im Allgemeinen und jener insbesondere, welchen das Wahlrecht für ihre Arbeiterkammer zusteht.

Die Arbeiterkammer führt Nachweisungen über jede Arbeitsunternehmung und jede Anstalt, welche dem Arbeiter-Interesse dienen soll.

Die Arbeiterkammer ertheilt Zeugnisse über das Bestehen von Arbeitsbräuchen, über vorgelegte Arbeitsmuster.

Die Arbeiterkammer urtheilt als Schiedsgericht über Arbeitsverhältnisse, wenn die Betheiligten das Uebereinkommen geschlossen, in Streitfällen nicht einen gewöhnlichen Prozeß zu führen, sondern dieselben durch Schiedsmänner austragen zu lassen.

Die Arbeiterkammer berichtet jährlich an das zuständige Ministerium über die Arbeiterverhältnisse des Bezirkes; diesem Berichte können Wünsche und Anträge beigefügt werden. Von fünf zu fünf Jahren wird ein umfassender Bericht erstattet. Staats- und Gemeindebehörden, Genossenschaften, Vereine, Unternehmungen, einzelne Arbeitgeber sind verpflichtet, auf Verlangen der Arbeiterkammern die zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten nöthige Auskunft zu ertheilen, die erforderlichen Nachweise zu liefern und die Arbeiterkammer in ihrem Wirkungskreise zu unterstützen.

Die Arbeiterkammern sind berechtigt, in Angelegenheiten ihres Wirkungskreises unter einander in schriftlichen Verkehr zu treten und gemeinsame Berathungen zu pflegen.

Wird nicht ein besonderes Arbeitsministerium geschaffen, so muß im Handelsministerium eine Abtheilung für Arbeiter-Angelegenheiten errichtet werden. Die Arbeiterkammern stehen unmittelbar unter dem betreffenden Ministerium.

Die Arbeiterkammer wählt eine bestimmte Anzahl von Vertretern in den Reichsrath, die berechtigt sind, Gesetzesvorschläge einzubringen.

Sehen Sie, das waren die Grundzüge jener Arbeiterkammern, die wir 1872 verlangten. Jeder wird zugeben, daß wir mit diesen Forderungen aus jener Zeit, da die Zeit fortschreitet unter den heutigen Verhältnissen thatsächlich nicht mehr zufrieden sein können, sondern heute stellen wir noch ganz andere Bedingungen an die Arbeiterkammern.

Viel wurde hier von Sozialreform gesprochen, und wenn wir heute Arbeiterkammern wünschen, müßte nicht nur der Gewerbe-Inspektor ihnen unterstehen, und sie hätten ihn zu kontroliren, sondern sie haben das Recht und die Pflicht, auf die Achtung aller wirtschaftlichen Gesetze zu achten.

Es mußte geradezu dem Macher des Gesetzes bekannt gewesen sein, was die Arbeiter damals verlangten, und er weiß auch, was sie heute verlangen.

Ich muß auf eins zurückgreifen, und das ist die Art, wie der betreffende Referent im Abgeordnetenhause seiner Zeit sein Referat erstattete, ich werde nie vergessen, mit welcher Spitzfindigkeit es geschah. Ich habe die Petition als Obmann des politischen Vereines „Volksstimme" unterzeichnet und auch als Obmann des Wiener Fachvereines der Sattler; es kamen nur Petitionen von Vereinen und von den gewerkschaftlichen Organisationen an das Abgeordnetenhaus. Wir dachten, das würde vielleicht mehr Gewicht haben, forderten Petitionen von bewußten Arbeitern, von bewußten Körperschaften herrührend und unterstützt; zu jener Zeit ist man Gefahr gelaufen in politischer Beziehung auch in einer Petition etwas zu sagen; es war also die Eintheilung getroffen, daß die Gewerkschaften den politischen Theil, betreffend das allgemeine Wahlrecht, außer Auge ließen. Der Referent benützte dies — ich sehe ihn noch, wie er dem verstorbenen Schrank, der für das allgemeine Wahlrecht eintrat, mit der Petition in der Hand antwortete: Hier haben Sie den Beweis, daß die Arbeiter keine politische Vertretung im Reichstag wollen. (Dr. Braun: Pfui!) Dies Wort werde ich dem Plener nie vergessen, so lange ich lebe. Derselbe Mann hat das jetzige Gesetz gemacht, in dem dieselben Kniffe sind, die er seiner Zeit als Referent gemacht hat, da er dem Ministerium die Petition „zur Würdigung zugewiesen hat", d. h. es dahin gebracht hat, daß dieselbe thatsächlich begraben wurde und derselbe Mann hält es

heute für ersprießlich, selbst einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten und dem Abgeordnetenhause vorzulegen. Warum, das kann ich nicht begreifen, wahrscheinlich aus dem einfachen Grunde, um sich bei der Arbeiterklasse beliebt zu machen. Es haben sich seit jener Zeit auch die Personen geändert, damals, als es in der Macht der herrschenden Klassen lag, uns die Arbeiterkammern zu geben, hat Herr v. Plener das in frivoler Weise abgelehnt und heute, nach 16 Jahren will er durch einen solchen Entwurf die Arbeiter zu ködern versuchen! Das Eine hat er wohl vergessen und darin die Rechnung ohne den Wirt gemacht, daß die Arbeiter sich heute mit einem solchen Entwurfe, wie er da vorliegt, nicht zufrieden geben werden. Am Tage, nachdem dieser Entwurf im Abgeordnetenhause eingebracht wurde, ist er strahlend vor Freude mit Wrabetz zu mir gekommen und hat mich gefragt: Nun, was sagen Sie dazu? worauf ich ihm antwortete: dazu sage ich gar nichts; ein solches Gesetz, wie es sich in den Zeitungen findet, kann uns in keiner Weise befriedigen. Er war natürlich überrascht und meinte: Ja, das ist ja nur der Entwurf, wir werden ja noch Verbesserungen vornehmen. Ich habe hier den neuesten Entwurf in der Hand, denn ich bin einer der „Glücklichen", die als Experten vorgeladen sind. Es sind thatsächlich Verbesserungen vorgenommen worden, aber wie die ausschauen! Doch das macht nichts, bis der Entwurf im Plenum zur Sprache kommen wird, werden jedenfalls noch weitere „Verbesserungen" angebracht werden, dazu kennen wir ja die Herren zu gut. Auch dieser Umstände wegen begrüße ich es mit Freuden, daß die Vereinigung jetzt schon zu Stande gekommen ist. Sie wissen ja, meine Herren, wie oft wir verdächtigt wurden, von diesen Personen gekauft zu sein. Mit diesen Personen, die uns als Hochverräther in den Kerker geworfen haben, 'mit diesen Personen gibt es keinen Ausgleich (Bravo!) und durch einen solchen Entwurf lassen wir uns nicht ködern. Wir stehen mit unseren Wünschen über die Arbeiterkammern nicht allein, unsere Gesinnungsgenossen in Deutschland haben auch einen solchen Gesetzentwurf eingebracht und ich werde Ihnen denselben zur Verlesung bringen; sie verlangen darin kein Wahlrecht, weil sie schon das allgemeine Wahlrecht haben und wir verlangen es nicht, weil es für uns ganz gleichgiltig bleibt, ob wir 9 Abgeordnete hinschicken oder 26, wie wir es im Jahre 1872 ausgerechnet haben — die eine Bedeutung hätten sie allerdings, daß sie nicht zu den Abgeordneten, die dort sitzen, sprechen würden, sondern zum Fenster hinaus zum Volke. Im Entwurfe der Abgeordneten des deutschen Reichstages kommt Folgendes vor:

„Die Arbeitskammern haben über die Durchführung des Maximalarbeitstages zu wachen, von ihnen hängt die Erlaubnis zur Ueberschreitung ab, sie haben die Fabriksordnungen zu genehmigen, Lohnstreitigkeiten zu entscheiden.

Die Arbeitskammern haben nächst diesen Funktionen in allen das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berührenden Fragen mit Rath und That die Arbeitsämter zu unterstützen. Insbesondere stehen ihnen Untersuchungen zu über die Wirkung von Handels- und Schiffahrtsverträgen, Zöllen, Steuern, Abgaben, über die Lohnhöhe, Lebensmittel- und Miethpreise, Konkurrenzverhältnisse, Fortbildungsschulen und gewerbliche Anstalten, Modell- und Mustersammlungen, Wohnungszustände, Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Sie haben ferner Beschwerden über Mißstände im gewerblichen Leben zur Kenntnis der bezüglichen Behörden zu bringen, Gutachten über Maßregeln und Gesetzentwürfe abzugeben, welche das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren. Endlich sind sie Berufungsinstanz wider die Urtheile der Schiedsgerichte.

Ferner haben die Arbeitskammern die Minimalhöhe der Löhne aller Hilfsarbeiter festzusetzen.

Beschwerden über die festgesetzten Minimallöhne erledigt der Arbeitskammertag.

Die Beamten des Reichsarbeitsamts und die Arbeitsräthe oder deren Hilfsbeamte haben das Recht, jederzeit Besichtigungen der Betriebsstätten, gleichviel ob die Unternehmungen vom Staat, von Gemeinden oder

Privatunternehmern betrieben werden, vorzunehmen und die ihnen für Leben und Gesundheit der Beschäftigten nothwendig scheinenden Anordnungen zu treffen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden zu.

Soweit diese Anordnungen in den amtlichen Befugnissen der Aufsicht übenden Beamten liegen, haben die Unternehmer und ihr Hilfspersonal denselben unweigerlich Folge zu leisten.

Das Arbeitsamt ist verpflichtet, sämmtliche Betriebe seines Bezirks mindestens einmal jährlich zu besichtigen. Die Unternehmer müssen die amtlichen Besichtigungen zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, wo die Betriebe im Gange sind, gestatten.

Das Arbeitsamt organisirt innerhalb seines Bezirks den unentgeltlichen Arbeitsnachweis und bildet für diesen eine Zentralstelle. Es ist befugt, in den ihm passend erscheinenden Orten für diesen Zweck Filialen zu errichten, welche, wenn kein gewerblicher Verband sich findet, der eine solche zu übernehmen bereit ist, die Ortspolizeibehörde zu übernehmen verpflichtet ist."

Was unsere deutschen Genossen dort verlangen, Aehnliches verlangen wir ja hier auch. Wie aber die Arbeiterkammern von den Herren v. Plener und Genossen vorgeschlagen werden, wären sie einfach eine Spielerei, denn wir unterständen ja dem Handelsminister und wenn ihm irgend etwas nicht recht wäre, so schickte er uns nach Hause. Gemeinschaftliche Berathungen sind in diesem Gesetzentwurfe gar nicht vorgesehen (Zuruf: im Handelskammergesetze aber wohl!) — nun, es wäre das vielleicht staatsgefährlich, dadurch könnte vielleicht der ganze Staat auf Fransen gehen. Sie sehen also, wir sind mit diesem Entwurfe nicht einverstanden, wir werden aussprechen, daß wir Arbeiterkammern wollen, aber nur solche, wie sie thatsächlich für uns von Vortheil sind. In Bezug auf die Vertreter für den Reichsrath — es sollen deren 9 sein — fällt mir Eines auf, meine Herren, daß man uns nämlich für dümmer hält, wie die Gewerbetreibenden, ihnen wird für jede Kammer mindestens ein Vertreter zugestanden, bei uns aber werden einige Kammern zu diesem Zwecke zusammengeworfen, offenbar weil man einer nicht so viel Verständnis zumuthet (Zuruf: Wien!) — ja, Wien, das ist die Metropole, dort sammelt sich ja die Intelligenz! So steht es, meine Herren mit dem Gesetzentwurfe, mit welchem uns die Liberalen beschenken wollen und sie sind nun ungeheuer überrascht, daß wir nicht in einen Freudenjubel ausbrechen; sie haben vielleicht sogar geglaubt, daß wir ihnen eine festliche Beleuchtung veranstalten werden — nun, die können sie vielleicht noch haben, aber anders, als sie sie erwarten. Ich erlaube mir Ihnen folgende Resolution vorzuschlagen:

Resolution über die Arbeiterkammern.

In Erwägung, daß die Arbeiter an der Errichtung von Arbeiterkammern nur dann ein politisches Interesse haben können, wenn mit denselben ein Schritt zur Organisirung der Arbeiterklasse geschieht;

in Erwägung, daß eine derartige Vertretung der Lohnarbeiter nur dann ihrem wirtschaftlichen Interesse entspricht, wenn dieselbe ausgerüstet mit ausgedehnten Befugnissen zur Erhebung der Lage der arbeitenden Klasse, zur bestimmenden Einflußnahme auf die strenge Durchführung und den nothwendigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und zur maßgebenden Theilnahme an der Gewerbe-Inspektion und mit der Machtvollkommenheit,

sich der Organe der staatlichen und kommunalen Verwaltung zu diesem Zwecke bedienen;

in Erwägung, daß eine zielbewußte Vertretung der Arbeiterschaft nur zu Stande kommen kann, wenn durch die gegen Maßregelungen gesicherte und unbehinderte Thätigkeit von Gewerkvereinen und Arbeiterverbänden das Klassenbewußtsein ein allgemeines und deutliches geworden ist;

in Erwägung, daß der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern auch in seiner heutigen Gestalt diesen Voraussetzungen keineswegs entspricht, seine einzelnen Bestimmungen aber, was die Kompetenzgrenzen der Kammern anlangt, bedeutungslos und zweideutig, was aber das aktive und passive Wahlrecht in dieselben anbelangt, engherzig und einschränkend sind und durch die offene Stimmenabgabe geradezu wertlos werden, daß dieser Gesetzentwurf daher weder nach der wirtschaftlichen noch nach der politischen Seite hin den Gedanken von wirklichen Arbeiterkammern zum Ausdruck bringt;

in Erwägung, daß Parteien und Regierungen, welche die bei uns geübte Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechtes zustimmend oder stillschweigend zulassen, der ernste Wille zur Ermöglichung einer Organisation der Arbeiterschaft überhaupt nicht zuzutrauen ist;

in schließlicher Erwägung, daß das einzige Ausmaß von parlamentarischer Vertretung, welches der Gesetzentwurf den Arbeitern als Abfindung für das allgemeine Wahlrecht anzubieten wagt, durch den indirekten Wahlmodus ganz ungeeignet ist, den wichtigsten und wesentlichsten Vortheil des allgemeinen Stimmrechtes — die Ermöglichung einer freien Diskussion — irgendwie zu ersetzen,

erklärt der Parteitag, daß der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern in seiner früheren sowie in seiner heutigen Gestalt den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, weder wirtschaftlich noch politisch entspricht.

Meine Herren! Ich möchte Sie ersuchen, daß Sie sich betreffs des jetzt verhandelten Punktes ausführlich von diesem Platze aus aussprechen, was Sie von diesem Gesetzentwurfe halten. Ich habe mein Möglichstes gethan und behalte mir nur noch das Schlußwort vor. (Bravo! Bravo!)

Dr. Adler (Wien). Ueber den vorliegenden Gegenstand der Tagesordnung haben sich die Arbeiter Oesterreichs vor mehr als $1\frac{1}{2}$ Jahren in ganz klarer und unzweideutiger Weise in Dutzenden von Versammlungen ausgesprochen. Die Arbeiter sind schon von vornherein der Ansicht gewesen, daß die Arbeiterkammern nur dann einen Wert haben, wenn sie einen Schritt in der Organisation der Arbeiter bedeuten und daß sie, wenn sie diese Funktionen nicht erfüllen, einfach wertlos sind. Freilich hat noch — und da möchte ich einen Moment aus der Geschichte der Arbeiterkammern herausgreifen — zu jener Zeit, als der Gedanke der Errichtung derselben in Oesterreich überhaupt aufgetaucht ist, die Idee einer

Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament einen gewissen Reiz gehabt, und es hat daher auch die Idee, Arbeiter-Abgeordnete auf dem Wege der Arbeiterkammern dorthin zu entsenden, vielen Anklang gefunden.

Man hat zu jener Zeit eben noch den Parlamentarismus überschätzt, indem man erwartet hat, daß von diesen Abgeordneten bei dem heutigen Parlamentarismus etwas für die Arbeiterklasse Vernünftiges durchgesetzt werden könne. Heute wissen wir, daß für uns nicht das Gewähltwerden, sondern nur das Wählen selbst einen Vortheil bietet, und wenn man uns das Wahlrecht nehmen und etwa, wie dies schon heute im Herrenhause der Fall ist, eine Anzahl von Abgeneten einfach durch Ernennung in das Abgeordnetenhaus berufen würde, so wäre uns das völlig gleichgiltig. Uns handelt es sich nur um die organisatorische Seite des Wahlrechtes, aber nicht um diejenige Seite, welche vom Boden des Parlamentes viel erwartet. Wenn aber die Arbeiterkammern zur Organisation der Arbeiter etwas beitragen sollen, ist vor Allem nothwendig, daß die Zusammensetzung und die Wahl in die Arbeiterkammern in einer Weise erfolgt, welche eine solche Organisation ermöglicht. In diesem Gesetzentwurf ist aber gerade dieser Punkt, ich möchte sagen, mit den raffinirtesten Mitteln hinausgemaßregelt worden.

Alle Paragraphe, die etwa eine solche Organisation anbahnen könnten, sind aus dem Gesetzentwurf entfallen. Derselbe stellt weiters Bezirke von einer Größe auf, die eine ordentliche Wahlagitation unmöglich machen, er spricht nämlich von einem Handelskammerbezirk, und weiter beschränkt er das Wahlrecht auf jene Arbeiter, welche durch zwei Jahre fortwährend in Arbeit gewesen sind, und Sie wissen am besten, welch' eine Beschränkung das an und für sich bietet. (Sehr richtig!) Es sind dadurch einfach alle ungelernten Arbeiter und von den gelernten sehr Viele, die nicht zu dem Stocke der Arbeiter gehören, die schließlich jede Fabrik haben muß, einfach ausgeschlossen. In dem Gesetzentwurf ist in keiner Weise dafür vorgesorgt, daß Arbeiterwähler-Versammlungen, sowie die Wählerversammlungen für den Reichsrath unbehindert tagen können.

Es können also auch solche Wählerversammlungen auf Grund unseres famosen Versammlungsgesetzes verboten werden, sowie dies mit allen unseren übrigen Versammlungen geschieht, und wenn dies Alles noch nichts wäre, so ist die Bestimmung des Gesetzentwurfes, daß die Wahl in der Weise erfolgen soll, daß jeder Arbeiterwähler seinen Wahlzettel mit seiner Namensunterschrift einreicht, vollständig genügend, um den Gesetzentwurf zu charakterisiren. (Gewiß!) Man beruft sich hiebei auf die Handels- und Gewerbekammer. Ja, dort geht er ganz gut, denn der Fabrikant oder Gewerbsmann wird nicht gemaßregelt, ob er nun für einen liberalen oder zünftlerischen Handelskammer-Abgeordneten stimmt. Etwas anderes aber wäre es bei den Arbeitern, und es wäre eine ganz famose Geschichte, wenn der Regierungs-Vertreter, der ja bei dem Skrutinium dabei sitzt, eine Liste jener Arbeiter bekäme, die für einen Kandidaten zu stimmen gewagt haben, der vielleicht nach oben unangenehm ist. Außerdem könnte, und auch in dieser Richtung ist nichts vorgesehen, ein solcher glücklich gewählter Arbeiter-Kammerrath (Heiterkeit) auf Grund des Ausnahmsgesetzes oder sonst eines unserer vielen Gesetze ausgewiesen werden und diejenigen, die ihn gewählt haben, würden jedenfalls Unannehmlichkeiten haben. Wir kennen ja das, ich brauche das gar nicht weiter auszuführen.

Wie nun ein solcher Gesetzentwurf für unsere Organisation irgend einen Wert haben soll, ist absolut nicht abzusehen. Mit einem solchen Gesetz kommen auf einmal jene Leute, die das Vereins- und Versammlungsgesetz und die Ausnahmsgesetze gemacht haben, dieselben Leute, die heute während aller parlamentarischen Verhandlungen nicht ein Wort für die Maßregelungen der Arbeiter haben, und glauben, wir werden das ernst nehmen. Die Leute halten uns geradezu für Kinder. (Heiterkeit.)

Nun ist es aber unbedingt nöthig, auszusprechen, daß wir diesen Gesetzentwurf nicht ernst nehmen, daß wir die Leute, die dahinter stehen, klar durch-

schauen und wissen, was sie wollen. Sie glauben, daß die Arbeiter heute noch so leicht zu gewinnen sind, wie vor 20 Jahren. Es ist kein Zweifel, wenn zur Zeit, wo die vom Gen. Gehrke erwähnte Petition eingebracht wurde, ein solcher Gesetzentwurf unterbreitet worden wäre, würde man das immerhin als eine bedeutende Errungenschaft und als ein Entgegenkommen der betreffenden Partei gegenüber der Arbeiterschaft angesehen haben. Aber warum wäre das geschehen? Weil die Arbeiterschaft Oesterreichs zu jener Zeit weder die liberale noch die konservative Partei in Oesterreich gekannt hat. Heute aber kennen die Arbeiter diese Parteien, ihre Ziele (von Personen wollen wir gar nicht reden) und wissen, was sie von ihnen zu erwarten haben. Heute ist daher ihrer Liebe Mühe umsonst.

Ich möchte Ihnen auch mittheilen, in welcher Weise der Gesetzentwurf im Parlamente behandelt wurde. Erst einige Monate oder gar ein Jahr, nachdem der Gesetzentwurf eingebracht worden war, wurde ein Ausschuß niedergesetzt, dieser Ausschuß hat binnen einem Jahre ein Subkomité gewählt, dieses Subkomité hat einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet, hat wieder an den Ausschuß referirt (Heiterkeit), und die Regierung, das muß ich konstatiren, hat bis heute nicht den Mund aufgemacht. Bis heute hat sie noch nicht gesagt, ob sie die Arbeiterkammern will oder ob sie sie nicht will. Nun könnte uns das gleichgiltig sein, aber wir leben in Oesterreich und in Oesterreich geschieht vom Parlamente nur das, was die Regierung will. Wenn das Parlament der Regierung nicht paßt, wird es nach Hause geschickt, das nennt man bei uns Parlamentarismus. (Heiterkeit.) In anderen Ländern, wo noch eine ernstere Auffassung auch über die bourgeoisparlamentarische Vertretung herrscht, muß sich das Ministerium nach dem Parlament richten. Bei uns hat jede Regierung es in der Hand, das Parlament sich so zuzurichten, wie sie es braucht. Das wissen wir und ob wir je Arbeiterkammern haben werden, hängt einfach davon ab, ob die Regierung sie will oder nicht. Darüber hat sie sich, wie gesagt, noch nicht ausgesprochen. Sie hat nur gesagt, daß es schwer sein wird, vor Durchführung der Krankenkassenorganisation herauszubringen, wie viel Arbeiter überhaupt unter das Gesetz fallen. Als nämlich das Subkomité den Entwurf fertiggestellt hat und nun die Möglichkeit vorgelegen wäre, die Sache vor dem Parlamente zu einer endgiltigen Beschlußfassung zu bringen, hat ein Mitglied der Regierungspartei den schlauen Gedanken gehabt, den Handelsminister zu ersuchen, ihm im Einvernehmen mit dem Minister des Innern doch mitzutheilen, wie viel Tischler, Schuhmacher, Schlosser, Spinner u. s. w. es gibt, damit man doch klar wisse, was man beschließe. Denn die Herren beschließen bekanntlich nie etwas, bevor sie nicht klar wissen, welche Konsequenzen das hat. (Heiterkeit.) Durch diese ausgezeichnete Idee war der Handelsminister in der Lage, die einzige Erklärung abzugeben, die er überhaupt abgegeben hat, daß er das nicht weiß (Heiterkeit), und das müssen wir ihm aufs Wort glauben. Er hat gesagt, man muß warten, bis das ganze Krankengesetz durchgeführt ist. (Rufe: Da können wir lange warten.) Sie werden mir zugeben, wenn man nicht früher Arbeiterkammern einführt, so brauchen wir uns mit unsern Verhandlungen gerade nicht sehr zu beeilen. (Heiterkeit.) Für uns ist es aber ebenso nothwendig zu sagen, daß die Arbeiterkammern in dieser Form ein purer Schwindel sind. (Sehr richtig!) Wir haben keinen Anlaß uns zu geniren, die Herren geniren sich uns gegenüber auch nicht. (Sehr gut!)

Nothwendig ist es aber zu sagen, daß wir wohl wissen, welche Arbeiterkammern wir wollen. Wir wollen Arbeiterkammern welche hervorgegangen sind aus dem Wahlrecht der Arbeiter in den abgegrenzten kleinen Bezirken, welche aus geheimer Stimmabgabe hervorgangen sind, und in welchen nun die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft in ernster Weise erwogen und bestimmt werden können. Wir wollen Arbeiterkammern, welchen die Durchführung der Arbeiterschutzmaßregeln ernsthaft zugewiesen ist.

Nicht der Bezirkshauptmann und die Statthalterei und das Ministerium soll die Erlaubnis haben, unsere Arbeiterschutzmaßregeln nach ihrer Willkür ein=

zuschränken, sondern wir wollen, daß diese Funktionen den Arbeiterkammern zufallen. Wir wollen weiter, daß von diesen Arbeiterkammern gewählte Inspektoren oder vielmehr Kommissionen im Verein mit vom Staat ernannten und besoldeten Fachorganen — daß diese die Inspektion und Durchführung der Gewerbeordnung vornehmen. Wenn man uns hierauf — wir können da ja noch eine kleine Konzession machen — etwa sagen sollte: man kann die Verlängerung des Arbeitstages nicht nur von der Arbeiterkammer abhängig machen, die Unternehmer haben auch Interessen dabei — da haben wir gar nichts dagegen, wenn die Sache etwa so formulirt würde: Ueberschreitung der 11stündigen Arbeitszeit ist nur dann möglich, wenn sowohl die Gewerbekammer, als die Arbeiterkammer einverstanden sind. Wenn die Arbeiterkammer einverstanden ist mit einer Verlängerung und die Handels- und Gewerbekammer dagegen ist, dann soll sie nicht geschehen. (Heiterkeit.) Aber wir dürfen auch nicht verkennen, daß Arbeiterkammer auf dieser Basis einen ganz außerordentlichen Wert für uns hätten. Ich möchte behaupten, sie hätten einen größern Wert als alle übrigen politischen Rechte, die wir haben. Wenn wir das Recht hätten, in einem Kreis von, sagen wir, 4- oder 500.000 Einwohnern eine Arbeiterkammer zu haben, in die jeder Arbeiter alle Jahr — alle zwei Jahre wollen wir sagen — wählt, die Versammlungen abhält, diese Arbeiterkammer mit ihren Wählern in stetem Kontakt — dann hätten wir die Anbahnung einer Organisation erreicht, welche umso wertvoller wäre, als unsre Fachvereinsorganisation bis jetzt wenig ausgebildet ist. Hätten wir eine bedeutende Fachvereinsorganisation, ließe sich über diese Arbeiterkammern auch noch reden. Aber den zersplitterten, unorganisirten Arbeitern gegenüber, die in öffentlicher Stimmabgabe in so großen Bezirken ohne ordentliche Wähler-Versammlungen wählen sollen — eine solche Organisation hängt in der Luft und ist zunächst wertlos.

Als im Jahr 1872 darüber im Abgeordnetenhaus debattirt wurde, hat der Ausschuß über diese Petition, in dem Plener Referent war, klar gesagt: Wir können die Sache nicht gut machen, weil der Unterbau von Fachvereinen fehlt. Diesen Unterbau, den verkürzen sie uns heute fortwährend, machen ihn ganz unmöglich, und das müssen Sie zugeben: wenn wir durch ausdauernde Arbeit in der letzten Zeit wieder ein Paar Vereine in die Höhe brachten — sie können übermorgen alle mit einem Federstrich weggestrichen werden — wer von uns kann das hindern? Aber mit solchen Institutionen uns ernstlich einzulassen, ist ganz unmöglich. Ich glaube, wir werden einfach sagen, was wir wollen, vergleiche man damit, was hier geboten ist, und daraus wird das Urtheil über ihre Institution klar hervorgehen.

Es wird nicht lange dauern, da wird eine Enquête im Abgeordnetenhause tagen — eine Anzahl Arbeiter werden berufen sein, ihr Urtheil abzugeben; über die Zusammensetzung der Enquête wollen wir nicht sprechen. Wenn die Brünner Genossen noch da wären — wenn die steirischen da wären, könnten sie erzählen, wie da vorgegangen wurde. Man hat für ganz Mähren, ganz Steiermark absolut keine Vertretung zugelassen, und für Mähren einen Mann zugelassen, der von den Arbeiterkammern so viel versteht, als ihm der Graf Belcredi darüber erzählt — (Zurufe: Seine Stellung!) seine Stellung zu charakterisiren, das kommt mir nicht zu — ein Brünner Genosse könnte das thun — er soll in direkt abhängiger Stellung von Belcredi sein. (Zurufe: Hat keine Fühlung mit der Arbeiterschaft!).

Es wird der Enquête ein Fragebogen vorgelegt werden — wir wollen den Mitgliedern der Enquête nicht vorgreifen — sie werden ihre Meinung schon sagen. Aber wir wollen hier sagen, wie wir es beantworten würden, wenn wir gefragt worden wären.

Da heißt es: Erste Frage: Erscheint die im Gesetzentwurfe in Aussicht genommene Institution als eine richtige und wünschenswerte Form der Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Klasse?

Darauf antwortete unsere Resolution: „Der Parteitag erklärt, daß der Gesetzentwurf weder wirtschaftlich noch politisch entspricht."

Damit ist die erste Frage erledigt und das ist die Hauptfrage.

Zweite Frage: Ist die zunächst ins Auge gefaßte Uebereinstimmung zu der Zahl und dem Gebietsumfange der bestehenden Handels- und Gewerbekammern zu empfehlen?

Wir haben uns ja darüber geäußert, daß dieser Gebietsumfang ein viel zu großer ist, mitunter ein ganz unvernünftiger, weil in diesen Bezirken Industrien auseinandergerissen und nicht zusammengehörige vereinigt werden in ganz überflüssiger, unklarer und die Bedeutung einer solchen Institution gradezu fälschender Weise.

Dritte Frage: Ist die Begründung des aktiven Wahlrechtes durch die Mitgliedschaft in einer Krankenkasse zutreffend?

Ich glaube, ich meinerseits — die berufenen Genossen werden es besser verstehen — ich meinerseits weiß das nicht. Wenn das Krankenkassengesetz vollständig ausgeführt ist, wird es dem ungefähr entsprechen.

Vierte Frage: Wie wäre eine Gruppirung nach Berufskategorien durchzuführen?

Auf diesen Punkt möchte ich Sie aufmerksam machen, hier liegt etwas darunter.

Im Ausschusse nämlich — beide Parteien sind nämlich riesig arbeiterfreundlich — wenn die Linke einen solchen Gesetzentwurf einbringt, so ist es der Rechten von vornherein unmöglich zu sagen: nein; nicht einmal die Linke hat zum Arbeiterschutzgesetz absolut nein gesagt, sondern nur: man muß die Sache vernünftig machen (Heiterkeit) —. Die Rechte sagte ebenso nicht gleich: die Kammern passen uns nicht, sondern sie sagte: wir wollen das Ding ordentlich machen; wir wollen die korporative Gliederung der Gesellschaft hier ihren Anfang machen lassen — davon werden Sie im „Vaterland" gelesen haben; „wir wollen die Genossenschaften benützen, eine Gruppirung nach Berufen". Da kommen die Genossenschaften zu ihrer politischen Ausnützung. Sie wissen nun, was das bedeutet. Wir sind ganz dafür, daß in den von uns gewünschten Arbeiterkammern eine solche Gliederung auf Grundlage von Fachvereinen stattfindet. Aber diese Genossenschaften mit ihrer absoluten Rechtlosigkeit der Gehilfen gegenüber den Meistern — die sind nicht geeignet, eine Basis dafür zu bilden. Sie sind heute im Schlepptau von der Arbeiterklasse geradezu entgegengesetzten Interessen. Es gibt allerdings auch Genossenschaften — wo die Arbeiterpartei überhaupt lebt, ist es auch möglich, einzelne der Gehilfen-Versammlungen herüberzuziehen und ihnen ihre wirklichen Interessen zu zeigen — aber im Allgemeinen ist das durchaus nicht der Fall.

Es gehört eine ungeheure Organisation unsererseits dazu, die wir nicht haben, um die Genossenschaften für uns auszunützen. Heute, wo alle Vereine zusammengeworfen sind, die Versammlungen aufgelöst werden, sind wir oft gezwungen, eine solche Gehilfen-Versammlung zu benützen, um für uns auch einmal zu agitiren, wie wir eben alles, was wir haben, benützen.

Fünfte Frage: Empfiehlt sich für den Wahlakt das Listenskrutinium?

Eine zu spezielle Frage, auf die wir uns nicht einlassen. Aber hiebei weisen wir auf die offene Wahl hin, die Zettel werden ebensoviele Denunziationen an die Polizei sein.

Sechste Frage: Erscheint die vorgeschlagene Kompetenz der Arbeiterkammern richtig begrenzt und sind die Bestimmungen über die Bestellung der Funktionäre gut zu heißen?

Darüber haben wir gesprochen. Eine Kompetenz haben die Arbeiterkammern nämlich überhaupt nicht.

Die Kompetenz der Arbeiterkammern ist, Dinge in Berathung zu ziehen und darüber Resolutionen zu fassen — das können wir in unseren Versammlungen auch — daß hernach irgend Jemand auf diese gefaßten Beschlüsse irgend etwas

gebe, das ist nirgends gesagt und es wird darauf wahrscheinlich ebenso wenig gegeben werden wie auf unsere Resolutionen. Es ist weiter gesagt, die Arbeiterkammern haben das Recht, Fragen zu stellen und Untersuchungen einzuleiten über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — es ist aber nirgends gesagt, daß auch die Behörden und ihre Organe darauf antworten müssen und daß die Fabrikanten darauf antworten müssen, ist schon gar nicht gesagt. Und sie werden auch keine Antwort erhalten, es wird also nicht möglich sein, ordentliche Untersuchungen in dieser Richtung zu machen. Dann weiter ist diesen Arbeiterkammern nirgends eine Exekutive gegeben, es ist unmöglich, die Untersuchung irgend eines gewerblichen Etablissements durchzuführen — wenn die Arbeiterkammer nur eine Resolution darüber fassen kann, so nützt das absolut nichts. Unsere Ausführungsorgane, die Gewerbebehörden, sind ja zu dieser ihrer Funktion erst vor nicht gar langer Zeit gelangt, sie verstehen daher davon so gut wie nichts und bei den meisten fehlt auch der gute Wille — einzelne Ausnahmen wollen wir ja gelten lassen. Auch sind sie viel zu sehr überbürdet mit Arbeiterangelegenheiten, sie haben fortwährend Untersuchungen über die Zustände der Arbeiter zu pflegen, ob nicht etwa irgendwo die Ruhe und Ordnung gestört wird, auch haben sie zu viel zu thun mit der Untersuchung des Arbeitsbuches — das ist nämlich der einzige Punkt unserer Gewerbeordnung, der durchgeführt wird, u. zw. drakonisch — als daß sie noch Zeit hätten für etwas die Arbeiter wirklich Interessirendes. Nun, wie jeder von Ihnen weiß, fiel diese Bestimmung, welche den Arbeiterkammern wirklich einen Wert verleihen würde, im Entwurf, und man muß wirklich zu der Frage gelangen, ob die Arbeiterschaft Oesterreichs nicht einfach sagen soll: behaltet Euch Eure Arbeiterkammern, wir pfeifen darauf.

Das wäre allerdings sehr einfach, wir sind aber verpflichtet, nicht nur zu sagen, was wir nicht wollen, sondern auch zu sagen, was wir wollen, verpflichtet, nicht etwa deswegen, weil wir glauben, daß wir dann das erreichen, was wir angesprochen haben, sondern, weil wir der Arbeiterschaft, die noch nicht organisirt ist, die sich noch nicht in unseren Bahnen bewegt, auch beweisen und erklären müssen, warum wir das gerade nicht wollen und weil wir auch die Ziele angeben müssen, denen wir zusteuern. Eine solche Organisation, die ich Ihnen früher nur in einzelnen Zügen geschildert habe, ist in dem ausgezeichneten Arbeiterschutz-Gesetzentwurfe, welchen unsere Genossen im deutschen Reichstage eingebracht haben, in allen Einzelnheiten ausgeführt; sie hätte für uns einen ungeheuren Wert, und daß dies auch unsere Gegner anerkennen, beweist eine Szene im deutschen Reichstage, die etwa folgendermaßen verlief: Abg. Bebel, der auseinandersetzte, wie eine solche Organisation beschaffen sein müßte, sagte u. A.: das wollen wir und sonst Nichts von Euch, worauf ihm Minister Böttcher zurief: „das glauben wir, dann seid Ihr fertig!" Dann sind eben die Vorbereitungen geschaffen, um Alles zu erreichen, was wir wollen, wenn wir in Bezirke abgetheilt sind, wenn wir unsere Angelegenheiten selbstständig verwalten, wenn wir Gelegenheit haben, unsere Leute zu schulen in der Verwaltung und ihre Interessen mit einer gewissen Autorität zu wahren — dann sollen sich die Gewerbebehörden und andere darauf gefaßt machen, daß die Interessen der Arbeiterschaft eine sehr gute Vertretung haben werden. Ich habe nur Einzelnes fragmentarisch angedeutet, aber das Eine glaube ich noch sagen zu dürfen, daß alle Diejenigen, welche unseren Verhandlungen beigewohnt haben, die Ueberzeugung mitnehmen werden, daß diese Frage von der Arbeiterschaft ganz objektiv und ruhig verhandelt wird; der einzige Gesichtspunkt, der uns leitet, ist eben der, was für die Organisation der Arbeiterschaft nützlich und förderlich ist, alles Uebrige interessirt uns nicht.

Rieger (Kratzau). Meine Herren! Da ich auch die zweifelhafte Ehre genieße, zu der Enquête des Abgeordnetenhauses eingeladen zu sein, so erlaube ich mir, einige Worte zu diesem Punkte zu sprechen. — Wenn man einen zu engen Rock zuknöpft, so kracht und platzt er bekanntlich an allen Nähten und es dauert nicht lang, so bekommt er Sprünge, man muß ihn abwerfen und einen

neuen anschaffen. Ganz dasselbe ist auch bei unserem heutigen Gesellschaftswesen der Fall: jenes Gewand, innerhalb welchem sich gegenwärtig die Menschheit bewegt, wird zu enge, entspricht nicht mehr den Bedürfnissen der Mehrheit und kracht, und platzt bekanntlich auch an vielen Näthen. Da kommt man nun herbei, dasselbe zu flicken, dem großen Schaden der heutigen Gesellschaft durch kleine Mittel abzuhelfen, und wenn diese Mittel wenigstens gesund wären! Unser Gesellschaftswesen gleicht einem baufälligen Hause und da will man ein paar gesunde Balken einziehen, aber Jeder sieht ein, daß das Haus dadurch nicht vor dem Einsturze bewahrt wird. Es ist den Herren, welche den Entwurf über die Arbeiterkammern eingebracht haben, schon so gründlich die Wahrheit gesagt worden, daß sie alle Ursachen hätten, sich in einen Winkel zu flüchten, um die Schamröthe zu verbergen, wenn sie das Schämen nicht schon verlernt hätten. Erwähnenswert ist bei der Enquête, daß man eine Anzahl bewährter Genossen unserer Partei, die vorgeschlagen wurden, abgelehnt hat, weil man fürchtete, sie würden die Wahrheit zu gründlich sagen und man hat zu anderen gegriffen, von denen man hofft, sie würden die Wahrheit weniger gründlich sagen; nun, diese Hoffnung den Herren zu vereiteln, wird unsere Aufgabe sein. Was unsere Stellung zu dem Gesetze anbelangt, so geht sie dahin, daß dasselbe, falls der Entwurf nicht geändert wird, überhaupt abgelehnt werden muß. Sollten keine wesentlichen Aenderungen vorgenommen werden, und ich bin überzeugt, meine Herren, es werden keine vorgenommen werden, — denn das ginge gegen das Klasseninteresse jener Herren, so werden wir erklären, daß wir mit dem Gesetze nichts gemein haben; wird man es uns aber trotzdem aufdrängen, dann werden wir es auch nach Kräften ausnützen. Das wollte ich bemerken.

Körber (Prag). Ich will nur kurz andeuten, welche Stellung die Prager Arbeiter in dieser Frage genommen haben. Vor zwei Jahren, als der Entwurf im Reichsrathe eingebracht wurde, brachten wir es dahin, daß sich die Prager Arbeiterschaft der Stellung der gesammten Arbeiterpartei anschloß — es war das ein tüchtiges Stück Arbeit, das kann ich aufrichtig sagen. In den verflossenen zwei Jahren ist es aber noch nicht gelungen, die gesammte Prager Arbeiterschaft zu uns heranzuziehen. Vor etlichen Wochen, als die Mitglieder der Enquête ernannt wurden, kam die Sache wieder in Fluß und die Prager Arbeiter haben in zwei Volksversammlungen ihre Ansichten ausgesprochen, welche, wie ich sehe, identisch sind mit denen des Parteitages, sie erklärten, nur Arbeiterkammern auf der Basis der Autonomie haben zu wollen und lieber ganz darauf zu verzichten als so gestaltete anzunehmen, wie sie im Entwurfe vorgesehen sind, endlich haben sie sich gegen den Modus der Enquête verwahrt. Wir haben nur den inneren Wunsch, daß die Genossen, welche als Experten nominirt sind, den Herren das aussprechen, was sie zu hören verdienen. Man versucht einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, indem man sagt: sollten sich die Arbeiter gegen den Entwurf aussprechen, so werden die Arbeiterkammern nicht zu Stande kommen, da die Regierung ihnen entgegen sei. Nun, haben wir geantwortet, die Regierung ist ihnen entgegen und wir sind ihnen entgegen, da sind wir ja einer Meinung! Es liegt sowohl den Alt- als den Jungtschechen sehr viel daran, daß die Arbeiterkammern zu Stande kommen, das beweisen die Zirkel, die organisirt werden und bei denen 24—48 Personen beisammen sind, und in welchen zwei Abgeordnete, ein Alt- und ein Jungtscheche, von denen einer für, einer gegen das Anarchistengesetz gestimmt hat, die Leute nicht früher loslassen, bis sie „ja" sagen. Als wir ihnen aber am selben Tage, an dem ein solcher Zirkel stattgefunden hatte, in der Volksversammlung sagten: wenn sie mit dem Entwurfe unter die Arbeiter kämen, könnten sie damit betteln gehen, da wurden sie etwas stutzig.

Wir in Prag nehmen eine Stellung ein konform der auf dem Parteitage herrschenden und sind mit demselben in dieser Hinsicht solidarisch. (Bravo!)

Dr. Braun (Wien). Nachdem, was die bisherigen Redner gesagt haben, ist nicht viel hinzuzufügen, ich möchte nur auf einige kleine Punkte aufmerksam

machen. Nach dem Gesetzentwurf über die Arbeiterkammern sollen diese nur neun Vertreter in das Abgeordnetenhaus entsenden. Man denke, daß diese neun Arbeiterabgeordneten den 353 Vertretern der Bourgeoisie und des Feudalismus gegenüberstehen werden. Ein ungleicheres Verhältnis kann überhaupt nicht mehr gedacht werden. Die neun Abgeordneten werden nicht einmal in der Lage sein, selbstständig eine Interpellation einzubringen, weil eine solche mindestens 15 Unterschriften haben muß. Sie werden nicht in der Lage sein selbstständig einen Antrag einzubringen und sei er auch noch so gemäßigt, z. B. den Antrag, daß Konsumvereine nicht stärker besteuert werden sollen als andere Kaufleute, denn ihre Anträge werden nicht die nöthige Unterstützung finden. Es ist also zu befürchten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft nicht im Stande sein werden, es durchzusetzen, daß ihre Anträge je zur Verhandlung, ja nur zur Verlesung kommen. Wie anders steht es dem gegenüber mit den Vertretern der Handels- und Gewerbekammern, dieser eigentlichen Domäne der Bourgeoisie! Diese werden in solcher Anzahl in das Parlament gewählt, daß sie, auch wenn sie von anderen Parteien keine Unterstützung fänden, im Stande sind, selbstständige Anträge und Interpellationen einzubringen. Demgemäß sind wir gezwungen zu erklären, daß wir die Arbeiterkammern, was ihre politische Seite betrifft, ablehnen, und daß wir keinen Anlaß haben, den Herren Plener, Wrabetz und Exner die Freude zu bereiten, daß wir zur Verschönerung des österreichischen Parlamentes einige Arbeiter als Staffage in dasselbe entsenden werden. (Bravo! Bravo!) In dieser Richtung wird unter den gesammten österreichischen Arbeitern absolut keine Meinungsverschiedenheit auftreten, und auch was die wirtschaftliche Seite der Arbeiterkammern betrifft, so sind die Vortheile derselben keineswegs auch nur annähernd mit denjenigen zu vergleichen, die die Handels- und Gewerbekammern bieten. Aber trotzdem wäre ich nicht der Meinung, daß wir die wirtschaftliche Seite der Arbeiterkammern ebenso zu verwerfen hätten, als ihre politische Seite. Wir werden die Arbeiterkammern, wenn wir sie bekommen, in wirtschaftlicher Beziehung sehr wohl ausnützen, aber wir werden immer erklären, daß durch die Form, in der uns diese Arbeiterkammern gegeben werden — und Jeder, der das Statut der Arbeiterkammern mit den Statuten der Handels- und Gewerbekammern vergleicht, wird dies, mag er auch der ruhigste Mensch sein, zugeben müssen — nur zum Klassenhaß aufgereizt werden wird. (Sehr richtig!)

Darüber, ob die Arbeiterkammern angenommen werden oder nicht, ausführlich zu sprechen, kann nicht meine Sache sein, da ich kein Politiker bin, aber wie die Sache steht, wie sich die Abgeordneten der verschiedenen Parteien bisher gebunden haben, dürfte es nicht unwahrscheinlich sein, daß sich für die Arbeiterkammern eine Majorität im österreichischen Parlamente finden wird. Wenn nun diese Arbeiterkammern, wie es bei dem polizeilichen Geiste unserer Behörden, d. h. unserer Regierung nicht anders zu erwarten ist, der Sanktion nicht unterbreitet werden dürften, beziehungsweise vom Herrenhause abgelehnt werden sollten, so wird auch das wieder, obgleich wir für die Arbeiterkammern nicht sind, die Arbeiter zum Klassenhasse reizen müssen.

Wir können nicht anders als der Resolution voll und ganz zustimmen, und zwar weil wir Arbeiterkammern haben wollen, und wenn die Herren Plener, Wrabetz und Exner gegen die Arbeiter wirklich ehrlich wären, und ich will gleich in Klammern beifügen, daß sie es nicht sind, dann müßten sie sehen, was sie zu thun hätten, und wenn sie, wie wahrscheinlich, auf unsere Beschlüsse keine Rücksicht nehmen werden oder nur in unwesentlichen Punkten, so werden wir sie wenigstens durch unsere heutige Versammlung demaskirt haben, und das wird sicherlich auch einen Vortheil haben. Wir haben aber gezeigt, was die österreichische Arbeiterschaft will, auch wenn die Arbeiterkammern durch Ablehnung im Herrenhause oder Nichtsanktionirung derselben von der Tagesordnung abgesetzt werden sollten. (Lebhafter Beifall.)

Gans (Graz): Ich will nur ausführen, in welcher Weise die Experten für die Arbeiterkammern gewählt wurden. Aus ganz Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien wurde blos ein Experte eingeladen, und dieser ist ein Gewerbetreibender. Man hat es also nicht einmal der Mühe wert gefunden, einen Arbeiter zu wählen, sondern man hat auf einen Gewerbetreibenden gegriffen, der nicht vielleicht seit gestern, sondern schon 12—13 Jahre Gewerbetreibender ist, allerdings ist er im Jahre 1872, als die Frage der Arbeiterkammern auftauchte, in der Arbeiterbewegung gestanden, aber er steht heute längst nicht mehr auf dem Standpunkte der Arbeiter, sondern auf dem Standpunkte des Dr. Lueger, welcher ihn auch vorgeschlagen haben dürfte. Ich führe das nicht an, weil wir Arbeiter aus den Alpenländern uns etwa hiedurch gekränkt fühlen, sondern nur um zu zeigen, wie ernst man diese Geschichte nimmt; und damit man das Urtheil dieses Herrn nicht etwa für die Meinung der Arbeiterschaft hält. Er sollte darum die Einladung nicht annehmen, da er doch weiß, daß er nicht die Arbeiterschaft vertritt. Man hat auf einen Menschen gegriffen, der vor einigen Jahren auf dem Gewerbetage eine antisemitische Rede gehalten hat, und von dem sonst nichts bekannt ist. (Rufe: Wie heißt er?) Er heißt Kunz.

Dr. Adler (Wien): Ich möchte nur noch ein paar Worte dem beifügen, was Gen. Körber aus Prag erzählt hat. Ich zweifle gar nicht, und das zeigt, wie es heute in unserem Parlamente und mit unseren Parteien aussieht, daß die tschechischen Abgeordneten, sowohl die Alt- als die Jungtschechen, ganz dafür wären, daß die Arbeiterkammern eingeführt werden, obwohl sie sich an der Debatte seinerzeit sehr wenig betheiligt haben und ihre Wortführer nun allerlei Flausen gemacht haben. Nur dem möchte ich entgegentreten, daß sich unter den Genossen die Ansicht bildet, daß wenn die Arbeiter zu den Arbeiterkammern nein sagen, sie dann nicht eingeführt werden. Wir werden uns durch solche Redensarten nicht bestimmen lassen. Die Arbeiter sagen seit 20 Jahren nein, zu unserem Vereinsrechte, nein, zu unserem Versammlungsgesetze und sie schreien nein zu unseren Ausnahmsgesetzen, und trotzdem haben wir alle diese Gesetze. Glauben Sie mir, es ist der Regierung völlig gleichgiltig, wie wir darüber urtheilen. Den Parteien liegt ebensowenig wie der Regierung an der Einführung der Arbeiterkammern, sie wollen nur, daß sie sie in Vorschlag bringen, um unter der Arbeiterschaft für sich eine günstige Meinung zu erzeugen. Es handelt sich also um einen Gimpelfang. Es fehlen dazu eben nur die Gimpel. (Lebhafter Beifall.)

So ist die Sache, und das muß auch, das soll auch gesagt werden. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter einen Einfluß hätten auf die gesammte Gesetzgebung, auch nur in der Weise, daß man ihre Wünsche irgendwie berücksichtigte. Das ist nicht wahr. Wenn das wahr wäre, dann müßte die Regierung nach unseren Versammlungen und unserm Parteitag nicht sagen, wir wollen die Arbeiterkammern nicht, sondern sie müßte sagen: dann werden wir den Arbeiterkammern einen ordentlichen Inhalt geben. Das thut die Regierung nicht, und die Wünsche der Arbeiter haben auf sie absolut keinen Einfluß.

Daß die Agitation in Prag so betrieben wird von den tschechischen Abgeordneten, ist höchst interessant. Es zeigt, daß sie ebenso wie die deutschen eine Brücke suchen, ein Mittel, mit den Arbeitern in irgend eine Berührung zu treten, und gerade in Prag ist das ungeheuer wichtig — ich hoffe, ich werde keinem der anwesenden slavischen Arbeiter nahe treten, er wird wissen, was ich meine und worauf ich anspiele — es ist wahr, daß die slavischen Arbeiter gerade auch in Prag bis zu einem hohen Grade bis in letzter Zeit im Schlepptau der jungtschechischen Partei waren (Körber: waren). Gerade noch in Resolutionen der letzten Zeit ist ein gewisses Vertrauen zur jungtschechischen Partei zum Vorschein gekommen — noch immer die alte Illusion der Petitionen! — oft in ganz merkwürdigen Formen — ich habe gelesen, daß eine Versammlung von Arbeitern beschloß, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, gelegentlich der Feier

des 40jährigen Jubiläums das allgemeine Wahlrecht einzuführen. (Körber: Das ist eine Fälschung!) Also ist das erlogen gewesen.

Aber es kommen auch Züge von solch rührender Naivität vor, daß wir uns darüber wundern müssen. Durch die rührige Agitation und durch die energische Arbeit unserer slavischen Genossen fangen die tschechischen Arbeiter an, sich der Fühlung mit den Jungtschechen allmälig zu entziehen — sie verlieren allmälig die Fühlung, und nach und nach gibt es eine selbstständige tschechische sozialdemokratische Partei, welche von den jungtschechischen Abgeordneten nichts wissen will, wie die deutschen Arbeiter nichts von ihren Abgeordneten. Dies merken die tschechischen Abgeordneten und benützen jedes Mittel, um sie wiederum in ihre Schlingen hineinzubringen; es ist gut hier darauf aufmerksam zu machen. Genosse Kesel macht mich darauf aufmerksam, daß hier nicht erwähnt wurde, daß auch ein Passus vorkommt: „daß Diejenigen, die in Untersuchungs- oder Strafhaft sind, von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind". Nun, Genossen, daß ist ein sehr wichtiger Paragraph. Sie wissen, daß man bei uns mit der Untersuchungshaft nicht viel Umstände macht. Es wäre sehr gut, besonders wie es in Böhmen üblich ist, wie seinerzeit bei Verhängung des Ausnahmezustandes einfach alle Listen der Ausschüsse der Fachvereine hergenommen wurden und die Leute von A bis Z ausgewiesen wurden — ohne zu fragen, was sie gethan haben — man fragte einfach, ob er nach Wien zuständig ist, oder nicht; — ebenso können dann, wenn eine solche Liste aufgestellt wird, 25 bis 30 Leute in Untersuchungshaft gesteckt werden, wenn es gerade nicht paßt, daß sie gewählt werden. (Sehr richtig!) Und ich bin überzeugt, daß wir noch Richter dafür finden werden; denn bei Jedem findet sich doch ein Anhaltspunkt. Vielleicht hat er eine Nummer des »Rovnost« oder »Vek Svobody« bei sich. Dies genügt. Der Geheimbund wird dann schon gesucht werden. Nach der Wahl entläßt man sie wieder und das Recht ist wieder hergestellt. (Gelächter.) Ich selbst bei meinem Geheimbundprozeß bemühe mich jetzt, bei drei oder vier Vernehmungen zu erfahren, warum der Prozeß gemacht wird; man nennt mir immer einen Paragraph. Ich sage: Aber auf Grund welcher Thatsachen? Da erwidert man mir: Ja, die Thatsachen, die suchen wir eben. (Heiterkeit.)

Gerade so gut könnte es da sein. Mich sperrt man nicht ein. Ich bin ein Doktor, den sperrt man nicht gern ein. Aber da könnte man die ganze Kandidatenliste einsperren. Daß sie überhaupt auf dieselbe Liste geschrieben wurde, für eine Wahl, alle zusammen, daß ist schon ein sehr wichtiges Indizium, daß ein Geheimbund existirt. (Großer Beifall.)

Fleischhans (zur Geschäftsordnung) bemerkt in Betreff der Petition zum 40jährigen Jubiläum: Ich habe schon früher davon gehört und finde es sehr interessant. Genosse Körber möge in kurzen Worten eine Erklärung darüber abgeben. Es ist sehr interessant und charakteristisch.

Körber: Entschuldigen Sie, wenn ich mich so kurz als möglich fasse. Es ist wahr. Eine Volksversammlung wurde in Prag anberaumt, es wurde gesagt, es ist möglich, daß eine Propaganda für das allgemeine Wahlrecht vielleicht etwas beitragen würde zu dieser Feierlichkeit und aus Loyalitätsgründen könnten die Abgeordneten einen solchen Antrag stellen und richtig durchdrücken. In Prag gibt es Arbeiter genug, die sich zu solchen Sachen gebrauchen lassen, weil die Herren immer so schmeichelhaft mit ihnen vorgehen und sie so quasi wegen der Verfolgungswuth außerhalb der Organisation standen. Dadurch kam also die Versammlung zu Stande. Der Präsidirende verdient nicht die Ehre, hier genannt zu werden; man sollte ihn einfach nicht einmal in der Welt kennen! Es ist ein Gewerbetreibender, gibt sich als Arbeiterführer. (Ruf: Saller!) Er ist überall und nirgends, hat keine rechten Grundsätze, er ist für Alles zu haben und sein Name ist auch derart. Dieser Mann präsidirte und drückte mit allem Kraftaufwand eine Resolution durch, und brachte sie durch. Hernach benützte er die Zeit und lud nicht einmal den Mitpräsidenten und Schriftführer ein, sie zu unterschreiben, sondern schickte die

Resolution mit s e i n e r eigenen Namensunterschrift ohne hinzuzufügen, daß es im Namen der Arbeiter geschehen sei, an die Kabinetskanzlei ein. Sie können ersehen, worauf er anspielte. Er hat vielleicht in allen politischen Parteien Bankerott erlitten. Die Arbeiter, außer sehr wenigen Leuten, wollen nichts von ihm wissen. Er brauchte einige Schliche, um sich populär zu machen, aber sein Sehnen und Drängen ist nur so etwas hier. (Orden!) Er bekam aber einen Verweis von den Arbeitern, daß er nie und nimmermehr eine Stelle bei einer Volksversammlung einnehmen wird, nicht eimal in einer Versammlung, die er einberufen wird. Er ist politisch für uns todt. Er hat in jüngster Zeit auch die Privatcercles arrangirt und die Sache hintertrieben. Vor Kurzem erfuhr er, daß man es ihm nachträgt und ließ die Resolution noch einmal abschreiben, und hat sie glücklich von zwei Mitgliedern, eigentlich nur dem Schriftführer, unterschreiben lassen und legte sie dem Reichsrath vor. Also einmal Loyalitätspolitiker und zweitens der Regierungspolitik zu Liebe. Sonst ist an der ganzen Sache nichts und sie ist auch für uns Prager von keiner Bedeutung. (Bravo! Sehr gut!) In der ersten Versammlung wurde aber beschlossen, die Resolution der Regierung zu schicken, aber nicht wohin e r sie abgeschickt hat und aus d e m G r u n d.

V o r s i t z e n d e r: Sadnik (Laibach) und Gehrke sind noch vorgemerkt.

P o k o r n y beantragt Schluß der Rednerliste. (Unterstützt und einstimmig angenommen.)

S a d n i k (Laibach). Ich will nur kurz einige Worte zu dem mittheilen, was Genosse Gans gesagt hat. Die Charakteristik des Herrn Kunz ist ganz richtig gegeben worden. Besonders, seitdem er im politischen Leben ist, will er sich, wie auch von einem Prager Genossen erzählt wurde, auf alle Weise bemerkbar machen, um überall Eingang zu finden und seine Person in den Vordergrund stellen zu können. Ich habe auch privatim in Laibach gehört, daß er äußerte, er werde zum Reichsrathsabgeordneten gewählt werden. Die Leute haben sein Auftreten eben mißverstanden, Kunz hat ja selbst einmal nach einer Versammlung, in der eine Genossenschaft gegründet werden sollte, als er interpellirt wurde, ob er jemals der Arbeiterpartei angehört hätte, geantwortet: ja, damals war ich Arbeiter und habe mit den Arbeitern gehalten, jetzt bin ich Meister und halte mit den Meistern. Ich glaube, das genügt zu seiner Charakteristik. Die Frage der Arbeiterkammern wurde auch in Laibach besprochen und es wurde erklärt, daß man die Kammern in d i e s e r Form nicht annehmen könne.

G e h r k e (Wien). Mir bleibt sehr wenig mehr zu erwähnen übrig. Ich erlaube mir nur auf eine Bemerkung des Gen. Adler zurückzukommen, der meinte, bei den Handels- und Gewerbekammern könne man sich noch eher damit befreunden, daß die Wahl keine geheime ist. Ich bin auch Wähler dieser Kammern und kann Sie versichern, daß die Gewerbetreibenden mit diesem Modus der Wahl nicht einverstanden sind, man kann bei jedem Stimmzettel in Wien konstatiren, von wem er ist, und die Gewerbetreibenden sind ja auch abhängige Leute. Den Kleingewerbetreibenden wird es ja vollständig erspart, ihre Stimmzettel auszufüllen; es kommt ein Mann mit demselben ins Haus und der Wähler hat nur seinen Namen zu unterfertigen — der Mann bekommt dann 10 bis 20 Kreuzer für einen Zettel und der Gewerbeverein liefert dieselben ab. Daraus erklären sich auch die Ergebnisse dieser Wahlen und was für Leute die Kammern in den Reichstag entsenden. Es ist Ihnen ja der Ritter von Leon bekannt, dem gerade die 16 Gewerbetreibenden aus der dritten Gruppe zum Siege verholfen haben, denn es war ja der Mann selbst den Angehörigen seines eigenen Standes zu schlecht; nun hat er die Gewerbetreibenden zu einem Nachtmahle eingeladen und ihnen gesagt, daß alle Gerüchte, die gegen ihn umlaufen, nicht wahr sind, und daß er seine Millionen auf die ehrlichste Weise erworben hat. (Lachen.) — Was den Unterbau anbelangt, so wird mir ja Gen. Adler Recht geben, daß wir am Unterbau in den Gewerkvereinen gearbeitet haben und dieser Unterbau ist uns mit einem Federzuge genommen worden; ich bin auch vollständig überzeugt, daß dies dem Macher des Gesetzes

bekannt sein mußte, weil es ja seine Lieblingsidee ist, aus dem vierten Stande noch einen fünften zu schaffen, er will eine Arbeiteraristokratie schaffen und er hat selbst gesagt: „wir können uns ja nicht mit den niedersten Arbeitern befassen!“ Ich glaube aber, die Herren werden sich täuschen, wenn sie denken, ihr zweifelhaftes Spiel mit uns noch länger treiben zu können. Bezüglich der Enquête kann es uns ja ganz gleichgiltig sein, wer hingeht und auch wer abgelehnt wurde, wenn ich es auch bedaure, daß tüchtige Genossen ausgeschlossen wurden; man hat eben einen Modus geschaffen, der das sehr einfach ermöglichte. In dem Momente nämlich, in welchem man einen aus Deutschland herübergekommenen Junker ablehnte, welcher Redakteur des „Vaterlandes“ ist, ich glaube Vogelsang heißt er, in dem Momente hatte man eine Begründung geschaffen, um alle Genossen, welche den Schein eines Journalisten haben, abzulehnen. Daß man aber Gen. Holzhammer aus Innsbruck ablehnte, von welchem man doch nicht behaupten kann, daß er kein Arbeiter ist, das liegt wohl daran, daß man das Vertrauen, welches der Tiroler Abgeordnete Zallinger genießt, nicht erschüttern wollte, man wollte nicht Jemanden zur Enquête zulassen, der bewiesen hätte, daß es in der Tiroler Bevölkerung noch andere Leute gibt, als die, welche nur auf die Seligkeit im Jenseits hoffen, daß es dort Leute gibt, welche auf die Seligkeit im Jenseits verzichten und sie schon lieber auf Erden haben wollen. Nun ich glaube, in dem Abgelehntwerden bei einer solchen Enquête liegt keine Kränkung, ich habe selbst schon die Ehre gehabt, einer solchen Enquête beizuwohnen, dieselbe durfte aber nur drei Tage in dem Saale der Abgeordneten tagen, weil wir, wie mir gesagt wurde, die Sitze der Abgeordneten verunehrt hätten. Es wurde in einem Klubzimmer weiter verhandelt und so wird es wohl auch jetzt sein. — Ich bitte Sie, die vorgelegte Resolution einstimmig anzunehmen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Wir kommen nun zum letzten Punkte, die Schule betreffend. Gen. Holzhammer hat das Wort.

4. Schule.

Referent Holzhammer (Innsbruck): Punkt 5 unserer Prinzipienerklärung bestimmt: Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höherer Lehranstalten unbedingt erforderlich, die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache. (Bravo!)

Es ist nun meine Pflicht, diese Forderungen zu begründen. Seit die Arbeiterpartei sich als selbstständige Partei organisirt hat, hat sie von jeher an dem Grundsatze festgehalten, daß der Arbeiterstand sich Bildung und Wissen aneignen muß, wenn er zum Ziele gelangen soll. Sie wissen, daß der Handwerkerbildungsverein in Leipzig es war, der an den hochbegabten Ferdinand Lassalle die Anfrage richtete, in welcher Weise die Arbeiter am besten ihre Lage verbessern könnten. Er hat nun in seinem berühmten Antwortschreiben an die Arbeiter, sowie in einer großen Rede, die unter dem Titel das „Arbeiterprogramm und die Ziele der Arbeiterpartei", aber noch vorzüglicher in einer Rede, die unter dem Titel „die Wissenschaft und die Arbeiter" erschienen ist, nachgewiesen, daß den Proletariern eine bessere Zukunft ohne wissenschaftliche Erkenntnis für alle Zeiten verschlossen bleibe. (Bravo!) Fünf Jahre darnach finden wir in dem damaligen Programme der sozialistischen Partei bereits dieselbe Forderung, die wir heute bezüglich der wissenschaftlichen Ausbildung der Arbeiter vertreten, und die österreichische Arbeiterschaft ist ja sowohl in der Provinz als in der Metropole stets mit Feuereifer dafür eingetreten, daß die Arbeiter sich wissenschaftliche Bildung aneignen. Beweis genug, welche freche Lüge es ist, wenn man sagt, daß wir die Kultur zerstören und nicht fördern wollen.

Nun kommen wir aber zu dem Punkte, wie ist es möglich, daß die Menschheit wirklich in edler, entsprechender Weise gebildet werde.

Das ist selbstverständlich nur möglich in der Schule, und was ist die Schule? Die Schule ist die Wartestätte des Geistes, in welcher unbeirrt in aller Stille ein großes Stück Kulturarbeit sich vollzieht (Bravo!) für neue, kommende Geschlechter. Was die Kinder in der Schule lernen, behalten sie zeitlebens und auch das Gute, das sie dort lernen, werden sie nie abstreifen. Die Schule soll aber weiter sein eine Pflegestätte der Bildung, des Wissens und der Erziehung der Menschheit zu einem sittlichen, gesellschaftlichen Leben nach dem Satze: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, ohne Rücksicht also auf Konfession oder Stand. Unsere heutige Schule ist leider auf diesen Grundsätzen nicht aufgebaut, sie ist vom Klasseninteresse beherrscht, und jede Klasse trachtet, ihre Bestrebungen der Jugend aufzudrängen. Ein Beweis, daß die herrschenden Klassen die Wichtigkeit der Schule erkennen, liegt darin, daß sie sich um den Einfluß auf die Schule fortwährend erbittert streiten, und da ist es zunächst die Partei, die zu Rom schwört, welche den größten Einfluß ausübt. Sie sagt, daß die Kirche die von Gott berufene Erzieherin und Bildnerin des Menschen sei, daß sie vermöge der vom heiligen Geiste verliehenen Gnade allein dazu befähigt ist. (Heiterkeit.) Was daran Wahres ist, wollen wir nicht weiter untersuchen. Wir können nur

bemerken, daß hiemit nicht einmal der Staat einverstanden sein kann, denn die Kirche will die Menschheit erziehen zu einfältigen, frommen Schafen, die sich geduldig scheeren lassen, fleißig den Peterspfennig zahlen und Wallfahrten machen. (Sehr richtig!) Der Einfluß der Kirche ist daher der schlimmste, der unseren Bestrebungen gegenübersteht. Der Staat aber hat auch ein Interesse daran, daß keine dummen, blöden Bürger herangezogen werden, und der Staat, der für dieses Interesse nicht eintritt, schließt sich von dem Strome der Zeit aus und muß früher oder später zu Grunde gehen. Der Staat hat ein Interesse daran, eine intelligente Bevölkerung zu erziehen, schon darum um gute Soldaten und gute Steuerzahler zu haben. Auch die Industriellen haben ein gewisses Interesse daran, intelligente Arbeiter zu haben. (Sehr richtig!) Denn die heutige Konkurrenz der Industrie mit dem Auslande erfordert einen gebildeten, selbstständig denkenden Arbeiter. Zu manchen Arbeiten kann man allerdings stupide Menschen berufen, z. B. zur Bedienung einer Maschine, und es gibt wieder Arbeiten, die aus dem gebildetsten und vernünftigsten Arbeiter einen blöden Menschen machen. (Richtig!)

Aber es läßt sich das nun einmal nicht so gut machen, nur einen Theil zu bilden und den andern vollständig versumpfen zu lassen, weil, wie gesagt, der Staat wieder ein anderes Interesse daran hat.

Ein anderer Faktor: sind die Arbeiter, und mit ihnen alle Menschen, die es im Ernst redlich mit dem Fortschritt der Menschheit nehmen: die Lehrer, die Gelehrten ꝛc. In welchem Beruf der Mensch auch steht, vom niedersten Arbeiter, wenn man sich erlaubt, sich der gegenwärtigen Ausdrücke zu bedienen, bis zum Minister, ich gestehe ein, es gibt auch in höheren Kreisen Leute, die es in der That ernst mit dem Fortschritt der Menschheit nehmen — es wäre sehr unrecht, das zu leugnen — wir alle wollen die Schule aufgebaut auf diesen Grundsätzen. Aber sofort merken wir, daß da nicht allein der Einfluß der andern Parteien diesen hinderlich ist, sondern auch die sozialen Verhältnisse selbst.

Die Schule kann ihrer Pflicht nur genügen, wenn im Elternhaus das Gleiche gelernt wird, ein gutes Beispiel vorliegt, und die Möglichkeit gegeben wird, das Gute in der Schule Gelernte auszuüben zu können. Betrachten wir die Verhältnisse einer armen Arbeiterfamilie. Das Kind ist in der Schule. Der Lehrer gibt diese oder jene Arbeit als Aufgabe. Oft hat das Kind nicht einmal einen anständigen Platz, kein Licht, um die Aufgabe zu machen. Wie oft gehen Vater und Mutter in die Fabrik, um spät Abends nach Hause zu kommen. Das Kind bleibt allein oder bei andern Leuten, die sich nicht darum kümmern. Selbst im bessern Fall, in der Familie, wo noch ein „annehmbarer" Verdienst ist, ist doch alles in ein oder zwei Zimmer zusammengepfercht und nicht die nöthige Ruhe da, daß das Kind das ganz ausüben kann, was ihm gelernt wird und was das in besseren Verhältnissen lebende thun kann.

Aber das wäre noch nicht das Schlimmste. Haben wir nicht mit Schauer gelesen die Erhebungen der Zustände in den Schulen im vorigen Jahre, wie viele Kinder das warme Mittagessen entbehren müssen. (Richtig!) Wie weh muß das thun, von solchen Zuständen zu hören. Und in letzterer Zeit hörten wir von noch elenderen Zuständen in Steiermark — ein klerikaler Abgeordneter hat sie ganz grell beleuchtet — aber hat er auch Vorschläge gemacht, diese empörenden Zustände zu ändern? — Oh nein! Oh nein! Im Gegentheil! Weil die Kinder keine Kleider haben, damit sie nicht halb erfrieren am Wege in die Schule; weil sie nichts zu essen haben, soll man sie kürzere Zeit oder, so scheint es, gar nicht in die Schule schicken; das ist ja schauerlich!

Ganz anders stellen wir uns die Erziehung vor. Der Staat ist des Volkes willen da, nicht das Volk des Staates willen. Er soll dafür sorgen, daß jedem Menschen die nöthige Erziehung zu theil wird. In Frankreich, z. B. in Paris, hat man einen Anfang gemacht; dort besteht ein Fond, daß den armen Kindern Kleider, Speise, Bücher verabfolgt werden können. Freilich in Paris herrschen im Gemeinderathe andere Ideen vor wie in österreichischen Städten, dort ist eine Ge=

meindevertretung aus dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht hervorgegangen.

Was wollen wir in weiterer Linie? Wir wollen unentgeltlichen Unterricht in allen Fortbildungsschulen und Zugänglichkeit sämmtlicher Lehranstalten, auch der höheren, für Alle. Das ist eine Forderung, die gewiß dadurch gerechtfertigt ist, daß auch wir für die Geld- und Blutsteuer herangezogen werden, also soll der Arme sich auch eine bessere Bildung aneignen können.

Ferner heißt es, die Durchführung dieser Forderungen sei nur möglich, wenn als Vorbedingung betrachtet wird: Trennung der Kirche vom Staat, der Schule von der Kirche. Dies erscheint momentan übertrieben. Aber wir sehen andere Staaten, wo dies bereits Thatsache geworden ist. Dort leben die Menschen ebenso gut, friedlicher wie wir, wo es nicht geschieht. In Frankreich, in Amerika ist es der Fall, und dort fehlen auch die erbitterten Kämpfe zwischen Staat und Kirche um die Schule; diese erfüllt dort ruhig ihre Aufgabe und den religiösen Grundsätzen kann auch ungehindert nachgekommen werden. Sie zu verhindern wäre Thorheit und ebenso Barbarei, wie es Barbarei ist, daß man die Andern wieder zwingt, zur Glaubenslehre sich zu bekennen, und wie man sie seinerzeit mit Martern und Drangsalen überhäufte und aus Staaten und Ländern verwies. (Pfui!)

Wir wissen, daß wir gegenwärtig besseren Zuständen nicht entgegengehen, sondern die Neuschule seit 1868 soll nicht nur nicht wie bis jetzt weiterbestehen, sondern noch verschlimmert werden durch den Einfluß der Kirche. Der Antrag des Abgeordneten Liechtenstein ist bekanntlich sehr geeignet, die Jugend voll und ganz der Kirche auszuliefern, um eine Generation heranzubilden, die ihrerzeit sich geneigt zeigen wird, den Konkordatsstaat wieder einzuführen.

Man sagt freilich — Zeitungen und Redner vertheidigen sich damit — uns fällt nicht ein, das Bildungsniveau zurückzudrängen, sondern wir wollen nur, daß nicht der Jude den Christen lehren soll ꝛc. So kann man es der Landbevölkerung sagen, die glaubt es auch, und deshalb geben sie in Massen ihre Unterschriften. Darauf müssen wir stets antworten und trachten, daß die Landbevölkerung es erfährt, daß das nicht wahr ist. Daß sie das Bildungsniveau zurückdrücken wollen, will ich an einigen Beispielen zeigen: Graf Belcredi sagte 1883 über die Schule: „Es ist gewiß von hoher Bedeutung, daß man der Jugend im Unterrichte den Keim der Zufriedenheit einpflanzt, der Zufriedenheit mit ihren Lebensverhältnissen und dem Berufe, dem sie entgegengeht. Die Wissenschaft kann man nun einmal in der Volksschule nicht eingeben, aber mit einem zerbröckelten Wissen kann man den leeren Dünkel der Wissenschaft großziehen und damit nichts weiter erreichen, als, wenn der junge Mann dann den Pflug oder die Schusterahle in die Hand nimmt, er dies mit einem gewissen Mißmuthe thut, weil er sich fälschlich zu Höherem berufen glaubt.“ Damit ist aber gesagt, weil die Wissenschaft nicht in die Schule eindringen kann und zerbröckeltes Wissen unglücklich macht, darum gehört lieber gar kein Wissen in die Schule.

In einem katholischen Blatte finde ich an einer Stelle, daß die Bildung nicht zurückgedrängt werden soll; aber weiter unten beruft es sich auf Bismarck, den sie seinerzeit im Kulturkampfe nur den Antichrist nannten — jetzt beruft es sich auf einen Spruch der Weisheit von ihm: „Was denn werden soll, wenn man die Kinder der ärmern Arbeiterfamilien nicht blos im Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch in der Geschichte, Geographie, den Naturwissenschaften und andern schönen Dingen unterrichte bis in's 14. Jahr, wo sie dann in die rauhe Lebenslaufbahn eintreten sollen. Müssen sich diese Kindern schließlich nicht für zu gut, für zu gebildet halten, um noch als Stallknechte oder Arbeiter zu dienen?“ Bismarck hat ja auch alle Ursache, solche Weisheitssprüche in die Welt zu schleudern, denn es ist wahr, der Mensch, der Geschichte, Naturwissenschaften lernt, wird von der Gottesfurcht eine ganz andere Ansicht haben, als die Reptile, die Bismarck bei solchen Anlässen, wenn er von Gottesfurcht spricht, zujubeln.

Es wurde betont, es gehe nicht gut an, daß die Wissenschaft in der Schule Eingang finde, weil, wenn, wie Belcredi betonte, der Religionslehrer die Schöpfung vorträgt und der Elementarlehrer von der Ewigkeit der Materie spricht, das Kind nicht weiß, was es glauben oder denken soll, und daß das eine schlechte Erziehung ist. Ganz richtig nach seinem Sinne, nach unserem Sinne nicht! Denn wir fordern nur den Unterricht von wissenschaftlich festgestellten Thatsachen, nicht aber, daß Thesen, über die die Wissenschaft selbst nicht im Klaren ist, in der Schule gelehrt werden. Dann braucht das Kind nicht zu glauben, sondern es wird wissen. Darum finden wir es besonders nothwendig, daß die Wissenschaft in die Schule kommt, denn sonst würde es ja heißen, daß man die Wahrheit der Lüge opfert. Ich habe nur noch auf einen weiteren Punkt hinzuweisen, auf den auch der Abgeordnete Kronawetter seinerzeit aufmerksam gemacht hat, daß den Kindern in der Schule auch Praktisches für das spätere Leben, den künftigen Beruf gelehrt werde. Doch ist das nicht allein nothwendig, sondern es ist auch in dem Unterrichte nothwendig, welcher den Menschen zu einem sittlichen, gemeinschaftlichen Leben heranzieht; und wenn wir auch nicht wollen, daß die Religion in der bisherigen Weise gelehrt wird, sondern so, daß dem Menschen Angelpunkte, an welche er sich halten kann, geboten werden, so ist es doch ganz falsch, wenn man behauptet, wir legten auf die Moral kein Gewicht. Gerade wir wollen die wahre Sittlichkeit und Menschlichkeit. Es ist jetzt vielfach in unserem Lande Tirol geschrieben worden, daß diejenigen, welche die gegenwärtige Schule als gut und nützlich preisen, oder die gegen den Antrag des Liechtenstein sind, als Ketzer zu betrachten seien, solcherlei findet sich aber auch in einer Broschüre, die ich hier habe, deren Verfasser August Rohling ist, Doktor der Philosophie und Theologie, ordentlicher öffentlicher Professor der hebräischen Archäologie und biblischen Wissenschaften an der k. k. Ferdinands-Universität zu Prag. Auf diese Broschüre ist in Innsbruck durch Plakate aufmerksam gemacht worden; ich weiß nicht, ob im ganzen lieben Oesterreich so viel Propagande für diese Schrift gemacht wurde (Zurufe: Ja wohl!), ich will nur konstatiren, daß man daran geht, systematisch die verschiedenen Völker und Konfessionen gegeneinander zu verhetzen. Es finden sich da mehrere Sätze, die wirklich unglaublich sind (liest): „Wir Katholiken wollen die Anwendung des Uebernatürlichen auf das Natürliche (lebhafte Heiterkeit), indem wir den natürlichen Menschen auf allen Lebensstufen der natürlichen Ordnung des Christenthums eingliedern. Wer uns sagt, daß wir auf diesem Wege Aberglauben, Fanatismus erzeugen, darf nicht beanspruchen, die Lehrer unserer Jugend bilden zu wollen, verletzt unser Heiligthum, kränkt unsere tiefste Ueberzeugung, steht vor unseren Augen wie ein anderer Goliath, der den Gott Israels lästerte und ihnen Insolenzen eines Voltaire's wiederholt, daß man den Infamen vernichten solle. Solch' eine Lästerung schreit zum Himmel um Rache, mehr als das Blut des erschlagenen Abel, denn die übernatürliche Heillehre als die Erzeugerin des Aberglaubens darstellen, heißt für Christen den Mord der Söhne verlangen, das Blut des Gottessohnes schänden, die christliche Natur durch Wandlungen des Heidenthums vernichten." — Meine Herren! Merken Sie, welche Sprache durch diese Broschüre geht? (Zuruf: Aufreizend!) Das soll uns ein Beweis sein, wie nothwendig es ist, dahin zu wirken, daß Aufklärung unter die Massen komme, denn sonst kehren wir zu jenen grauenvollen Zeiten zurück, deren blutige Dramen an so vielen Stellen in der Geschichte verzeichnet sind. Wenn wir sagen, daß die Religion in vieler Beziehung zum Aberglauben erziehe, so begründen wir das damit, daß schon viele Tausende und Tausende dem religiösen Fanatismus zum Opfer gefallen sind (Zurufe: Scheiterhaufen); ich erinnere Sie an die Verfolgungen in England, an die Bartholomäusnacht, an die sogenannte blutige Hochzeit in Paris, an die Rufe nach Ausrottung der Ketzer, wobei ich nur auf die spanische Inquisition verweise, durch deren Verurtheilungen nach amtlichen Akten, die in Madrid veröffentlicht wurden, ebenfalls viele Tausende ihr Leben verloren. Ich erinnere sie an die blutigen Kämpfe der Hussitenkriege, die besonders den tschechischen Genossen genauer

bekannt sein werden, und deren Gräuel ich hier nicht erzählen will, an den dreißigjährigen Krieg, der ebenfalls aus religiösen Streitigkeiten entsprang, und der nicht allein zehntausenden Menschen das Leben kostete, sondern auch so viele blühende Städte und Dörfer vernichtete, ja ein ganzes Land verwüstete. Ich hoffe, daß diese Argumente genügen werden, es ist daher selbstverständlich, daß man solchen Reden, wie sie in dieser Broschüre enthalten sind, mit der wissenschaftlichen Wahrheit und den Thatsachen entgegentreten muß, denn es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß sich solche blutige Dramen in der Geschichte nicht mehr wiederholen. Jeder, der ein Gerechtigkeitsgefühl in der Brust trägt, wird es empfinden, daß er dahin wirken muß, die Wahrheit zu verbreiten, und die Wahrheit ist die Wissenschaft. Die Wissenschaft ist es, welche die Menschen vereint und versöhnt, denn sie predigt es, daß Alle, die Menschenantlitz tragen, Brüder auf Erden sein sollen. Die Wissenschaft ist die gleiche im Süden wie im Norden, im Osten wie im Westen, dieselbe auf der ganzen Erdenrunde, und weil sie dieselbe ist, so ist das ein Merkmal, daß die Wissenschaft auch die Wahrheit ist und Wahrheit ist Sittlichkeit, Sittlichkeit ist Gerechtigkeit. (Bravo!) Ich empfehle Ihnen die Annahme einer Resolution, die ich gleich verlesen werde; dieselbe enthält nicht die Forderungen, welche wir an eine der Zukunft und Gegenwart entsprechende Schule stellen, sondern es ist eine Aufforderung an diejenige Partei, welche die gegenwärtigen Schulgesetze geschaffen hat, diese ihrerseits wenigstens zu vertheidigen, wenn schon ein weiterer Ausbau von ihr nicht zu erwarten ist. Wir haben keinen Einfluß und können weiter nichts thun, als die Aufklärung in alle Kreise zu verbreiten. Nur eine Stätte haben wir zu erfolgreichem Wirken und das sind die Arbeitervereine. Ich glaube nicht, daß es ein Fehler ist, die Politik in die Arbeitervereine hineinzutragen, sondern die Arbeitervereine müssen uns gerade dazu dienen, mit tüchtigen Kenntnissen ausgerüstete Genossen zu erziehen, die als Apostel der heiligen Sache der Menschheit auftreten können und selbst genau wissen, was sie wollen. Es ist daher großes Gewicht darauf zu legen, daß dort entsprechende erzieherische Schriften gehalten werden, und daß die vorzutragende Lehre genau festgestellt wird. Die Resolution, die ich Ihnen vorlege, ist dieselbe, die seinerzeit in Schwender's Kolosseum angenommen wurde, sie ist vollkommen geeignet, unsere Wünsche auszudrücken; sie lautet:

Resolution über die Volksschule.

In Erwägung, daß die herrschenden Klassen nicht nur die Früchte aller materiellen Arbeit für sich in Beschlag nehmen, sondern auch die durch die geistige Arbeit des gesammten Volkes geschaffene Kultur, alles Wissen und alle Bildung, das Ergebnis einer tausendjährigen Arbeit der ganzen Menschheit zu ihrem ausschließlichen Monopol gemacht haben,

in Erwägung, daß darum die sozialdemokratische Arbeiterpartei stets in ihren Programmen für die unentgeltliche Schulbildung des gesammten Volkes auf sämmtlichen Stufen des Unterrichtes sowie für die vollständige Trennung von Schule und Kirche wie von Staat und Kirche eingetreten ist;

daß die heutige „Volksschule" mangelhaft und unzulänglich ist und die Interessen der besitzlosen Klassen in keiner Weise berücksichtigt,

daß der Ausbau der Schulgesetzgebung im freiheitlichen Sinne; in erster Linie Aufgabe und Beruf der bürgerlichen Parteien, von

diesen gleich allen anderen durch ihr ehemaliges freiheitliches Programm gebotenen Pflichten feige vernachlässigt wird;

daß durch den Antrag Liechtenstein auch noch der kärgliche letzte Rest einer gedeihlichen Volksaufklärung beseitigt und alle Zukunft der Jugend bedingungslos der finsteren, freiheitsfeindlichen und kulturfeindlichen Macht des Klerikalismus überliefert werden soll;

in weiterer Erwägung, daß das Proletariat, die große Masse und der Kern des Volkes, der Träger seiner zukünftigen Entwicklung jedes Einflusses und selbst der geringsten Entwicklung auf die Gesetzgebung entbehrt;

erklärt der heutige Parteitag:

Die Arbeiterschaft macht die herrschenden Klassen dafür verantwortlich, daß das freche Attentat auf die Schule, welches dieser unerhörte Antrag versucht, mit der gebührenden Energie der Entrüstung zurückgewiesen werde,

macht sie aber gleichzeitig auch für die Folgen der Fortsetzung ihrer bisherigen Lässigkeit verantwortlich, wenn die heutige Schule nicht zu einer wahren, mithin konfessionslosen Volksschule fortentwickelt wird, und die Klerikalen dadurch zu solcherlei Vergewaltigungen der Freiheit auch für die Zukunft ermuthigt werden.

Ich empfehle Ihnen dieselbe zur Annahme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Pokorny (Wien): Genossen! Es ist wohl nur eine schelmische Laune des Zufalls, daß gerade ein Genosse aus dem glaubenstreuen und glaubensstarken Land Tirol das Referat zu diesem Punkte der Tagesordnung erstattet hat.

Wenn wir unsere Ansichten über die Schule des öfteren wiederholen, so geschieht es, weil ein Theil unserer Parteigenossen den Wert der Bildung für die Arbeiter unterschätzte, während wir dieselbe für unbedingt nothwendig halten, wenn wir den Kampf gegen die heutige kapitalistische Produktionsweise auf die Dauer und siegreich bestehen wollen. Wir müssen aber konstatiren, daß das ganze heutige Erziehungssystem in der Schule nur darauf hinausläuft, einen frommen Unterthanenverstand großzuziehen. Uns ist es gleichgiltig, ob unsere Kinder das Vaterunser recht fromm beten lernen oder die Volkshymne recht artig zu singen wissen, wir wollen, daß unsere Kinder so erzogen werden, daß in ihre Köpfe die Begriffe von Menschenliebe und Menschenrecht hineingelangen. (Sehr gut!)

Die Fehler, die unserer modernen Schule anh[illegible], suchen wir einigermaßen zu beheben durch die Erziehung, die wir den erwachsenen Arbeitern in unseren Vereinen zu Theil werden lassen, aber trotz aller Mühe gelingt uns nur das in geringem Maße. So schwer ist es aus den Köpfen der Arbeiter die Vortheile auszurotten, die ihnen als Kinder eingepflanzt wurden. Es ist aber nothwendig, daß wir immer erklären, welchen Wert wir der Bildung beimessen und wie schädlich wir den Einfluß der Kirche auf die Schule halten. Es gibt ein Mittel, um uns von diesem Einfluß der Kirche zu emanzipiren, und das möchte ich den Genossen empfehlen. (Bravo! Bravo!)

Ich bitte Sie der Resolution zuzustimmen und kann nur den Wunsch beifügen, daß Sie in Hinkunft, nachdem wir von heute ab eine einige Partei bilden sollen, nicht wieder in den alten Fehler verfallen und über den Wert oder Unwert der Bildung für den Arbeiter streiten. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler (Wien): Ich will nur einige Momente feststellen. Die Schule wird von den einzelnen Parteien genau so im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen behandelt als alles Andere. Heute handelt es sich einfach darum, und der Herr Referent hat dies klar gekennzeichnet, daß die Bourgeoisie für ihre Zwecke eine sehr mäßig entwickelte Schule braucht, die aber doch geeignet ist, tüchtige industrielle Arbeiter, resp. Vorarbeiter heranzubilden, denn der eigentliche Handarbeiter braucht ja die Schule gar nicht. Die Kirche und die sogenannten konservativen Parteien möchten die Schulbildung noch mehr einschränken, wenn sie nicht fürchten würden, von der allgemeinen Meinung hinweggefegt zu werden.

Die bürgerliche Partei aber hat, wie sie alles halb gemacht, auch bezüglich der Schule in Oesterreich nur Halbes geschaffen. In ihrer Schmutzerei, möchte ich sagen, die sie auszeichnet, (Sehr gut!) hat sie, als sie die Schulen eingerichtet hat, die Lasten derselben den Gemeinden aufgebürdet, und dadurch die den Schulen ohnedies nicht sehr sympathisch gesinnten Gemeinden in offene Opposition gegen die Schule gehetzt und diese Schulen, deren Lasten heute die Landgemeinden zu tragen haben, benützen die Klerikalen, um unter den Bauern zu hetzen. (Sehr richtig!) Die Bauern sind aber nicht so dumm als man sie schildert, sie wollen auch, daß ihre Kinder etwas lernen, aber nur *zahlen* wollen sie nicht (Heiterkeit) und *können sie nicht*. Wenn es den Liberalen Ernst wäre mit der Bekämpfung des Klerikalismus, würden sie einfach sagen müssen, der Staat hat für die Schulen zu sorgen, und nicht die einzelnen, armen Gemeinden, die für die Schule unverhältnismäßig große Opfer gebracht haben und noch heute bringen müssen. Die Liberalen werden aber die Schule nicht weiter reformiren und in ernster Weise sich für die heutigen Errungenschaften einsetzen, und da sollen ihre Wortführer im Abgeordnetenhause noch so schreien, wir glauben ihnen nicht. Das Wort des Fürsten *Bismarck*, das zitirt wurde, sitzt jedem Liberalen tief drinnen. Wenn die Kinder Geschichte und Naturwissenschaft lernen, so müssen sie sich endlich für zu gut halten, Bediente der Bourgeois zu sein. (Bravo!) Das spüren die Liberalen und deshalb treten sie nur mit halber Energie für die Schule ein. Unser Interesse aber ist, daß sich die Kinder für zu gut halten, um Bediente zu sein. (Bravo!) Wir wollen, daß in der Schule jede Bedientenhaftigkeit — ich kann kein deutlicheres Wort gebrauchen, ausgerottet werde. Das thut die heutige Schule freilich nicht. In der heutigen Schule, auf die sich die Liberalen und mit Recht viel einbilden, obwohl sie sie sich für ihre Zwecke zurecht gelegt haben, werden die Kinder einfach nach den Grundsätzen und Interessen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, sie werden zu guten „*Staatsbürgern*“ in dem heutigen Sinne erzogen. Ein Lehrer hat mir mitgetheilt, daß es in einem Lesestücke eines Buches, das offiziell für die zweite Klasse eingeführt ist, heißt — und da verrathen sich die Bourgeois: „*Die ungleiche Vertheilung der Güter ist eine weise Einrichtung Gottes.*“ (Lebhaftes Gelächter.)

Sehen Sie, das ist die bürgerliche Moral, welche die Neuschule wie die alte predigt, und vielleicht ist das in dem gesammten Schulbuch aus der liberalen Zeit der einzige Satz, den jeder Klerikale unterschreiben wird. Hierin sind sie vollständig miteinander einverstanden.

Wir finden dort weiter: „Die Obrigkeit ist von Gott eingesetzt.“ Welche Begriffe sich dann Mancher von Gott wird machen müssen, das überlasse ich Ihrer Phantasie. (Heiterkeit.)

Sie sehen, die Schule ist heute nur ein Mittel der Unterdrückung. Und unser Interesse geht dahin, aus der Schule ein Mittel der Befreiung zu machen, *darum* handelt es sich.

Wir sind aber Leute, die nichts durchsetzen können. Wir können das erst, wenn wir die Macht haben. Darum sagen wir in dieser Beziehung nur, was unser Ziel ist, und machen Diejenigen, die heute für die Vorkämpfer der Schule sich ausgeben, dafür verantwortlich, wenn sie ihre Pflicht, wie sie sie übernommen zu haben vorgeben, nicht erfüllen. Wir in unseren Kreisen pflegen diese Schule so

gut wie wir es können, mit ganz unzureichenden Mitteln, das ist nicht unsere Schuld — aber mit größter Aufopferung, Energie, und die, welche vorgeben, die Verfechter der Schule zu sein, hindern uns daran, entziehen uns die Bildungsmittel, unterstützen uns in keiner Weise. Die, welche vorgeben, die Vorkämpfer der Schule zu sein, chikaniren jeden Arbeiter-Bildungsverein, bekritteln jeden aufklärenden Vortrag.

Auch diese Frage der Schule also hat einen tiefgehenden wirtschaftlichen Hintergrund. Wir wissen sehr gut, daß eine Schule in unserem Sinn, die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das Wissen, erst mit der Aufhebung aller Monopole kommen wird. Auch das Wissen ist nicht das Produkt der einzelnen Besitzenden. Die heutige Bildung, die heutige Summe von Wissen ist ebenso ein Produkt der Arbeit der gesammten Menschheit, und diese Bildung gehört dem ganzen Volk ebenso gut wie seine übrigen Produkte. Und daß dies Wissen heute von der besitzenden Klasse monopolisirt wird, ist genau so ein Raub wie die Monopolisirung der anderen Güter. Die Aufhebung dieser Monopole, das ist unser Ziel. Was wir heute über die Schule zu sagen haben, das sagt unsere Resolution.

Resel: Es läßt sich überhaupt nicht mehr viel sagen. Ich möchte mich deshalb verwahren, weil Holzhammer sagte, daß die Bauern so dumm sind und darum die Petitionen unterschrieben haben. Das kann in Tirol der Fall sein, aber in Niederösterreich nicht mehr. Denn der Bauer muß sie unterschreiben, bei uns überhaupt. Die ganzen Güter sind in den Händen des Adels. Der Graf oder Fürst hat das Patronat über die Kirche, und der Bauer hat überhaupt bei uns eine ziemlich klägliche Existenz, und würde er nicht unterschreiben, würde er ganz einfach keinen Grund in Pacht erhalten und er wird gar nicht mehr angeschaut. Ebenso ging es einem Kaufmann bei uns. Er war sehr tüchtig, zählte sich zu den Liberalen und ist zu Grunde gegangen. Der Bauer begreift ganz gut, daß er zu wenig gelernt hat, aber er muß gewissermaßen unterschreiben. Ferner braucht er sein Kind. Auf dem Land ist die Arbeitskraft theuer, vielleicht theurer im Verhältnis als in den Städten. (Oho!) Sie gehen alle in die Städte hinein und der Bauer hat keine Knechte. Heute muß der Bauer von seinem eigenen Besitz zehren und seine eigene Arbeitskraft bis zum Exzeß ausnützen. Dann sagt man ihm: das Kind lernt ja dasselbe, aber es braucht es ja nicht. Der Bauer braucht nur rechnen zu können: Wenn 1 Metzen Kartoffel 1 fl. 50 kr. kostet, was kosten 2? Das Kind braucht dann nur noch einen halben Tag in die Schule zu gehen. Im Innviertel machte ich die Erfahrung, daß man die Bauern alle zu dieser Halbtagschule heranzieht. Der Bauer kann ja reich sein, aber dem Kind gibt er das Essen nicht am Tag, sondern am Abend. Es ist ihm ganz unmöglich, das Kind bis zum 14. Jahr in die Schule zu schicken unter den heutigen Verhältnissen.

Wenn Pokorny die Konfessionslosigkeit erwähnt hat, möchte ich Jedem das an's Herz legen. Zu den religiös Erzogenen zählt man auch uns, obwohl wir nur nominativ zur Kirche gehören.

Wenn Pokorny auf die Vereine hinwies — es gab eine Zeit, in der man sagte: man braucht keine Vereine. Das zeigte sich an mir selbst. Hätten wir einen Verein gehabt, so hätte ich dreimal so viel lernen können, als ich gelernt habe. Denn im Verein muß der heutige Arbeiter sein Wissen erwerben, und ohne Wissen gibt es keine innere Ueberzeugung, und ohne innere Ueberzeugung hält er den Kampf ganz einfach gar nicht aus. (Richtig!)

Holzhammer: Ich werde kurz sein, aber ich will auf das, was Resel sagte, antworten. Er meinte, ich hätte die Bauern als dumm angeschuldigt. Ich berichtige das. Ich sagte nur, man predigt dem Landvolk dort: Wir wollen nicht das Bildungsniveau herunterdrücken, und deshalb gehen sie auf den Liechtenstein'schen Antrag ein. Würde man die Wahrheit sagen, würden sie ihn nicht in der Masse unterschreiben. Die Bauern können aber das nicht so genau wissen

und können nicht hinreichend lesen und haben kein Geld für Schriften oder Zeitungen. Ich bin vollständig überzeugt, daß die Bauern auch schon zur besseren Einsicht kamen, der Beweis ist: mir ist bekannt, daß verschiedene Bauernorgane auch anders geschrieben haben in Bezug auf den Antrag Liechtenstein. Ich führe nur die „Mittelstraße", von Steininger in Niederösterreich herausgegeben, an.

Was die anderen Bemerkungen betrifft: Also wäre das Mittel, daß man sich konfessionslos erklärt. (Sehr richtig!) Aber, meine Herren, man betrachte die Zustände, wie sie wirklich vorliegen. Was nützt es, wenn Sie die Kinder in die Schule schicken müssen — und das müssen Sie, das Kind muß lernen — was nützt es, davon Gebrauch zu machen? Man kann sich keine eigenen Lehrer halten, also muß das Kind in die gewöhnliche Schule. Welche Zustände würden zwischen Kind und Lehrer hervortreten, wenn man sagt: Du trachtest den Religionsunterricht nicht anzuhören 2c. Selbst die Sittennote der Kinder wird vielfach je nach dem Besuch der Kirche eingezeichnet. Die nicht fleißig in die Kirche Gehenden bekommen schlechte Sittennoten.

Man kann sich also vorstellen, was das Kind zu leiden haben wird, wenn man weiß, es ist das Kind eines Vaters, der sich konfessionslos erklärt hat. Das ist ein Mittel, das nicht Erfolge zu erzielen geeignet erscheint. Wenn wir die Schule, wie wir sie brauchen, noch klarer beleuchten wollten, so müßten wir noch lange darüber sprechen, doch es wartet ja Alles schon ungeduldig auf Schluß. Ich möchte nur die Genossen noch daran erinnern, daß es uns nicht gleichgiltig sein darf, was da und dort geschrieben und gelehrt wird, denn wir sehen ja, daß der Antisemitismus, dieser Ausbund nationaler Dummheit, Fortschritte macht, und es kann zu einem Kampfe kommen, der lieber zu vermeiden wäre. Ich weiß nicht, wie es damit in Wien steht, in der Provinz wenigstens ist man bestrebt, hierin weiter zu gehen und Viele glauben, es ist damit Alles gethan, wenn man den Juden austreibt. Weil die Leute nichts wissen, ist es möglich, ihnen den Juden als einen schlimmeren Menschen darzustellen, als es der Christ ist; wenn sie mehr Bildung besäßen, würden sie den Leuten die Thüre weisen, die ihnen Derartiges predigen. (Beifall.)

G r o ß e (Wien): Meine Herren! Der Referent meinte in Bezug auf die Sittennote, daß den Kindern der Austritt ihrer Eltern aus der Kirche nachgetragen werden würde. Es kommt da nur auf die Energie der Eltern an, andererseits aber kann es nicht geschehen, daß die Sittennote dadurch beeinflußt wird, da derartige konfessionslose Eltern ja vollständig sittlich sind, mehr wie andere — die übrigen Gegenstände aber werden davon gar nicht berührt. Es ist sehr leicht möglich, es zu erreichen, daß die Kinder dem Religionsunterrichte entgehen, aber das ist nur eine theilweise Abhilfe, denn der ganze Lehrplan ist ja, wie Sie das aus einem einzigen Zitate schon entnommen haben, auf religiöser Grundlage aufgebaut, ist davon durchsetzt und es wird daher hauptsächlich darauf ankommen, daß die Kinder auch zu Hause die richtige Grundlage erhalten. — Bezüglich des Modus, wie Sie Ihre Kinder dem Religionsunterrichte entziehen können, verweise ich Sie auf das Gesetz vom 25. April 1868, welches die Handhabe dazu bietet; darnach dürfen die Kinder derjenigen Eltern, welche vor deren 7. Lebensjahre aus der Kirchengemeinschaft ausgetreten sind, zur Theilnahme am Religionsunterrichte nicht gezwungen werden. Diesen Wink mögen Sie befolgen und sich darnach richten.

S a s ch k a (Innsbruck): Werte Genossen! Der Referent hat richtig betont, daß bei uns in Tirol die konfessionslosen Kinder in der Schule für den Schritt ihrer Eltern würden büßen müssen. Man muß eben bedenken, unter welchem Einflusse die Schule bei uns steht; wie groß derselbe ist, davon machen sich die Genossen aus anderen Gegenden vielleicht nicht die richtige Vorstellung. Das Wichtigste ist jedenfalls, Aufklärung unter das Volk in größtmöglichem Maßstabe zu bringen, und das ist ja in der vorgeschlagenen Resolution gesagt. Sie können sich einen Begriff davon machen, welches Interesse die Dunkelmänner, die klerikale Partei, haben, den Antrag des Fürsten Liechtenstein durchzubringen, wenn Sie bedenken,

daß sie hofft, uns auf diese Weise den Boden zu entziehen, auf dem wir etwas schaffen könnten, da es uns dann unmöglich sein würde, Wissen und Aufklärung unter das Volk zu bringen. Hat doch ein solcher klerikaler Fabrikant geäußert, er gäbe die Hälfte seines Vermögens darum, wenn die Arbeiter in Tirol und Vorarlberg nicht lesen und schreiben könnten! Welchen Einfluß man aber in den Fabriken ausübt, um zu verhindern, daß dort irgend etwas im fortschrittlichen Sinne oder im Sinne der Arbeiter geschieht, darüber besitze ich genügend Erfahrung, da ich selbst Fabrikarbeiter bin. Man hat eben bemerkt, daß der jugendliche Nachwuchs, der die Erziehung in einer freieren Schule genossen, sich der Sozialdemokratie zuwandte; deshalb will man die Schule wieder zurückdrängen, um dadurch den Geist des Volkes zu umnachten und zu verdunkeln und vollständig sicher zu sein, daß in Tirol keine Sozialdemokratie mehr existiren kann. Dies wurde auch schon in einer Volksversammlung, die in Innsbruck behufs Stellungnahme gegen den Liechtenstein'schen Antrag abgehalten wurde, ausgesprochen. — Einige Worte möchte ich noch beifügen bezüglich der Petitionen der Bauern zu Gunsten dieses Schulantrages; dieselben sind geradezu gezwungen worden, zu unterschreiben, einflußreiche Persönlichkeiten, Hausbesitzer 2c. haben die Unterschriften gesammelt und dabei allerhand Gewaltmaßregeln angewendet, da hieß es z. B. „unterschreiben, oder es wird die Wohnung gekündigt" und dergleichen Chikanen mehr. Sie können sich daraus einen Begriff machen, wie es in Tirol aussieht.

Bei der Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen. Es erfolgt nun die Verlesung von Einläufen.

Zu einem tschechischen Briefe aus der Umgebung von Raudnitz, vom Land, unterzeichnet: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen (Bravo!) von den Mauern des Georgsberges", bemerkt Körber:

Nach dem Parteitag der alttschechischen Partei, dem sogenannten Notabelntag, fand bald eine Feierlichkeit in Prag statt: die 70jährige Geburtstagsfeier Rieger's. Er erlaubte sich zu sagen, daß der heutige Maschinenarbeiter bedeutend besser situirt sei, als ehemals Könige. Meinte er vielleicht Könige, die noch hinter den Rindern herumliefen, von ehemals vor tausenden von tausend Jahren, oder von welcher Zeit?, das wurde nicht begreiflich, und die Arbeiter wunderten sich sehr, wie sie dazu kommen, daß sie heute ein königliches Leben führen. (Große Heiterkeit.)

Hybes übergibt den Vorsitz an Popp, welcher zu folgender Schlußrede das Wort ergreift:

Als wir am vorgestrigen Tage hier zusammentraten und die Genossen Hybes und Baier aus Brünn und ich als Vorsitzende gewählt wurden und ich die Debatte eröffnen mußte, da erfaßte mich, Sie dürfen mir das glauben, ein gewisses banges Gefühl, daß nämlich vielleicht die Leidenschaftlichkeit, die theilweise unter den Parteigenossen noch nicht verschwunden ist, hier zum Ausbruche gelangen werde. Ich habe mich zu meiner Freude getäuscht. Ich habe gefunden, daß Sie alle die Nothwendigkeit gefühlt haben und in diesem Bewußtsein hiehergekommen sind, die Einigkeit, die schon lange in jeder Brust geschlagen hat, hier zu besiegeln und als Brüder von einander zu scheiden. Und das ist gewiß ein Augenblick, der in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung unvergeßlich bleiben wird. Obwohl wir hieher nicht mit Mandaten aus den verschiedenen Provinzen ausgestattet gekommen sind, sondern lediglich der Einladung der Einberufer, der Herausgeber der Parteiblätter gefolgt sind, so kann es doch keineswegs auch nur den Anschein gewinnen, als ob Einzelne von uns nur aus persönlicher Eitelkeit oder aus Gefälligkeit für die Einberufer erschienen sind, so zeigen doch die vielen eingelangten Begrüßungsschreiben und Zustimmungskundgebungen, daß, wenn wir auch nicht mit Mandaten ausgestattet waren, wir dennoch vollkommen berechtigt waren, hier im Namen der österreichischen

sozialistischen Arbeiterpartei zu sprechen und Beschlüsse zu fassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nur ein einziger Genosse war es, der mit diesen Beschlüssen nicht zufrieden war, und der noch nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß nur durch die Einigkeit etwas erzielt werden kann. Aber auch dieser eine Genosse hat bis auf einen einzigen Punkt sich mit den Parteigenossen solidarisch erklärt und versprochen, in keiner Weise die Arbeit zu stören, die darin besteht, das Klassenbewußtsein des Volkes zu heben und die Massen des arbeitenden Volkes zu organisiren. Hoffen wir, daß er sein Wort halten wird, und sollte er es nicht halten, dann wird dieser eine Genosse wohl einsam stehen bleiben in der Masse, denn wir alle werden zielbewußt als Männer für das eintreten, was wir beschlossen haben. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben eine Arbeit hinter uns, auf die wir stolz zurückblicken können. Wenn wir uns die Verhandlungen nochmals vor Augen führen, so finden wir, daß wir in unserer Prinzipienerklärung uns so zielbewußt ausgesprochen haben, wie vielleicht keine Partei, möge sie wie immer heißen. In diesem Programme liegt der Sieg der Zukunft (Bravo! Bravo!) und wir können uns dazu nur gratuliren. Es hat sich aber auch gezeigt, daß hier Männer beisammengesessen sind, die an Arbeit gewöhnt sind, die nicht verwöhnt sind und wenn sie längere Zeit geistig oder physisch arbeiten, dabei ermüden. Wir haben Arbeitstage hinter uns, die mit dem Gewerbegesetze vielleicht in Kollision gerathen sind. (Heiterkeit und Beifall.) Jeder von uns ist eben mit der Absicht hergekommen, etwas Positives zu schaffen. Ich würde nur gewünscht haben, daß unsere sogenannten gebildeten Stände hier vertreten gewesen und gehört hätten, wie die halbgebildeten Arbeiter, wie man uns nennt, geistig durchdacht und zielbewußt gesprochen haben. Sie hätten dann vielleicht von uns eine andere Meinung bekommen.

Nun glaube ich, daß ich Sie nicht länger aufhalten soll. Ich glaube, daß wir mit dem, was wir geschaffen haben, zufrieden sein können. Aber Eines erwähne ich noch: ich glaube, daß wir vor Allem denjenigen Männern, welche sich in erster Linie die Mühe gegeben haben, durch Monate die riesigsten Anstrengungen machten, den Parteitag zu Stande zu bringen — das sind die Herausgeber der verschiedenen Blätter — die Zeit und Arbeit nicht gespart haben, um die Einigkeit zu Stande zu bringen — unsern Dank aussprechen. Ich glaube, daß ich nur in Ihrem Sinn handle, wenn ich ihnen den Dank ausspreche. (Bravo!)

Ich will schließen. Bevor ich schließe glaube ich, daß es in Ihrem Sinne ist, wenn ich auf das Gedeihen, die Solidarität der österreichischen Arbeiter, daß sie in diesen Intentionen vorwärts arbeiten, daß ich auf unsere Partei ein dreifaches Hoch ausbringe. Der österreichischen Sozialdemokratie ein dreifaches Hoch!

(Die Anwesenden bringen Hochrufe aus, erheben sich und singen „Das Lied der Arbeit".)

Rieger (Kratzau): Meine Freunde! Nicht lange mehr wird es dauern und der Kongreß wird auseinandergehen. Gewiß, es kommt mir nicht zu, die Schlußbetrachtungen über diese Verhandlungen zu geben. Das hat der Vorsitzende klar gethan. Wie jede kleine Versammlung sich eine Leitung wählen muß, so muß es auch eine größere thun, und sie wird um so schwerer zu thun haben, wenn man bedenkt, daß Männer zusammen kommen, welche früher Gegensätze hatten, und innerhalb dieser Versammlungen ihre Gegensätze ausgleichen sollen. Ich bin beauftragt, dem Präsidium, den Schriftführern und Referenten im Auftrag sämmtlicher Theilnehmer und Gäste des Kongresses den Dank auszusprechen.

Popp: Nun, Genossen, glaube ich, daß wir unsere Pflicht gethan haben. und ich schließe somit den ersten österreichischen Parteitag und ich hoffe, daß jeder Genosse diese Beschlüsse weiter unter den Genossen verbreiten wird und in diesem Sinne arbeiten wird, und so danke ich für Ihr so mannhaftes Arbeiten und Ausdauern.

(Schluß des Parteitages am 1. Jänner um 2 Uhr Nachmittag.)

Nachtrag.

Außer den schon im Text angeführten Begrüßungsschreiben und Telegrammen trafen solche ein aus:

Traun bei Linz,
Teplitz und Umgebung,
Fulnek,
Boskowitz,
Bennisch,
Deutsch-Liebau,
Gabel,
Zwittau,
Reichenberg,
Katharinenberg,
Niemes,
Freudenthal,
Jägerndorf,
Szekely-Vasarhely,
Triest (deutsch und italienisch),
Rattenberg,
Vordernberg,
Dornbirn,
Meran (4 Telegramme),
Innsbruck,
Steyr,
Villach,
Klagenfurt,
Telfs,
Pradl,
Wien (die sistirten Bäcker, slav. Gen. vom X. Bez., Gen. der westlichen Vororte, Buchbinder rc.)

in deutscher Sprache, dann aus:

Wien (Genossen vom X. Bez.),
Holešowitz,
Humpolez,
Brünn,
Weinberge (Tischler),
Wischkof,
Lieben,
Prag,
Zittau und Grottau (Bildungsverein),
Rossitz,
Neu-Smichow,
Smichow,
4 Schreiben aus Prag,
Arbeiter und Arbeiterinnen vom Georgsberge,
Kojetein,
Felixdorf

in tschechischer Sprache.

Außerdem noch Briefe und Telegramme aus Agram, Bern, Haag, Brüssel, Paris (auch von den dortigen Polen und Russen), London, Imola, Mailand, Troyes, Bukarest, Gent, Stockholm, Kopenhagen, Madrid. Namens der deutschen Sozialdemokraten begrüßte Gen. Auer bei der Sylvesterfeier die österreichischen Genossen.

Auf **sozial-demokratischem** Standpunkte stehen folgende in Oesterreich erscheinende Blätter:

„Arbeiterstimme"
in Brünn am 1. und 3. Mittwoch jedes Monats. Viertelj. 30 kr.

„Cervanky"
in Brünn am 1. und 3. Mittwoch jedes Monats. Viertelj. 24 kr.

„Gleichheit"
in Wien jeden Freitag morgens. Viertelj. 75 kr.

„Hlas Lidu"
in Proßnitz am 1. und 3. Donnerstag jedes Monats. Viertelj. 40 kr.

„Nový věk svobody"
in Prag am 2. und 4. Donnerstag jedes Monats. Viertelj. 35 kr.

„Praca"
in Lemberg monatlich zweimal. Viertelj. 65 kr.

Radnički glasnik
in Agram zweimal monatlich. Vierteljährig 40 kr.

„Rovnost"
in Brünn monatlich zweimal. Viertelj. 35 kr.

„Sozialdemokratische Monatsschrift"
in Wien am Ende jedes Monats. Halbj. 60 kr.

„Volksfreund"
in Brünn am 2. und 4. Mittwoch jedes Monats. Viertelj. 30 kr.

„Bäcker-Zeitung"
in Wien am 1. und 3. Donnerstag jedes Monats. Viertelj. 36 kr.

„Freie Schuhmacher-Zeitung"
in Wien am 1. und 3. Donnerstag jedes Monats. Viertelj. 30 kr.

„Oesterreichisch-ungarisches Hutmacher-Fachblatt"
in Wien am 1. und 3. Samstag jedes Monats. Viertelj. 30 kr.

„Vorwärts!"
(Organ der Buchdrucker) in Wien jeden Donnerstag. Viertelj. fl. 1·15.

Genossenschafts-Buchdruckerei, Wien, IX. Alserstraße 32.





